Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

20. November 1978
Jg. 6 Nr. 47

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Indien will Verstaatlichung der Aluminiumproduktion

z.gab. Am 10.11. kündigte Indiens Industrieminister Fernandes die geplante Verstaatlichung der Aluminium- und Autoproduktion an. 85,4% der gesamten Aluminiumproduktion Indiens waren Ende 1977 in den Händen imperialistischer Konzerne. Bis Mitte '77 war die Aluminiumversorgung zum Aufbau der Nationalen Wirtschaft Indiens noch weitgehend gewährleistet, bis Anfang 1978 hatten die Imperialisten die Ausplünderung der Bauxitlagerstätten Indiens, die zu den größten Lagerstätten der Welt zählen, so weit vorangetrieben, daß Indien über 30000 t Aluminium importieren mußte. Mitte '78 verbot die indische Regierung den Aluminiumexport. Gegen die Sabotage der Imperialisten erklärte jetzt Fernandes: Die indische Regierung ist fähig zur Leitung großer Unternehmen und wird sie deshalb übernehmen.

Bewaffneter Kampf als Grundlage diplomatischer Erfolge

z.rua. Am 14.11.1975 hat Spanien mit dem Drei-Parteien-Vertrag die ehemalige Kolonie Sahara unter Marokko und Mauretanien aufgeteilt. Das saharauische Volk kämpft unter Führung der FPolisario und seiner Befreiungsarmee ALPS gegen die Besetzung und für die nationale Unabhängigkeit. Die spanische Regierungspartei UCD mußte inzwischen die FPolisario als eine legitime Vertreterin des saharauischen Volkes anerkennen und bereitet die Kündigung dieses ungerechten Vertrages vor. Mauretanien führt mit der FPolisario Gespräche über einen Friedensabschluß und die Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara. 17 Staaten haben diesen Staat bisher anerkannt. Die OAU-Gipfelkonferenz hat eine Sonderkonferenz für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des saharauischen Volkes einberufen. Die UNO-Generalversammlung hat die Unterstützung seines Kampfes bekräftigt.

Vereinigte Arabische Emirate stärken arabische Einheit

z.anb. „Ägypten ist ein unerläßlicher Teil der arabischen Welt, und wir beabsichtigen, die Hilfe fortzuführen." Mit dieser Erklärung des Außenministeriums in Abu Dhabi haben die Vereinigten Arabischen Emirate ihre Entschlossenheit bekräftigt, ihren jährlichen Kredit von umgerechnet 600 Mio.DM an Ägypten fortzusetzen. Die wachsende Bewußtheit, mit der die arabische Nation auf die unzähligen Spaltungs- und Erpressungsversuche der Imperialisten, allen voran der Supermächte, antwortet, bestimmt die Politik der OPEC, der die Vereinigten Arabischen Emirate angehören. Erst vor wenigen Monaten haben sie mit Ägypten, Saudi-Arabien und Qatar die „Arabische Industrialisierungsorganisation" gegründet mit dem Ziel, in Ägypten als Zentrum eine eigene Rüstungsproduktion der arabischen Staaten aufzubauen.

Istanbul: „Flottenbesuch" der Sowjetunion unerwünscht

z.anb. Am 16.11. statteten zwei Kriegsschiffe der sowjetischen Mittelmeerflotte der Türkei „den ersten Besuch seit 40 Jahren ab" (österreichisches Fernsehen). „Unbeabsichtigt" hätten sie mit ihren 21 Salutschüssen, die offensichtlich mißverstanden worden seien, „eine Panik unter der Bevölkerung Istambuls ausgelöst". Von wegen. Mit durchschnittlich 224 Passagen 1977 durch den Bosporus haben sich die Sozialimperialisten über die Hoheitsrechte der Türkei hinweggesetzt. Der Unterschied zu ihrem jetzigen „Besuch" ist der zwischen versteckter und offener Aggression. So haben es auch die türkischen Volksmassen verstanden. Es gab Aufruhr in Istanbul. Der Zeitpunkt des Überfalls fällt zusammen mit dem Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Ecevit in Rumänien, wo über verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung verhandelt wurde.

Steuerpaket aus Gründen der „Welträson" – Endspurt im Betrug

Stahlarbeiter im Kampf / Des Kanzlers neue Kleider / „Wachstumsfreundliche Einkommenspolitik"

z.mif. Am Freitag haben in Bremen, Nordrhein-Westfalen und Osnabrück insgesamt 120000 Stahlarbeiter an Kundgebungen und Demonstrationen zur Vorbereitung der Urabstimmung über Streik teilgenommen. Die Kampfaktionen der Stahlarbeiter und die erneute Sitzung des Vermittlungsausschusses in Sachen Steuerbetrugspaket fielen auf das gleiche Datum. Kein Zufall. Trotz der wochenlangen Versprechungen, das Paket würde noch rechtzeitig vor Weihnachten abgeschickt, und trotz der großartigen Behauptungen über seinen Inhalt führen die Stahlarbeiter ihre Aktionen durch. Gerade weil die Stahlarbeiter ihre Aktionen durchführen, tönen die Paketschnürer so honigsüß.

Das Paket selbst: ein Zwei-Komponenten-Kleber. Die eine Komponente ist Spaltung und Zersetzung des Lohnkampfs. Die zweite Komponente besteht aus Treibmaterial für die Profitrate. Beide zusammengebracht, sollen diese Komponenten dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse eine zuverlässige Schweißauspressungsunterlage für den Weltvormarsch der westdeutschen Kapitalistenklasse abgibt.

Beschlossen hat der Bundestag am Freitag einstimmig mit wenigen Enthaltungen: 7-DM-Lohnsteuersenkung auf die Masse der Löhne; Spaltung des Lohnkampfs durch höheren Nachlaß bei Höherentlohnten; 1%-Erhöhung der Mehrwertsteuer; Senkung der Steuer auf Profit; höheres Kindergeld für 2. und vor allem 3. und weitere Kinder; Kinderbetreuungsfreibetrag Wer auf Grund höheren Lohns zwei Kinder hat in die Welt setzen können, kriegt für das dritte und jedes weitere ab Januar 1979 pro Monat 200 DM und kann pro Kind und Elternteil 600 DM im Jahr an Kinderaufsichtskosten von der Steuer absetzen. Das ist Ermunterung von Oberlehrers- und Staatsanwaltsehepaaren, für die das 1. und 2. Kind kein geldliches Problem ist, zur Züchtung von Großfamilien. Den Kapitalisten werden die „ertragsunabhängigen" Steuern großenteils erlassen, stattdessen Erhöhung der lohnunabhängigen Mehrwertsteuer, die auch aus dem Ärmsten noch Geld zieht.

Der Präsident des Kapitalistenverbandes BDI, Rodenstock, hat im „Handelsblatt" bezüglich der Steuern, die die Kapitalisten zu zahlen haben, geschrieben: „Angesichts der seit Jahren rückläufigen Ertragsentwicklung können diese Steuern vielfach nur aus der Substanz gezahlt werden." Wer soll das glauben? Im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank liest man, es „konnten die Unternehmen ... im ersten Halbjahr 1978 ihre Bruttoinvestitionen zu 97%, d.h. in sehr viel größerem Umfang als in den Vorjahren, aus selbsterwirtschafteten Mitteln finanzieren; 1977 hatte die *Eigenfinanzierungsquote* im ersten Halbjahr 86½% und im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1976 75½ % betragen ... Offenbar haben nicht wenige Firmen nunmehr auf ihre vordem angesammelten Reserven zurückgegriffen, um ihre Investitionen zu finanzieren, während in anderen Teilen der Wirtschaft die Kassenreserven weiterhin stiegen."

Kapital ist in Hülle und Fülle da. 139,4 Mrd. DM Investitionen im Inland 1977, dazu 6,4 Mrd. DM im Ausland. Dieses Jahr ist es mehr. Zum Teil hat das Kapital Schwierigkeiten, sich profitabel anzulegen. Schmücker hat sich jetzt entschieden, einen Teil des den VW-Arbeitern ausgepreßten

Fortsetzung Seite 2

Bolivien: Arbeiter und Bauern im Kampf gegen erneute koloniale Unterwerfung des Landes



Lohnsenkung im öffentlichen Dienst und in den staatlichen Betrieben, Preissteigerungen bei Gebühren und Tarifen, keine Investitionen in die nationale Wirtschaft, sondern forcierter Export von Erdgas und Erdöl, um die Schulden bezahlen zu können: das ist der jüngste „Vorschlag" der Weltbank an die Regierung Boliviens. Ansonsten würde es der Weltbank „schwerfallen, das Land weiter zu unterstützen". – Die Arbeiter der Zinnminen bereiten Streikaktionen gegen die Elendslöhne vor. Sie fordern 135 Pesos (12 DM) mindestens am Tag und Streikrecht. Da die staatliche Minengesellschaft nicht zahlen will, haben die Arbeiter die Verhandlungen abgebrochen. – Die Landarbeiter haben Aktionen angekündigt gegen die geplante Ansiedlung von deutschstämmigen Siedlern aus Rhodesien und Namibia. Die westdeutsche Regierung hat die Umsiedlungsaktionen ersonnen und will vorläufig 150 Mio. DM für das Expeditionskorps auswerfen.

Bewaffneter Kampf als Grundlage diplomatischer Erfolge

z.rua. Am 14.11.1975 hat Spanien mit dem Drei-Parteien-Vertrag die ehemalige Kolonie Sahara unter Marokko und Mauretanien aufgeteilt. Das saharauische Volk kämpft unter Führung der FPolisario und seiner Befreiungsarmee ALPS gegen die Besetzung und für die nationale Unabhängigkeit. Die spanische Regierungspartei UCD mußte inzwischen die FPolisario als eine legitime Vertreterin des saharauischen Volkes anerkennen und bereitet die Kündigung dieses ungerechten Vertrages vor. Mauretanien führt mit der FPolisario Gespräche über einen Friedensabschluß und die Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara. 17 Staaten haben diesen Staat bisher anerkannt. Die OAU-Gipfelkonferenz hat eine Sonderkonferenz für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des saharauischen Volkes einberufen. Die UNO-Generalversammlung hat die Unterstützung seines Kampfes bekräftigt.

schnürer so honigsüß.

Das Paket selbst: ein Zwei-Komponenten-Kleber. Die eine Komponente ist Spaltung und Zersetzung des Lohnkampfs. Die zweite Komponente besteht aus Treibmaterial für die Profitrate. Beide zusammengebracht, sollen diese Komponenten dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse eine zuverlässige Schweißauspressungsunterlage für den Weltvormarsch der westdeutschen Kapitalistenklasse abgibt.

Beschlossen hat der Bundestag am Freitag einstimmig mit wenigen Enthaltungen: 7-DM-Lohnsteuersenkung auf die Masse der Löhne; Spaltung des Lohnkampfs durch höheren Nachlaß bei Höherentlohnten; 1%-Erhöhung der Mehrwertsteuer; Senkung der Steuer auf Profit; höheres Kindergeld für 2. und vor allem 3. und weitere Kinder; Kinderbetreuungsfreibetrag Wer auf Grund höheren Lohns zwei Kinder hat in die Welt setzen können, kriegt für das dritte und jedes weitere ab Januar 1979 pro Monat 200 DM und kann pro Kind und Elternteil 600 DM im Jahr an Kinderaufsichtskosten von der Steuer absetzen. Das ist Ermunterung von Oberlehrers- und Staatsanwaltsehepaaren, für die das 1. und 2. Kind kein geldliches Problem ist, zur Züchtung von Großfamilien. Den Kapitalisten werden die „ertragsunabhängigen" Steuern großenteils erlassen, stattdessen Erhöhung der lohnunabhängigen Mehrwertsteuer, die



Lohnsenkung im öffentlichen Dienst und in den staatlichen Betrieben, Preissteigerungen bei Gebühren und Tarifen, keine Investitionen in die nationale Wirtschaft, sondern forcierter Export von Erdgas und Erdöl, um die Schulden bezahlen zu können: das ist der jüngste „Vorschlag" der Weltbank an die Regierung Boliviens. Ansonsten würde es der Weltbank „schwerfallen, das Land weiter zu unterstützen". – Die Arbeiter der Zinnminen bereiten Streikaktionen gegen die Elendslöhne vor. Sie fordern 135 Pesos (12 DM) mindestens am Tag und Streikrecht. Da die staatliche Minengesellschaft nicht zahlen will, haben die Arbeiter die Verhandlungen abgebrochen. – Die Landarbeiter haben Aktionen angekündigt gegen die geplante Ansiedlung von deutschstämmigen Siedlern aus Rhodesien und Namibia. Die westdeutsche Regierung hat die Umsiedlungsaktionen ersonnen und will vorläufig 150 Mio. DM für das Expeditionskorps auswerfen.

Der Kampf des iranischen Volkes durchkreuzt die Expansionspläne der westdeutschen Imperialisten

z.rok. „Wir werden die Aktivitäten jener Firmen zu stoppen wissen, die nur ihre eigenen Interessen verfolgen und gegen unsere Nation arbeiten", hat Ayatollah Khomeiny als ein Ziel der demokratischen und antiimperialistischen Massenbewegung im Iran bezeichnet. Die vom Schahregime abgeschlossenen Wirtschaftsverträge sollen von einem unabhängigen Iran für null und nichtig erklärt werden. Nicht allein die US-Imperialisten, die das Land in Abhängigkeit halten, und die sowjetischen Sozialimperialisten, die es unter ihre Kontrolle bringen wollen, sind durch die Massenbewegung im Iran getroffen. Getroffen sind auch die anderen Imperialisten, vorneweg die westdeutschen. „Große Unruhe und Nervosität" hat daher das Handelsblatt unter den westdeutschen Imperialisten festgestellt. Und die „Stuttgarter Nachrichten": Auch die Ruhe im Ländle ist gestört. Die Situation im Iran geht nicht spurlos an baden-württembergischen Betrieben vorüber ... Vor allem baden-württembergische Betriebe haben sich in den vergangenen Jahren verstärkt mit Beteiligungen oder aber Vertriebsorganisationen im Iran engagiert. Sie sehen jetzt zum Teil erhebliche Schwierigkeiten auf sich zukommen". Gemeint ist hier in der Hauptsache der Daimler-Benz-Konzern mit seinen Expansionsplänen im Iran und im gesamten Nahen Osten, dem, wie den westdeutschen Imperialisten überhaupt, die Massenstreikbewegung die Möglichkeiten bei der Plünderung der Reichtümer des Landes und der Ausbeutung der iranischen Arbeiter abschneidet.

Die Daimler-Benz-Kapitalisten haben dabei Tradition. Sie haben schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg, 1950, die Expansion in den Iran wiederaufgenommen. Zunächst durch Waren-, später ergänzt durch Kapitalexport. 1954 haben sie sich einen Auftrag für 500 Omnibusse unter den Nagel gerissen, 1958/59 einen weiteren über 750. Bei LKWs und Omnibussen haben sie im Iran eine Vormachtsstellung durchgesetzt und sie seit der „Energiekrise" zielstrebig ausgebaut. Sie unterhalten heute im Iran zwei Generalvertretungen: Die Merrkh/KHAWAR/Govah für PKW, mittlere und schwere LKW, Unimog und stationäre Motoren und die Iranian National Industrial Manufacturing Company für alle Omnibus-Typen, Transporter und leichte Lastwagen. 1964, als die iranische Regierung die Einführung kompletter Nutzfahrzeuge verbot, haben sie über diese Generalvertretungen Montagewerke errichten lassen: Das KHAWAR-LKW-Montagewerk, in dem sie bei der Produktion der Typen 608 bis 911 1600 Arbeiter der Ausbeutung unterworfen haben. Zum anderen das INIM-Omnibus- und Transporter-Montagewerk mit 3000 Arbeitern in Schichtarbeit.

Mit 30% sind die Daimler-Benz-Kapitalisten schließlich an der Motorenfabrik in Täbris beteiligt, die 1969 „nach harten Verhandlungen" mit der Regierung errichtet wurde. Von 3700 Einheiten 1971/72 haben sie die Produktion auf rund 30000 Einheiten im letzten Jahr hochgeschraubt. Sie haben vor zwei Jahren ihre Hoffnungen auf die Expansion im Iran so ausgedrückt: „Daimler-Benz erwartet auch weiterhin eine günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Iran und wird entsprechend die Kapazitäten der Motorenfertigung stufenweise ausbauen". Schon jetzt sind diese Träume der ungehinderten imperialistischen Expansion dahin und die Dementis auf der Pressekonferenz waren schwach. Im Motorenwerk Täbris ist zumindest ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten und die Daimler-Kapitalisten wissen, daß es um ihre Geschäfte im Iran düster aussieht, wenn das Schahregime gestürzt wird. Sie haben sich noch stets auf das Schahregime gestützt und Zahn, der Vorstandsvorsitzende, hat ein gutes Verhältnis schon des öfteren herausgestrichen.

Schon in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1977 haben die Daimler-Benz-Kapitalisten zähneknirschend erklären müssen: „Zusätzliche Belastungen erwachsen den deutschen Exporteuren aus den immer häufigeren dirigistischen Maßnahmen verschiedener Länder. Damit ist das Exportgeschäft, von dem zahlreiche Arbeitsplätze unmittelbar abhängen, und das für die Produktion in wirtschaftlich günstigen Serien unentbehrlich ist, mit höheren Risiken behaftet als jemals zuvor." Als ob es ihnen um „Arbeitsplätze" ginge und nicht um die Verschärfung der Ausbeutung zur Forcierung der Expansion und der Benutzung des Lohnstandards von „Niedriglohnländern" für weitere Lohnsenkung in Westdeutschland. Diesen Plänen haben die Länder der Dritten Welt in der Tat kräftige Schläge versetzt.

„14000 Deutsche in Angst und Schrecken", hat die „Welt am Sonntag" aus Anlaß der Massenstreikbewegung im Iran geschrieben. In einem Leserbrief haben daraufhin Barthelt, Vorsitzender des Vorstands der Kraftwerke Union AG, Schumann, Vorsitzender des Vorstands der Hochtief AG, und Schmidt-Breitenstein, Mitglied des Vorstands der Dyckerhoff und Widmann AG, korrigiert: Nein, die Deutschen seien „seit vielen Jahren geschätzt und geachtet", „auf unserer Baustelle in Busher herrscht Ruhe" usw. Gleichzeitig meldet die bürgerliche Presse, daß für die Vertreter der imperialistischen Konzerne Camps mit Lebensmitteln und Treibstoff unter militärischer Bewachung eingerichtet worden sind.

Die westdeutschen Imperialisten sehen ihre Expansion im Iran und im Nahen Osten gefährdet. Lambsdorff hat dem Schahregime Unterstützung zugesichert. Gleichzeitig erklären die Mineralölkonzerne, die „Energiekrise" von 1973 solle sich nicht wiederholen. Es ist die Interventionsdrohung gegen den gerechten Kampf der iranischen Volksmassen.

Steuerpaket aus Gründen der „Welträson" – Endspurt im Betrug

Fortsetzung von Seite 1

Mehrwerts bei Nixdorf-Computer anzulegen, einige hundert Millionen. Eins ist aber sicher: Vermeiden soll das Kapital den Gang in den staatlichen Topf, dafür gibt es Lohn- und Mehrwertsteuer, und unbedingt verhindert werden soll der Übergang in die Hände der Arbeiterklasse. Wo letzteres infolge Lohnkampfs gar nicht zu vermeiden ist, gilt, daß dies nur Zwischenstation zu sein hat auf dem Weg in die Staatskasse.

Die Bundesregierung tut ihr Möglichstes, um dazu beizutragen. Woher nimmt der Kanzler den „Optimismus", fragt ihn der smarte Novottny vom ARD-Fernsehen am 10.11., daß aus dem „Wirksamwerden der Steuersenkung zum 1. Januar" noch was wird. Der Weltökonom antwortet: „Weil ich letztlich auf die Staatsräson auch in den Staatskanzleien der Mehrheit der Länder setze ... Ich finde, daß jeder inzwischen begriffen hat, daß diese Steuersenkungen notwendig sind für unsere Wirtschaft, für unsere Steuerzahler, aber auch für die ganze Welt. Es hat ja weltwirtschaftliche Auswirkungen unsere Steuersenkung, weil es zu mehr Nachfrage führt. Vielleicht sollten sie das Wort Staatsräson durch Welträson ersetzen, Herr Novottny, aber es ist kein zu hoch gegriffenes Wort."

Staatsräson? Der Kanzler erinnert sich offenbar an die Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", eine zentrale Parole des Programms der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei von 1920. Was unser Hitlerjunge früher einmal gelernt hat, jetzt kann er alles brauchen. Aber er begnügt sich nicht damit, nachzuplappern, er entwickelt weiter. Von der Staatsräson zur Welträson, vom Gemeinnutz zum Weltnutz. Wer kann wagen, sich dem zu widersetzen?

Die Solidarität mit den Fordarbeitern, die Kampfaktionen der Stahlarbeiter zeigen, zahlreiche Briefe gegen die Steuerreform dokumentieren: die Arbeiter wagen es. Also müssen neue Zwangsmittel her! Die Wissenschaft hat die Entwürfe fertig. „Die Tarifautonomie muß auf den Prüfstand", fordert die „Aktionsgemeinschaft ‚Soziale Marktwirtschaft'" anläßlich ihres 25jährigen Bestehens. Die „altmodische ideologische Floskel von der unbeschränkten Verfügungsgewalt und der Überlegenheit der Arbeitgeber" sei überholt. Dagegen strebten die Gewerkschaften „von Marktdruck und Anpassungszwang weitgehend befreite Feudalpositionen" an. Es müsse ein „Gewerkschaftsaufsichtsamt" geben. Der Kieler Nationalökonom Dr. Vaubel stellte bei gleicher Gelegenheit „den Vorschlag zur Diskussion, den Gewerkschaften die Verantwortung für die Arbeitslosenversicherung und deren Finanzierung zu übertragen ... Das hätte zur Konsequenz, daß bei einem Anstieg der Arbeitslosigkeit nach überhöhten Lohnabschlüssen die Gewerkschaften die Verantwortung dafür trügen, entweder höhere Beiträge von ihren Mitgliedern einzuziehen, oder aber die Leistungen zu kürzen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.11.). Wie kann die Spaltung zwischen Arbeitern in Arbeit und Arbeitslosen vertieft und in allgemeine Lohnsenkung gemünzt werden? Dieser Frage widmete das gleiche Blatt eine längere Untersuchung unter der Überschrift „Das Recht auf Arbeit – eine politische Deklamation" (11.11.): „Bundespräsident Walter Scheel hat auf dem 11. ordentlichen Bundeskongreß des DGB dieses Faktum sehr deutlich genannt: ‚Ob es in der Verfassung steht oder nicht ..., es gibt ein Recht auf Arbeit', denn was fehlt, ist nicht Recht, sondern Arbeit." Weiter wird in dem Artikel festgestellt, „daß dem Recht auf Arbeit die Gewerkschaften durch ihr Verhalten beinahe allein zum Durchbruch verhelfen können – nämlich durch eine marktgerechte Lohnpolitik ... Nicht nur die Konkurrenz auf dem Weltmarkt spricht für eine Rückkehr zu einer wachstumsfreundlichen Einkommenspolitik, sondern auch die damit verbundene große Chance, dadurch den stürmisch sich beschleunigenden Prozeß der Substitution von Arbeit durch Kapital, der durch eine zu starke Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit provoziert wird, auf ein ökonomisch vertretbares Maß zu beruhigen." „Wachstumsfreundliche Einkommenspolitik", ein hübscher Name für Lohnsenkung.

Die entsprechenden sozialdemokratischen Vorschläge sind noch eine Klasse dreister. In der Zeitschrift für reifere Jungsozialisten „forum ds" Nr. 6 („ds" steht für „demokratischer Sozialismus") schreibt Helmut Baisch: „Solange ... den Gewerkschaften keine bestimmte Verteilung zugesichert werden kann, sind sie gezwungen, den höchstmöglichen Preis für die geleistete Arbeit zu fordern." Solange! Die erstrebte „Verteilung" erstmal erreicht, ist der „Zwang", „den höchstmöglichen Preis zu fordern", also das Streikrecht, ebenfalls beseitigt. Im 2. Vierteljahr 1978 macht das „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit" noch 70,8% des „Volkseinkommens" aus; im 1. Vierteljahr 1978 waren es 72,6%. Das „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" umfaßt im 2. Vierteljahr 29,2%, im 1. Vierteljahr 27,7%. Um knapp 10% auf 72,4 Milliarden DM ist dieses Bruttoeinkommen der Kapitalisten im 2. Vierteljahr gestiegen.

Mit der „Vollbeschäftigungs"-trommelei dringt die Bourgeoisie natürlich weit in die Gewerkschaftssozialdemokratie hinein. Es ist historische Erfahrung der westdeutschen Arbeiterklasse, daß die rasche kapitalistische Expansion nach dem 2. Weltkrieg auf Grundlage niedrigster Löhne entrollt wurde. Ohne den Lohnkampf befänden sich die Löhne noch auf dem Niveau von 1950. Die Kapitalisten wollen sie wieder dahin bringen. Nicht zurück zur Vollbeschäftigung, sondern nach vorn zur Weltherrschaft – ist ihre Devise. Auch das ist eine unaustilgbare Erfahrung der Arbeiterklasse.

Druckkapitalisten verschärfen Akkord- und Schichtarbeit – Gehaltstarif gekündigt

z.bew. In der Druckmaschinenindustrie gibt es „im Gegensatz zu vielen Zweigen des Maschinenbaus weiterhin regen Auftragseingang. Im ersten Vierteljahr 1978 hat sich besonders das Inlandsgeschäft gefestigt. Der Auftragseingang liegt hier real um 17% über dem Ergebnis der Vergleichszeit des Vorjahres", vermeldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 13.5.1978. Der Vorsitzende der Mergenthaler Linotype GmbH, Kummer, verkündet stolz im „Deutschen Drucker", daß im Fotosatzbereich 1977 der Auftragseingang um 165% gestiegen ist und eine Umsatzsteigerung von 40% erzielt werden konnte.

Allein diese beiden Meldungen drücken etwas von der gegenwärtig stattfindenden technischen Umwälzung in der Druckindustrie aus. Die Bruttoanlageinvestitionen in der Druckindustrie sind 1977 um 28% auf den bisher höchsten Stand von 970 Millionen DM gestiegen, nachdem sie 1976 schon um 13% höher lagen als im Vorjahr.

Steigende Investitionen, neue und vielfältige Druckmaschinenanlagen, Umstellung auf Fotosatz und rechengesteuerte Textsysteme sind die Mittel der Kapitalisten im Konkurrenzkampf um Absatzmärkte und Höchstprofite. Für die Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie bedeutet diese technische Umwälzung eine Verschärfung der Ausbeutung. Ausdehnung der Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit wird aus den Betrieben gemeldet, die gegenwärtig ihre Produktion umstellen – die Maschinen sollen pausenlos in Betrieb sein, damit die Profitproduktion ohne Unterbrechung läuft. Akkordarbeit bei der Texterfassung und verringerte Maschinenbelegschaften, mehr Überstunden und verstärkte Einführung von Teilzeitarbeit sind die Folgen der technischen Umwälzung in der Druckindustrie, gegen die die Belegschaften der Druckbetriebe gegenwärtig heftige Kämpfe führen, so etwa beim Druck- und Verlagshaus Gschwilm in Bad Vilbel, wo die Schichtarbeit eingeführt und die Akkordarbeit vorbereitet, beim Druckhaus Tempelhof, wo die Maschinenbesetzung gesenkt wird, oder im Druckzentrum Stuttgart, wo sich die Beschäftigten gegen die immense Ausdehnung des Arbeitstages zur Wehr setzen.

Allein um 7% auf 7,7 Mrd. DM ist der Umsatz der Druckbetriebe mit mehr als 20 Beschäftigten im 1. Halbjahr 1978 gestiegen bei einer um knapp 1% erhöhten Belegschaft. Welche rasche Entwicklung die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie nimmt mit der technischen Umwälzung, zeigt die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die sich in den letzten 6 Jahren verdoppelt hat. So wurden, nach Angaben der ‚bezirklichen Mitteilung' Nr. 4 der IG Drupa Frankfurt, für 1000 DM Umsatz 1977 15 Arbeitsstunden benötigt gegenüber 29 1972.

Für die Arbeiter und Angestellten der Druckindustrie kommt es in dieser Lage darauf an, die gegenwärtigen Diskussionen um einen neuen Gehaltstarif- und Manteltarifvertrag für die Angestellten wie um die Anhänge zur Maschinenbesetzung zu nutzen und Forderungen aufzustellen, die den verschärften Ausbeutungsbedingungen Schranken setzen.

Ernst Albrecht – ein zweiter Caprivi?

r.pel. „Wir sind ein Agrarland und werden es auch bleiben." 1976 vor der Landesverbandsversammlung des Niedersächsischen Landvolkes schmierte Ernst Albrecht den Bauern Honig um das Maul. Rauschenden Beifall konnte schon damals niemand vermelden. Immerhin, die Verbandsspitze reagierte wohlwollend. Am 28. Juni 1978, bei Abgabe der Regierungserklärung im niedersächsischen Landtag, vernahm man wörtlich das gleiche Lied.

Jetzt haben die niedersächsischen Bauern in ihrer Zeitung angefragt, was er damit denn wohl gemeint habe, der Herr Ministerpräsident. Das „Landvolk" notiert, daß der Agraretat für 1979 gegenüber dem Vorjahr um 18 Mio. DM gesunken ist und ganze 6,4% des Gesamtetats ausmacht. *Gestiegen* waren schon 1978 nur die Zuschüsse bei „Aufgabe nicht entwicklungsfähiger Betriebe", die Zuschüsse bzw. Darlehen für „betriebliche Investitionen, die der Rationalisierung dienen" und die Ausgaben für die Flurbereinigung. (Haushaltsplan 1978) Landwirtschaftsminister Glup hatte im Februar im Landtag geklagt: „Die Zahlen über die bisher in der Flurbereinigung entstandenen erheblichen Rückstände sprechen allerdings eine deutliche Sprache. Hier soll nun Abhilfe geschaffen werden." In welche Richtung? „In den Vordergrund treten Flurbereinigungen zur Unterstützung landbeanspruchender Großraumbaumaßnahmen der öffentlichen Hand, insbesondere im Bereich des Fernstraßenbaues und bei dem Bau von Bundesbahn-Schnellstrecken durch das südliche Niedersachsen." (Protokoll der 86. Sitzung)

„Mittelständische Familienbetriebe, wirtschaftlich und sozial gesichert", wolle er mit diesen Maßnahmen fördern, hatte der ehemalige Bahlsen-Manager den Bauern lächelnd verkündet. 4299 Bauern 1976, 3909 im Jahre 77 mußten ihren Hof aufgeben – Betriebe von bis zu 30 ha Größe. Höfe in der Größenordnung von über 50 ha haben zugenommen um 500, sie verfügen über ein Drittel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Niedersachsen. Albrechts Mittelstand! Er hält die Bauern für blöd; grad so wie sein Minister Glup, der frech Kuhbestände von 60 Tieren als „mittelbäuerlich" einordnet. Der niedersächsische Durchschnitt liegt bei zwölf Tieren. „Ein Viertel Glup" spotten die Bauern, wenn sie nach der Größe ihres Viehbestandes gefragt werden.

Das „Landvolk" vergleicht jetzt Ernst Albrecht mit Leo Graf von Caprivi. Dessen Laufbahn: geboren 1831, Sohn eines Geheimen Obertribunalrates; Leutnant 1849, 1866 im Generalstab, 1872 ins Kriegsministerium; 1883 Leiter der Kriegsmarine mit großen Verdiensten um das Torpedowesen; 1888 Kommandierender General des 10. Armeekorps in Hannover; 1890 Reichskanzler. (Meyers Konversationslexikon) Die Finanzbourgeoisie lobt ihn als einen, der ihnen mit Handelsverträgen die Exportmärkte geöffnet hat und mit den Torpedos weitsichtig absichern wollte. Unter den Bauern gibt es noch heute das Wort von „den schlimmen Caprivi-Zeiten". Von 225 DM auf 150 DM fiel der Weizenpreis pro Tonne in den ersten Monaten seiner Kanzlerschaft, russisches Getreide überschwemmte den deutschen Markt.

Der Grafenstand war 1891 der Lohn. Ob es Ernst Albrecht danach gelüstet? Jetzt ist er zunächst einmal Schützenkönig geworden im Saupark Springe. Das „Landvolk" vermerkt, Caprivi sei „vom Kaiser in die Wüste geschickt worden" und deutet an, die Bauern könnten vielleicht diese Aufgabe bei Albrecht übernehmen.

Internationales Kautschukabkommen
Entgegengesetzte Interessen, entgegengesetzte Vorschläge

z.rua. 1951 kostete ein Kilo Naturkau-
glied der ASEAN mit den anderen
länder nicht die Produktion steigern.
eines Lagers, dessen Preis sich nach
Leiter der Kriegsmarine mit großen

sich offenbar an die Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", eine zentrale Parole des Programms der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei von 1920. Was unser Hitlerjunge früher einmal gelernt hat, jetzt kann er alles brauchen. Aber er begnügt sich nicht damit, nachzuplappern, er entwickelt weiter. Von der Staatsräson zur Welträson, vom Gemeinnutz zum Weltnutz. Wer kann wagen, sich dem zu widersetzen?

Die Solidarität mit den Fordarbeitern, die Kampfaktionen der Stahlarbeiter zeigen, zahlreiche Briefe gegen die Steuerreform dokumentieren: die Arbeiter wagen es. Also müssen neue Zwangsmittel her! Die Wissenschaft hat die Entwürfe fertig. „Die Tarifautonomie muß auf den Prüfstand", fordert die „Aktionsgemeinschaft ‚Soziale Marktwirtschaft'" anläßlich ihres 25jährigen Bestehens. Die „altmodische ideologische Floskel von der unbeschränkten Verfügungsgewalt und der Überlegenheit der Arbeitgeber" sei überholt. Dagegen strebten die Ge-

lich durch eine marktgerechte Lohnpolitik ... Nicht nur die Konkurrenz auf dem Weltmarkt spricht für eine Rückkehr zu einer wachstumsfreundlichen Einkommenspolitik, sondern auch die damit verbundene große Chance, dadurch den stürmisch sich beschleunigenden Prozeß der Substitution von Arbeit durch Kapital, der durch eine zu starke Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit provoziert wird, auf ein ökonomisch vertretbares Maß zu beruhigen." „Wachstumsfreundliche Einkommenspolitik", ein hübscher Name für Lohnsenkung.

Die entsprechenden sozialdemokratischen Vorschläge sind noch eine Klasse dreister. In der Zeitschrift für reifere Jungsozialisten „forum ds" Nr. 6 („ds" steht für „demokratischer Sozialismus") schreibt Helmut Baisch: „Solange ... den Gewerkschaften keine bestimmte Verteilung zugesichert werden kann, sind sie gezwungen, den höchstmöglichen Preis für die geleistete Arbeit zu fordern." Solange! Die erstrebte „Verteilung" erstmal erreicht,

Kapitalisten im Konkurrenzkampf um Absatzmärkte und Höchstprofite. Für die Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie bedeutet diese technische Umwälzung eine Verschärfung der Ausbeutung. Ausdehnung der Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit wird aus den Betrieben gemeldet, die gegenwärtig ihre Produktion umstellen – die Maschinen sollen pausenlos in Betrieb sein, damit die Profitproduktion ohne Unterbrechung läuft. Akkordarbeit bei der Texterfassung und verringerte Maschinenbelegschaften, mehr Überstunden und verstärkte Einführung von Teilzeitarbeit sind die Folgen der technischen Umwälzung in der Druckindustrie, gegen die die Belegschaften der Druckbetriebe gegenwärtig heftige Kämpfe führen, so etwa beim Druck- und Verlagshaus Gschwilm in Bad Vilbel, wo die Schichtarbeit eingeführt und die Akkordarbeit vorbereitet, beim Druckhaus Tempelhof, wo die Maschinenbesetzung gesenkt wird, oder im Druckzentrum Stuttgart, wo sich die Beschäftigten gegen die immense Ausdehnung des Arbeitstages zur Wehr setzen.

Allein um 7% auf 7,7 Mrd. DM ist der Umsatz der Druckbetriebe mit mehr als 20 Beschäftigten im 1. Halbjahr 1978 gestiegen bei einer um knapp 1% erhöhten Belegschaft. Welche rasche Entwicklung die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie nimmt mit der technischen Umwälzung, zeigt die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die sich in den letzten 6 Jahren verdoppelt hat. So wurden, nach Angaben der ‚bezirklichen Mitteilung' Nr. 4 der IG Drupa Frankfurt, für 1000 DM Umsatz 1977 15 Arbeitsstunden benötigt gegenüber 29 1972.

Für die Arbeiter und Angestellten der Druckindustrie kommt es in dieser Lage darauf an, die gegenwärtigen Diskussionen um einen neuen Gehaltstarif- und Manteltarifvertrag für die Angestellten wie um die Anhänge zur Maschinenbesetzung zu nutzen und Forderungen aufzustellen, die den verschärften Ausbeutungsbedingungen Schranken setzen.

maßnahmen der öffentlichen Hand, insbesondere im Bereich des Fernstraßenbaues und bei dem Bau von Bundesbahn-Schnellstrecken durch das südliche Niedersachsen." (Protokoll der 86. Sitzung)

„Mittelständische Familienbetriebe, wirtschaftlich und sozial gesichert", wolle er mit diesen Maßnahmen fördern, hatte der ehemalige Bahlsen-Manager den Bauern lächelnd verkündet. 4299 Bauern 1976, 3909 im Jahre 77 mußten ihren Hof aufgeben – Betriebe von bis zu 30 ha Größe. Höfe in der Größenordnung von über 50 ha haben zugenommen um 500, sie verfügen über ein Drittel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Niedersachsen. Albrechts Mittelstand! Er hält die Bauern für blöd; grad so wie sein Minister Glup, der frech Kuhbestände von 60 Tieren als „mittelbäuerlich" einordnet. Der niedersächsische Durchschnitt liegt bei zwölf Tieren. „Ein Viertel Glup" spotten die Bauern, wenn sie nach der Größe ihres Viehbestandes gefragt werden.

Das „Landvolk" vergleicht jetzt Ernst Albrecht mit Leo Graf von Caprivi. Dessen Laufbahn: geboren 1831, Sohn eines Geheimen Obertribunalrates; Leutnant 1849, 1866 im Generalstab, 1872 ins Kriegsministerium; 1883 Leiter der Kriegsmarine mit großen

Internationales Kautschukabkommen
Entgegengesetzte Interessen, entgegengesetzte Vorschläge

z.rua. 1951 kostete ein Kilo Naturkautschuk 1,34$. Heute bekommt man dafür bedrucktes Papier für 1,18$. Allein von 1951 auf 1966 ist der Preis um ⅔ gesunken. Mit der Produktion von Synthesekautschuk wollen die Imperialisten den Preis für Naturkautschuk ins Bodenlose senken. Seit 1971 haben sie die Produktion von Synthesekautschuk um 30% gesteigert. Die Imperialisten wollen aber an den Naturkautschuk ran, denn Synthesekautschuk ist teuer. Kautschuk aber wird gebraucht, denn ohne Reifen fährt kein Auto.

Den kautschukproduzierenden Ländern ist es erst in den letzten Jahren gelungen, den Preis relativ zu erhöhen. Er ist jedoch ständiger imperialistischer Spekulation und Erpressung ausgesetzt. Die Imperialisten haben z.B. über die Kautschukbörse in ihrer Freihandelsoase Singapur den Umschlag seit 1971 vervierfacht, um so die kautschukproduzierenden Länder zu zwingen, ebenfalls zu Niedrigstpreisen zu exportieren. In Singapur, das als Mitglied der ASEAN mit den anderen ASEAN-Staaten Zoll- und Steuerpräferenzen hat, ist der Kautschuk billiger als z.B. in Malaysia. Von 1973 auf 1974 haben die Imperialisten die Importe aus Malaysia, Indonesien und Thailand gedrosselt und gleichzeitig die Importe aus Singapur um ⅓ erhöht. 1975 konnten sie so den Weltmarktpreis um 30% drücken. 1976 schlossen die größten kautschukproduzierenden Länder Malaysia, Indonesien, Thailand und Sri Lanka mit Singapur im Rahmen der 1970 gegründeten Vereinigung kautschukproduzierender Länder (ANRPC) ein Abkommen zur Stabilisierung des Preises. Am 13.11.78 hat in Genf die UNCTAD-Konferenz über ein Internationales Kautschuk-Abkommen begonnen. Seit Januar 1977 fanden zehn Vorbereitungskonferenzen statt. Erst auf der dritten haben sich die Imperialisten bequemt, in Verhandlungen zu treten. Eine Studie der Weltbank behauptet, daß bis 1990 die Reserven weitgehend erschöpft sind und eine Versorgungslücke eintritt, wenn die Produzentenländer nicht die Produktion steigern. Die Studie ruft den Preisvorteil von Naturkautschuk, gerade in Hinblick auf die Ölpreise, in Erinnerung.

Auf der UNCTAD-Konferenz 1976 in Nairobi haben die Länder der Dritten Welt die Schaffung eines Gemeinsamen Fonds für Rohstoffausgleichslager gegen die Imperialisten durchgesetzt. Bezahlen sollen die Imperialisten diesen Fonds. Als Schritt zur Verwirklichung angemessener Preise haben die kautschukproduzierenden Länder einen Vorschlag für ein Internationales Kautschuk-Abkommen erarbeitet, dessen Aufgaben sofort nach Schaffung des Gemeinsamen Fonds von diesem übernommen werden. Ein Ausgleichslager von 300000 bis 400000t soll geschaffen werden. Es wird entsprechend dem Anteil der Mitgliedsstaaten am Kautschukwelthandel finanziert. Der durchschnittliche Preis für malaysischen Kautschuk auf dem Markt von Kuala Lumpur wird als Richtpreis festgelegt. Überschreitet der Weltmarktpreis den Richtpreis um 20%, wird aus dem Lager so viel Kautschuk verkauft, bis der Richtpreis wiederhergestellt ist. Unterschreitet er ihn um 20%, wird ein entsprechender Teil aufgekauft. Bei längerer Überfüllung des Weltmarktes werden die Exporte reduziert, bis der alte Preis wiederhergestellt ist. Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit soll das Lager in den kautschukproduzierenden Ländern errichtet werden.

Ganz anders die Vorschläge der Imperialisten. „Die Gemeinschaft ist der größte Einführer von Naturkautschuk ... (und) ist also naturgemäß an einem Ergebnis interessiert, das ihre regelmäßige Versorgung zu angemessenen Preisen gewährleistet", erklärt die EG-Kommission schnöde und schließt sich einem Vorschlag der US-Imperialisten an. Vorgesehen ist die Errichtung eines Lagers, dessen Preis sich nach dem meistquotierten auf dem internationalen Markt bestimmt. Das Lager soll als Faustpfand gegen die kautschukproduzierenden Länder dienen. Sie sollen ihre Exportsteuern reduzieren, die Importsteuern der Imperialisten bleiben. Die US-Imperialisten schlagen eine Höhe von 700000t und als Standort – zweckmäßigerweise – die USA vor. Auf letzteres haben sich die Imperialisten nicht einigen können. Ihre Konkurrenz ist absolut. Ein Vorschlag der EG-Kommission, erstmalig *als EG* das Kautschuk-Abkommen zu schließen, wurde von den EG-Staaten abgelehnt. Jeder will sehen, daß er selbst am meisten profitiert. Die Sozialimperialisten haben sich ebenfalls auf den Vorschlag der US-Imperialisten und damit offen gegen die Länder der Dritten Welt gestellt. Sie propagieren allerdings, daß *ein* Lager nicht ausreicht und fordern mehrere, am besten womöglich in Vietnam, das ebenfalls große Kautschukplantagen besitzt.

Die Imperialisten wollen die kautschukproduzierenden Länder erpressen. Nachdem sich die BRD-Imperialisten in der letzten Woche die Außenminister der ASEAN-Staaten einzeln vorknöpfen wollten, wurde für den 20.11. eine Außenministerkonferenz der EG mit der ASEAN, in der die größten kautschukproduzierenden Länder organisiert sind, einberaumt, um industrielle Kooperation und Kreditbedingungen auszuhandeln. Noch innerhalb der laufenden Konferenz wollen sie so den nötigen Druck schaffen. Die kautschukproduzierenden Länder aber haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam den Aufbau ihrer Wirtschaft zu beschleunigen. Schwerpunkt ist die weiterverarbeitende Industrie. Die ASEAN-Staaten bauen eine eigene Automobilproduktion auf. Malaysia produziert die Reifen.

Produktion und Verarbeitung von Kautschuk im befreiten Kampuchea – wichtig für die Unabhängigkeit und den Aufbau des Landes

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730238 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein: Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431 / 731471 / Redakteur: Brigitte Balzer 43195 / Redakteur: Brigitte Düring

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234, Telex 413080 kuehl d – Gedruckt in Hannover

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 47: 32000

Auf Kosten des RGW: Energie, Maschinerie, Nahrungsmittel für die Kriegsvorbereitung der UdSSR

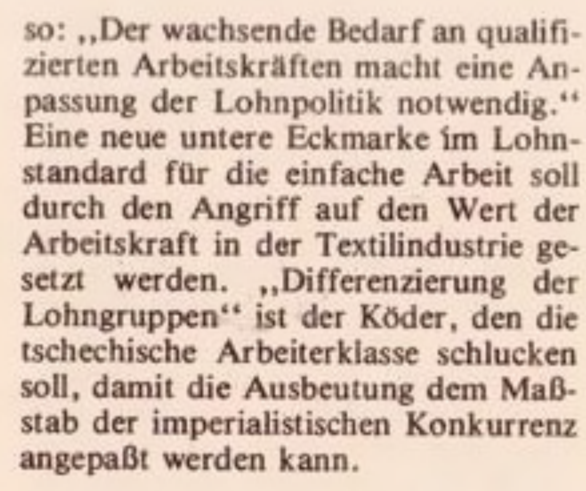
z.anb. Sie müssen aufholen, die neuen Zaren. Und sie wissen es. Jetzt oder nie. Um mit dem Maßstab der Warenexportschlacht auf dem Weltmarkt Schritt halten zu können, muß die Finanzbourgeoisie die Produktionsmittel umwälzen und neue Eckwerte in der Steigerung der Ausbeutung der lebendigen Arbeit, der Quelle ihres Profits, durchsetzen. Und gerade damit hapert es bei der sozialimperialistischen Bourgeoisie der Sowjetunion. Für ihre gewaltigen Hegemoniepläne sucht sie die produktiven Arbeiter der RGW-Staaten zu unterwerfen und einzusetzen. *Sie* sollen wie die unterjochte russische Arbeiterklasse das Kapital zur Unterwerfung und Neuaufteilung der Welt produzieren: Energie aus Polen, Maschinen aus der Tschechoslowakei, Nahrungsmittel aus Ungarn. Die „Spezialisierung“ und „internationale Arbeitsteilung“ im RGW ist nicht nur Ausdruck kapitalistischer Produktionsweise, sondern auch eine politische Notwendigkeit, um die Arbeiterklasse in den RGW-Ländern an der Beherrschung der Produktion zu hindern und den Zugriff der Supermacht auf die gesamte Wirtschaft zu verschärfen. Der wachsende Haß der Arbeiterklasse in diesen Ländern ist die zwangsläufige Folge dieser Sorte Raubpolitik. Am 15. November brachte die „Süddeutsche Zeitung“ eine 6-Zeilen-Meldung über einen 12-stündigen Streik in einer Prager Fabrik gegen die Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln und den aus der Sowjetunion importierten Autos. Es handelt sich um Kämpfe zur Verteidigung des Lohnstandards.

„In Erfüllung der Exportaufgaben an die Sowjetunion“ sieht der geltende Fünfjahrplan der Tschechoslowakei eine Steigerung der Maschinenexporte in die UdSSR um 72 bis 74% vor. Von der Diesellok über den Schienenbus bis zur Zellulosefabrik oder Erdölraffine-



CSSR. Spinnerei des staatlichen Textilbetriebs VELVETA in Varnsdorf (Nordböhmen). Die Anlage mußte zum überwiegenden Teil aus „importierten“ Maschinen zusammengebaut werden, während gleichzeitig die Lieferverpflichtungen der CSSR bei Textilmaschinen an die UdSSR ständig erhöht werden.

rie reicht die „Spezialisierung“ des tschechischen Maschinenbaus. Die Supermacht hat allerdings dafür Sorge getragen, daß die entscheidenden Instrumente zur Umwälzung der Produktionsanlagen, die Werkzeugmaschinen, aus der Sowjetunion importiert werden müssen. Die CSSR liefert zwar ebenfalls Werkzeugmaschinen an die Sowjetunion, jedoch fehlt ihnen die „Konkurrenzfähigkeit“ auf dem Weltmarkt. Sie sind nicht mit Mikroprozessoren ausgerüstet, also nicht numerisch gesteuert, für die neue Bourgeoisie in der UdSSR der beabsichtigte Vorwand, sie zu einem erbärmlichen Gegenwert zu verrechnen, darüber die Tributlieferungen der CSSR ständig weiter zu steigern und den gesamten Außenhandel unter ihrer Kontrolle zu halten. Zu praktisch 100% ist die CSSR von den Energie- und Rohstofflieferungen der UdSSR abhängig, und die Ausweitung der Maschinerieexporte an die UdSSR wird diese Lage weiter verschärfen. In diesem Zusammenhang ist es zu sehen, wenn die CSSR jetzt mit dem Philips-Konzern über den Import von Mikroprozessoren verhandelt hat, um ihre Werkzeugmaschinen auf dem Weltmarkt anbieten zu können.



Als Folge der ständig wachsenden Tribute an die Supermacht sieht der Fünfjahrplan die „Steigerung der Arbeitsproduktivität“ in der tschechoslowakischen Textilindustrie um 50% vor, denn dieser „Traditionsposten der Volkswirtschaft“ sei „von besonderer Bedeutung für die Sicherung einer aktiven Handelsbilanz“. Rationalisierung und verschärfte Auspressung der Arbeitskraft, Einführung modernster Produktionsanlagen zur Intensivierung der Schweißauspressung sind die Kennzeichen dieses Programms, das der Sowjetunion Billigstprodukte bringt. Damit wollen die neuen Zaren den erbitterten Konkurrenzkampf auf dem Welttextilmarkt gegen die Länder der Dritten Welt bestehen. Der weltweit angestimmte Schlachtruf der Kapitalisten nach „Senkung der Lohnkosten“ liest sich in den Planvorgaben für den tschechoslowakischen Maschinenbau so: „Der wachsende Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften macht eine Anpassung der Lohnpolitik notwendig.“ Eine neue untere Eckmarke im Lohnstandard für die einfache Arbeit soll durch den Angriff auf den Wert der Arbeitskraft in der Textilindustrie gesetzt werden. „Differenzierung der Lohngruppen“ ist der Köder, den die tschechische Arbeiterklasse schlucken soll, damit die Ausbeutung dem Maßstab der imperialistischen Konkurrenz angepaßt werden kann.

Unvermeidliche Begleiterscheinung der verschärften Ausbeutung in den RGW-Staaten ist die wachsende Ausplünderung auf dem Warenmarkt. Jedes fünfte Auto in der CSSR ist ein sowjetisches Importauto. Und es kostet entsprechend. Ebenso unvermeidlich haben die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse in den RGW-Ländern entscheidende Auswirkungen für das Vorankommen der sozialimperialistischen Exportschlachten.

Am 4. November vermerkt die polnische Zeitung „Zycie Warszawy“ eine „dynamische Entwicklung“, wie sie „bisher noch in keinem Land zu verzeichnen war“. Gemeint ist die Steigerung der Kohleproduktion Polens von 140 Mio. t 1970 auf 192 Mio. t 1978. Und das soll erst der Anfang sein. Im Rahmen der „Koordinierten Fünfjahrespläne“ des RGW hat die sozialimperialistische Sowjetunion Polen die Rolle des Stromlieferanten zugedacht. Seit 1960 ist die Stromproduktion pro Kopf der Bevölkerung in Polen verdreifacht worden. Nahezu die gesamte Stein- und Braunkohleförderung wird in Wärmekraftwerken verheizt und die daraus gewonnene Elektrizität über Hochspannungsleitungen im RGW „verteilt“, übrigens mit dem unwesentlichen Detail, daß die Leitung, die über Ungarn bis in die Ukraine gebaut wird, in derselben Zeit doppelt soviel Strom befördert wie die „normalen“ Leitungen im RGW. Ab 1986 soll die gesamte weitere Steigerung der Kohleproduktion aus neu zu erschließenden Braunkohlerevieren kommen, weil bis dahin abzusehen ist, daß die Steinkohlevorräte restlos geplündert sein wer-



Polen. Die Durchsetzung der Mechanisierung in der Kohleförderung bedeutet für die Bergarbeiter in den Kohlegruben alles andere als Erleichterung der Arbeit: die Maschinen diktieren das Tempo, sämtliche Poren des Arbeitstages werden geschlossen, die Staubentwicklung vervielfacht sich, Vierschichtbetrieb wird zum „Normalfall“.



DDR. Zu Ehren des „30. Jahrestages der DDR“ wurden die Arbeiter, Angestellten und Bauern am Samstag, dem 28.10. zu einem „freiwilligen Arbeitseinsatz“ zwangsverpflichtet. Seit Monaten werden die Belegschaften der einzelnen Betriebe zu Sonderschichten gezwungen, um den „Produktionsrückstand“ aufzuholen. Die vielen ausgefallenen Arbeitsstunden aufgrund von „Jubeltagen“, wie z.B. dem staatlich verordneten Jubel über den „ersten deutschen Astronauten im Weltall“, seien der Grund für den „Rückstand“, lügt die neue Bourgeoisie der DDR. Die sich ständig verschlechternde Außenhandelsbilanz der DDR hat ihre Ursache in der unverschämten Plünderung durch die Sowjetunion, die für die Energie- und Brennstofflieferungen einen stetig wachsenden Teil des von der Ar-





können.

Als Folge der ständig wachsenden Tribute an die Supermacht sieht der Fünfjahrplan die „Steigerung der Arbeitsproduktivität“ in der tschechoslowakischen Textilindustrie um 50% vor, denn dieser „Traditionsposten der Volkswirtschaft“ sei „von besonderer Bedeutung für die Sicherung einer aktiven Handelsbilanz“. Rationalisierung und verschärfte Auspressung der Arbeitskraft, Einführung modernster Produktionsanlagen zur Intensivierung der Schweißauspressung sind die Kennzeichen dieses Programms, das der Sowjetunion Billigstprodukte bringt. Damit wollen die neuen Zaren den erbitterten Konkurrenzkampf auf dem Welttextilmarkt gegen die Länder der Dritten Welt bestehen. Der weltweit angestimmte Schlachtruf der Kapitalisten nach „Senkung der Lohnkosten“ liest sich in den Planvorgaben für den tschechoslowakischen Maschinenbau

CSSR. Spinnerei des staatlichen Textilbetriebs VELVETA in Varnsdorf (Nordböhmen). Die Anlage mußte zum überwiegenden Teil aus „importierten“ Maschinen zusammengebaut werden, während gleichzeitig die Lieferverpflichtungen der CSSR bei Textilmaschinen an die UdSSR ständig erhöht werden.

rie reicht die „Spezialisierung“ des tschechischen Maschinenbaus. Die Supermacht hat allerdings dafür Sorge getragen, daß die entscheidenden Instrumente zur Umwälzung der Produktionsanlagen, die Werkzeugmaschinen, aus der Sowjetunion importiert werden müssen. Die CSSR liefert zwar ebenfalls Werkzeugmaschinen an die Sowjetunion, jedoch fehlt ihnen die „Konkurrenzfähigkeit“ auf dem

des fünfte Auto in der CSSR ist ein sowjetisches Importauto. Und es kostet entsprechend. Ebenso unvermeidlich haben die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse in den RGW-Ländern entscheidende Auswirkungen für das Vorankommen der sozialimperialistischen Exportschlachten.

Am 4. November vermerkt die polnische Zeitung „Zycie Warszawy“ eine „dynamische Entwicklung“, wie sie „bisher noch in keinem Land zu verzeichnen war“. Gemeint ist die Steigerung der Kohleproduktion Polens von 140 Mio. t 1970 auf 192 Mio. t 1978. Und das soll erst der Anfang sein. Im Rahmen der „Koordinierten Fünfjahrespläne“ des RGW hat die sozialimperialistische Sowjetunion Polen die Rolle des Stromlieferanten zugedacht. Seit 1960 ist die Stromproduktion pro Kopf der Bevölkerung in Polen verdreifacht worden. Nahezu die gesamte Stein- und Braunkohleförderung wird in Wärmekraftwerken verheizt und die daraus gewonnene Elektrizität über Hochspannungsleitungen im RGW „verteilt“, übrigens mit dem unwesentlichen Detail, daß die Leitung, die über Ungarn bis in die Ukraine gebaut wird, in derselben Zeit doppelt soviel Strom befördert wie die „normalen“ Leitungen im RGW. Ab 1986 soll die gesamte weitere Steigerung der Kohleproduktion aus neu zu erschließenden Braunkohlerevieren kommen, weil bis dahin abzusehen ist, daß die Steinkohlevorräte restlos geplündert sein wer-

den. In Lublin entsteht ein solches Revier um den Preis der Vernichtung ganzer Dörfer und der Vertreibung der Bevölkerung. Die Aussicht auf Verfünffachung der Braunkohleproduktion (1978: 40 Mio. t) und Steigerung der Steinkohleförderung auf 300 Mio. t für das Jahr 2000 läßt die Sozialimperialisten von enormen Konkurrenzvorteilen ihrer Waren auf dem Weltmarkt träumen. Die Arbeiterklasse in Polen soll dafür mit Lebensjahren bezahlen.



DDR. Zu Ehren des „30. Jahrestages der DDR“ wurden die Arbeiter, Angestellten und Bauern am Samstag, dem 28.10. zu einem „freiwilligen Arbeitseinsatz“ zwangsverpflichtet. Seit Monaten werden die Belegschaften der einzelnen Betriebe zu Sonderschichten gezwungen, um den „Produktionsrückstand“ aufzuholen. Die vielen ausgefallenen Arbeitsstunden aufgrund von „Jubeltagen“, wie z.B. dem staatlich verordneten Jubel über den „ersten deutschen Astronauten im Weltall“, seien der Grund für den „Rückstand“, lügt die neue Bourgeoisie der DDR. Die sich ständig verschlechternde Außenhandelsbilanz der DDR hat ihre Ursache in der unverschämten Plünderung durch die Sowjetunion, die für die Energie- und Brennstofflieferungen einen stetig wachsenden Teil des von der Ar-
beiterklasse geschaffenen Reichtums fordert. Der Arbeitsdienst-Samstag hatte zum Zweck, neue Maßstäbe für die Ausbeutung, die „Kennziffern für 1979“ festzulegen. 766 Mio. DM zusätzlich aus der Arbeitskraft der Lohnabhängigen gepreßt war die Bilanz des Tages. Der Unmut unter den Lohnabhängigen war beträchtlich. Zehn Tage Propagandarummel in der Presse und in den Betrieben eine gehässige Welle von Unterdrückung und Schikane waren notwendig. Bei der Sozialdemokratie in den westlichen imperialistischen Metropolen hat die Kriegsmaßnahme Sympathie gefunden. In der „Arbeiter-Zeitung“ (Parteiorgan der SPÖ) konnte man lesen, der Widerstand der Volksmassen in der DDR habe sich gegen die „Freiwilligkeit“ der Maßnahme gerichtet, denn schließlich habe niemand etwas dagegen, „die tatsächlich schwierige Lage der Wirtschaft zu bessern.“







Ungarn. Mehrere hundert Mio. Forint gingen der ungarischen Volkswirtschaft jährlich verloren, erklärte der Landwirtschafts- und Ernährungsminister. „Bedauerlicherweise wird mit dem Brot in Ungarn sehr verschwenderisch umgegangen.“ Der Grund liege „nur zum Teil“ darin, daß Brot (noch) billig sei; ein Kilo kostet 3,6 Forint (1 Forint: ca. 0,105 DM). „Zur Vorbeugung der Verschwendung“ sollen nun kleinere Brötchen gebacken werden: zunächst Kilo- und Halbkilobrote anstatt der üblichen Zweikilolaibe. Ab Januar 1979 sind Preiserhöhungen zu erwarten, und quantitative „Variationen“ erleichtern die Vertuschung des wahren Ausmaßes. Die Nahrungsmittellieferungen Ungarns an die Sowjetunion, vor allem Obst und Gemüse, sollen bis 1980 jährlich 700 Mio. Rubel betragen, bis 1990 dann auf 2,5 Mrd. Rubel anwachsen. Im ersten Halbjahr 1978 überstiegen die Nahrungsmittelimporte im Gegenwert von 138 Mio. Dollar bereits die Exporte von 103 Mio. Dollar. Die Mechanisierung der Landwirtschaft, die Ruinierung der Bauern und verschärfte Ausbeutung der Landarbeiter sichert sich die Sowjetunion durch Kontrolle über die Produktionsmittel der Landwirtschaft: in „Kooperations- und Spezialisierungsabkommen“ wird Ungarn zur Lieferung von 15 Typen landwirtschaftlicher Maschinerie verpflichtet, die allesamt in der Landwirtschaft Ungarns keine Anwendung finden. Als „Gegenleistung“ erhält Ungarn 38 verschiedene Maschinen aus der Sowjetunion und wird zu ständig wachsenden Tributen verpflichtet. Die Ruinierung der Landwirtschaft ist die Folge dieser Raubpolitik: Bei Getreide, Zuckerrüben und Pflaumen sinken die Hektarerträge, bei anderen Obstsorten und Kartoffeln sind die Gesamterträge trotz Steigerung der Hektarerträge gesunken, weil die Sozialimperialisten Ungarn in eine Monokultur von Apfel-, Gemüse- und Weinanbau verwandeln wollen, um diese Produkte auf dem Weltmarkt gegen die der Länder der Dritten Welt auftreten zu lassen. Die zwangsweise Steigerung der Weizenexporte auf das Doppelte soll die Reste eigenständiger Nahrungsmittelversorgung der ungarischen Volksmassen beseitigen. Die geplante Brotpreiserhöhung ist der Vorbote von Weizenimporten Ungarns aus der Sowjetunion.

z.pek. Während die Sozialimperialisten die ökonomische Unterwerfung der RGW-Länder durch deren Festlegung auf einzelne Teilbereiche der Produktion vorantreiben, sprechen sie ihnen gleichzeitig jede Souveränität in ihren Außenhandelsbeziehungen ab. So werden die Rohstoffe, die von den RGW-Ländern für die Produkte der „Spezialisierung und Kooperation“ importiert werden müssen, von vornherein zum Gemeingut des gesamten RGW erklärt – als Rechtfertigung dafür, daß die Sowjetunion für die in den Produkten enthaltenen Rohstoffe eben nichts zahlt.

Umgekehrt verschachert die Sowjetunion Rohstoffe, die sie den Ländern der Dritten Welt abgepreßt hat, teuer an die RGW-Länder. Aus solchem Schacher, der sie um ihre Einnahmen prellt, haben die Länder der Dritten Welt ihre Konsequenzen gezogen. Tanzania, Jamaica, Portugal und Spanien haben bei den seit dem letzten Jahr mit der UdSSR abgeschlossenen mehrjährigen Handelsabkommen die Aufnahme einer Klausel durchgesetzt, die „den Re-Export nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Exportlandes“ zuläßt.

„Kollektive Außenwirtschaft“ Rohstoffimport und Kapitalexport für die UdSSR

Unverblümt betreiben die Sozialimperialisten ihren Kapitalexport in die Länder der Dritten Welt unter dem Namen und durch Aneignung der Produkte der produktiven Arbeit in den Ländern des RGW. Sie erklären: „Unter den Bedingungen der Integration gewinnt die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder mit den jungen unabhängigen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas multilateralen Charakter. Die sozialistischen Staaten vereinigen ihre wirtschaftliche Macht zur Hilfeleistung für die Entwicklungsländer.“ („Integration im Interesse der Völker“, APN-Verlag, Moskau, 1975) Durch Einverleibung der Produktivkräfte der RGW-Länder über die Länder der Dritten Welt herzufallen – im Sprachgebrauch der Sozialimperialisten heißt das „*Verwirklichung einer kollektiven wirtschaftlichen Strategie*“.

Mit gemischten Gesellschaften zwischen Ländern des RGW und der Dritten Welt setzen sich die Sozialimperialisten dort fest, wo sie selbst als imperialistische Räuber bereits bloßgestellt sind. Unter Mißbrauch Ungarns betreibt die Sowjetunion in Nigeria eine Kartenaufnahme und die Erschließung von Naturreichtümern. Ebenfalls unter dem Namen Ungarns, das als Binnenland nur über eine unbedeutende Hochseeflotte verfügt, hat die UdSSR im Libanon die Gesellschaft „A.M.A.L. Navigation Co.Ltd.“, die Chartergeschäfte im Seefrachtverkehr abwickelt, gegründet. Im Iran ist eine „ungarische“ Gesellschaft „zur Förderung internationaler Straßentransporte“ tätig. – Ganz sicher betrachten die Sozialimperialisten den Ausbau ihrer Straßenverbindungen in Richtung zum Arabischen Golf als „international förderungswürdig“.

Tarifabschlüsse Herbst '78: Kleinprozente auf Hungerlöhne

Nahrung, Genuß, Gaststätten:

Brauereien Hessen. Abschluß September, 5,9%.

Brauereien Bayern. 5,1% ab 1.10.78, Laufzeit 12 Monate.

Handel, Banken, Versicherungen: *Buchhandel und Verlage, Hessen*. Erhöhung durchschnittlich 6%, Laufzeit 1.10.78 – 31.3.79. Für die niedrigste Lohngruppe (1110 DM) sind das 68 DM, für die höchste (2300 DM) 133 DM.

Tischlerhandwerk Hamburg/Schleswig-Holstein. Ab 1.10.78 5,5% mehr auf den Facharbeiterlohn von bisher 10,80 DM, also 59 Pf.

IG Druck: *Papiererzeugende Industrie Baden-Württemberg*. 5% mehr ab Oktober 1978.

IG Chemie: *Feinkeramische Industrie Baden-Württemberg*. Zwischen Lohngruppe 1: plus 34 Pf. und Lohngruppe 7: plus 44 Pf.; Ausbildungsvergütung plus 27 DM, kaufmännische und technische Angestellte plus 4,7%. Laufzeit 12 Monate, ab Oktober 1978.

Pro Hamburg (5000 Beschäftigte): 3,5% für Ladenleiter und Ladenmeister, 5,4% für alle anderen Beschäftigten. Abschluß vom 11.10.78.

Schuhindustrie: Ab 1.11.78 Erhöhung um durchschnittlich 5,6%, Laufzeit bis 31.10.79.

Gewerkschaft Holz und Kunststoff: *Raumausstatter-Handwerk Fürth/München*. Ecklohn für Facharbeiter ab 3. Jahr nach der Lehre: 9,85 DM; Mindestzuschlag bei Leistung über dem Durchschnitt: 10%; *Lederverarbeitung:* Ecklohn 9,65 DM. Laufzeit ab 1.11.78, kündbar frühestens zum 30.4.79.

Volvo (Betriebstarif): Die Kapitalisten zahlen von sich aus seit 1.11.78 6,9%, mindestens 130 DM mehr. Die Verhandlungen laufen noch. Die Beschäftigen fordern 250 DM für alle.

Für die *Heimarbeit* hat die Bundesregierung in den letzten Wochen im Bundesanzeiger mehrere Tarife veröffentlicht. Die Erhöhungen liegen zwischen 5 und 6%, die neuen Stundenlöhne damit zwischen DM 3,70 (Bastgewebe, Kleinstkorbwaren) und DM 6,69 (Krawatten). Ausdrücklich wird vermerkt, daß der Minister für Arbeit und Sozialordnung diesen Tarifen zugestimmt hat.

Zwei Explosionen, drei Großfeuer in zwei Tagen

z.hek. „Reparaturauslastung bis Januar gesichert" gröhlen die Vulkanbetriebsführer in alle Zeitungsspalten hinaus. In den Docks und am Pier ist keine Handbreit mehr Platz vor lauter Reparatur- und Umbauschiffen. Jetzt ist die „Aegir" gerade eingelaufen, aber im Baudock hat sich die Reparatur der „Caspar Trader" verzögert. Zwei Explosionen in zwei Tanks mit anschließenden stundenlangen Brän-

Raumausstatter-Handwerk Fürth/München. Ecklohn für Facharbeiter ab 3. Jahr nach der Lehre: 9,85 DM; Mindestzuschlag bei Leistung über dem Durchschnitt: 10%; *Lederverarbeitung:* Ecklohn 9,65 DM. Laufzeit ab 1.11.78, kündbar frühestens zum 30.4.79.

Volvo (Betriebstarif): Die Kapitalisten zahlen von sich aus seit 1.11.78 6,9%, mindestens 130 DM mehr. Die Verhandlungen laufen noch. Die Beschäftigen fordern 250 DM für alle.

Für die *Heimarbeit* hat die Bundesregierung in den letzten Wochen im Bundesanzeiger mehrere Tarife veröffentlicht. Die Erhöhungen liegen zwischen 5 und 6%, die neuen Stundenlöhne damit zwischen DM 3,70 (Bastgewebe, Kleinstkorbwaren) und DM 6,69 (Krawatten). Ausdrücklich wird vermerkt, daß der Minister für Arbeit und Sozialordnung diesen Tarifen zugestimmt hat.

Zwei Explosionen, drei Großfeuer in zwei Tagen

z.hek. „Reparaturauslastung bis Januar gesichert" gröhlen die Vulkanbetriebsführer in alle Zeitungsspalten hinaus. In den Docks und am Pier ist keine Handbreit mehr Platz vor lauter Reparatur- und Umbauschiffen. Jetzt ist die „Aegir" gerade eingelaufen, aber im Baudock hat sich die Reparatur der „Caspar Trader" verzögert. Zwei Explosionen in zwei Tanks mit anschließenden stundenlangen Brän-

den haben den Rumpf verzogen und den Anstrich vernichtet. Kürzeste Reparaturzeiten bei höchster Arbeitsintensität der Arbeiter rund um die Uhr bieten die Vulkankapitalisten. Das bringt ihnen die Aufträge. Den Arbeitern im schlimmsten Fall den Tod, wie



beim Absturz der zwei Gerüstbauer vor einigen Wochen. Die Tanks werden nicht gasfrei gemacht, aber im Schott und an den Luken wird gebrannt und geschweißt. Kein Wunder, daß in beiden Tanks das Gasgemisch explodiert ist. Eher, daß keine Arbeiter verletzt wurden. „Arbeitssicherheit findet sorgfältige Beachtung", ließ die Betriebsführung in ihrer Werkszeitung schreiben. Und „das es dazu keiner Demonstration bedarf". Da werden sie sich geschnitten haben. Der dreistündige Streik war erst der Anfang.

Liberalisierung der Berufsverbote Leimruten für die Opportunisten

z.diz. Am 8.11. – also noch vor dem FDP-Parteitag – hat die Bundesregierung beschlossen: Ein Beamter muß *jederzeit* für die Staatsordnung der Kapitalistenklasse eintreten, was geprüft werden muß: „Nur wenn die Einstellungsbehörde zur *Überzeugung* von der Gewähr der Verfassungstreue gelangt ist, kann sie den Bewerber einstellen." Auf die Überprüfung durch den Verfassungsschutz kann auf keinen Fall verzichtet werden: „Verfassungsrechtlich bedenklich wäre es allerdings, wollte man die Anfrage generell oder für bestimmte Bereiche ausschliessen." – Schließlich die Empfehlung, zur Entlastung des Verfassungsschutzes „... erst dann anzufangen, wenn eine Einstellung des Bewerbers tatsächlich beabsichtigt und wenn die Verfassungstreue des Bewerbers nur noch die letzte zu prüfende Einstellungsvoraussetzung ist." (Bulletin, 14.11.) – Gleichzeitig hat die Bourgeoisie eine neue Leimrute für die Opportunisten ausgelegt: Den Gymnasiallehrer Güde, der 1975 wegen Eintretens für die Ziele der Arbeiterklasse suspendiert worden war, wogegen damals tausende Arbeiter, Schüler und Lehrer unterschrieben hatten, haben sie wieder eingestellt. „Tätige Reue" – so nennt das die Bourgeoisie, wenn man die Arbeiterklasse verrät und die Ausbeuterherrschaft propagiert, hat das Gericht ihm zugute gehalten. Er hat das Urteil angenommen.

Streik der Frankfurter Abendgymnasiasten in der 7. Woche

z.anm. Am Samstag, dem 18.11.78, fand in Frankfurt eine Demonstration verschiedener Initiativen statt, an der sich 4000 beteiligten und auf der die Forderungen der streikenden Abendgymnasiasten unterstützt wurden. Diese stehen jetzt in der 7. Woche des Streiks. Nach der 6. Streikwoche des



Abendgymnasiums I in Frankfurt hat jetzt auch das AG II mit einer Urabstimmung den Streik beschlossen für die Forderungen: Weg mit dem Aufnahmestopp! Beibehaltung des Nachmittagsunterrichts! Eine eigene Schule für alle Abendgymnasiasten! Keine Anwesenheitslisten und schriftliche Leistungstests im Vorkurs! Entfernung der Lehrer Preissler und Blömker vom AG! Keine Schülerverweise vom Abendgymnasium! Keine Zwangsversetzung von Lehrern! Der Streik wird von zahlreichen Schülern, dem Stadtschülerrat Frankfurt, Vertretungen der Berufsschulen, Vertrauensleuten aus den Betrieben, Abteilungen, Jugend-

gymnasiasten unterstützt wurden. Diese stehen jetzt in der 7. Woche des Streiks. Nach der 6. Streikwoche des



Abendgymnasiums I in Frankfurt hat jetzt auch das AG II mit einer Urabstimmung den Streik beschlossen für die Forderungen: Weg mit dem Aufnahmestopp! Beibehaltung des Nachmittagsunterrichts! Eine eigene Schule für alle Abendgymnasiasten! Keine Anwesenheitslisten und schriftliche Leistungstests im Vorkurs! Entfernung der Lehrer Preissler und Blömker vom AG! Keine Schülerverweise vom Abendgymnasium! Keine Zwangsversetzung von Lehrern! Der Streik wird von zahlreichen Schülern, dem Stadtschülerrat Frankfurt, Vertretungen der Berufsschulen, Vertrauensleuten aus den Betrieben, Abteilungen, Jugend-

vertretungen mit Erklärungen täglich unterstützt. Die Landesregierung ist aufgefordert, ein Angebot zu den Forderungen der Abendgymnasiasten vorzulegen, eher, so haben sie beschlossen, werden sie den Unterricht nicht wieder aufnehmen.

Düppel-Klage in Washington abgewiesen

z.les. Am 8.November 1978 hat das Bundesgericht in Washington die Klage gegen den Bau der US-Besatzersiedlung in Westberlin-Düppel zurückgewiesen. Dort sollen 250 Wohnungen für US-Bedienstete entstehen. Der US-Stadtkommandant läßt in Düppel per Besatzerbefehl bauen. Die Berliner Morgenpost fragt nach dem Urteil besorgt: „Wer hat eigentlich die Macht in Berlin". Vertreten von dem Justizministerium, dem Außenministerium und dem Heeresministerium der USA wurde dann auch erneut in Washington bekräftigt: „Die Kommandantur übt in Berlin die oberste Souveränität aus"! Lummer, Fraktionsvorsitzender der CDU, sieht durch das Urteil die „eingeschränkte Rechtsstaatlichkeit in bestimmten Fällen markiert". Denn im Gegensatz zu den üblichen Situationen im demokratischen Rechtsstaat hätten die Bürger offenbar keine Möglichkeit, wegen der Bebauung in Düppel einen Rechtsweg zu beschreiten. (MoPo, 14.11.78) Doch Senatssprecher Sötje weiß die CDU zu beruhigen. Er erklärte: „Es gibt nicht den geringsten Grund, sich bei den amerikanischen Freunden zu beklagen, da sie bei der Wahrnehmung ihrer Souveränität in Berlin stets äußerst behutsam vorgegangen sind".

Die Belegschaft der Olympia Werke AG duldet die Zerstörung ihrer Arbeitskraft nicht

r.jej.Wilhelmshaven. „Die im Vergleich zu den wichtigsten Industriestaaten überhöhten Arbeitskosten in der Bundesrepublik... verschärfen den Erlösdruck bei unseren Geräten und beeinträchtigen somit die Ertragslage unseres Unternehmens." So formuliert die Betriebsführung der Olympia AG im Geschäftsbericht 1977 ihre Angriffspläne gegen die Belegschaft. Erfahren haben inzwischen die Arbeiter im Werk Braunschweig, wie das aussieht: Das Werk soll bis auf einen Rest von 150 Beschäftigten, im wesentlichen der Entwicklungsabteilung, bis März 1979 dichtgemacht werden, die Rechner läßt Olympia in Niedriglohnländern fertigen. Die gleiche Absicht kündigt die Betriebsführung im Geschäftsbericht auch für die Fertigung mechanischer Schreibmaschinen an, die bisher noch in der Betriebsstätte Norden produziert werden: „Die arbeitsintensive Fertigung der im unteren Preisniveau angesiedelten mechanischen Flach- und Reiseschreibmaschinen" sei „in der Bundesrepublik nicht mehr zu vertreten."

Die Einstellung der Rechnerproduktion in Braunschweig ist für den Oberherrn von Olympia, die AEG, Ausgangspunkt gewesen für eine rabiate Intensivierung der Arbeit. Was im Rechnergeschäft verlorengegangen ist, soll aus dem verbleibenden Teil des Arbeiterheeres mit umso schärferen Antreibermethoden herausgepreßt werden. Umfangreiche Kürzungen der Vorgabezeiten haben stattgefunden, Überstunden und Samstagsarbeit sind insbesondere im Werkzeugbau sowie beim Typ „SGE 65", einem Standardmodell von Olympia, das nach vorsichtiger Rechnung einen Profit von 1000 DM pro Maschine abwirft, in der letzten Zeit zur Regel geworden.

Die Steigerung der Arbeitshetze hat sich niedergeschlagen in einem raschen Anstieg der Krankenquote. Eben bei 6% in 1977, ist sie auf 7,2% im Mai 1978 hochgeschnellt. Grund genug für die Betriebsführung, diesem „Kosten faktor" auf ihre Weise zu Leibe zu rücken. In einem „Rundschreiben an alle Vorgesetzten" in den inländischen Olympia-Werken hat sie einen Maßnahmenkatalog erlassen, wie die gehässigste Schinderei gegen die Belegschaft weiter vorangetrieben werden soll. „Senkung der Fehlzeiten" ist die Losung, die Maßnahmen reichen über Bespitzelung kranker Arbeiter, gezielte Entlassungen in Abteilungen mit überdurchschnittlichem Krankenstand – nach dem Motto: „... Person für Person aufreißen" – bis zur Sperrung des Krankengeldes „bei Verdacht einer vorgetäuschten Krankheit" und gezieltem Druck gegen Ärzte. Es ist sicher kein Zufall, daß dieser Vorstoß auf die Versicherungskassen der Arbeiterklasse im Wahlkreis des Dr. Herbert Ehrenberg gestartet wird. Raub von Geldern aus den Versicherungsfonds der Arbeiterklasse, diese Absicht leuchtet aus der Anordnung, die Lohnfortzahlung sofort zu stoppen, wenn „Verdacht" einer „vorgetäuschten Krankheit" vorliege, also z.B. ein Arbeiter innerhalb eines kurzen Zeitraums mehrfach krank wird.

Mit ihrem unverschämten Vorstoß hat sich die Betriebsführung eine Niederlage eingehandelt. Der Betriebsrat forderte die vollständige Rücknahme des Schreibens. Die arrogante Antwort der Betriebsführung: über die eine oder andere Formulierung könne man ja reden. Daraufhin wurden Kampfmaßnahmen eingeleitet. Über eine einstweilige Anordnung des Arbeitsgerichts setzte der Betriebsrat die Aussetzung einer Samstagsschicht für 22 Arbeiter durch. Angesichts der großen Empörung und Kampfbereitschaft der Belegschaft mußte die Betriebsführung das Rundschreiben ersatzlos zurücknehmen und dies auch öffentlich in der Hauszeitung erklären. Angedeutet haben sie dabei gleich, daß die ganze Palette dieser Maßnahmen ohnehin schon lange unter der Hand praktiziert würde.

Dieser erneute Spaltungsversuch hat nicht verfangen. Auf der Betriebsversammlung am 17.11.1978 ist festgehalten worden, daß die vollständige Rücknahme des Rundschreibens und die bedingungslose Auszahlung der Lohngelder im Krankheitsfall ein Erfolg des Kampfes der Belegschaft ist. Die Geschäftsleitung hat sich dazu lieber gleich gar nicht geäußert, sie wird versuchen, im Stillen den ganzen Maßnahmenkatalog doch weiter durchzudrücken. Das zu verhindern, ist dringlich, soll der gewonnene Spielraum nicht wieder verschenkt werden.

Loewe Opta-Kapitalisten planen Werksschließung

Manöver der bürgerlichen Parteien gegen Zusammenschluß und Kampf der Belegschaft

r.mag. Das Loewe Opta Werk Westberlin mit 500 Arbeitern und Angestellten soll Mitte nächsten Jahres geschlossen werden, so plant es die Geschäftsleitung. Philips besitzt 15% der Aktien bei Loewe Opta. 235 Arbeiter und Angestellte werden von den Philips Kapitalisten bei Loewe ausgebeutet. Ca. 20% des Gesamtumsatzes werden in Westberlin gemacht, und zwar mit der Produktion von Stereo-Kompaktanlagen und Schwarz-Weiß-Fernsehern. Das ist den Kapitalisten zu wenig, folglich soll der Teil der Produktion, der auch leicht in sogenannten Billiglohnländern abgewickelt werden kann, ins Ausland.

Entwicklung der Westberliner Elektroindustrie
MRD DM: 6, 5
(1000 DM): 90, 80, 70, 60, 50, 40
Umsatz pro Beschäftigten
Umsatz
Beschäftigte 1000: 90, 80, 70
1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978 (Juli)
Quelle: Statistisches Jahrbuch Westberlin. Berliner Statistik versch. Jahrgänge

Die Sozialdemokraten entfachen jetzt ein „Geschrei um die Arbeitsplätze", die hiermit wieder in Westberlin vernichtet würden. Nach den 500, die beim DIAG-Konzern auf die Straße fliegen sollen, ist das jetzt der zweite

ßung abgebracht werden. Der Betriebsratsvorsitzende zeigt auch schon Wirkung und erklärt, daß Kampfmaßnahmen nur schaden würden, da sich ansonsten kein Kapitalist mehr finden

Schließung des Loewe Opta Werkes Westberlin unterstützen. 30% der dort Beschäftigten, im wesentlichen Frauen, sind in der IG Metall organisiert. Die Betriebsrätin von Loewe Opta sagt

Intensivierung der Arbeit. Was im Rechnergeschäft verlorengegangen ist, soll aus dem verbleibenden Teil des Arbeiterheeres mit umso schärferen Antreibermethoden herausgepreßt werden. Umfangreiche Kürzungen der Vorgabezeiten haben stattgefunden,

renberg gestartet wird. Raub von Geldern aus den Versicherungsfonds der Arbeiterklasse, diese Absicht leuchtet aus der Anordnung, die Lohnfortzahlung sofort zu stoppen, wenn „Verdacht" einer „vorgetäuschten Krankheit" vorliege, also z.B. ein Arbeiter

schäftsleitung hat sich dazu lieber gleich gar nicht geäußert, sie wird versuchen, im Stillen den ganzen Maßnahmenkatalog doch weiter durchzudrücken. Das zu verhindern, ist dringlich, soll der gewonnene Spielraum nicht wieder verschenkt werden.

Loewe Opta-Kapitalisten planen Werksschließung

Manöver der bürgerlichen Parteien gegen Zusammenschluß und Kampf der Belegschaft

r.mag. Das Loewe Opta Werk Westberlin mit 500 Arbeitern und Angestellten soll Mitte nächsten Jahres geschlossen werden, so plant es die Geschäftsleitung. Philips besitzt 15% der Aktien bei Loewe Opta. 235 Arbeiter und Angestellte werden von den Philips Kapitalisten bei Loewe ausgebeutet. Ca. 20% des Gesamtumsatzes werden in Westberlin gemacht, und zwar mit der Produktion von Stereo-Kompaktanlagen und Schwarz-Weiß-Fernsehern. Das ist den Kapitalisten zu wenig, folglich soll der Teil der Produktion, der auch leicht in sogenannten Billiglohnländern abgewickelt werden kann, ins Ausland.

Entwicklung der Westberliner Elektroindustrie
MRD DM: 6, 5
(1000 DM): 90, 80, 70, 60, 50, 40
Umsatz pro Beschäftigten
Umsatz
Beschäftigte 1000: 90, 80, 70
1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978 (Juli)
Quelle: Statistisches Jahrbuch Westberlin. Berliner Statistik versch. Jahrgänge

Die Sozialdemokraten entfachen jetzt ein „Geschrei um die Arbeitsplätze", die hiermit wieder in Westberlin vernichtet würden. Nach den 500, die beim DIAG-Konzern auf die Straße fliegen sollen, ist das jetzt der zweite

größere Fall von Massenentlassungen während des Wahlkampfs. Sie sehen ihre Felle für den Wahlkampf davonschwimmen, weshalb sich nicht nur die Sozialdemokraten mächtig ins Zeug legen, wie sie sagen, die Arbeitsplätze zu erhalten. Der „Tagesspiegel" ließ auch schon verlauten, daß ein großes Westberliner Elektrounternehmen den Betrieb verkaufen wolle. Die CDU will bei der ganzen Angelegenheit natürlich auch nicht abseits stehen und will die Schließung im Bundestag besprechen lassen. Mit all diesen Manövern sollen die Kollegen bei Loewe Opta von Kampfmaßnahmen gegen die Schlie-

ßung abgebracht werden. Der Betriebsratsvorsitzende zeigt auch schon Wirkung und erklärt, daß Kampfmaßnahmen nur schaden würden, da sich ansonsten kein Kapitalist mehr finden

würde, der den Betrieb aufkauft.

Die Bedingungen für Streik sind jedoch nicht schlecht. Die Auftragsbücher für das Werk Westberlin sind gefüllt bis zum nächsten Jahr, und nach Auskunft des Betriebsrates ist die Unterstützung durch die Westberliner Arbeiter groß. So haben die Betriebsräte der drei Westberliner DIAG-Werke eine Grußadresse an die Betriebsversammlung, die direkt nach Bekanntwerden der Pläne der Geschäftsleitung durchgeführt wurde, geschrieben, daß sie den Kampf der Kollegen gegen die

Schließung des Loewe Opta Werkes Westberlin unterstützen. 30% der dort Beschäftigten, im wesentlichen Frauen, sind in der IG Metall organisiert. Die Betriebsrätin von Loewe Opta sagt

zur Lage im Betrieb: „... es sind überwiegend ältere Arbeitnehmer bei uns beschäftigt, zum Teil weit über 25 Jahre, zu 80% Frauen, ungelernte und angelernte, für die wird es sehr schlecht, irgendwo anders einen Arbeitsplatz zu bekommen." Der Anteil der Facharbeiter ist außerdem gering, so daß der Druck auf die im Akkord Beschäftigten in der Elektroindustrie sich erhöhen wird. Die IG Metall ist stark genug, den Kampf gegen die Schließung erfolgreich zu führen; doch ohne Streik gegen die Loewe Opta Kapitalisten wird es nicht gehen, das wissen die Arbeiter und Arbeiterinnen.

Kluncker: „Festgeld, Mindest und Prozente keine Prinzipienfrage"

z.seb. Vor 350 ÖTV-Vertrauensleuten hat ÖTV-Vorsitzender Kluncker sich am 17.11. in Frankfurt erstmals konkret zur Lohnforderung geäußert. „Es gibt keinen Grund zur Lohnzurückhaltung in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, Belebung der Innennachfrage könnte die Konjunktur nur beleben." Zur Forderung sagte Kluncker: „Für mich geht es jetzt *neben* Lohn und Gehalt um einen weiteren Schritt im Urlaubsgeld. In Sachen Arbeitszeitverkürzung kann der öffentliche Dienst nicht den Vorreiter spielen." Und hinsichtlich Forderungsstruktur und Höhe: „*Festgeld, Mindest* und Prozente sind für mich keine Prinzipienfragen und dürfen nie welche werden. Wenn es nach meiner Meinung geht, führen wir dieses Jahr keinen Mehrfrontenkrieg. Gottseidank ist das Urlaubsgeld ein Festbetrag und keine Prozente." Beim Lohn könne man sich dann an das halten, was in den Industriegewerkschaften im Durchschnitt gefordert wird. Die Kürzung der Bezüge für Krankenpflegeschüler von 1977 nannte Kluncker „mies und falsch" und versprach Revision in dieser Lohnbewegung.

Alpha Jet nur mit deutschem Schleudersitz brauchbar

z.haw. Weil die Rettungssysteme für die westdeutschen Piloten zu gefährlich seien, hat die Luftwaffe der Bundeswehr Flugverbot für den in der Hauptsache von Frankreich entwickelten Alpha Jet erlassen. Die Maschine sei zwar sofort einsatzbereit, aber nur, wenn die Möglichkeit des Einbaues eines deutschen Schleudersitzes gegeben sei, was aber bedeutet, daß das Rettungssystem insgesamt geändert werden müsse. Über dieses Manöver soll vor allem der westdeutschen Rüstungsindustrie ein saftiger Happen zugeschoben werden, die sich auch schon ausgiebig in Versuchen mit dem Problem beschäftigt.

„Ostkolonisation": erste deutsche Schule in Polen

z.gab. In Warschau sei die erste „deutsche Schule" nach dem Krieg eröffnet, meldet die westdeutsche Bourgeoisie am 10.11. im ZDF. Zwar umfasse diese zunächst nur Grundschule und Kindergarten und gebe es zur Zeit noch keine „vertraglichen Vereinbarungen zwischen Bonn und Warschau". Seit den „Ostverträgen" 1970/71 haben die westdeutschen Imperialisten den Warenexport nach Polen mehr als verfünffacht. Die „notwendige Neugründung und Förderung deutscher Schulen im Ausland" zur „Erhaltung und Unterstützung deutscher Sprache und Kultur in ... anderen Ländern" sei „in erster Linie auf das sich ständig verstärkende deutsche wirtschaftliche und industrielle Engagement in der Welt zurückzuführen", bekundete die

Die Brotqualität wird gesenkt, damit der Profit wächst

Bürgerliche Wissenschaftler sind den Kapitalisten dabei dienstbar

r.rak. Daß das Brot immer wässriger, fader und gehaltloser wird, ist eine tägliche Erfahrung, so daß selbst manche Professoren nicht umhin können, davon zu reden: „Eine ausreichende Versorgung des Menschen mit Thiamin (Vitamin B1, d. Verf.) ... (ist) zu einem besorgniserregenden Engpaß in der Ernährung geworden, da der Konsum an Getreideprodukten ständig abnimmt und zudem Weißbrot und andere Erzeugnisse aus weißem, niederausgemahlenem Mehl immer mehr bevorzugt werden." (Professor Bässler, Heidelberg). Auf bekannte, bürgerliche Weise wird ein Mißstand zugegeben, um die Schuld dem Volk selbst in die Schuhe zu schieben. In Wirklichkeit ist auch der Weißbrotverbrauch seit 1950 zurückgegangen, wenn auch nicht so stark wie der Verbrauch von Schwarz– und Mischbrot. Das liegt daran, daß erstens nach dem 2. Weltkrieg Hunger herrschte und die Massen gezwungen waren, ihren Nährstoffbedarf zu großen Teilen aus Brot zu decken und daß zweitens heute die einseitige und besonders nervliche Beanspruchung bei der Arbeit den Konsum von mehr Eiweißträgern erzwingt – dabei reicht es dann auch nur hauptsächlich zu Wurst und Schweinefleisch. Weißbrot wird nach wie vor im wesentlichen nur zum Frühstück gegessen. Außerdem erklären alle falschen Behauptungen des Professors nicht, warum sich die meisten Brotsorten verschlechtert haben.

In einer Diplomarbeit an der landwirtschaftlichen Fakultät Göttingen wurde der Frage auf den Grund gegangen. Da seit 1962 weder Getreide, noch Brot auf die für die Gesundheit wichtigen Stoffe untersucht wurden oder die entsprechenden Untersuchungen unter Verschluß gehalten werden und zudem die veröffentlichten Untersuchungen falsch sind, mußte die Entwicklung des Gehalts des Brotes über den Umweg des Mehls untersucht werden. Verfolgt man die Mehlherstellung in Westdeutschland seit 1950, so fällt auf, daß die Produktion von hellem Mehl mit niederer Mehltype, d.h. Mehl mit einem niederen Gehalt an Randschichten des Korns und deshalb mit wenig Mineralstoffen, Vitaminen und Enzymen das dunklere Mehl mit hoher Mehltype verdrängt hat. So machte bei Weizen die Mehltype 550 (d.h. Mehl mit einem Mineralstoffgehalt von 0,55%) 1951/52 10,7%, 1975/76 56,9% der Produktion aus. Die Type 1600 ist gleichzeitig von 20% auf 1,4% der Produktion gefallen. Der Zusammenhang von Mehltype und dem Gehalt an wichtigen Wirkstoffen wird am Beispiel des Vitamins B1 aus obigem Schaubild ersichtlich. Gleichzeitig mit Herausnahme der Randschichten aus dem Mehl nimmt der Gehalt an Stärke und bei Weizen an Klebereiweiß zu. Diese Stoffe können vor allem Wasser binden.

Böker, der größte Brotkapitalist in Südniedersachsen, hat uns den wirklichen Grund für diese Entwicklung erklärt: die gesamte Ausrüstung der Brotfabriken ist auf eine möglichst intensive Ausbeutung der Arbeiter und die Einsparung von Rohstoffen ausgerichtet und immer mehr Brot kommt aus der Brotfabrik; gleichzeitig müssen die kleineren Bäckereien wegen der verschärften Konkurrenz mitziehen: Deshalb wird das Brot heute großteils mit kontinuierlichen Teigknetern und auf Backstraßen hergestellt. Zusammen mit der Intensivknetung (heute wird 10 Minuten geknetet, früher eine halbe Stunde) verkürzt das die Brotproduktion enorm und ermöglicht eine ungeheure Verschärfung der Ausbeutung. Zudem wird immer mehr Wasser

mg Vitamin B1 in 100g Mehl — Weizenmehl — Roggenmehl — Mehltype (500, 1 000, 1 500, 1 900); Skala 1–5

zugegeben. All das verlangt einen immer strapazierfähigeren Teig. Der Gehalt an Quellstoffen (Stärke und vor allem Klebereiweiß beim Weizen) muß erhöht werden, alle Stoffe, die wie Mineralstoffe, Enzyme und Vitamine bei starker Beanspruchung und hohem Wassergehalt zum Abbau der Teigstruktur und zum Auseinanderfließen des Brotes führen können, müssen verschwinden. Nicht die Technik ist daran schuld, denn natürlich kann man Teigkneter konstruieren, die den Teig schonend behandeln und einen hohen Wirkstoffgehalt zulassen würden. Es gibt auch gehaltvolle Industriebrote – für die Bourgeoisie, davon kostet das Kilo dann 4 DM.

Die Professoren in den Instituten für Pflanzenzüchtung und Agrikulturchemie in Göttingen stehen den Brotkapitalisten zu Diensten: Professor Röbbelen (Pflanzenzucht): „Dabei steht verständlicherweise der Versuch im Mittelpunkt der Bemühungen, mit dem höchsten Ertragsniveau ein Teigverhalten zu kombinieren, das allen Ansprüchen moderner Bäckereitechnologie gerecht wird." Professor Müller (Agrikulturchemie) formuliert das Ziel seiner Forschung folgendermaßen: „Unser inzwischen erheblich erweiterter Kenntnisstand, vor allem in Hinblick auf ... Reaktionsmechanismen in Pflanzen ... sowie spezielle Anforderungen von seiten ... der weiterverarbeitenden Industrie ... verlangen heute eine zusätzliche Berücksichtigung weiterer wertbestimmender Eigenschaften und Inhaltsstoffe." Bisher haben sie erreicht, daß mittels der Züchtung und vor allem der späten Stickstoffdüngung der „Bauch" des Getreidekorns immer größer wurde (Tausenkorngew. 1955: 36 g, 1977: 40 g), gleichzeitig aber die gehaltvollen Randschichten immer mehr abnahmen.

Steigerung der Ausbeutung in der Brauereiindustrie

z.chk. Nach Angaben des statistischen Landesamtes NRW waren im September 10047 Arbeiter in der nordrhein-westfälischen Brauereinindustrie beschäftigt; das sind 5,2 % weniger als im September des Vorjahres. Innerhalb eines Jahres haben die Brauereikapitalisten 523 Arbeiter auf die Straße geworfen und für die restlichen Arbeiter den Arbeitstag verdichtet. Ließen sie im Jahre 1977 durchschnittlich 220 Hektoliter pro Monat von einem Arbeiter produzieren, haben sie die Hektoliter-Leistung pro Mann und Monat in den ersten drei Quartalen 1978 auf durchschnittlich 228 Hektoliter hochgetrieben. Die Produktion pro geleistete Arbeitsstunde wurde von 1,39 auf 1,45 Hektoliter gesteigert, was einer Steigerung der Ausbeutung von 4,3 % entspricht. Gleichzeitig haben die Brauereikapitalisten den Arbeitstag durch Überstundenarbeit maßlos ausgedehnt. Laut statistischem Landesamt betrug im September 1978 die Summe der geleisteten Arbeitsstunden 1585000. Geht man von einer monatlichen Durchschnittsarbeitszeit von 173 Stunden aus, haben die Brauereiarbeiter schon 1977 monatlich 3½ Überstunden machen müssen. 1978 könnten die Brauereikapitalisten die Überstundenarbeit auf 6 Überstunden monatlich ausdehnen.

Die Geschäfte der Familie Oetker

r.inh. Oetker ist als Nahrungsmittelkonzern bekannt und macht Geschäfte mit Backwaren, Eiskrem, Tiefkühlkost und Langnese-Honig. In Westdeutschland gehören 121 Betriebe zum Oetker-Konzern. Es gibt fast nichts, womit die Familie Oetker keine Profite macht.

Dem Familienunternehmen die eigene Privatbank (Bankhaus Lampe) und dem Brauereikapitalisten die Bank für Brauindustrie und eigene Versicherungen (Condor und Deutscher Ring) können auch nicht schaden, scheint eine Leitlinie des Oetker-Clans zu sein. An Tiefkühlfisch macht die Familie Profite, indem sie die Fischereiarbeiter in sechs Betrieben der Hochseefischerei und Fischverarbeitung ausbeutet. 28 Brauereien gehören zum Konzern (u.a. Berliner Kindl, Binding AG, Osnabrücker Aktien-Bierbrauerei). An der Dortmunder Aktien-Brauerei ist Oetker mit „nur" 47 % beteiligt und darüber auch an Sinalco. Bei Sekt, Wein und Spirituosen (Söhnlein-Noris-Gruppe) beklagt die Familie sich, daß der Umsatz zurückging. 23 Schifffahrtsgesellschaften und Reedereien gehören ebenfalls Oetker (Hamburg-Süd). In eigenen Nobelhotels wird ausgekocht, wie die Profitmacherei noch verbessert werden kann und anschließend erholt sich das Pack in der eigenen Schwarzwald-Klinik in Villa Stephanie, Baden-Baden. Wie lange noch?

Erste Erfolge im Streik der Bäckereiarbeiter in England

z.hef.London. Der Grundlohn der Arbeiter in den Brotfabriken beträgt 41 Pfund brutto für die 40-Stundenwoche, das sind knapp 160 Mark. Aber die Bäckereiarbeiter empfinden schon diese Berechnungsgrundlagen als Witz. „Wir arbeiten an sechs Tagen, ungefähr 60 Stunden, manchmal auch 70. 58 Stunden ist hier das Minimum. Wir müssen am Sonntag arbeiten, 12 Stunden, und dann bis Freitag", berichtet einer der Streikposten vor der Nevilles-Bäckerei im Nordlondoner Stadtteil Walthamstow. Für die 60 Stunden geht der Arbeiter mit 55 Pfund netto nach Hause. 200 Arbeiter sind hier beschäftigt, weiterhin 100 Vorarbeiter und Angestellte. Die meisten der Arbeiter sind Einwanderer aus Indien, Pakistan, den westindischen Inseln. In anderen Landesteilen haben sich die Kapitalisten auf die Beschäftigung von 16- bis 20jährigen in den Brotfabriken spezialisiert. Die Arbeitsbedingungen sind unerträglich, sagen die Streikposten. In 14 Tagen sind allein auf der Laderampe 14 Unfälle passiert. Die Halle ist laut und heiß. Verbrennungen sind alltäglich.

Die Gewerkschaften haben 26% gefordert, das sind 10 Pfund auf den Grundlohn für die meisten. Die Kapitalisten haben 5% geboten, plus 6% Produktivitätszuschlag. Für die 6% wollen die Kapitalisten: Zustimmung zu „freiwilliger" Arbeit an Feiertagen, Zustimmung zu dauernder Nachtarbeit, zu jederzeitiger Versetzbarkeit, zur Kürzung der Pausen auf eine halbe Stunde pro Schicht, gleich ob 8, 10 oder 12 Stunden.

Seit dem 7. November streiken die 26000 Bäckereiarbeiter, die in der Gewerkschaft organisiert sind. Vom ersten Tag an begannen Kapitalisten, Regierung und Presse eine Hetzkampagne gegen die Arbeiter: Der Streik setze unverantwortlicherweise die Lebensmittelversorgung des Volkes, der Alten usw. aufs Spiel. Schließlich stürzten sie sich darauf, daß der Streikaufruf, anders als im letzten Jahr, nicht vollständig befolgt wird. Sozialdemokratische Taktiererei bei Rationalisierungsmaßnahmen im Frühjahr und den folgenden Massenentlassungen hatte die Gewerkschaftseinheit in einzelnen Betrieben geschwächt. Hieraus versuchen die Kapitalisten Kapital zu schlagen: 3000 Gewerkschaftsmitglieder seien zur Arbeit zurückgekehrt, lügen sie, um die Streikfront aufzuweichen.

Hier in Walthamstow, und die Streikposten berichten uns, daß es im ganzen Londoner Raum so ist, arbeiten von den 200 Gewerkschaftsmitgliedern gerade zwei. Und dies, obwohl die Gewerkschaft entsprechend ihrer Satzung keine Streikgelder zahlt, so daß die Arbeiter auf Sozialhilfe-Zahlungen angewiesen sind. Mit Vorarbeitern und Angestellten werden in der Brotfabrik, die zum Konzern Allied Bakeries gehört, 6000 Brote pro Tag hergestellt, verglichen mit sonst 50000. Die Gewerkschaft hat zugestimmt, daß Brot an Krankenhäuser, Altersheime und Gefängnisse ausgeliefert wird. Mit mitfahrenden Streikposten, genauer Befragung der Fahrer und Sperrung der Ausfahrt für einzelne Wagen müssen die Arbeiter immer wieder verhindern, daß die Kapitalisten dies für die Belieferung von Supermärkten ausnutzen.

Die Regierung nahm das zum Vorwand, um den Versuch zu starten, den Streik exemplarisch zusammenzuknüppeln. Die Gewerkschaft in Walthamstow schreibt in einem Flugblatt: „Am Donnerstag zeigte die Polizei, auf wessen Seite sie ist. Am 9. November überfielen 80 Polizisten 40 Streikposten, während sie mit Lieferfahrern verhandelten. Nahezu alle Streikposten wurden verletzt. Acht wurden verhaftet, wegen Behinderung der Polizei!" Täglich werden Kämpfe zwischen Streikposten und der Polizei gemeldet. In Walthamstow hat der Widerstand der Streikenden der Polizei offenbar Respekt eingeflößt: jetzt kommen sie jeden Morgen mit nicht weniger als 200 Mann.

Der Polizeiknüppel konnte nicht verhindern, daß am letzten Wochenende ein Teil der Kapitalisten, 6000 Arbeiter sind bei ihnen beschäftigt, der Forderung der Gewerkschaften vollständig zustimmen mußten. Die großen Monopole Allied Bakeries und Rank Hovis aber wollen den Streik um jeden Preis brechen. Am Mittwoch brachen Verhandlungen ergebnislos ab. Am Samstag führt die Gewerkschaft eine Delegiertenkonferenz zur Beratung der Verstärkung der Aktionen durch.



Erste Erfolge im Streik der Bäckereiarbeiter in England

z.hef.London. Der Grundlohn der Arbeiter in den Brotfabriken beträgt 41 Pfund brutto für die 40-Stundenwoche, das sind knapp 160 Mark. Aber die Bäckereiarbeiter empfinden schon diese Berechnungsgrundlagen als Witz. „Wir arbeiten an sechs Tagen, ungefähr 60 Stunden, manchmal auch 70. 58 Stunden ist hier das Minimum. Wir müssen am Sonntag arbeiten, 12 Stunden, und dann bis Freitag", berichtet einer der Streikposten vor der Nevilles-Bäckerei im Nordlondoner Stadtteil Walthamstow. Für die 60 Stunden geht der Arbeiter mit 55 Pfund netto nach Hause. 200 Arbeiter sind hier beschäftigt, weiterhin 100 Vorarbeiter und Angestellte. Die meisten der Arbeiter sind Einwanderer aus Indien, Pakistan, den westindischen Inseln. In anderen Landesteilen haben sich die Kapitalisten auf die Beschäftigung von 16- bis 20jährigen in den Brotfabriken spezialisiert. Die Arbeitsbedingungen sind unerträglich, sagen die Streikposten. In 14 Tagen sind allein auf der Laderampe 14 Unfälle passiert. Die Halle ist

Seit dem 7. November streiken die 26000 Bäckereiarbeiter, die in der Gewerkschaft organisiert sind. Vom ersten Tag an begannen Kapitalisten, Regierung und Presse eine Hetzkampagne gegen die Arbeiter: Der Streik setze unverantwortlicherweise die Lebensmittelversorgung des Volkes, der Alten usw. aufs Spiel. Schließlich stürzten sie sich darauf, daß der Streikaufruf, anders als im letzten Jahr, nicht vollständig befolgt wird. Sozialdemokratische Taktiererei bei Rationalisierungsmaßnahmen im Frühjahr und den folgenden Massenentlassungen hatte die Gewerkschaftseinheit in einzelnen Betrieben geschwächt. Hieraus versuchen die Kapitalisten Kapital zu schlagen: 3000 Gewerkschaftsmitglieder seien zur Arbeit zurückgekehrt, lügen sie, um die Streikfront aufzuweichen.

Hier in Walthamstow, und die Streikposten berichten uns, daß es im ganzen Londoner Raum so ist, arbeiten von den 200 Gewerkschaftsmitglie-

dern, daß die Kapitalisten dies für die Belieferung von Supermärkten ausnutzen.

Die Regierung nahm das zum Vorwand, um den Versuch zu starten, den Streik exemplarisch zusammenzuknüppeln. Die Gewerkschaft in Walthamstow schreibt in einem Flugblatt: „Am Donnerstag zeigte die Polizei, auf wessen Seite sie ist. Am 9. November über-

Streikenden der Polizei offenbar Respekt eingeflößt: jetzt kommen sie jeden Morgen mit nicht weniger als 200 Mann.

Der Polizeiknüppel konnte nicht verhindern, daß am letzten Wochenende ein Teil der Kapitalisten, 6000 Arbeiter sind bei ihnen beschäftigt, der Forderung der Gewerkschaften vollständig zustimmen mußten. Die gro-

sen. Außerdem erklären alle falschen Behauptungen des Professors nicht, warum sich die meisten Brotsorten verschlechtert haben.

In einer Diplomarbeit an der land-

binden.

Böker, der größte Brotkapitalist in Südniedersachsen, hat uns den wirklichen Grund für diese Entwicklung er-

allem Klebereiweiß beim Weizen) muß erhöht werden, alle Stoffe, die wie Mineralstoffe, Enzyme und Vitamine bei starker Beanspruchung und hohem Wassergehalt zum Abbau der Teigstruktur und zum Auseinanderfließen

Stickstoffdüngung der „Bauch" des Getreidekorns immer größer wurde (Tausenkorngew. 1955: 36 g, 1977: 40 g), gleichzeitig aber die gehaltvollen Randschichten immer mehr abnahmen.

Die Geschäfte der Familie Oetker

r.inh. Oetker ist als Nahrungsmittelkonzern bekannt und macht Geschäfte mit Backwaren, Eiskrem, Tiefkühlkost und Langnese-Honig. In Westdeutschland gehören 121 Betriebe zum Oetker-Konzern. Es gibt fast nichts, womit die Familie Oetker keine Profite macht.

Dem Familienunternehmen die eigene Privatbank (Bankhaus Lampe) und dem Brauereikapitalisten die Bank für Brauindustrie und eigene Versicherungen (Condor und Deutscher Ring) können auch nicht schaden, scheint eine Leitlinie des Oetker-Clans zu sein. An Tiefkühlfisch macht die Familie Profite, indem sie die Fischereiarbeiter in sechs Betrieben der Hochseefischerei und Fischverarbeitung ausbeutet. 28 Brauereien gehören zum Konzern (u.a. Berliner Kindl, Binding AG, Osnabrücker Aktien-Bierbrauerei). An der Dortmunder Aktien-Brauerei ist Oetker mit „nur" 47 % beteiligt und darüber auch an Sinalco. Bei Sekt, Wein und Spirituosen (Söhnlein-Noris-Gruppe) beklagt die Familie sich, daß der Umsatz zurückging. 23 Schifffahrtsgesellschaften und Reedereien gehören ebenfalls Oetker (Hamburg-Süd). In eigenen Nobelhotels wird ausgekocht, wie die Profitmacherei noch verbessert werden kann und anschließend erholt sich das Pack in der eigenen Schwarzwald-Klinik in Villa Stephanie, Baden-Baden. Wie lange noch?



Streikposten vor der Nevilles-Bäckerei in Walthamstow

Fischereihochseeflotte in der Hand von Unilever und Oetker

z.scd. Vier Konzerne lassen die gesamte große Hochseeflotte in der BRD für sich laufen: ca. 70 Fischereifahrzeuge mit über 120000 BRT, bestehend aus Fang- und Fabrikschiffen und Frischfischfängern. Es sind dies Unilever, Oetker, Steinbeck und Pickenback!

Wurden bis 1971 die Flotten in der Statistik noch nach den Städten Bremerhaven, Cuxhaven, Hamburg und Kiel aufgegliedert, so findet man jetzt dort als Ausdruck der Konzentration in der Hochseefischerei die Namen der vier Gesellschaften. Unilever (Rotterdam und London) mit Tochtergesellschaft in Hamburg, größter Lebensmittelkonzern der Welt und die Dresdner Bank (über das Unternehmen „Nordsee", Deutsche Hochseefischerei) verfügen über 38 Schiffe. 60% der gesamten Fänge der westdeutschen Hochseeflotten wandern in deren Verarbeitungsfabriken, z.B. Seeadler Bremerhaven und über ihre Handelsgesellschaften erscheinen sie unter den Namen Norda, LySell u.a. in den Fischgeschäften, wovon die „Nordsee" allein 240 in der BRD besitzt. Oetker beherrscht durch 100%igen Besitz der Reederei Söhle (18 Heck- und Seitenfänger) und Tiefkühlkostfabriken, Tiefkühlreedereien etc. rund ein Drittel des Marktes.

Steinbeck (Finanz- und Verwaltungsgesellschaft Bremen) und Pickenback (Hamburg) verfügen über zusammen 12 Fangschiffe und teilen sich den Rest des Marktes.

CDU/CSU ihr reges Interesse an der Errichtung neuer Kolonialschulen.



Internationaler Kongreß für und über R. Bahro

z.crw. Unter der Schirmherrschaft des TU-Präsidenten Dr. Berger (SPD) und unter Beteiligung so prominenter Linker wie H. Brandt (IG Metall), aber auch E. Mandel (4. Internationale), wurde vom 16. bis 19. November auf einem Kongreß über die Möglichkeit zur Befreiung Rudolf Bahros und der Einflußnahme der „Linken" auf die Verhältnisse in der DDR nachgedacht. Der Versuch, innerhalb der „Linken" das Nationalbewußtsein zu beleben, ist ein wenig kärglich ausgefallen. Am letzten Kongreßtag fiel das Plenum aus, von 1000 Teilnehmern waren nur 150 geblieben.

Mehr Kontrolle durch Änderung des Apothekengesetzes

z.svm. Die Tagung der Krankenhausapotheker am 11./12. November in Krefeld behandelte die geplante Änderung des Apothekengesetzes. Die Gesetzesänderung wird eine echte Ehrenberg-Reform werden. Kleinere Krankenhäuser sollen danach nicht mehr wie bisher die Medikamente über die öffentlichen Apotheken beziehen können. Stattdessen sollen sie jetzt nur noch von den Krankenhausapotheken der größeren Krankenhäuser beliefert werden dürfen. Die Kostendämpfung soll auf zwei Wegen erreicht werden.

Durch Mehrarbeit für die Angestellten der Krankenhausapotheken und gleichzeitig durch Zentralisierung der Kontrolle über die Medikamentenausgabe. Durch Aufsicht und Kontrolle soll so auch das letzte Krankenhaus und die Ärtze überwacht werden können, welche Medikamente verschrieben werden und auf das Arzneisortiment der Krankenhausapotheken beschränkt werden.

„Fürsorgeerziehung": Jugendliche und Eltern sollen zahlen

z.kea. Nach Richtlinien des niedersächsischen Kultusministers soll ab 1979 Heim- und Fürsorgeerziehung von den Eltern und (wenn sie verdienen) von den Jugendlichen selbst bezahlt werden. Der Zugriff auf „Einkommen, Vermögen und Lohnersparnisse" ist vorgesehen. Die Bourgeoisie ergänzt ihr Elternrecht und will dessen Unterdrückungsmaßnahmen finanzieren (für „Fürsorgeerziehung" und „Freiwillige Erziehungshilfe" wurden 1976 in der BRD bereits 533 Mio. DM Steuergelder verwendet, gegenüber 332 Mio. DM 1972). Nachdem die Erziehungsrechte der Eltern ständig beschnitten werden, ist jetzt die Novellierung des „Jugendwohlfahrtsgesetzes" (JWG) angekündigt: Reaktion des Staates auf die Rebellion der Jugend gegen die elenden Verhältnisse.

Seelenheil macht nicht satt

z.erb.Rom. Eine Gruppe der 1400 im Vatikan ausgebeuteten Arbeiter hat in einem Leserbrief an die Zeitung „Corriere della Sera“ die Hungerlöhne im Vatikan angegriffen. So erhält ein Arbeiter einen Grundlohn von 340000 Lire, ein Vorarbeiter 10000 Lire mehr, dazu kommen Dienstalterszulage 7500 bis 8500 Lire, Teuerungszulage 22500 Lire, Familienzulage für Ehefrau 13000 Lire und pro Kind 17000 Lire. Von 417000 Lire brutto, abzüglich 10% für Rente und Krankenversorgung, netto also 375300 Lire (875 DM) soll ein Vatikanarbeiter eine vierköpfige Familie ernähren. Die Arbeiter schreiben, daß sie nur die üblichen 13 Monatslöhne erhalten, während die Vermögensverwalter der Vatikanbank IOR mit 16 Monatsgehältern ausgehalten werden. Mit billigen Wohnungen des Vatikans, der der größte Hausbesitzer Roms ist, ist für die Arbeiter auch nichts. Nun gibt es zwar im Vatikan billiger Benzin, Zigaretten, Schnaps und Fleisch einzukaufen, aber die Kraftfahrer, Bauarbeiter, Gärtner haben keine Zeit, stundenlang anzustehen – die Pfaffen werden per Boten beliefert. Zu den gepriesenen Zuwendungen bei Tod und Wahl der Päpste stellen die Arbeiter fest: „Darauf gibt es im Vatikan kein spezielles Recht, und die merkwürdigen Usancen können von denen, die die Macht haben, jederzeit gestrichen oder verändert werden.“ Nachdem kurz nach Paul VI. auch noch Johannes Paul I. starb, wurde dies dem Vatikan zu teuer – für den Tod Johannes Pauls I. wurden die Zuwendungen ganz gestrichen. Seit 1963 sind pro Beschäftigtem auch nur 900000 Lire ausgezahlt worden, 400000 beim Tod Pauls, 200000 zur Wahl des 1. Johannes Paul und 300000 zur Wahl des 2. Im übrigen sind die „Zuwendungen“ Bezahlung von längst erzwungenen Überstunden, die bei dem Spektakel bei Tod und Wahl der Päpste wochenlang verlangt werden. Daß seit 1969 die Löhne, mit Ausnahme des Teuerungsausgleichs, nicht erhöht wurden, liegt daran, „daß keine Gewerkschaft wie für die anderen

wurde dies dem Vatikan zu teuer – für den Tod Johannes Pauls I. wurden die Zuwendungen ganz gestrichen. Seit 1963 sind pro Beschäftigtem auch nur 900000 Lire ausgezahlt worden, 400000 beim Tod Pauls, 200000 zur Wahl des 1. Johannes Paul und 300000 zur Wahl des 2. Im übrigen sind die „Zuwendungen“ Bezahlung von längst erzwungenen Überstunden, die bei dem Spektakel bei Tod und Wahl der Päpste wochenlang verlangt werden. Daß seit 1969 die Löhne, mit Ausnahme des Teuerungsausgleichs, nicht erhöht wurden, liegt daran, „daß keine Gewerkschaft wie für die anderen
Arbeiter existiert“, schreiben die Arbeiter.

„Leben und Erziehung – wozu?“

z.gör. Dies war das Thema der diesjährigen Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Vorsitzender Bischof Claß formulierte das zentrale Anliegen: An die Stelle einer „alles in Frage stellenden Diskussion“ sollten wieder „Autoritäten“ treten. Fromm wird verhüllt, daß die „weltliche Autorität“, der bürgerliche Staat, gemeint ist. Um die Durchsetzung dieser Autorität ging es. „In einer Atmosphäre vermehrter Bürokratisierung werden Erzieher und Lehrer nicht

„Leben und Erziehung – wozu?“

z.gör. Dies war das Thema der diesjährigen Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Vorsitzender Bischof Claß formulierte das zentrale Anliegen: An die Stelle einer „alles in Frage stellenden Diskussion“ sollten wieder „Autoritäten“ treten. Fromm wird verhüllt, daß die „weltliche Autorität“, der bürgerliche Staat, gemeint ist. Um die Durchsetzung dieser Autorität ging es. „In einer Atmosphäre vermehrter Bürokratisierung werden Erzieher und Lehrer nicht mehr als Personen, sondern als Funktionäre erlebt. Mißtrauen und Feindseligkeiten gewinnen die Oberhand.“

Zwei Beispiele, wie die Synode auf die „Herausforderung“ reagiert: Dem „Prüfungs- und Leistungsdruck“ soll durch vermehrte „musische, kulturelle und sportliche Angebote“ seine „Einseitigkeit“ genommen werden. Und direkt im Interesse der Kapitalisten, die das Qualifikationsniveau zwecks Lohnsenkung drücken und die Ausbildung der Jugend verkommen lassen, wird gefordert: „Bezahlung entsprechend den tatsächlichen Arbeitsanforderungen und nicht nach den Bildungsabschlüssen“. Es müßte nach wie vor gelten, daß „nicht die Glücksorientierung zur Prämisse für den Menschen und die Menschheit erhoben werden darf, sondern die Bereitschaft, das Leben in Widerspruch und Leid getrost zu ertragen“, kommentiert die „Deutsche Zeitung“ das gemeinsame Ziel. –

So hätten sie es gerne. Aber das „Gespräch“, das die Synode zur Unterdrückung der Widersprüche anbietet, scheitert. Auf der Jahresmitgliederversammlung des evangelisch-lutherischen Kinderpflegeverbandes am 13. November wurde von den rund 240 anwesenden Erziehern der Entschließungsentwurf der Landeskirche Hannover („Es geht darum das Evangelium zum Zuge kommen zu lassen“) abgelehnt und stattdessen zwecks Verbesserung der miserablen Arbeitsbedingungen gefordert: Die Kindergartengruppen sollen höchstens 20 Kinder umfassen und von je zwei Erziehern betreut werden; und die Erzieher sollen sich während zwei Stunden täglich auf die Gruppenarbeit vorbereiten können.

Der Speisezettel für die Arbeiter wird zusammengestrichen

Multiserva-Kongreß in Westberlin

z.mie. Am 8. Nov. begann in Westberlin der sogenannte Multiserva-Kongreß. Hauptthema „Dienstleistungen für Mitarbeiter und Unternehmen, Management und Kostenprobleme im Verpflegungsservice“.

Zur Eröffnung sprach der Westberliner Senator für Arbeit und Soziales zu den Teilnehmern. Sein besonderes Interesse galt dem Kantinenessen in den großen Betrieben. Es soll umgestellt werden auf mehrere kleine Mahlzeiten für die Arbeiter vergleichbar der regelmäßigen Rohstoffzufuhr für die Maschinen. Der Senator gab zu bedenken: „Was wir an der Betriebskantine sparen, müssen wir womöglich mehrfach über die Betriebskrankenkasse... ausgeben.“. Es würde so viel, so fett und so süß von den „Bürgern gegessen, daß das Übergewicht der Deutschen so hoch sei wie das Gesamtgewicht aller Österreicher.“ Ähnlich „schwungvoll“ stieg die bürgerliche Presse ein.

„Ernährungswissenschaftler sind schockiert – Die Deutschen sündigen schon beim Frühstück“ (Schlagzeile im „Abend“, 8.11.). Nicht nur, daß sich „die deutschen Arbeiter und Angestellten“ beim Mittag- und Abendessen zu Tode schlemmen, die von den Professoren propagierte „Unvernunft der Massen“ ist nun auch in bezug aufs Frühstück aufgespürt. Laut Umfrage der Bonner Vereinigung Getreidewirtschaftliche Marktforschung (GMF) unter 208 Beschäftigten in öffentlichen Verkehrsmitteln auf dem Weg zum Arbeitsplatz hatten 34,6% nicht gefrühstückt. „Während die Angestellten und Beamten in ihrem Frühstücksverhalten über dem Durchschnitt lagen, hatten von den Arbeitern erheblich weniger gefrühstückt (56%)“ (Kongreßreferat). Ledige „verzichten“ in ähnlichem Prozentsatz wie Arbeiter „eher aufs Frühstück zu Hause als Verheiratete“ („Der Abend“). Nur 2,4% der 208 Befragten frühstückten auch im Betrieb nicht, das „zweite Frühstück“ nahmen 75% von allen im Betrieb ein. Bemängelt wurde auf dem Kongreß, daß die knappe Hälfte der befragten Lohnabhängigen keine Möglichkeit hatte, sich im Betrieb ein Frühstück zu kaufen, in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten gäbe es diese Möglichkeit fast gar nicht.

Für die meisten Arbeiter und Angestellten, Schüler und Studenten werden diese Zahlen nur ihre längst gemachten täglichen Erfahrungen bestätigen: Die Mittel und die Zeit zur Reproduktion der Arbeitskraft sind in den letzten Jahren zunehmend geschrumpft, die Verelendung wächst, besonders durch Lohnsenkung und Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit durch die Kapitalisten und die wachsende Zahl von Frauen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Hat nun die Kapitalisten und ihre Ernährungswissenschaftler das Mitleid gepackt mit den Lohnabhängigen, die mit knurrendem Magen zur Arbeit kommen? Mitnichten. „Ohne Essen sinkt die Leistungsbereitschaft, die am Vormittag bei den meisten Menschen am höchsten ist, stark ab, erläuterte der Godesberger Ernährungswissenschaftler Dr. Heiko Zentgraf. Damit auch das allgemeine körperliche Wohlbefinden und die Konzentrationsfähigkeit nicht nachläßt, sei zudem gerade für Berufstätige ein zweites Frühstück erforderlich.“ (Der Abend). Die Kapitalisten gedenken, die Möglichkeit zur schrankenlosen Vernutzung der Arbeitskraft, die sie nach ihrer Sicht der Dinge bei deren Ankauf gleich miterworben haben, in jeder Hinsicht durchzusetzen. Das profitable Ideal der Kapitalisten ist allemal der Arbeiter, der über mindestens acht Stunden pro Tag mit gleichmäßig hoher Leistung ausbeutbar ist und restlos zum Anhängsel der Maschine gemacht wird – die läuft ja auch über Tage hinweg bei gleichmäßiger Zufuhr der Betriebsstoffe. Dr. med. Karin Foitzik von der Westberliner Siemens AG drückt das „wissenschaftlich“ so aus: „Kurze Pausen mit kleinen Mahlzeiten fangen den individuellen Leistungsabfall, sowohl bei körperlicher Arbeit im Bereich der Muskulatur als auch bei geistiger Arbeit im Bereich des Nervensystems, besser auf. Somit ist die Zwischenverpflegung eine ganz wichtige arbeitsphysiologische Maßnahme“ (Kongreßbericht).

Die Herren Professoren haben aber schon seit Jahren ein weiteres Problem aufgespürt. Laut Ernährungsbericht der Bundesregierung von 1976 ißt rund die Hälfte der 26 Millionen Lohnabhängigen im Betrieb, für ungefähr die gleiche Zahl besteht keine Möglichkeit für „Verpflegung am Arbeitsplatz“. Direkt in Kantinen essen 25% der Lohnabhängigen. Unter kapitalistischen Bedingungen heißt das für die lohnabhängigen Massen verstärkte Ausplünderung und Kontrolle durch die Kapitalisten und ihren Staatsapparat. Über Qualität und Preise der Mittagessen in Kantinen und Mensen haben wir in dieser Zeitung schon häufiger berichtet. Ein Frühstück (1 Tasse Kaffee, drei halbe belegte Brötchen) kostet in der Personal-Cafeteria 3 DM, noch teurer ist die Besucher-Cafeteria, beide vom Studentenwerk betrieben. Auch der professorale Hinweis auf das gesunde Frühstück – Obst, Milchprodukte usw. statt Cola und Milky-Way – ist der reine Hohn angesichts der teuren zum Beispiel tiefgekühlten Fertigprodukte, mit denen die Kapitalisten ihren Schnitt machen.

Ihnen geht es auch mehr ums Zusammenstreichen der Rationen. „Die Lebensmittelangebote in der Zwischenverpflegung sollten noch differenzierter auf die Arbeitsbeanspruchung der Käufer ausgerichtet sein. D.h. energiereiche Kost für den körperlich Arbeitenden und eine leichte Kost für den kaum noch körperlich, aber dafür konzentrativ und geistig beanspruchten Mitarbeiter. Wir müssen davon ausgehen, daß nur zwischen 5 bis 10% der in der Industrie Beschäftigten heute noch körperlich schwer beansprucht werden.“ (Foitzik, Kongreßbericht). Zuteilung von Rationen an die Arbeiter mittels Essensautomaten am Arbeitsplatz schlagen diese Herren vor. Einen Lichtblick gibt es für sie auch schon: „Zur ‚gemeinsamen Speisung‘ vor Arbeitsbeginn (erscheinen) bei einem Kölner Versicherungsunternehmen 500 der 2500 Beschäftigten... Die Ernährungswissenschaftler hoffen, daß das Beispiel Schule macht.“

Professoren propagierte „Unvernunft der Massen“ ist nun auch in bezug aufs Frühstück aufgespürt. Laut Umfrage der Bonner Vereinigung Getreidewirtschaftliche Marktforschung (GMF) unter 208 Beschäftigten in öffentlichen Verkehrsmitteln auf dem Weg zum Arbeitsplatz hatten 34,6% nicht gefrühstückt. „Während die Angestellten
abhängigen, die mit knurrendem Magen zur Arbeit kommen? Mitnichten. „Ohne Essen sinkt die Leistungsbereitschaft, die am Vormittag bei den meisten Menschen am höchsten ist, stark ab, erläuterte der Godesberger Ernährungswissenschaftler Dr. Heiko Zentgraf. Damit auch das allgemeine körperliche Wohlbefinden und die Kon-
der Bundesregierung von 1976 ißt rund die Hälfte der 26 Millionen Lohnabhängigen im Betrieb, für ungefähr die gleiche Zahl besteht keine Möglichkeit für „Verpflegung am Arbeitsplatz“. Direkt in Kantinen essen 25% der Lohnabhängigen. Unter kapitalistischen Bedingungen heißt das für die lohnabhängigen Massen verstärkte Ausplünderung und Kontrolle durch
an die Arbeiter mittels Essensautomaten am Arbeitsplatz schlagen diese Herren vor. Einen Lichtblick gibt es für sie auch schon: „Zur ‚gemeinsamen Speisung‘ vor Arbeitsbeginn (erscheinen) bei einem Kölner Versicherungsunternehmen 500 der 2500 Beschäftigten... Die Ernährungswissenschaftler hoffen, daß das Beispiel Schule macht.“

Akkordarbeit oder Leichtsinn
„BILD“-Ursachenforschung zu den „Herbstkrankheiten der Frauen“
z.alb. Frau M., Akkordarbeiterin, hat eine Blasenentzündung. War es die
minuten), die eine aufsteigende Infektion begünstigt hat? War es der ständige Zug auf den verschwitzten Körper oder der kalte Fußboden, die über Minderdurchblutung der Blasenschleimhaut die Körperabwehr gegen eindringende Bakterien geschwächt haben? Oder ist sie einfach, wie auch die anderen Arbeiterinnen in der Abteilung, durch die tägliche Hetzerei und Überarbeit insgesamt weniger widerstandsfähig?
Seit der letzten Woche wissen wir, daß es das alles nicht ist. „Von Frau zu Frau“ hat BILD die Leser(innen) über „Das Frauenleiden, das mit dem Herbst kommt“ unterrichtet. Es liegt
vorgeschwächter Widerstandskraft, entgleisen unter diesen Bedingungen
den konnten. Auch für neue Schädigungen, etwa durch Bakterien oder Viren, ist er relativ anfälliger. Kann sich einer in dieser Zeit Ruhe gönnen, eiweiß- und vitaminreich ernähren, ist er gesund, so übersteht er diese Umstellung ohne Krankheit. Eine Bourgeois-Krankenstandskurve würde sich darin kräftig von der der Arbeiter unterscheiden. Der Grad der Ausbeutung in der kapitalistischen Produktion hat sich aber noch nie nach den Grenzen der Leistungsfähigkeit des Arbeiters gerichtet, sondern allein nach dem immer unbegrenzten Profit.
Die im Herbst relativ zur Leistungsfähigkeit noch gesteigerte Überarbeit
arbeiten trotz Erkältung weiter. Das hat eine Erhebung des Gesundheitsministeriums 1972 ergeben. Wegen Ände-
bricht die Kurve 1973 ab. Die gestrichelte Linie gibt das Ergebnis einer Umfrage im April 1974 wieder. Gleichzeitig kann man dem Schaubild die Methoden entnehmen, mit denen die Kapitalisten trotz hoher Erkrankungsraten die „Ausfalltage“ senken: durch drastisches Senken der Krankheitsdauer.
Bereits 1969/70 hatte eine Studie des baden-württembergischen Arbeitsministeriums ergeben, daß 64% der Arbeiter und 71% der Arbeiterinnen behandlungsbedürftige Krankheiten hatten, 14 bzw. 13% wußten nichts davon
(rechtes Schaubild). Die Untersuchung ergab: „Je schwerer die körperliche Belastung, je belastender die Arbeits-
tion, um so schlechter die durchschnittliche gesundheitliche Verfassung ...“ Die Bourgeoisie hat diese Studie schnell verschwinden lassen. Den Zusammenhang von Krankheit und Produktion zu dokumentieren widerspricht ihrem Interesse, fördert es doch den Zusammenschluß gegen die Kapitalisten statt die Spaltung der Arbeiter. BILD macht es besser. Aber durchsichtig. Auf die Forderung nach mehr baumwollenen Unterhosen statt Abschaffung der Akkord- und Schichtarbeit wird die Bourgeoisie vergeblich warten.

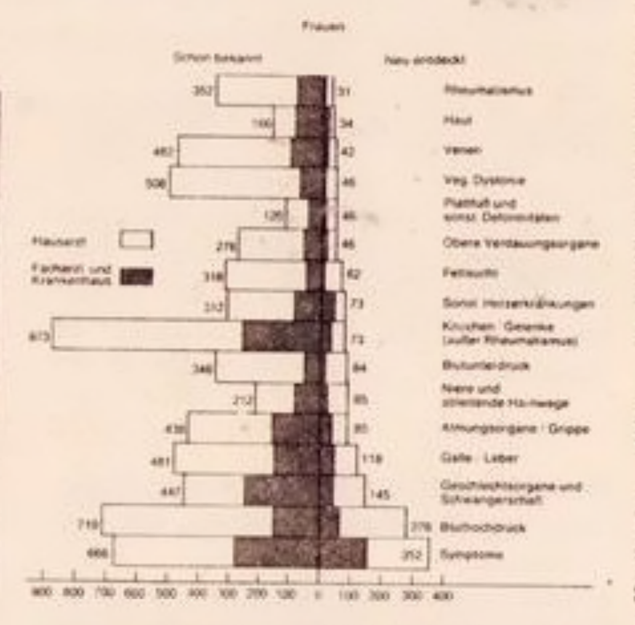
Akkordarbeit oder Leichtsinn

„BILD“-Ursachenforschung zu den „Herbstkrankheiten der Frauen“

z.alb. Frau M., Akkordarbeiterin, hat eine Blasenentzündung. War es die ständig überfüllte Harnblase (der Gang zur entfernten Toilette kostet Akkordminuten), die eine aufsteigende Infektion begünstigt hat? War es der ständige Zug auf den verschwitzten Körper oder der kalte Fußboden, die über Minderdurchblutung der Blasenschleimhaut die Körperabwehr gegen eindringende Bakterien geschwächt haben? Oder ist sie einfach, wie auch die anderen Arbeiterinnen in der Abteilung, durch die tägliche Hetzerei und Überarbeit insgesamt weniger widerstandsfähig?

Seit der letzten Woche wissen wir, daß es das alles nicht ist. „Von Frau zu Frau“ hat BILD die Leser(innen) über „Das Frauenleiden, das mit dem Herbst kommt“ unterrichtet. Es liegt nicht am Akkord – es liegt an den Unterhosen, die Frau M. trägt. Denn: „Frauen, die sich bei kühlem, feuchtem Wetter zu dünn anziehen, keine warmen Schuhe anhaben, nur dünne Slips tragen oder ewig kalte Füße haben“ (wegen „hochmodischer Riemenschuhe“), „sind besonders gefährdet.“





Tatsache ist, im Herbst sind mehr Leute krank als im Hochsommer. Dort, wo die Bourgoisie aus eigenem Interesse darüber Buch führt, bei den Arbeitern, findet man das in den Krankenstands-Statistiken wieder. Die meisten Arbeiter sind im Februar/März und November krank, die wenigsten im Juni/August und Januar. Die Grippewelle im Herbst und Frühjahr, die Blasenentzündungen erscheinen als Gesetzmäßigkeit der Jahreszeit und unvermeidlich.

Der Übergang von Sommer zu Winter, von kalt zu warm, erfordert eine Umstellung des menschlichen Körpers. Ohne zusätzliche Stärkung, oder bei vorgeschwächter Widerstandskraft, entgleisen unter diesen Bedingungen vorhandene Störungen, die bis dahin vom Körper noch ausgewuchtet werden konnten. Auch für neue Schädigungen, etwa durch Bakterien oder Viren, ist er relativ anfälliger. Kann sich einer in dieser Zeit Ruhe gönnen, eiweiß- und vitaminreich ernähren, ist er gesund, so übersteht er diese Umstellung ohne Krankheit. Eine Bourgeois-Krankenstandskurve würde sich darin kräftig von der der Arbeiter unterscheiden. Der Grad der Ausbeutung in der kapitalistischen Produktion hat sich aber noch nie nach den Grenzen der Leistungsfähigkeit des Arbeiters gerichtet, sondern allein nach dem immer unbegrenzten Profit.

Die im Herbst relativ zur Leistungsfähigkeit noch gesteigerte Überarbeit ist die eine Ursache der „Herbstkrankheiten“ der Arbeiter. Die andere liegt in der über Jahre hinweg verschmälerten Reproduktionsbasis. Wir haben wiederholt in dieser Zeitung die Verteuerung der Grundnahrungsmittel, etwa von Fleisch und Äpfeln, im Verhältnis zum Nettolohn berechnet. Immer größere Teile der Arbeiter werden gleichzeitig durch diese Senkung des Lohns in Akkord- und Schichtarbeit gezwungen. Mit eiweiß- und vitaminreicher Ernährung ist da nichts, oder mit „Ruhe“. Einen relativ klaren Einblick in den Gesundheitszustand der Arbeiter unter diesen Bedingungen verschafft die Anzahl einfacher Erkältungskrankheiten pro Jahr. Das linke Schaubild – die „Krankheiten der Atmungsorgane“ umfassen zu 90% Erkältungen, Grippe, Bronchitis – dokumentiert die körperliche Schwächung eindrücklich. In Wirklichkeit ist die Zahl der Erkrankungen noch höher, denn erfaßt sind nur solche, die zu Arbeitsunfähigkeit führten. 20% der Arbeiter und 25% der Arbeiterinnen arbeiten trotz Erkältung weiter. Das hat eine Erhebung des Gesundheitsministeriums 1972 ergeben. Wegen Änderung der Systematik der Erfassung bricht die Kurve 1973 ab. Die gestrichelte Linie gibt das Ergebnis einer Umfrage im April 1974 wieder. Gleichzeitig kann man dem Schaubild die Methoden entnehmen, mit denen die Kapitalisten trotz hoher Erkrankungsraten die „Ausfalltage“ senken: durch drastisches Senken der Krankheitsdauer.

Bereits 1969/70 hatte eine Studie des baden-württembergischen Arbeitsministeriums ergeben, daß 64% der Arbeiter und 71% der Arbeiterinnen behandlungsbedürftige Krankheiten hatten, 14 bzw. 13% wußten nichts davon (rechtes Schaubild). Die Untersuchung ergab: „Je schwerer die körperliche Belastung, je belastender die Arbeitszeitregelung und die betriebliche Situation, um so schlechter die durchschnittliche gesundheitliche Verfassung ...“ Die Bourgeoisie hat diese Studie schnell verschwinden lassen. Den Zusammenhang von Krankheit und Produktion zu dokumentieren widerspricht ihrem Interesse, fördert es doch den Zusammenschluß gegen die Kapitalisten statt die Spaltung der Arbeiter. BILD macht es besser. Aber durchsichtig. Auf die Forderung nach mehr baumwollenen Unterhosen statt Abschaffung der Akkord- und Schichtarbeit wird die Bourgeoisie vergeblich warten.

Gelbsucht wird nicht hingenommen

r.crs. Seit Mitte September sind im Stadtteil Fredenberg in Salzgitter mindestens 54 Menschen an ansteckender Gelbsucht erkrankt. Nach Angaben des Gesundheitsamtes liegen zur Zeit 20 Erwachsene und 14 Kinder auf den Isolierstationen der Krankenhäuser. Immer dringender erheben die Bewohner des Stadtteils die Forderungen nach kostenloser Untersuchung und Impfung, nach Zahlung einer Diätzulage für die zur Ausheilung der Krankheit notwendige Diät mit hochwertigen Nahrungsmitteln.

Unverschämt äußert sich der Leiter des Gesundheitsamtes, Dr. Hafemann, in der „Salzgitter-Zeitung“ (SZ). „Üblich sei die Hepatitis in den Wintermonaten“, zu vermeiden „durch überflüssige Kontakte, kreisende Flaschen, gemeinsames Besteck, (...) die Ausbreitung der Erkrankung hinge von der persönlichen Hygiene ab.“

Die Tatsachen sind: Bei der Untersuchung der Schulanfänger in Salzgitter zeigt sich eine starke Zunahme der chronischen Erkrankungen bei diesen Kindern. Dabei handelt es sich um Herzkrankheiten, Zuckerkrankheit, Nierenkrankheiten und Blutarmut. 1964 wurden bei 5,8% von 1980 Schulanfängern diese Krankheit festgestellt, 1971 bei 11,4% von 1813, 1975 bei 26,4% von 1558 Schulanfängern (Statistische Jahrbücher der Stadt Salzgitter). Eine „Unterversorgung bei Kindern und Jugendlichen mit Vitaminen“ wird in den ‚Gesellschaftlichen Daten 77‘ der Bundesregierung zugegeben, außerdem: „Der Eiweißverbrauch ist in den letzten 25 Jahren mäßig gestiegen und hat die Vorkriegshöhe von über 86 Gramm je Kopf und Tag noch nicht wieder erreicht.“ (ebd.) Vitamin-und Eiweißmangel erhöhen die Anfälligkeit für ansteckende Krankheiten und führen zu schweren Verläufen. „1976 stiegen die übertragbaren Krankheiten gegenüber dem Vorjahr um 7,7% ... die Morbidität (Häufigkeit der Erkrankungen) erreichte damit 1976 den höchsten Wert seit 1961. Insbesondere nehmen zu: infektiöse Darmentzündungen, übertragbare Hirnhautentzündung, übertragbare Gelbsucht und Scharlach.“ (Statistische Jahrbücher Niedersachsen 5/77) Zunahme der Seuchen, Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Kinder, das fällt genau damit zusammen, daß die Kapitalisten sich durch scharfen Druck auf den Lohn der Arbeiterklasse für die Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt rüsten.

Im Kampf gegen die Kostendämpfung a la Ehrenberg des Gesundheitsamtes, das durch die Verweigerung der kostenlosen Impfung und Untersuchung für die Ausbreitung der Gelbsucht gesorgt hat, haben die Bewohner des Fredenberg einige Erfolge erzielt: Über 100, darunter 15 Arbeiter vom VW-Werk, haben einen Brief ans Gesundheitsamt geschickt, die Forderungen waren am Rathaus zu lesen. Daraufhin mußte das Schulzentrum mit über 600 Schülern geschlossen werden, die Betriebskrankenkassen von VW und P&S, die erst erklärt hatten, sie würden den teuren Impfstoff nicht zahlen, mußten in die Zeitung setzen lassen, sie zahlten jetzt doch. Jetzt sind auch in Lebenstedt 215 Unterschriften für Schließung und Desinfektion der Schulen dort gesammelt worden.

Wenn der Stahlarbeiterstreik beginnt, dann unterstützen ihn alle!

Erste Solidaritätserklärungen bereits eingetroffen / Die Aktionen werden begrüßt / Die Forderungen jedoch sind schwach.



Bochum


Duisburg


Dortmund



Siegen-Geisweid

z.maf. Freitags und Sonnabends demonstrierten die Belegschaften der Stahlwerke, daß sie nicht gewillt sind, sich wegen der Weltmarkteroberungspläne der westdeutschen Stahlkapitalisten die Knochen kaputt schinden zu lassen. Auf keine andere Abteilung des westdeutschen und Westberliner Proletariates wurde in den letzten Jahren ein so enormer Propagandadruck ausgeübt,wie auf die Stahlarbeiter. Angeblich stehen hinter jedem Stahlarbeiter-,,arbeitsplatz'' etliche amerikanische, japanische, europäische Gefahren, die sich nur abwenden lassen, indem mehr gearbeitet wird, schneller, und zu immer unerträglicheren Zeiten und für immer weniger Lohn. – In Wirklichkeit sind die Stahlarbeiterlöhne in Westdeutschland im Vergleich zu den anderen Ländern eher gefallen und auf der ganzen Welt waren die Stahlarbeiter mit Recht besorgt, wie lange das in Westdeutschland noch so weiter geht. Die insgesamt 19 Kundgebungen wurden von etwa 120000 Stahlarbeitern besucht. Eindrucksvoller läßt sich kaum belegen, daß der ganze chauvinistische Unsinn die Kampfkraft der Stahlarbeiter nicht wirklich unterhöhlt hat, auch wenn es nach den Tarifabschlüssen der letzten Jahre so ausgesehen haben mag, und die Kapitalisten in diesem Jahre glaubten, mit 2,1% Angeboten was erreichen zu können.

Eine Fülle von Solidaritätserklärungen war zu den Kundgebungen abgegeben. Immer war es in den letzten Jahren eine Schwierigkeit, daß genau in dem Zeitraum, in dem sowohl in der metallverarbeitenden Industrie wie auch im öffentlichen Dienst Lohnforderungen aufgestellt werden mußten, die Sozialdemokraten mit einem hundsmiserablen Abschluss aus der Stahlindustrie kamen, den sie meist als doch noch ganz gut bezeichneten. Es wird ganz bestimmt so sein: Wenn es zum Streik kommt und der Kampf hart wird, so wird die Unterstützung auf alle Fälle noch erheblich zunehmen. Voriges Jahr war das beim Streik der Seehafenarbeiter und beim Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg genau so.

Obgleich es gut ist, daß die verschiedenen Sorten Sozialdemokraten, die die Führung der IG Metall stellen, sozusagen *alle* auf den Kundgebungen angetreten sind und dadurch eine gewisse Einheit in der Aktion ermöglicht haben, steht doch schon fest: Dieser Kampf wird schwierig werden. Man lese nur den Urabstimmungstext:

,,Bist Du bereit, für folgende Forderungen zu streiken?
– Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der 35-Stundenwoche auch durch Freizeitausgleich.
– Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 5% sowie der Ausbildungsvergütung fürs erste und zweite Ausbildungsjahr um 40,- DM sowie fürs dritte und vierte Ausbildungsjahr um 30,- DM.''

Bereit? Für 5%? So daß dann im Endeffekt der leitende Angestellte der gegen die Arbeiter wirkt und sie tagtäglich antreibt, aber an den Tariflohn ,,angelehnt'' bezahlt wird, drei oder vier mal so viel erhalten wird, die der Arbeiter, der die Lohnerhöhung erstreikt hat, so zuwenig bekommt? ,,Bereit'' ist da so eine Sache. Würde man fragen: Bist Du bereit so lange zu streiken, bis die Kapitalisten die Forderung von 5% in Beträgen für alle gleich rund 120 DM auszahlen?, da wären auch viele bereit und zwar wirklich. Über dieses Problem wird in den Stahlbelegschaften diskutiert. Es wäre das die richtige Antwort auf das 2,1%-Angebot der Kapitalisten. Wenn gestreikt wird, kann man diese Antwort wahrscheinlich noch erteilen. Aber leicht wird das nicht.


Duisburg


Dortmund


Siegen-Geisweid

wirklich unterhöhlt hat, auch wenn es nach den Tarifabschlüssen der letzten Jahre so ausgesehen haben mag, und die Kapitalisten in diesem Jahre glaubten, mit 2,1% Angeboten was erreichen zu können.

Eine Fülle von Solidaritätserklärungen war zu den Kundgebungen abgegeben. Immer war es in den letzten Jahren eine Schwierigkeit, daß genau in dem Zeitraum, in dem sowohl in der metallverarbeitenden Industrie wie auch im öffentlichen Dienst Lohnforderungen aufgestellt werden mußten, die Sozialdemokraten mit einem hundsmiserablen Abschluss aus der Stahlindustrie kamen, den sie meist als doch noch ganz gut bezeichneten. Es wird ganz bestimmt so sein: Wenn es zum Streik kommt und der Kampf hart wird, so wird die Unterstützung auf alle Fälle noch erheblich zunehmen. Voriges Jahr war das beim Streik der Seehafenarbeiter und beim Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg genau so.

Obgleich es gut ist, daß die verschiedenen Sorten Sozialdemokraten, die die Führung der IG Metall stellen, sozusagen *alle* auf den Kundgebungen angetreten sind und dadurch eine gewisse Einheit in der Aktion ermöglicht haben, steht doch schon fest: Dieser Kampf wird schwierig werden. Man lese nur den Urabstimmungstext:

,,Bist Du bereit, für folgende Forderungen zu streiken?
– Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der 35-Stundenwoche auch durch Freizeitausgleich.
– Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 5% sowie der Ausbildungsvergütung fürs erste und zweite Ausbildungsjahr um 40,- DM sowie fürs dritte und vierte Ausbildungsjahr um 30,- DM.''

Bereit? Für 5%? So daß dann im Endeffekt der leitende Angestellte der gegen die Arbeiter wirkt und sie tagtäglich antreibt, aber an den Tariflohn ,,angelehnt'' bezahlt wird, drei oder vier mal so viel erhalten wird, die der Arbeiter, der die Lohnerhöhung erstreikt hat, so zuwenig bekommt? ,,Bereit'' ist da so eine Sache. Würde man fragen: Bist Du bereit so lange zu streiken, bis die Kapitalisten die Forderung von 5% in Beträgen für alle gleich rund 120 DM auszahlen?, da wären auch viele bereit und zwar wirklich. Über dieses Problem wird in den Stahlbelegschaften diskutiert. Es wäre das die richtige Antwort auf das 2,1%-Angebot der Kapitalisten. Wenn gestreikt wird, kann man diese Antwort wahrscheinlich noch erteilen. Aber leicht wird das nicht.

Bereit für das ,,*Ziel* der 35-Stundenwoche''. Vielleicht zu erreichen durch einen fünfzehnjährigen Stufenplan? Und dann auch noch ,,durch Freizeitausgleich''? Das kann doch bloß heißen, daß es den Kapitalisten erlaubt sein soll, auf Basis der 35-Stundenwoche die Arbeiter rund um die Uhr zu scheuchen, wenn es ihnen paßt und dann einen ,,Freizeitausgleich'' zu gewähren? Und kein Wort gegen die Arbeit bei Nacht, in Schichten und an Samstagen und Sonntagen. Nichts gegen die Conti-Schicht.

Wie kann der sozialdemokratische Redakteur der Zeitung ,,Metall'' der IG-Metall einen süßlichen Bericht abdrucken, wonach sogar die Pfaffen gegen die Schichtenschinderei sind, und dabei enden, daß da und dort ein Pfaff Familientreffs einrichtet, die der Mann oder die Frau besuchen kann, wenn er sich schon mal allein fühlt? Den Kampf gegen diese Schinderei dem Mitleid der Pfaffen überlassen, heißt diese Schinderei verewigen. Das mag ins Regierungskonzept von Helmut Schmidt passen und für die Kassenlage bei den Aktionären und die Nachfrage nach Reitpferden wird vielleicht weiter steigen. Aber der Interessenlage der Stahlarbeiter entspricht das nicht. Deswegen wird in den Belegschaften über die Forderung nach Verbot der Überstundenarbeit und Verbot der Schichtarbeit gesprochen. Das sind politische Forderungen, die nur durch den einheitlichen Klassenkampf durchgesetzt werden können. Aber gerade weil die Schichtarbeiterei in Westdeutschland und Westberlin Ausmaße angenommen hat, die das zu einem Problem der ganzen Arbeiterklasse macht, hat der politische Kampf Aussicht auf Erfolg. Selbstverständlich müssen diese politischen Forderungen in jedem einzelnen Kampfe erhoben werden. Daß solche Forderungen jetzt bei den Stahlarbeitern erhoben werden, ist gut und festigt die Verbindung mit den Interessen des ganzen Proletariates.


Witten



Bremen



Bochum

Unterschriftensammlung bei Krupp-Stahlwerke Südwestfalen

Bisher unterzeichnet von über 350 Arbeitern: ,,Wir, die Unterzeichner, sind Arbeiter bei den Krupp Stahlwerken Südwestfalen, Geisweid. Wir begrüßen den Beschluß der Großen Tarifkommission, das Scheitern der Verhandlungen für Arbeitszeitverkürzungen und höhere Löhne für die Eisen- und Stahlindustrie zu erklären und den Beschluß des Hauptvorstandes, vom 18. bis 21.11. die Urabstimmung einzuleiten. Desweiteren begrüßen wird den Aufruf zu Streikkundgebungen am Freitag vor der Urabstimmung und rufen ebenfalls alle Kollegen in Siegen auf, an der Kundgebung in Siegen-Geisweid teilzunehmen. Wir sind der Meinung,daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht auf Kosten der Lohnerhöhung gehen darf, denn was bringt uns eine Verkürzung des Arbeitstages, wenn der niedrige Lohn uns in Kontischicht und zu Überstunden treibt. Unumstößlich müßt ihr an der Höhe von 5%festhalten, jedoch meinen wir, daß die 5% für alle gleich ausgezahlt werden müssen. Rechnet man die 5% mit der Gesamtlohnsumme um, so geht dies und bringt ca. 120 DM für alle gleich. Dies müßt ihr gegenüber den Vertretern des Eisen- und Stahlverbandes vertreten. Wir meinen, daß es keine Verlängerung der Laufzeit geben darf.'' (17.11.78)

Schreiben der Arbeiter von Opel Bochum

,,Im Namen der Kolleginnen und Kollegen von Opel erklärt sich der Vertrauensleutevorstand und der Betriebsrat solidarisch mit den berechtigten Forderungen und der Kundgebung. Wir sind der Auffassung, daß nur das gemeinsame Handeln aller Arbeitnehmer und ihrer Organisationen die einzige Antwort auf das provokative Angebot der Unternehmer sein kann. Mit der heutigen Kundgebung ist dafür ein Zeichen gesetzt. Wir sind sicher, daß das Ergebnis der Urabstimmung unseren gemeinsamen Willen dokumentieren wird.'' (Beifall) (vorgetragen auf der IGM-Kundgebung in Bochum am 17.11.78).

BBC: Fordarbeiter aus Köln unterstützen britische Fordarbeiter

z.hef. BBC/England brachte folgenden Bericht: ,,Das sind kritische Tage für Ford Köln am Rheinufer. Täglich trifft sich die Betriebsleitung, um zu beraten, wie lange sie die Produktion im größten Fordwerk Europas aufrechterhalten kann. ... Obwohl die Fordarbeiter in Köln täglich damit rechnen, daß sich die Auseinandersetzung bei Ford UK auf sie auswirkt, haben sie ihren britischen Kollegen trotz allem ihre Unterstützung zukommen lassen. Vor einigen Tagen reiste eine Delegation des Werks nach London, um eine Spende von 3000 Pfund zu übergeben. Der größte Teil davon wurde hier im Werk Köln gesammelt. Weitere Sammlungen finden noch statt. Die Überzeugung wächst, daß der Unterschied zwischen den jeweiligen Löhnen auf lange Sicht nicht nur den Bri-

rat solidarisch mit den berechtigten Forderungen und der Kundgebung. Wir sind der Auffassung, daß nur das gemeinsame Handeln aller Arbeitnehmer und ihrer Organisationen die einzige Antwort auf das provokative Angebot der Unternehmer sein kann. Mit der heutigen Kundgebung ist dafür ein Zeichen gesetzt. Wir sind sicher, daß das Ergebnis der Urabstimmung unseren gemeinsamen Willen dokumentieren wird.'' (Beifall) (vorgetragen auf der IGM-Kundgebung in Bochum am 17.11.78).

BBC: Fordarbeiter aus Köln unterstützen britische Fordarbeiter

z.hef. BBC/England brachte folgenden Bericht: ,,Das sind kritische Tage für Ford Köln am Rheinufer. Täglich trifft sich die Betriebsleitung, um zu beraten, wie lange sie die Produktion im größten Fordwerk Europas aufrechterhalten kann. ... Obwohl die Fordarbeiter in Köln täglich damit rechnen, daß sich die Auseinandersetzung bei Ford UK auf sie auswirkt, haben sie ihren britischen Kollegen trotz allem ihre Unterstützung zukommen lassen. Vor einigen Tagen reiste eine Delegation des Werks nach London, um eine Spende von 3000 Pfund zu übergeben. Der größte Teil davon wurde hier im Werk Köln gesammelt. Weitere Sammlungen finden noch statt. Die Überzeugung wächst, daß der Unterschied zwischen den jeweiligen Löhnen auf lange Sicht nicht nur den Bri-
ten schadet, sondern auch ihnen selbst. Wenn Arbeit in Britannien billiger ist, so fürchten die Kölner, könnte Ford trotz der Schwierigkeiten in den Betrieben dort mehr Bargeld investieren.''

Manteltarifvertrag VW: Nützliche Forderungen durchgesetzt

z.pee. Nach vierjähriger Verhandlungsdauer wurde jetzt ein neuer Manteltarifvertrag für die inländischen VW-Werke am 9.11.1978 durch die IGM-Tarifkommision angenommen. In den Jahren 1975 und 1976 wurde nicht über den Manteltarif verhandelt, weil, so die IGM, VW in einer Krise gesteckt hat. Im neuen Manteltarifvertrag sind u.a. die Zulagen für Nacht- und Schichtarbeit von 33⅓% auf 35% bzw. von 28% auf 30% heraufgesetzt worden. 100%iger Lohnausgleich für Arbeiter die umgesetzt werden und über 50 Jahre alt sind (vorher 90%), sowie Lohnausgleichszahlungen nach Werkszugehörigkeit bei Umsetzungen bis zu 36 Monate, 13 statt 11 Wochen Lohnfortzahlung bei Krankheit, bei einer Werkszugehörigkeit über 25 Jahre 52 Monate. Die Zustimmung durch die VW-Kapitalisten ist ein Zugeständnis an die Bewegung der VW-Arbeiter gegen die Ruinierung der Arbeitskraft, die ihren offenen Ausdruck auf jeder Betriebsversammlung findet, indem die Akkordverschärfungen sowie Nacht- und Schichtarbeit angegriffen werden. Um die Forderung nach mehr Urlaub (30 Tage) soll weiterverhandelt werden. Seine Grundlage hat dieser Manteltarifabschluß darin, daß Schmücker gezwungen wird, im Lohnkampf zu zahlen. Beraten wird zur Zeit eine Forderung zwischen 130 und 150 DM Festgeld.

Bei Kündigungsschutzprozessen Weiterbeschäftigungspflicht!

r.bew. Kündigungsschutzprozeß vor dem Arbeitsgericht. Wir berichten am Beispiel eines Göttinger Krankenhausangestellten. Er erscheint bereits zum 3. Male. 9 Monate mußte er seit dem 1. Termin (Güte- und Kammerverhandlung zusammengezogen) warten, ohne allerdings seinen Arbeitsplatz bis dahin behalten zu können. Während das Gesetz vorschreibt, Arbeitsrechtsstreits ,,möglichst in einem Termin zu Ende zu führen“ (§ 57 Arbeitsgerichtsgesetz), sind drei Termine die Regel; die durchschnittliche Prozeßdauer beträgt: 9 Monate vor dem Arbeitsgericht, 15 Monate vor dem Landesarbeitsgericht, 2 Jahre vor dem Bundesarbeitsgericht. 4 Jahre also, wenn man überhaupt die 3 Instanzen schafft. Die meisten können *überhaupt nicht* klagen, denn der ,,allgemeine Kündigungsschutz“ verlangt eine 6-monatige Beschäftigungsfrist. Aber die Kapitalisten schichten bereits innerhalb dieser Probezeit stets erneut große Belegschaftsteile um.

Wie das Gericht mit ihm umspringen wollte, konnte der Krankenhausangestellte bereits auf dem Anschlagzettel des Gerichtssaales studieren: bald zwei Dutzend Verfahren waren für den Vormittag angesetzt, für jedes höchstens 15 Minuten reserviert. Urteil des Bundesarbeitsgerichts: ,,Das Kündigungsschutzgesetz ist kein Abfindungsgesetz.“ Ein Hohn; 90% aller Verfahren enden mit einem Vergleich, einem billigen Almosen für den verlorenen Arbeitsplatz, das noch auf das Arbeitslosengeld angerechnet wird, *wenn* man es bekommt.

Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld wird bei Streik gestrichen

Ehrenberg meldet 41 bzw. 462 Fälle im Berichtszeitraum

z.bil. Das Arbeitsförderungsgesetz besagt in seinem § 116, daß ,,durch die Gewährung von Arbeitslosengeld nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden darf.“ Die Kapitalisten bezeichnen das, verlogen wie sie sind, als ,,Neutralitätsverpflichtung der Bundesanstalt für Arbeit“. Es ist die Erfahrung der Streikkämpfe der letzten Jahre, daß, wenn die Arbeiter die Arbeit niederlegen, sie nichts aus der von ihnen bezahlten Kasse, der Arbeitslosenversicherung erhalten, was ein großer Rückhalt im Kampf gegen die Kapitalistenklasse wäre. Die Sache geht aber weiter. 1973 hat die Bundesanstalt für Arbeit, genehmigt durch den damaligen Arbeitsminister Arendt eine ,,Neutralitätsanordnung' verabschiedet. Sie geht direkt auf den großen Metallarbeiterstreik in Nordwürttemberg/Nordbaden 1971 zurück. Im Arbeitsförderungsgesetz ist schon geregelt, daß ,, der Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht, wenn die Gewährung des Arbeitslosengeldes den Arbeitskampf beeinflussen würde.“ (§116· Abs.3 AFG). Die Neutralitätsanordnung zielt auf die Spaltung der Arbeiter verschiedener Abteilungen, Betriebe, Branchen und ganzer Industriezweige. Streikt in einem Automobilwerk die Abteilung Karosseriefertigung, erhalten die Arbeiter der anderen Abteilungen, die noch nicht im Streik stehen, kein Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld, wenn diese Abteilungen nicht weiter fertigen können. Streiken die Arbeiter des Hauptwerkes, wird der Lohn der Arbeiter in den Zulieferbetrieben oder den Nebenwerken gestrichen, wenn die Kapitalisten in diesen Betrieben sagen, daß sie nicht weiter arbeiten lassen. Die weiteren Variationen: ,,Der Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht, wenn (...) die Gewerkschaften für den Tarifvertragsbereich des arbeitslosen nichtbeteiligten Arbeitnehmers nach Art und Umfang gleiche Forderungen wie für die am Arbeitskampf beteiligten Arbeitnehmer erhoben haben und mit dem Arbeitskampf nach Art und Umfang gleiche Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden sollen. (§4 Neutralitätsanordnung).“

Die Kapitalisten wissen, daß jeder Streik der Arbeiter die Sympathie und Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse hervorruft. Die Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes gehen auf Demoralisierung und Zersetzung. Drückt der Hunger die Arbeiter, die sich noch nicht einig sind, ob sie für mehr Lohn oder gegen den Akkord und die Schichtarbeit streiken, so kann die Wirkung dieser Fallstricke der ,,sozialen Sicherung“ leicht die Aufkündigung der Unterstützung der Arbeiter sein, die den Kampf für mehr Lohn führen. Die Tatsache, daß die Arbeiter, die noch nicht streiken, kein Geld mehr bekommen und auch das Kurzarbeitergeld gestrichen wird, *erscheint* unter diesen Bedingungen leicht als Schuld der streikenden Arbeiter. Das Ergebnis wäre für die Kapitalistenklasse die Isolierung der streikenden Arbeiter einer Abteilung, eines Betriebes oder einer ganzen Branche. Ein höchst befriedigendes Ziel für alle Kapitalisten, für die Arbeiter eine Niederlage in ihrem Kampf. Die Kapitalisten sind heftigst dafür. 1975 haben sie das Bundessozialgericht die Sache noch verfluchter machen lassen. Der Spruch des Gerichts geht wiederum auf den Metallarbeiterstreik 1971 zurück. Die Metallkapitalisten hatten geklagt, weil der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit den Arbeitern in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Arbeitslosengeld ausgezahlt hatte, obgleich die Kapitalisten sie wegen des Metallarbeiterstreiks entweder kurzarbeiten ließen oder die Produktion eingestellt hatten. Das Bundessozialgericht hat die Auszahlung der Kurzarbeiter- und Arbeitslosengelder in seinem Urteil von 1975 für rechtswidrig erklärt. ,,Die Koalitionsfreiheit wird nicht nur garantiert, sondern auch der Staat zur Neutralität bei Arbeitskämpfen verpflichtet.“

Diese Sorte von Neutralität, die eingezahlten Lohngelder einzubehalten und zur Spaltung der Arbeiterklasse einzusetzen, wird ausgeführt: ,,Zu denken wäre allerdings daran, die Vorschrift (§116 AFG, die Streichung des Arbeitslosengeldbezuges) auf solche Fälle anzuwenden, in denen der umkämpfte Tarifvertrag sog. Modellcharakter hat. Ein solcher Modellcharakter ist regelmäßig anzunehmen, wenn in anderen Tarifgebieten die Tarife ebenfalls gekündigt sind und dort die gleichen Forderungen erhoben werden. Das Beeinflussen des Arbeitskampfes in diesem Sinne ist dann als gegeben anzusehen, wenn die Gewährung des Arbeitslosengeldes in rechtlich oder tatsächlich wesentlichem Umfange die jeweilige Situation der kämpfenden Tarifpartner zu ändern vermag. Soweit es sich um den unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer innerhalb des fachlich und räumlichen Geltungsbereiches des umkämpften Tarifvertrages handelt, wird der in § 116 AFG bezeichnete Tatbestand erfüllt sein, gleichgültig, ob der Arbeitnehmer später selbst in den Genuß der geänderten Arbeitsbedingungen gelangt. Allein die räumliche Nähe zum Arbeitskampf vermag bei Gewährung des Arbeitslosengeldes zu einer Beeinflussung und damit zu einer Änderung der Situation der kämpfenden Tarifpartner führen.“

Ehrenberg gibt über die Widerwärtigkeiten dieses Gesetzes jedes Jahr einen Erfolgsbericht ab. Für die Berichtsperiode 1. Juli 77 bis 30. Juni 1978 meldet er, ,,Arbeitskämpfe haben sich in den Bezirken aller Landesarbeitsämter auf die Gewährung und Versagung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sowie Kurzarbeitergeld ausgewirkt. Von den im Berichtszeitraum durch Arbeitskämpfe mittelbar betroffenen Arbeitnehmern haben 41 kein Arbeitslosengeld und 462 kein Kurzarbeitergeld erhalten.“ Es ist nützlich, sich auf all dies vorzubereiten in den diesjährigen Auseinandersetzungen um einen neuen Traifvertrag und mehr Lohn.

Die Leitung des Landeskrankenhauses (LHK) hatte dem Angestellten *ohne Begründung* gekündigt. Er gilt als Kommunist. So eine Kündigung ist nach bürgerlichem Recht gesetzwidrig und wäre vom Gericht auch ohne 6-monatige Betriebszugehörigkeit sofort aufzuheben gewesen. Statt bereits beim 1. Verhandlungstermin so zu entscheiden, gab Richter von der Behrens dem Dienstherrn 8 Monate Bedenkzeit. Der Dienstherr solle sich geschicktere Kündigungsgründe ausdenken. Für den Angestellten bedeutete das natürlich: er mußte versuchen, seine Arbeitskraft woanders zu verkaufen. Ein Prozeßrecht gegen Verschleppung gibt es nicht.

Die Hilfe seitens des Gerichts nützte indessen der LHK-Leitung zunächst wenig. Als einzigen Kündigungsgrund fand sie nach 8-monatiger Bedenkzeit: Arbeitsverweigerung, weil nach bereits von dem Angestellten gearbeiteten 12 Stunden weitere 6 verlangte Arbeitsstunden abgelehnt worden waren. Das war schon sehr frech. Tatsächlich bezeugten mit einer Ausnahme alle Per-

Neues vom Affenfelsen: Er hat einen Leitstern!

In jenen Tagen wandelte er in die Synagoge zu Köln, die ist das Bethaus der Juden. Da ergriff ihn der Geist und aus ihm brach's in folgenden Worten, die auf uns kommen und bezeugt sind durch Bölling, den Walter des Presseamts der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: ,,Mögen alle Menschen im Nahen Osten, die bisher noch abseits stehen, sich dem friedensstiftenden Geschehen dieser Tage zuwenden! ... Mögen sie alle wissen und beherzigen, daß der Friedge nicht möglich ist, ohne den allseitigen Willen zum Ausgleich und Kompromiß! Mögen sie alle erkennen, daß in der Tat Moses ein besserer Leitstern ist als Machiavell!“ Glücklich das Volk, das einen Mann an der Spitze hat, der bereits weiß, erkannt und im Herzen hat, was anderwärts noch gelernt, beherzigt, erkannt und gewußt werden muß!



Dementiert wird, die SPD-Fraktion wolle im Bundestag beantragen, die Natio-

,,Bravo“: Wie gut der Jugendarrest ist!

r.mas. Beunruhigt muß die Bourgeoisie anhand ihrer Verurteilungsstatistiken feststellen, daß die Rebellion unter der Jugend wächst. Allein in Niedersachsen gab es 1975 19410 Verurteilungen. Das sind 5438 mehr als 1963. Den größten Anteil an dieser Steigerung der Auflehnung gegen das bürgerliche Recht (421%) haben ,,Vergehen gegen das Wehrstrafgesetz“. Verantwortlich macht die Bourgeoisie die Eltern; und sie strebt die totale Einschränkung der elterlichen Erziehungsrechte zugunsten umfassender staatlicher Kontrolle an. Dabei hilft ihre Presse. Die Jugendzeitschrift ,,Bravo“ propagiert Jugendarrestanstalten. Die würden ,,anpassungsunwillige“ Jugendliche wieder auf rechte, also ausbeutbare Wege bringen.

Laut ,,Bravo“ kann z.B. die Jugendarrestanstalt in Kaufungen bei Kassel schon nach wenigen Tagen Erfolge verbuchen, so daß ,,nicht selten (...) die Eltern der Straftäter überrascht (seien), wenn sie kurze Zeit spä-

ersten Schliff werden dann die Jugendlichen ,,mit Arbeit beschäftigt“. Die Auswahl ist reichhaltig, z.B. Schrauben abzählen oder 800 Kartoffelsäcke zuschnüren, bei einer Bezahlung von 4 DM Tageshöchstsatz. ,,Bravo' lobt: ,,Zwischenmenschliche Beziehungen sind dabei nicht nur nicht erwünscht, sie sind einfach verboten. Gelegenheiten dazu sind kaum gegeben: Aufsichtsbeamte sind in genügender Zahl vorhanden“, und ,,Schraubenabzählen“ ist ,,besser als gar nichts tun“. Sodann erzieht die Anstalt mit ,,intensivem Sport“. ,,Bravo“: ,,Nach (...) intensivem Sport sind die jungen Leute so erledigt, daß sich der Nachtdienst einer himmlischen Ruhe erfreut.“ Und schließlich wird zynisch vermerkt: Den Jugendlichen könne kein Eßbesteck aus Metall anvertraut werden, sonst könnten sie ,,Dummheiten“ machen mit diesen Waffen. Ja, wer Krieg gegen die Jugend führt, rechnet damit.

Was von ,,Bravo“ als ,,Erziehung“ verherrlicht wird, erweist sich als ge-

setz.“ Ein Hohn; 90% aller Verfahren enden mit einem Vergleich, einem billigen Almosen für den verlorenen Arbeitsplatz, das noch auf das Arbeitslosengeld angerechnet wird, *wenn* man es bekommt.

gen, die noch nicht im Streik stehen, kein Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld, wenn diese Abteilungen nicht weiter fertigen können. Streiken die Arbeiter des Hauptwerkes, wird der Lohn der Arbeiter in den Zulieferbe-

beitergeld gestrichen wird, *erscheint* unter diesen Bedingungen leicht als Schuld der streikenden Arbeiter. Das Ergebnis wäre für die Kapitalistenklasse die Isolierung der streikenden Arbeiter einer Abteilung, eines Betriebes

kämpfte Tarifvertrag sog. Modellcharakter hat. Ein solcher Modellcharakter ist regelmäßig anzunehmen, wenn in anderen Tarifgebieten die Tarife ebenfalls gekündigt sind und dort die gleichen Forderungen erhoben werden.

41 kein Arbeitslosengeld und 462 kein Kurzarbeitergeld erhalten.“ Es ist nützlich, sich auf all dies vorzubereiten in den diesjährigen Auseinandersetzungen um einen neuen Traifvertrag und mehr Lohn.

Die Leitung des Landeskrankenhauses (LHK) hatte dem Angestellten *ohne Begründung* gekündigt. Er gilt als Kommunist. So eine Kündigung ist nach bürgerlichem Recht gesetzwidrig und wäre vom Gericht auch ohne 6-monatige Betriebszugehörigkeit sofort aufzuheben gewesen. Statt bereits beim 1. Verhandlungstermin so zu entscheiden, gab Richter von der Behrens dem Dienstherrn 8 Monate Bedenkzeit. Der Dienstherr solle sich geschicktere Kündigungsgründe ausdenken. Für den Angestellten bedeutete das natürlich: er mußte versuchen, seine Arbeitskraft woanders zu verkaufen. Ein Prozeßrecht gegen Verschleppung gibt es nicht.

Die Hilfe seitens des Gerichts nützte indessen der LHK-Leitung zunächst wenig. Als einzigen Kündigungsgrund fand sie nach 8-monatiger Bedenkzeit: Arbeitsverweigerung, weil nach bereits von dem Angestellten gearbeiteten 12 Stunden weitere 6 verlangte Arbeitsstunden abgelehnt worden waren. Das war schon sehr frech. Tatsächlich bezeugten mit einer Ausnahme alle Personalräte, daß ihnen die politische Einstellung des Angestellten als Kündigungsgrund genannt worden sei. Da insoweit auch der richterliche Wink mit der Schweigepflicht nichts nützte, mußte der Richter also eine andere Lösung im Interesse der LHK-Leitung finden. Ergebnis: Weiterbeschäftigung – aber erst bei Rechtskraft des Urteils. Im Klartext heißt das: *Keine* Weiterbeschäftigung, indem die LHK-Leitung die nächste Instanz anruft. Sie hat ja Zeit im Unterschied zum Arbeiter, der vom Verkauf seiner Arbeitskraft sich ernährt.

Neues vom Affenfelsen: Er hat einen Leitstern!

In jenen Tagen wandelte er in die Synagoge zu Köln, die ist das Bethaus der Juden. Da ergriff ihn der Geist und aus ihm brach's in folgenden Worten, die auf uns kommen und bezeugt sind durch Bölling, den Walter des Presseamts der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: ,,Mögen alle Menschen im Nahen Osten, die bisher noch abseits stehen, sich dem friedensstiftenden Geschehen dieser Tage zuwenden! ... Mögen sie alle wissen und beherzigen, daß der Friedge nicht möglich ist, ohne den allseitigen Willen zum Ausgleich und Kompromiß! Mögen sie alle erkennen, daß in der Tat Moses ein besserer Leitstern ist als Machiavell!“ Glücklich das Volk, das einen Mann an der Spitze hat, der bereits weiß, erkannt und im Herzen hat, was anderwärts noch gelernt, beherzigt, erkannt und gewußt werden muß!

Wir verteidigen diesen Staat und diese Gesellschaft mit Entschlossenheit. Es ist der gerechteste Staat den es bisher in der deutschen Geschichte gegeben hat. Es ist die freieste Gesellschaft unserer Geschichte. Wir werden ihren Feinden wehren!

Dementiert wird, die SPD-Fraktion wolle im Bundestag beantragen, die Nationalhymne solle in ihrer ersten Strophe ,,Einigkeit und Schmidt und Freiheit“ gebracht werden. Er selbst soll gegen den Vorschlag opponiert haben; erst müsse die dritte Strophe geändert werden zu ,,Von dem Südpol bis zum Nordpol“; denn wenn auch andere Maas und Memel, Etsch und Belt schon für etwas reichlich fänden, so könne doch ein heutiger Staatsmann nicht zulassen, daß sein guter Name in so beschränktem Wirkungskreis genannt werde.

,,Bravo“: Wie gut der Jugendarrest ist!

r.mas. Beunruhigt muß die Bourgeoisie anhand ihrer Verurteilungsstatistiken feststellen, daß die Rebellion unter der Jugend wächst. Allein in Niedersachsen gab es 1975 19410 Verurteilungen. Das sind 5438 mehr als 1963. Den größten Anteil an dieser Steigerung der Auflehnung gegen das bürgerliche Recht (421%) haben ,,Vergehen gegen das Wehrstrafgesetz“. Verantwortlich macht die Bourgeoisie die Eltern; und sie strebt die totale Einschränkung der elterlichen Erziehungsrechte zugunsten umfassender staatlicher Kontrolle an. Dabei hilft ihre Presse. Die Jugendzeitschrift ,,Bravo“ propagiert Jugendarrestanstalten. Die würden ,,anpassungsunwillige“ Jugendliche wieder auf rechte, also ausbeutbare Wege bringen.

Laut ,,Bravo“ kann z.B. die Jugendarrestanstalt in Kaufungen bei Kassel schon nach wenigen Tagen Erfolge verbuchen, so daß ,,nicht selten (...) die Eltern der Straftäter überrascht (seien), wenn sie kurze Zeit später einen reuevollen Brief ihres Sprößlings erhalten.“

Die erste ,,erzieherische Maßnahme“ ist in dieser Anstalt, die Jugendlichen für zwei Tage isoliert in einer Zelle einzusperren. Nach diesem ersten Schliff werden dann die Jugendlichen ,,mit Arbeit beschäftigt“. Die Auswahl ist reichhaltig, z.B. Schrauben abzählen oder 800 Kartoffelsäcke zuschnüren, bei einer Bezahlung von 4 DM Tageshöchstsatz. ,,Bravo' lobt: ,,Zwischenmenschliche Beziehungen sind dabei nicht nur nicht erwünscht, sie sind einfach verboten. Gelegenheiten dazu sind kaum gegeben: Aufsichtsbeamte sind in genügender Zahl vorhanden“, und ,,Schraubenabzählen“ ist ,,besser als gar nichts tun“. Sodann erzieht die Anstalt mit ,,intensivem Sport“. ,,Bravo“: ,,Nach (...) intensivem Sport sind die jungen Leute so erledigt, daß sich der Nachtdienst einer himmlischen Ruhe erfreut.“ Und schließlich wird zynisch vermerkt: Den Jugendlichen könne kein Eßbesteck aus Metall anvertraut werden, sonst könnten sie ,,Dummheiten“ machen mit diesen Waffen. Ja, wer Krieg gegen die Jugend führt, rechnet damit.

Was von ,,Bravo“ als ,,Erziehung“ verherrlicht wird, erweist sich als gewaltsam durchgesetzte Unterdrückung und Ausbeutung der arrestierten Jugendlichen. Die ,,Hannoversche Allgemeine Zeitung“ sorgt sich bereits: ,,Väter drohen nicht mehr mit dem Arm des Gesetzes.“ (15.11.)

Man erkennt schon an diesem einen von ungezählten Beispielen, daß die Weiterbeschäftigungspflicht ein notwendiges Schutzrecht für die Lohnabhängigen ist. Offenbar ist es so wenig wie irgendein Recht der Arbeiter im Vertrauen auf die bürgerliche Justiz durchsetzbar. Aber der Kampf, den die Arbeiter für dieses Recht führen, hat die Arbeitsgerichte bereits unter Druck gebracht. Etwa die Hälfte der Arbeitsrichter an den Untergerichten in Hannover und Celle z.B. müssen das Recht auf Weiterbeschäftigung anerkennen, wenn der Arbeitsvertrag nicht wirksam aufgelöst worden ist. Die Mehrheit von Kapitalistenvertretern auf dem letzten Juristentag, die selbst noch die bestehenden Kündigungsschutzregelungen beseitigen wollte, hat nicht verhindern können, daß jetzt selbst das Bundesarbeitsgericht bis Ende des Jahres gezwungen ist, eine öffentliche Erklärung zur Weiterbeschäftigungspflicht abzugeben.

,,Die Großnationen sollen ... durchschlagend eingreifen“

r.hes. Im Bremer Focke-Museum läuft gegenwärtig eine Ausstellung ,,30 Jahre Erklärung der Menschenrechte“. 30 Jahre nach der Proklamierung des Rechts auf Ausbeutung und Unterjochung der Völker sind die Imperialisten ihren Zielen ferner denn je.
Den Imperialisten sind schwere Schläge versetzt worden. Die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern unterstützt den Befreiungskampf der Völker der 3.Welt.
Nach der Neuauflage der Menschenrechtskampagne durch Jimmy Carter bieten sich nun die Organisationen amnesty international, terre des hommes – unter anderen Träger der Ausstellung – an, die Probleme der Imperialisten bei der Durchsetzung ihrer Ziele gegenüber der eigenen Arbeiterklasse lösen zu helfen.
Auf großen Tafeln, die jeweils einen Artikel aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gewidmet sind, werden die ,,Verletzungen“ der selben in kurzen Texten und v.a. in großen Fotos dargestellt.
,,Jedermann hat das Recht auf Leben“ (Art.3.): Zu sehen ist ein im Krieg getöteter Zivilist, eine Erschießung von Gegnern des Schah-Regimes im Iran und eine betende Nonne steht mit einer Reihe schwarzer Kinder vor den Gräbern von Missionaren, ,,von afrikanischen Untergrundkämpfer getötet.“ Konstatiert wird in allen drei Fällen: Verletzung eines Menschenrechts, des Rechts auf Leben. Kein weiterer Text, die Bilder sollen wirken. Wer gegen Tötung ist, muß auch gegen die ,,afrikanischen Untergrundkämpfer“ sein. Nun wären sie schlechte Büttel der Imperialisten, wollten sie nur die Gewaltlosigkeit predigen, denn die Hetze gegen die Befreiungsbewegungen ist nur ein Teil der Interventionsvorbereitungen der Imperialisten. Die Grundlage der Expansion ist und war schon immer die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse. Um der Arbeiterklasse die verschärfte Ausbeutung schmackhaft zu machen, wird von der ,,Mitschuld“ der Völker in den ,,Konsumländern“ gesprochen: Alle würden wir profitieren von den billigen Rohstoffen, deshalb seien wir alle schuldig am Elend der Völker der 3.Welt. Nebenstehendes Schema ,,verdeutlicht“ die ,,Verstrickung“. Fazit: Die westdeutschen Arbeiter und Volksmassen sollen sich einschränken und Verzicht üben. Lohnsenkungen in den imperialistischen Ländern sollen dabei herauskommen.

Am Kritikbrett, auf dem der Besucher seine Meinung aufschreiben soll, läßt man einen 10-jährigen Schüler zu Wort kommen, der die unvermeidliche Konsequenz angesichts der zahlreichen Darstellungen von Entrechtung, Elend, Verhaftungen, Folter und Mord in den Ländern der 3.Welt schließlich formulieren soll: ,,Ich finde die Ausstellung gut aufgebaut, aber man sollte die Hilfsaktionen noch mehr berücksichtigen und nicht zu viel Elend zeigen. Aber die Regierungen der Großnationen sollten endlich einmal durchschlagend eingreifen und diese Horrorzustände beenden.“

Chauvinistische Verhetzung der Jugend, Gewinnung für die Interventionsabsichten der Imperialisten, das ist die Absicht des bürgerlichen Staates mit dieser Ausstellung.



Gräfin von Wedel, geb. Faber-Castell – größte Grundbesitzerin Nordwest-Deutschlands

z.lob. Seit dem Jahr 1746 besitzen die von Wedel die „Herrlichkeit Gödens". Durch Inzucht haben sie dieses zusammenhängende ca. 2000 ha große Gebiet fruchtbarsten Weidemarschlandes in der Gemeinde Sande (Nähe Wilhelmshaven) an sich gerissen.

Im Jahre 1895 sahen die Pachtverträge neben einer Geldpacht zahlreiche andere Bereicherungsquellen für Kirche, Staat und die Herren von Wedel vor. Der Pächter eines Hofes hatte zu gewährleisten „Kirche- und Schulzulagen, Gebäudesteuer, Brandkassenbeiträge, Prediger und Schullehrer, Gerechtigkeiten, Kirche-, Schul- und Armenzulagen, Kavallerie-Verpflegung und sonst etwa vorkommende Kriegslasten und -beschwerden, Einquartierungslasten überhaupt alle Lasten und Abgaben, sie mögen Namen haben wie sie wollen, jetzt schon auf der Ländereien ruhen oder später darauf gelegt werden", u.a.m.



Um die Folgen der Inflation vollständig auf die Pächter abzuwälzen, wurde die Geldpacht in Naturalpacht umgewandelt, „gebunden an den Haferpreis". Dies geschah 1922. 1925 entfielen die meisten Hand- und Spanndienste. Dafür hatten die Pächter sämtliche öffentliche Lasten und Abgaben zu zahlen.

Die von Wedel waren nun ausgewachsene Agrarkapitalisten. „Was sollen diese feudalen Abgaben, diese Frondienste. Wir betrachten die Pacht mehr als eine Partnerschaft," führte der jetzige gräfliche Verwalter, Herr Löhr, aus. Augenblicklich sind die Pachtpreise in Gödens vergleichsweise niedrig. Die von Wedel können die Pachten laut Pachtrecht nicht von heute auf morgen auf die ortsüblichen Pachten von bis zu 1000 DM anheben. In Gödens gibt es sogar noch Pachten bis zu 100 DM pro ha. Doch der Verwalter Löhr und seine Herrin Heidi von Wedel, geb. Faber-Castell, sind daran gegangen, Höfe nach EG-Norm aufzubauen.

Betrug die Zahl der Pächter vor 15 Jahren noch ca. 150, so sind es heute noch 87. 27 davon haben Haus und Hof mitgepachtet, die restlichen sind Stücklandpächter. Die meisten von ihnen sollen vertrieben werden und sind damit auch gezwungen, sich in der Sander Giesserei, den Olympia-Werken oder bei Krupp als Lohnsklaven für wenig Lohn zu verkaufen. Rund 35 Höfe mit 65 ha und 80 – 100 Kühen zunächst wollen die Wedel in 10 – 20 Jahren aussaugen können. 2,5 besser noch 2,8 Großvieheinheiten pro ha wollen sie den Pächtern aufdrängen. Seit 1967 leiten sie massiv die Umwälzung der Produktion ein.

§14.2 des heutigen Pachtvertrages sieht vor: „Der Pächter hat auf Verlangen des Verpächters Einsicht in seine gesamten Buchführungsunterlagen zu gewähren." Gestützt auf diese Daten sucht sich Löhr die Pächter aus und fordert sie auf, ihren Viehbestand aufzustocken. „3 Jahre lassen wir ihnen Zeit, sonst drehen wir ihnen die Luft ab."

Aus einem neuen Pachtvertrag: „a. Der Pächter stellt für die Baumaßnahme zur Anschaffung des Superinventars – Stalleinrichtungen, Melkeinrichtungen und Milchlagerung – einen Betrag aus Eigenmitteln in Höhe von DM 70000 zur Verfügung. b. Der Verpächter stellt 150000 DM bereit. c. Die restlichen Baukosten durch zinsverbilligte Kapitalmarktdarlehen und Bundesmittel aus dem „Einzelbetrieblichen Förderungsprogramm" finanziert werden können. 3. Die Baumaßnahme umfaßt: a. Neubau eines Milchviehstalls – Vollspaltenbodenstall – mit einer Kapazität von ca. 90 Stck. Kühen. b. Grundreparatur des Wohnhauses. Das Volumen der Baumaßnahme umfaßt ca. 550000 DM...".

Die Größe des Hofes beträgt rund 62,5 ha. Jährlich muß der Bauer erarbeiten 15815 DM für Zins, Tilgung und Verwaltungskosten, genau 252,90 DM pro ha. Hinzu kommen: Grundsteuer 36,70 DM pro ha, Kammerbeitrag 14,27 DM pro ha, Deich- und Sielpacht 20 DM pro ha und 1,02 DM pro ha an den Deichbund. 250 DM Nettopacht muß der Pächter an die von Wedel überweisen. Die jährliche Belastung je ha beträgt also 574,89 DM. Alle 3 Jahre wird die Höhe des Pachtzinses überprüft. Der Pachtvertrag läuft über 18 bzw. 25 Jahre. Seit 67 haben die von Wedel 11 Höfe in dieser Art „saniert". 4 weitere sind in Planung.

Diese „Sanierung" hat für die Masse der Pächter den Absturz ins Proletariat zur Folge. Für die verbleibenden Pächter ist die Aufbringung der Pacht nur durch maßlose Überarbeit und Intensivierung des Arbeitstages zu schaffen. Der größte Teil der alten Pächter, der das Land seit Generationen bearbeitet und den Wert gesteigert hat, wurde vertrieben. Heute beträgt das Durchschnittsalter der 27 Platzpächter 47 Jahre. Nur einer ist über 50. Worauf der Verwalter raus will: Maximal 25 Jahre Verpachtung an einen Pächter, neue Sanierung – neuer Pächter. Was unterscheidet den Pächter auf einem EG-Hof noch vom modernen Proletarier?

Demonstration von 10000 französischen Schweinezüchtern

z.jon.Paris. Rund 10000 Schweinezüchter haben am 8.11. in Pontivy in der Bretagne an einer Demonstration gegen die Agrarpolitik der französischen Regierung teilgenommen. Zu der Demonstration hatten die regionalen Bauernverbände der Bretagne aufgerufen, sie wurde von Delegationen aus anderen Teilen Frankreichs unterstützt. Der Park und der Eingang der örtlichen Regierungsbehörde, der Unterpräfektur, wurden von den Bauern mit Jauche eingedeckt. Als Gruppen von Demonstranten versuchten, das Gebäude zu besetzen, kam es zu mehrstündigen Straßenkämpfen mit 1500 Bereitschaftspolizisten. Bereits am 24.10. hatten die Schweinezüchter die Kühlhäuser des Nahrungsmittelkonzerns Olida in Loudéac „inspiziert" und anschließend importiertes Fleisch öffentlich verbrannt.



„Wir wollen von unserer Arbeit leben können", haben die Bauern auf ihr Transparent geschrieben.

Die Bauern fordern die Anhebung der Erzeugerpreise und die Abschaffung des von der EG festgelegten Grenzausgleichs für Schweinefleischimporte. Die Zahl der Schweinezüchter ist in Frankreich von 720000 1965 auf 471000 1976 zurückgegangen. Die französische Regierung hält die Erzeugerpreise niedrig und fördert dadurch die großen Produzenten mit viel Kapital, wie den Kapitalisten Gouvernec, der jährlich 28000 Schlachtschweine, das 30fache der durchschnittlichen Produzenten, abliefert. Im September erst hat die Regierung eine Kürzung der Laufzeiten für Vorzugskredite von 15 auf 5 Jahre für alle Züchter beschlossen, für die kein Förderplan existiert. Die Grenzausgleichsprämien fördern den Import aus den anderen EG-Staaten durch die Nahrungsmittelkapitalisten, die die kleinen und mittleren französischen Produzenten um so leichter niederkonkurrieren können. Die durchschnittlichen Kilopreise betragen in Frankreich 7,32F, in Westdeutschland 8,30F. Beim Export nach Frankreich erhält der westdeutsche Exporteur 0,84F und der französische Importeur 0,40F aus dem EG-Landwirtschaftsfonds. Um die Mästung der Kapitalisten zu unterbinden, haben die französischen Bauernverbände weitere Aktionen angekündigt, darunter „die Kontrolle aller Kühlwagen, aller Schlachthäuser und aller Lager, um zu sehen, ob sich darin ausländisches Schweinefleisch befindet".

Italien: Einkommensteuer für Bauern um 20% erhöht

z.erb.Rom. 20% mehr Einkommensteuer will die italienische Regierung dieses Jahr den Bauern abpressen. Dazu wird der Koeffizient, mit dem zur Festlegung des steuerbaren Einkommens der auf dem Katasteramt eingetragene Schätzwert multipliziert wird, von 75 auf 90 angehoben. Der in den 30er Jahren ermittelte Schätzwert richtete sich nach der Qualität und dem zu erwartenden Ertrag des Bodens. Alle zwei Jahre wird der Koeffizient erhöht. Die Bauern rutschen dabei immer weiter in die Steuerprogression. Das reicht der Bourgeoisie noch nicht. So wurden kürzlich auf einer Konferenz unter Anwesenheit von Finanzminister Malfatti Vorschläge zur zusätzlichen Besteuerung der Bauern besprochen. Beim Vergleich der Steigerung des Schätzwertes und der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise wird deutlich, wie schon bisher die Steuerplünderung der Bauern gewachsen ist. Die jetzt geplanten Reformen sollen die Ruinierung der Bauern noch beschleunigen.

Jahr	Schätzwert	Erzeugerpreise
1974	100,0	100,0
1975	100,0	112,0
1976	156,0	134,0
1977	156,0	150,5
1978	187,5	161,8 *)

(Index: 1974 = 100)
*) = geschätzt.

Sowjetische Anreize zum Bauernlegen

z.krk. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sollen in der Sowjetunion für eine Reihe von Produkten ab 1.1.79 erhöht werden: für Kartoffeln um 38%, für Milch und Milchprodukte um durchschnittlich 14%, für einzelne Gemüsesorten um 9% usw. Allerdings nicht etwa um die Lebenslage der Bauern zu verbessern. „Es ist äußerst schwierig, Betriebe... auf verlustbringende Erzeugnisarten spezialisieren zu wollen", schreibt Litwinow, der Direktor des Forschungsinstituts für Ökonomik der Ukrainischen SSR in seiner Begründung für die Erhöhungen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gerade in den Bereichen, die von der Erhöhung betroffen sind, ist schon seit langer Zeit nicht gewährleistet. Eine große Zahl von Kolchosen – gerade die schlechteren, die unrentable Produkte herstellen – sind nicht in der Lage, selber Investitionen vorzunehmen. Viele von ihnen sind total verschuldet. Mit den jetzt getroffenen Maßnahmen soll die Kapitalisierung der Landwirtschaft vorangetrieben und eine Rationalisierung in großem Maßstab in Gang gesetzt werden. Gleichzeitig mußten insgesamt 47000 Landwirtschaftsbetriebe entschuldet werden, bei denen für eine Schuldentilgung gar keine Hoffnung mehr bestand. Eine erneute Erhöhung der Lebensmittelpreise wird mit Sicherheit nicht lange auf sich warten lassen.

Österreichische Weinbauern: „Unter drei Schilling darf nicht gewogen werden"

gewährleisten „Kirche- und Schulzulagen, Gebäudesteuer, Brandkassenbeiträge, Prediger und Schullehrer, Gerechtigkeiten, Kirche-, Schul- und Armenzulagen, Kavallerie-Verpflegung und sonst etwa vorkommende Kriegslasten und -beschwerden, Einquartierungslasten überhaupt alle Lasten und Abgaben, sie mögen Namen haben wie sie wollen, jetzt schon auf der Ländereien ruhen oder später darauf gelegt werden", u.a.m.

Um die Folgen der Inflation vollständig auf die Pächter abzuwälzen, wurde die Geldpacht in Naturalpacht umgewandelt, „gebunden an den Haferpreis". Dies geschah 1922. 1925 entfielen die meisten Hand- und Spanndienste. Dafür hatten die Pächter sämtliche öffentliche Lasten und Abgaben zu zahlen.

Die von Wedel waren nun ausgewachsene Agrarkapitalisten. „Was sollen diese feudalen Abgaben, diese Frondienste. Wir betrachten die Pacht mehr als eine Partnerschaft," führte

langen des Verpächters Einsicht in seine gesamten Buchführungsunterlagen zu gewähren." Gestützt auf diese Daten sucht sich Löhr die Pächter aus und fordert sie auf, ihren Viehbestand aufzustocken. „3 Jahre lassen wir ihnen Zeit, sonst drehen wir ihnen die Luft ab."

Aus einem neuen Pachtvertrag: „a. Der Pächter stellt für die Baumaßnahme zur Anschaffung des Superinventars – Stalleinrichtungen, Melkeinrichtungen und Milchlagerung – einen Betrag aus Eigenmitteln in Höhe von DM 70000 zur Verfügung. b. Der Verpächter stellt 150000 DM bereit. c. Die restlichen Baukosten durch zinsverbilligte Kapitalmarktdarlehen und Bundesmittel aus dem „Einzelbetrieblichen Förderungsprogramm" finanziert werden können. 3. Die Baumaßnahme umfaßt: a. Neubau eines Milchviehstalls – Vollspaltenbodenstall – mit einer Kapazität von ca. 90 Stck. Kühen. b. Grundreparatur des Wohnhauses. Das Volumen der Baumaßnahme umfaßt ca. 550000 DM...".

terpräfektur, wurden von den Bauern mit Jauche eingedeckt. Als Gruppen von Demonstranten versuchten, das Gebäude zu besetzen, kam es zu mehrstündigen Straßenkämpfen mit 1500 Bereitschaftspolizisten. Bereits am 24.10. hatten die Schweinezüchter die Kühlhäuser des Nahrungsmittelkonzerns Olida in Loudéac „inspiziert" und anschließend importiertes Fleisch



„Wir wollen von unserer Arbeit leben können", haben die Bauern auf ihr Transparent geschrieben.

tal, wie den Kapitalisten Gouvernec, der jährlich 28000 Schlachtschweine, das 30fache der durchschnittlichen Produzenten, abliefert. Im September erst hat die Regierung eine Kürzung der Laufzeiten für Vorzugskredite von 15 auf 5 Jahre für alle Züchter beschlossen, für die kein Förderplan existiert. Die Grenzausgleichsprämien fördern den Import aus den anderen EG-Staaten durch die Nahrungsmittelkapitalisten, die die kleinen und mittleren französischen Produzenten um so leichter niederkonkurrieren können. Die durchschnittlichen Kilopreise betragen in Frankreich 7,32F, in Westdeutschland 8,30F. Beim Export nach Frankreich erhält der westdeutsche Exporteur 0,84F und der französische Importeur 0,40F aus dem EG-Landwirtschaftsfonds. Um die Mästung der Kapitalisten zu unterbinden, haben die französischen Bauernverbände weitere Aktionen angekündigt, darunter „die Kontrolle aller Kühlwagen, aller Schlachthäuser und aller Lager, um zu sehen, ob sich darin ausländisches Schweinefleisch befindet".

Sowjetische Anreize zum Bauernlegen

z.krk. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sollen in der Sowjetunion für eine Reihe von Produkten ab 1.1.79 erhöht werden: für Kartoffeln um 38%, für Milch und Milchprodukte um durchschnittlich 14%, für einzelne Gemüsesorten um 9% usw. Allerdings nicht etwa um die Lebenslage der Bauern zu verbessern. „Es ist äußerst schwierig, Betriebe... auf verlustbringende Erzeugnisarten spezialisieren zu wollen", schreibt Litwinow, der Direktor des Forschungsinstituts für Ökonomik der Ukrainischen SSR in seiner Begründung für die Erhöhungen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gerade in den Bereichen, die von der Erhöhung betroffen sind, ist schon seit langer Zeit nicht gewährleistet. Eine große Zahl von Kolchosen – gerade die schlechteren, die unrentable Produkte herstellen – sind nicht in der Lage, selber Investitionen vorzunehmen. Viele von ihnen sind total verschuldet. Mit den jetzt getroffenen Maßnahmen soll die Kapitalisierung der Landwirtschaft vorangetrieben und eine Rationalisierung in großem Maßstab in Gang gesetzt werden. Gleichzeitig mußten insgesamt 47000

Österreichische Weinbauern: „Unter drei Schilling darf nicht gewogen werden"

z.pek.Wien. Im Juni hat der Landwirtschaftskommissar der EG-Imperialisten Gundelach dem österreichischen Landwirtschaftsminister Haiden eine „Erweiterung der Exportmöglichkeiten bei Qualitätsweinen in Aussicht gestellt". Gundelach, „der die österreichischen Verhältnisse genau kennt" (ORF-Fernsehnachrichten, 9.6.78), weiß um das Gewicht seines Vorschlags: fast 95% der Exporte von österreichischen Qualitätsweinen werden von den BRD-Weinhandelskapitalisten aufgekauft (insbesondere Pieroth). Kaum aus Brüssel zurück, gab Landwirtschaftsminister Haiden die Losung für das Bauernlegen bei der diesjährigen Weinernte aus: „die Weinschwemme muß gebremst", im Klartext, die Erzeugerpreise müssen gedrückt werden. Bei ihren Preisabsprachen vor der Ernte haben dann die großen Banken, die kapitalistischen Winzergenossenschaften und die Weinhandelskapitalisten ihre Absicht festgelegt, sich die Traubenernte der Weinbauern für einen Preis von 2,50 Schilling (ca. 35 Pfennig) pro Kilo anzueignen. Das ist weniger als die Hälfte des Preises der vergangenen Jahre von 5,50 bis 6,00 Schilling.

Zur Durchsetzung ihrer Preisdrückerei haben die Weinhandelskapitalisten ein abgefeimtes System der Spaltung und Unterdrückung der kleinen Weinbauern errichtet. Sie haben in jedem Dorf zwei bis drei Agenten, sogenannte „Sensale" angeheuert, die als Einkaufsvermittler auftreten und mit zwei bis drei Prozent des Traubenpreises geschmiert werden. Ihre Aufgabe ist es, die geerntete Traubenmenge, Menge und Qualität der Lagerbestände in den Kellern sowie die Verschuldung der einzelnen Bauern bei den Banken auszuspionieren und auf Abruf an den Händler weiterzumelden. Erfährt der Handelskapitalist auf diese Weise, daß ein Bauer stark verschuldet ist und seine Ernte zur Kreditrückzahlung unbedingt sofort verkaufen muß, drückt er den Preis ins Bodenlose.



In mehreren Dörfern haben die burgenländischen Weinbauern die Brückenwaagen auf den Umschlagplätzen besetzt, um einen Mindestpreis von drei Schilling (ca. 40 Pfennig) pro Kilo Trauben durchzusetzen.

Ein großer Teil der insgesamt 50000 österreichischen Weinbauern sind Nebenerwerbs- oder Arbeiterbauern, das heißt sie sind gezwungen, ihre Arbeitskraft während der Woche an die Industriekapitalisten zu verkaufen. Die Weinlese können sie nur am Wochenende durchführen. Sie sind dann auch darauf angewiesen, ihre Trauben sofort zu verkaufen. Für die Weinhandelskapitalisten ist diese elende Lage wieder nur Anlaß zu weiterer Preisdrückerei. So kommt es vor, daß sie die Übernahmestellen am Wochenende so lange geschlossen halten, bis sie die Abnahmepreise deutlich unter das Niveau der Vorwoche drücken können.

Ein Weinbauer aus dem Burgenland berichtete uns über seine Erfahrungen bei der diesjährigen Weinernte. Ein Drittel seiner Rebpflanzungen wurden im Sommer durch Hagelschlag zerstört. Er war nicht versichert, weil er sich die Prämienzahlungen nicht leisten hätte können. Aber diejenigen Bauern, die versichert waren, waren auch nicht viel besser dran. Sie wurden bei den Schätzungen der Schäden durch die „Sachverständigen" der Versicherungen betrogen und erhielten nicht die vollen Verluste ersetzt. Die verbliebene Ernte mußte der Bauer an die Händler verkaufen, weil er das Geld sofort benötigte. Die Genossenschaften zahlen einen etwas höheren Preis, aber der Bauer bekommt die erste Hälfte der Zahlung erst Ende November, die zweite Ende Mai. Mit dem niedrigen Preis, den er für seine Ernte bekam war sein Ruin schließlich völlig besiegelt. Es war dies seine letzte Ernte.

In mehreren Weinbaudörfern des Burgenlands haben sich die Bauern gegen die Angebote der Händler von 2,50 Schilling darauf geeinigt, daß die Trauben unter drei Schilling nicht verkauft werden. Um zu verhindern, daß einzelne Bauern wegen ihrer hohen Verschuldung dennoch dazu gezwungen würden, unter diesem Preis zu verkaufen, wurden die Brückenwaagen auf den Umschlagplätzen besetzt. In Purbach forderten die Bauern den Bürgermeister auf, ihre Aktion zu unterstützen. Dieser mußte daraufhin folgenden Anschlag an der Brückenwaage anbringen: „Unter drei Schilling darf nicht gewogen werden. Nachbargemeinden verständigt. Der Bürgermeister." Die Einheit mit den Bauern der Nachbargemeinden verhinderte, daß die Weinhandelskapitalisten dorthin hätten ausweichen können. Schließlich zahlten einzelne den Preis von drei Schilling. Die anderen mußten nachziehen, wollten sie nicht mit leerem LKW wieder abfahren.

Ungarn: Statt Schule Weinlese und kein Lohn

z.mih. Wie überall werden auch in Ungarn zur Weinlese „flinke Hände" gebraucht. Woher nehmen? Schüler haben sich für diese Arbeit seit über sechs Jahren bewährt. So arbeiten in der Weingarten-LPG „Szölöskert" in Nordungarn 650 Jungen und Mädchen täglich von 8 bis 13 Uhr während der Lese. Das Tagessoll beträgt zwei Doppelzentner pro Pflücker. In 240 m langen Reihen werden die Reben an den Stöcken in 10-kg-Plastikkisten gelesen,zum Reihenanfang geschafft und vom Bütteträger in Empfang genommen. Auf drei Leser kommt ein Bütteträger. Ein Träger schleppt so täglich fünf Doppelzentner Trauben zu den großen Auffangcontainern. Jährlich werden in Nagyréde 30000 Hektoliter Wein produziert und in Flaschen abgefüllt. Ein Teil davon ist für den Export. Für den 5-Stundentag bekommt ein Schüler 40 Forint (= ca. 4 DM). „Wer will, kann das Geld behalten", es wird jedoch geschätzt, daß „von den meisten die ganze Summe in die Klassenkasse gezahlt wird." (Budapester Rundschau, 6.11.) Diese „guten Leistungen" finden sich im Zensurenheft des Klassenlehrers neben den anderen Leistungswertungen wieder. Die Lehrer erhalten als Gegenleistung für die Aufsicht Arbeitslohn von der LPG.

Berufsfachschüler gegen die allgemeine Schulordnung in NRW

z.fum. In Erinnerung an die Demonstrationen und Streikaktionen von Schülern und Lehrern gegen das Schulverwaltungsgesetz hat jetzt der Schulausschuß des Landtages NRW in einer Blitzaktion eine allgemeine Schulordnung verabschiedet. Die Einführung einer allgemeinen, für alle Schulen des Landes rechtsverbindlichen Schulordnung ist im Schulverwaltungsgesetz NRW festgelegt und wurde im Sommer 1978 wegen des Zusammenschlußes der Schüler vertagt.

Die Schulordnung beginnt mit den Regeln für die Aufnahme in eine Schule, legt die Aussiebungsprinzipien fest; das Notensystem und Punktesystem wird auf die Bewertung von schriftli-



chen Übungen in allen Fächern ausgeweitet. Um die Konkurrenz den Schülern mit dem Notenknüppel einbleuen zu können, hat die Bourgeoisie eine regelrechte Zuchthausordnung erlassen:

,,§ 13.1 ...verletzt ein Schüler seine Pflichten, so prüft der Lehrer ..., ob eine erzieherische Maßnahme geeignet und ausreichend ist, ... ,,§ 13.3 Maßnahmen sind zum Beispiel die Aussprache, die Beratung, die mündliche Ermahnung,... Eintragung ins Klassenbuch, die Nacharbeit .... die schriftliche Mitteilung an die Erziehungsberechtigten, ... Ausschluß von der Unterrichtsstunde." In den weiteren Paragrafen werden schriftliche Verweise, Verweisung von der Schule, die politische Zensur der Meinungsäußerung und der Schülerzeitungen festgelegt.

Gegen diese allgemeine Schulordnung führten Schüler der berufsbildenden Schulen in Brühl – bei Köln – am 3.11.1978 einen 15-minütigen Streik durch. Die Mehrzahl der Schüler beteiligte sich daran, die Einschüchterungsversuche des Schuldirektors blieben ohne Erfolg. In einem Flugblatt riefen die Schüler zur Demonstration am 7.11.1978 in Düsseldorf gegen die allgemeine Schulordnung auf, an der sich insgesamt 1000 Schüler und Lehrer aus NRW beteiligten. Der Ausschluß der Schüler vom Unterricht an dem Streiktag, sowie die Drohungen, disziplinarisch vorzugehen, haben den Zusammenschluß der Schüler nicht spalten können. Das Flugblatt mit der Überschrift: ,,Ist Schulrecht gleich Strafrecht?", der Beschluß der Klassensprecher der Berufsschul- und Fachoberschulklassen, in Brühl vor dem Termin des Inkrafttretens der allgemeinen Schulordnung (1.2.1979) eine Demonstration durchzuführen, wird debattiert. Am Donnerstag, den 22.11.1978 findet eine Schülerratssitzung aller Klassensprecher der Berufsfachschule und Fachoberschule statt, auf der weitere Schritte beraten werden.

Hamburger Lehrlinge gegen ,,Wahlpflichtbereich"

z.wir. Mit Zuckerbrot und Peitsche versuchen die Kapitalisten und die Behörde den Kampf der Lehrlinge zu stoppen. Obermeister Gronninger von der Elektro-Innung fordert in Elektro-Report 9/78, gegen die ,,Aufrührer" vorzugehen. ,,Die Beteiligung an dieser rechtswidrigen Aktion muß Konsequenzen haben ... ich bitte schon jetzt, den Urlaub derjenigen Auszubildenden, die sich an diesem unzulässigen Unterrichtsboykott beteiligt haben, entsprechend zu kürzen." – Schulsenator Grolle hat einen Brief an die ,,Liebe(n) Schülerinnen und Schüler" geschrieben. Darin bietet er den Schülern die ,,Mitwirkung bei der Durchführung des Wahlpflichtunterrichts" an. Weiter will er darauf verzichten, ,,leistungsbezogene Kurse gegen den Willen von Schülern und Lehrern" einzurichten. An der Einführung

von Obermeister und Schulsenator haben nichts gefruchtet. Die Lehrlinge des C-Blocks der G10/16 streikten ebenso wie ihre Kollegen aus A- und B-Block. Am gleichen Tag streikten die Lehrlinge der G6 (Tischler) gegen den ,,wachsenden Leistungsdruck in Zwischen- und Gesellenprüfungen und gegen die Prüfungsinhalte." Der Gesamtschülerrat der G5 (Drucktechnik und Zahltechnik) forderte einstimmig: ,,Keine Einführung des Wahlpflichtbereichs über den Umweg der Verfügungsstunden!' Die gewerkschaftlich organisierten Lehrer beschlossen ebenfalls, sich für die Abschaffung des Wahlpflichtunterrichts einzusetzen. Auf einem Wochenendseminar haben Schüler verschiedener Berufsschulen die Ziele, die die Bourgeoisie mit dem Blockunterricht verfolgt untersucht und Argumente für die Forderung

gelrechte Zuchthausordnung erlassen:

,,§ 13.1 ...verletzt ein Schüler seine Pflichten, so prüft der Lehrer ..., ob eine erzieherische Maßnahme geeignet und ausreichend ist, ... ,,§ 13.3 Maßnahmen sind zum Beispiel die Aussprache, die Beratung, die mündliche Er-

ne Demonstration durchzuführen, wird debattiert. Am Donnerstag, den 22.11.1978 findet eine Schülerratssitzung aller Klassensprecher der Berufsfachschule und Fachoberschule statt, auf der weitere Schritte beraten werden.

Hamburger Lehrlinge gegen ,,Wahlpflichtbereich"

z.wir. Mit Zuckerbrot und Peitsche versuchen die Kapitalisten und die Behörde den Kampf der Lehrlinge zu stoppen. Obermeister Gronninger von der Elektro-Innung fordert in Elektro-Report 9/78, gegen die ,,Aufrührer" vorzugehen. ,,Die Beteiligung an dieser rechtswidrigen Aktion muß Konsequenzen haben ... ich bitte schon jetzt, den Urlaub derjenigen Auszubildenden, die sich an diesem unzulässigen Unterrichtsboykott beteiligt haben, entsprechend zu kürzen." – Schulsenator Grolle hat einen Brief an die ,,Liebe(n) Schülerinnen und Schüler" geschrieben. Darin bietet er den Schülern die ,,Mitwirkung bei der Durchführung des Wahlpflichtunterrichts" an. Weiter will er darauf verzichten, ,,leistungsbezogene Kurse gegen den Willen von Schülern und Lehrern" einzurichten. An der Einführung des Wahlpflichtbereiches hält Grolle jedoch fest. – Ist der Wahlpflichtunterricht erst einmal durchgesetzt, läßt sich auch die Zensierung durchsetzen, ist sein Kalkül. Die Spaltungsmanöver von Obermeister und Schulsenator haben nichts gefruchtet. Die Lehrlinge des C-Blocks der G10/16 streikten ebenso wie ihre Kollegen aus A- und B-Block. Am gleichen Tag streikten die Lehrlinge der G6 (Tischler) gegen den ,,wachsenden Leistungsdruck in Zwischen- und Gesellenprüfungen und gegen die Prüfungsinhalte." Der Gesamtschülerrat der G5 (Drucktechnik und Zahltechnik) forderte einstimmig: ,,Keine Einführung des Wahlpflichtbereichs über den Umweg der Verfügungsstunden!' Die gewerkschaftlich organisierten Lehrer beschlossen ebenfalls, sich für die Abschaffung des Wahlpflichtunterrichts einzusetzen. Auf einem Wochenendseminar haben Schüler verschiedener Berufsschulen die Ziele, die die Bourgeoisie mit dem Blockunterricht verfolgt untersucht und Argumente für die Forderung nach zwei arbeitsfreien Berufsschultagen gesammelt, um sich für den weiteren Kampf zu rüsten. Im Dezember wird im Gewerkschaftshaus eine Berufsschulkonferenz stattfinden.

Anhaltende Aktionen der belgischen Studenten gegen Verdoppelung der Einschreibgebühren



z.scc.Brüssel. Nach der ersten nationalen Demonstration von über 10000 belgischen Studenten (s. KVZ 42/78) gegen die Verdoppelung der Einschreibgebühren hatte die Bourgeoisie darauf gesetzt, die Bewegung ins Leere laufen lassen zu können. Sie hat sich verspekuliert, die Kampfaktionen der Studentenmassen reißen nicht ab:

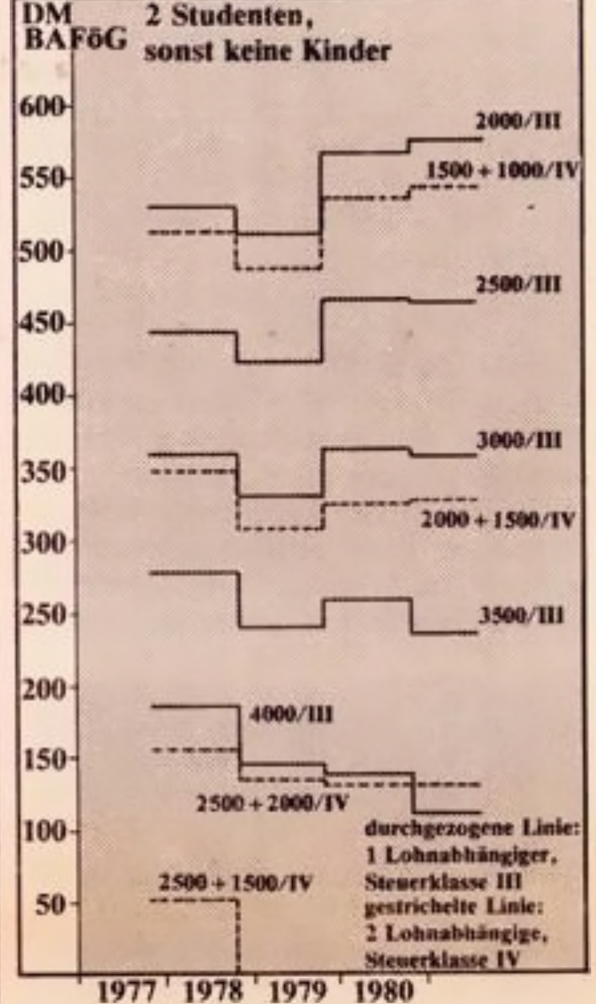
Am 9.11. demonstrierten erneut Tausende Studenten aus allen belgischen Universitäten und belagerten zeitweilig die Parteigebäude einiger bürgerlicher Parteien. Vorausgegangen waren Demonstrationen in den Universitätsorten, in Antwerpen z.B. demonstrierten 4500 Studenten gegen die Ausplünderungsmaßnahmen (Bild). In Leuven halten Hunderte von Studenten die Universitätsbibliothek besetzt.

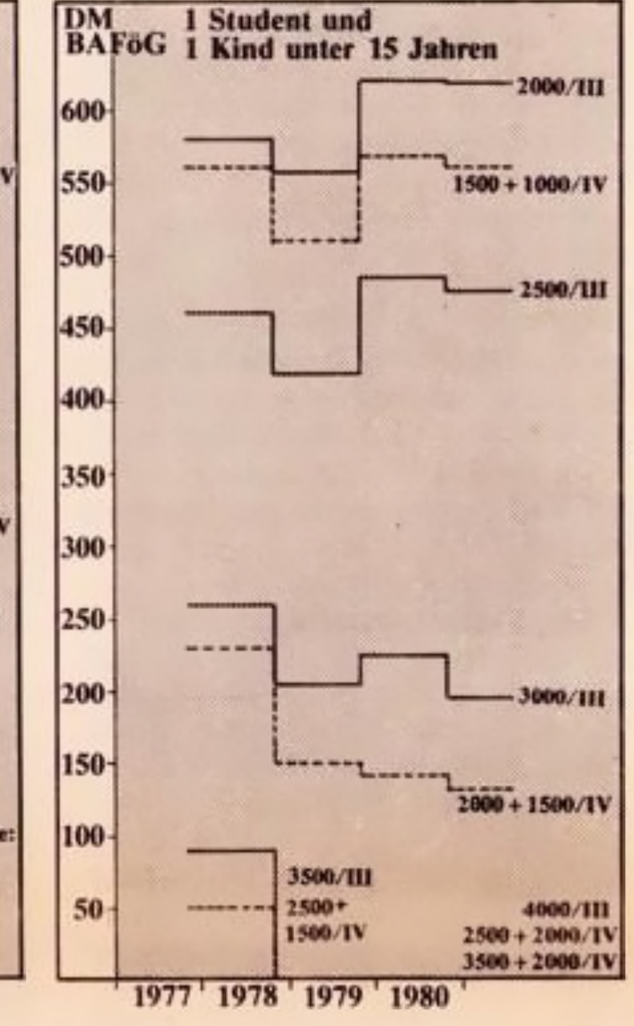
In Lüttich besetzten Studenten am 16.11. im Anschluß an eine Demonstration das Rektorat und setzten das Lehrpersonal fest. Kaum ein Student hat bis heute die 10000bfr (über 600 DM) bezahlt. Alle Versuche des bürgerlichen Staates, die nichtgezahlten 5000bfr einzutreiben, konnten bisher verhindert werden.

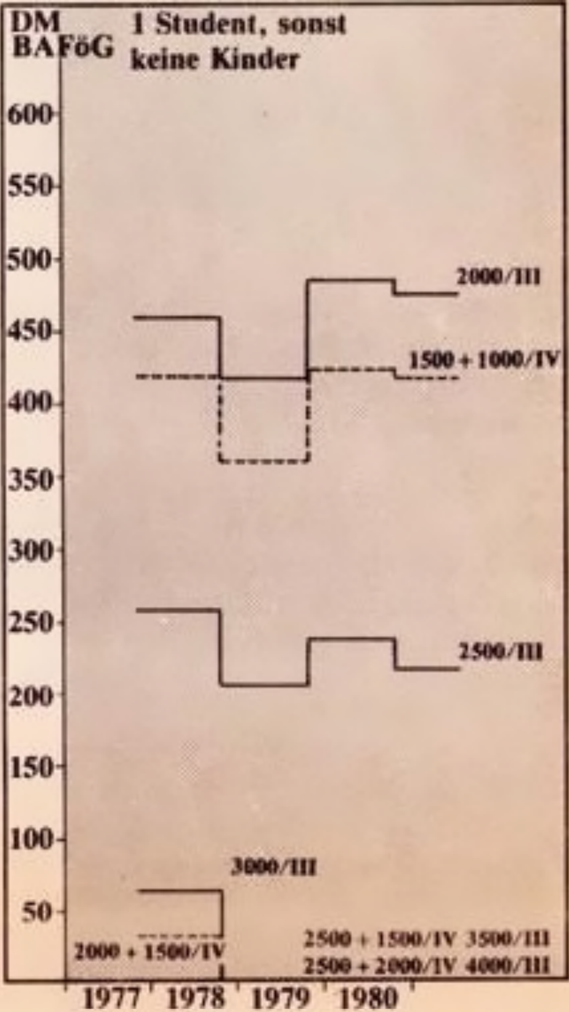
Die Wirkungen des geplanten 6. BAFöG-Änderungsgesetzes

z.gug. Das Bundeskabinett hat in der vorletzten Woche den Entwurf eines 6. BAFöG-Änderungsgesetzes verabschiedet. ,,Diese Beschlüsse leisten einen wesentlichen Beitrag dazu ... weiterführende Bildungsgänge aufzunehmen und *durchzuhalten*", schreibt der Bildungsminister in einer Presseerklärung. ,,Durchhalten" nach dem Motto ,,Was uns nicht tot macht, macht uns nur stark", ist die Empfehlung des Bildungsministeriums an Studenten und Schüler zur Entwöhnung von Essen, Trinken, Kleidung, Büchern, die die geplante Senkung in der Bezahlung der studentischen Arbeitskraft bedeutet. 23000 sollen ohnehin, nach Angaben des Ministeriums, bis 1980 gleich gar nichts mehr kriegen.

Zur Eingewöhnung sieht der Entwurf dann auch zunächst für das gesamte kommende Jahr überhaupt keine Erhöhungen vor, was die ausgezahlten BAFöG-Beträge spürbar nach unten treibt. Als großartig geradezu sollen dem Studenten nach diesem Jahr Entwöhnung die Erhöhungen der BAFöG-Beträge zwischen 5 und 40 DM erscheinen, die die ab Oktober 1979 angehobenen Höchstsätze von 580 auf 620 DM und die Anhebung der Elternfreibeträge von 1130 auf 1220 und 70 auf 80 DM bewirken. Die Anhebung um 5 – 40 DM teilen sich somit erstens auf 2 Jahre, also 2,50 – 20 DM, auf, wobei solche Aufteilung, würde sie tatsächlich so gezahlt, sogar noch eine mildernde Wirkung auf die Senkung des Preises der studentischen Arbeitskraft hätte, wenn auch geringfügig. Die gestiegenen Lebenshaltungskosten werden im Nachherein nicht wieder eingeholt. So weit gediehen, soll dann das geplante Anpassungsgesetz im darauffolgenden Jahr erst seine ganze Wirkung entfalten. Die für 1980 vorgesehene Erhöhung der Freibeträge ausschließlich, – dies sei der glorreiche Anfang zur Verstetigung der Förderung, so Schmude – bewirkt in einer Reihe von Fällen ein Absinken des BAFöG-Betrages noch unter die absolute Höhe vom ausgezahlten Betrag von 1977; dies insbesondere in den Familien, wo beide Elternteile arbeiten, was in vielen Familien der lohnabhängigen Klassen überhaupt die Voraussetzung ist, daß das Kind ein Studium aufnehmen kann. Wir haben die Wirkungen anhand einzelner Beispiele durchgerechnet, sowohl mit einem Lohnempfänger (Steuerklasse III) in der Familie wie auch mit zwei lohnabhängig arbeitenden Eltern (Steuerklasse IV). In fast allen von uns errechneten Beispielen sinkt der 1980 gezahlte BAFöG-Betrag unter den von 1979 zunächst geringfügig angehobenen, ab einem Einkommen von 3000 DM im Monat sinkt er unter den Betrag von 1979. Steigt die BAFöG-Zahlung überhaupt über den Betrag von 1979, dann bewegt sich die tatsächliche Erhöhung nicht über 6,- DM. Glorreiches Ergebnis der von Reformisten und Revisionisten geforderten ,,Verstetigung der Förderung", in sozialdemokratische Reform gegossen. Mit Tarif- und Koalitionsrecht der Studentenschaft ist so was nicht möglich.







Fachschafts- und Fachbereichsgruppenkonferenz beschließt landeseinheitliche Fachschaftswahlen vom 27.11. bis 9.12

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

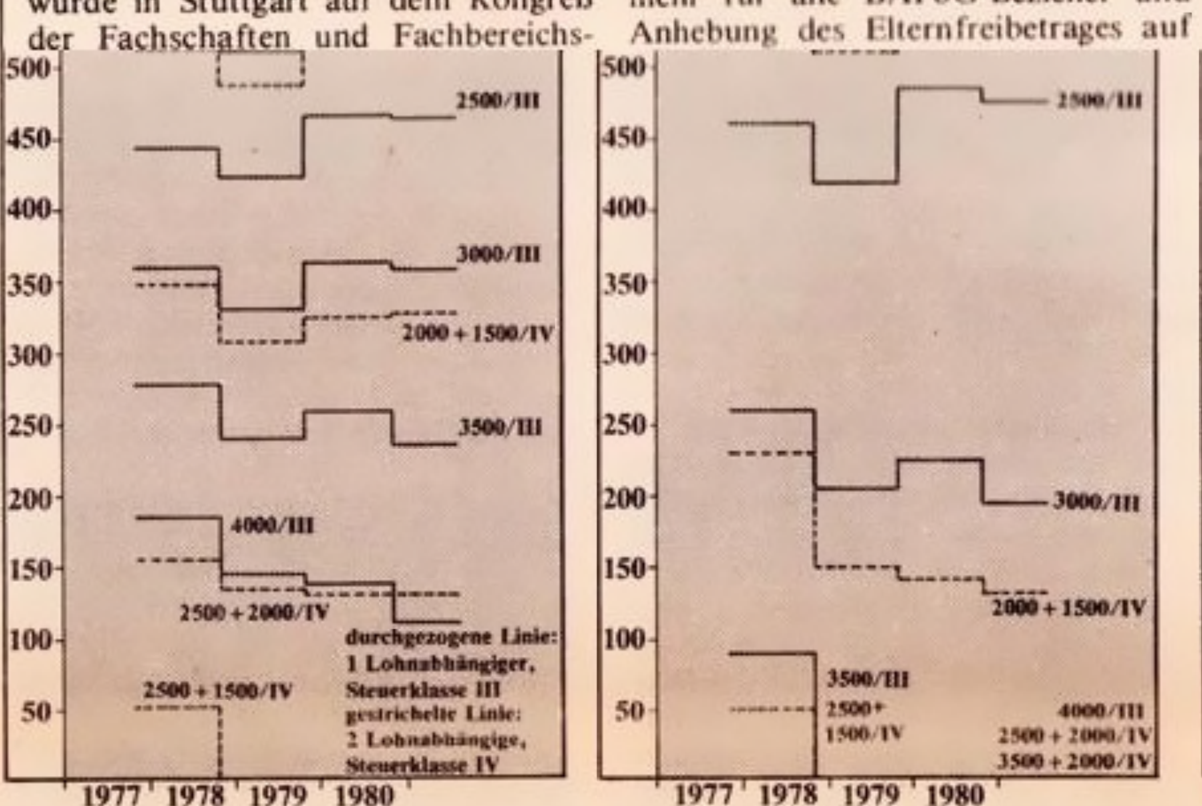
Herausg. von der Kommunistischen Hochschulgruppe Mittlerer Neckar für die PH Ludwigsburg, Universität Stuttgart, Universität Tübingen, PH Reutlingen und Fachhochschule Technik Reutlingen

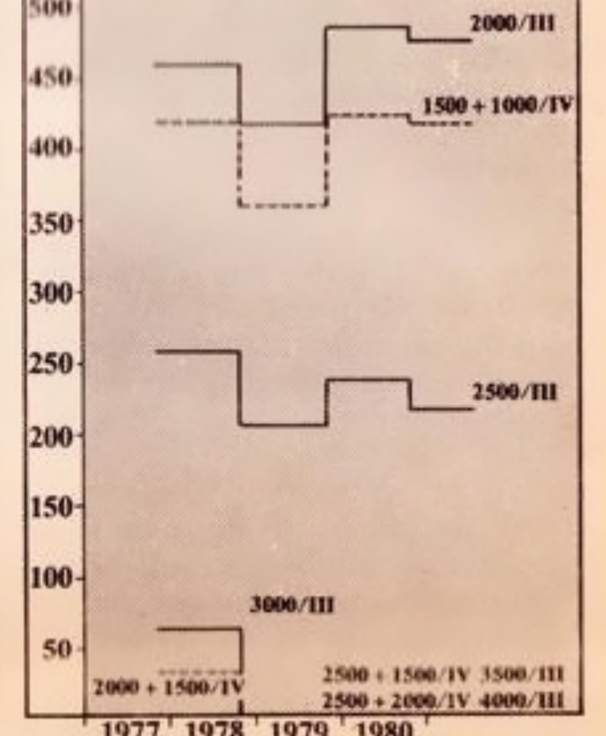
13. Nov. 1978
Jg. 1 Nr. 7

rub/hue. Sprecherrat Süd. Am 11.11. wurde in Stuttgart auf dem Kongreß der Fachschaften und Fachbereichs-

der Studenten und aktuell 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher und Anhebung des Elternfreibetrages auf

Stoffausdehnung! Keine Verschärfung der Scheinbedingungen und Prüfungsanforderungen! Weg mit der Regelstudienzeit! Keiner darf zwangsexmatrikuliert werden! Die in den Prüfungsordnungen und Studienplänen vorgesehene Stundenzahl darf einschließlich der vorgesehenen Vor- und Nachbereitungszeit 40 Stunden pro Woche nicht überschreiten! Einspruchsrecht der Fachschaften in allen Fragen der





Fachschafts- und Fachbereichsgruppenkonferenz beschließt landeseinheitliche Fachschaftswahlen vom 27.11. bis 9.12

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausg. von der Kommunistischen Hochschulgruppe Mittlerer Neckar für die PH Ludwigsburg, Universität Stuttgart, Universität Tübingen, PH Reutlingen und Fachhochschule Technik Reutlingen

13. Nov. 1978
Jg. 1 Nr. 7

rub/hue. Sprecherrat Süd. Am 11.11. wurde in Stuttgart auf dem Kongreß der Fachschaften und Fachbereichs-gruppen die Durchführung von landeseinheitlichen Fachschaftswahlen vom 27.11. zum Beginn der VDS-Aktionstage bis zum 9.12. beschlossen. 90 bis 100 Teilnehmer von 48 Fachbereichen aus 15 Hochschulen, 37 Fachschaften und Fachbereichsgruppen waren stimmberechtigt. Sie arbeiten an Hochschulen mit ca. 101500 Studenten bei ca. 138000 an 56 Hochschulen im Land.

Der beschlossene Hauptantrag hält fest: ,,Der Kongreß ... erklärt, daß er gegen das Verbot der Vertretungsrechte durch die Hochschulgesetze festhält an der Verfaßten Studentenschaft mit politschem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit und den Kampf für deren gesetzliche Anerkennung führt. Er verwahrt sich gegen alle Bestrebungen, den Kampf um die gesetzliche Wiederverankerung und Anerkennung der Fachschaften ASten aufzugeben und lehnt Konzepte von eingetragenen Vereinen und dergleichen ab, sofern diese nicht für die gesetzliche Wiederverankerung eintreten und damit die Senatsasten akzeptieren."

In Zusatzanträgen und teilweise im Hauptantrag wurde beschlossen, folgendes Programm zu erheben und mit Aktionen durchzusetzen: ,,Wir sind ganz entschieden gegen den Beschluß der Bundesregierung, im Oktober 1979 den BAFöG-Höchstsatz von 580 auf 620 DM und den Elternfreibetrag von 1130 auf 1220 DM anzuheben.(...)

Wir fordern dagegen von der Regierung die Bezahlung der Arbeitskraft der Studenten und aktuell 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher und Anhebung des Elternfreibetrages auf 1500 DM, rückwirkend ab 1.10.78.

(...) Wir verlangen ein entsprechendes Angebot seitens der Bundesregierung an die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS). Die Fachbereichsgruppen und Fachschaften werden Untersuchungen und Erhebungen über die materielle und soziale Lage der Studenten durchführen und Stellungnahmen gegen den Regierungsbeschluß in den Lehrveranstaltungen herbeiführen. Gegen die Herausgabe des BAFöG-Berichtes der Bundesregierung und die geplante ‚6. Novelle zum Bundesausbildungsförderungsgesetz' im Bundestag, stellen die Fachbereichsgruppen und Fachschaften auf Grundlage ihrer eigenen Untersuchungen einen eigenen Bericht zum BAFöG her, der die Forderung nach Bezahlung der Arbeitskraft unterstützen soll und der Propaganda der Regierung Schranken setzt."

Gegen die maßlose Verdichtung des Studiums und die damit verbundene Ausdehnung der Inanspruchnahme der studentischen Arbeitskraft, gegen die Studien- und Prüfungsunterdrückung durch die Studienreformmaßnahmen beschloß der Kongreß folgende Forderungen und Maßnahmen: ,,... schlagen wir allen Fachschaften und Fachbereichsgruppen vor, in den Lehrveranstaltungen Briefe an die Dekane zur Verabschiedung durch die Lehrveranstaltungsteilnehmer einzubringen, in denen die Studienbedingungen im Fach umfassend untersucht, die Forderungen der Studenten erhoben und Stellungnahmen seitens der Dekane verlangt werden. Wir fordern: Keine Stoffausdehnung! Keine Verschärfung der Scheinbedingungen und Prüfungsanforderungen! Weg mit der Regelstudienzeit! Keiner darf zwangsexmatrikuliert werden! Die in den Prüfungsordnungen und Studienplänen vorgesehene Stundenzahl darf einschließlich der vorgesehenen Vor- und Nachbereitungszeit 40 Stunden pro Woche nicht überschreiten! Einspruchsrecht der Fachschaften in allen Fragen der Studien- und Prüfungsbedingungen! Lernmittelfreiheit! Weg mit den Ersatzgeldern! Sofortige Rückzahlung aller bisher gezahlten Ersatzgelder!

Damit die Hochschulverwaltungen alle geleisteten Ersatzgelder zurückzahlen müssen und das nicht auch monatelang hinauszögern können, organisieren wir die Studenten an den entsprechenden Fachbereichen in Aktionen gegen die Fachbereichsleitungen und die Kassenstellen der Hochschulen."

Der Kongreß verlangt, daß ,,alle Prozesse gegen die Studentenbewegung sofort eingestellt, die ergangenen Urteile aufgehoben und die Relegationen zurückgenommen werden. Das Ordnungsrecht muß weg! (...) Die Relegationen erkennen wir nicht an und erklären, daß alle relegierten Kommilitonen nach wie vor Mitglieder der Studentenschaft mit allen Rechten sind".

Entsprechend den im Hauptantrag vorgesehenen Maßnahmen (siehe Bildunterschrift) wurde ein Redaktionsausschuß aus den Fachschaften Chemie Heidelberg, Vorklinik Freiburg, Elektrotechnik Stuttgart und dem Studentenparlament der PH Ludwigsburg gewählt. Es kommt jetzt darauf an, die beschlossenen richtigen Maßnahmen zügig durchzuführen und die Studenten gegen das BAFöG-Angebot der Regierung zusammenzuschließen. Das wird es gestatten, die Aktionseinheit gerade in den VDS-Aktionstagen rasch zu verbreitern und mit den Fachschaftswahlen einen empfindlichen Schlag gegen das Engler-Ministerium und die Hochschulgesetze zu führen.

Mobilmachung

z.hku. Im großen und ganzen zufrieden nimmt die westdeutsche Bourgeoisie zur Kenntnis, daß Verteidigungsminister Apel vorläufig zu Ende gebracht hat, was Verteidgungsminister Schmidt 1969 eingeleitet hatte: die ,,Reform der Wehrstruktur''. Jetzt könne Apel an die nächsten Aufgaben gehen: Ausrüstung mit den neuen Waffensystemen, ,,Bereinigung des Verhältnisses zur NATO''.

Apel hat die ,,Heeresstruktur 4'' vorgelegt. Ziel dieser lange hin und her gewälzten ,,Reform'': ,,sofort einsatzbereite Kampfverbände in ausreichender Zahl zu unterhalten'' (Leber). Die Kräfte der imperialistischen Armee sollen ,,vorn konzentriert'' sein und noch über Reserven verfügen können, um eine ,,ausdauernde Vorneverteidigung'' zu gewährleisten. 36 Brigaden halten die westlichen Imperialisten für notwendig, damit sie aus dem Stand Krieg führen können. Diese ,,mobilen und reaktionsschnellen'' 36 Brigaden sollen nach Apels Vorlage ohne personelle Aufstockung des Heeres und ohne größere Kosten geschaffen werden. Die 3 Batallione jeder Brigade umfassen in ,,Friedenszeiten'' je 4 Kompanien, in einer Kompanie wird ausgebildet. Im ,,Spannungsfall'' werden die Ausbildungskompanien zu einem vierten Batallion zusammengefaßt, die Rekruten herausgenommen und durch Reservisten der Verfügungsreserve ersetzt. Die Einziehung dieser Reservisten ist noch *keine* Mobilmachung, ,,sondern ein Routine-Vorgang im Frieden, wie zum Beispiel die Unterbrechung eines Urlaubs aus dienstlichen Gründen'' (Leber-Bericht 1974). Mobilmachung ist für die Bourgeoisie immer ein hohes politisches Risiko, denn ihre Absichten werden erkennbar. Voll kriegsfähig ohne offene Mobilmachung, so wollen die westdeutschen Imperialisten ihre bewaffneten Kräfte.

Die Kompanien werden in Zukunft nur noch über 13 Panzer bzw. 11 Schützenpanzer verfügen. Die Kampfverbände würden dadurch beweglicher, könnten die neue Waffentechnik besser nutzen und seien besser ,,führbar''. Mit dem ,,Führen'' hat das Offizierskorps dicke Probleme in der imperialistischen Armee, denn die Soldaten bestreiten schon zu sehr das Ziel der Führung. Man kann den Wunsch der Bourgeoisie, die Einheiten müßten für die Offiziere besser überschaubar sein, gut verstehen.

Das Territorialheer wird in 6 Reservebrigaden des Feldheeres verwandelt, die bei Bedarf sofort an der Front eingesetzt werden können; sie werden ebenfalls vor Mobilmachung mit Reservisten der Verfügungsbereitschaft auf Kriegsstärke gebracht. Damit das Hinterland nicht ,,entblößt'' ist, werden sechs schwere Heimatschutzregimenter, 150 Heimatschutzkompanien und 300 Sicherungszüge als unmittelbare Eingreiftruppe die Bourgeoisie vor der revolutionären Erhebung der Arbeiterklasse und des Volkes schützen, sagt Apel.

Die Heeresreform ist eine Umgruppierung und Straffung der Kräfte der imperialistischen Armee, eine Stufe der Mobilmachung der Kräfte der herrschenden Finanzbourgeoisie. Apel hebt hervor, daß die Bundeswehr nicht größer würde, wohl aber effektiver, die ,,Welt'' nennt sein Werk ein ,,Mäuslein, aus dem noch etwas werden könne.'' Die Lage ist im Augenblick für die westdeutsche Bourgeoisie nicht so, daß sie in großem Maßstab aufrüsten könnte, die Konkurrenz ist sehr empfindlich, bei den Volksmassen kämen sie damit schon gar nicht durch. Man muß aber angesichts dieses ,,Mäusleins'' sich doch in Erinnerung rufen, was die Bourgeoisie in dieser Frage von Schmidt bis Apel schon getan *hat*.

Nach der Verfeinerung der Unterdrückung in der Armee mit der Wehrdisziplinarordnung hat die Bourgeoisie zügig die Zahl der ausgebildeten Soldaten – und damit Reservisten – erhöht und mit dem Wehr- und Zivildienst ein Ausleseinstrument geschaffen, mit dem sie hoffte, die Armee von Zersetzung freizuhalten und gleichzeitig den Arbeitsdienst einzuführen. 1976 wurde die Verfügungsbereitschaft für Wehrpflichtige und Zeitsoldaten auf ein Jahr verlängert; dieses Jahr der Katastrophenschutz gestrafft, so daß sich die Armee den Zugriff auf die Versorgungskapazität der ganzen Gesellschaft gesichert hat. Die Katastrophenschutzverbände haben in diesem Herbst nicht weniger als die Armee ihre Großmanöver durchgeführt.

Apel hat seine Dienstzeit mit einem Stapel von Briefen aus den Kasernen, zum Hungersold, zu den Heimfahrten, gegen die Interventionsgelüste in Afrika, begonnen. Bei der Vorstellung seiner Reform vom ZDF gefragt, ob er denn nicht Ärger erwarte mit den Kapitalisten wegen der häufigeren Reservistenübungen, antwortet er: ,,Ärger wird es geben. Ich kann mir schon vorstellen, daß künftig mehr Menschen fragen werden, warum sie nun schon wieder zu Reserveübungen müssen. ... Man muß auch schon bereit sein, gewisse bescheidene Opfer hinzunehmen.''

In Hamburg erschienen im Frühjahr bei einer Mob-Übung von 100 Reservisten gerade 40. Es wäre aber eine Illusion, diese 40 kämen alle mit Apelscher Opferbereitschaft. Wiederum über die Hälfte wird vielmehr mit Abneigung gegen solche Opfer kommen. Blieben 16 Mann, immer noch zu viele.

Kein Quadratmeter Land für die Panzertrasse

Bauern aus dem Landkreis Osterholz schicken Brief an Gewerkschaften

r.scd. Der Widerstand gegen die Besatzertruppen in Garlstedt nimmt mit jedem Tag, den die Besatzer sich dort einzunisten versuchen, zu. Sieben Bauern des Landkreises Osterholz unterzeichneten letzte Woche eine Erklärung, die sie an die Gewerkschaften schickten. Darin heißt es: ,,Der Plan der Bundesregierung zum Bau eines Bahngleises für die Garnison Garlstedt wird von den Bauern von Anfang an einheitlich abgelehnt. Auf verschiedenen Versammlungen des Landvolkverbandes haben die betroffenen Bauern sich gegen sämtliche möglichen Trassenführungen ausgesprochen. Jede der vorgeschlagenen Trassen bedeutet für die Bauern am Ort Landverlust, der nicht hingenommen werden kann (...). Seit 1960 wurden im Landkreis 1376 Bauern, das ist über ein Drittel, zur Aufgabe ihrer Höfe gezwungen (...) Die Stationierung der US-Truppen und der Bau der Trasse beschleunigen diese Entwicklung (...) Mit extra für diesen Zweck geschaffenen Gesetzen wie dem Landbeschaffungsgesetz will die Bundesregierung gegenüber der Bevölkerung die Einnistung der US-Truppen durchsetzen. Dagegen müssen Arbeiter und Bauern gemeinsam tätig werden.'' (Zitate aus der Erklärung)

Bereits im September hatten Arbeiter und Betriebsobmann der Firma Schäfer eine Erklärung gegen die Truppen, den Trassenbau und für den sofortigen Abzug der Besatzer verabschiedet: ,,Die organisierte Arbeiterschaft muß den Widerstand gegen die US-Truppen und den Bau der Panzertrasse unterstützen und die Kämpfe mit führen.'' (Zit. nach KVZ 36/78)

Die Bourgeoisie kommt angesichts dieser Front ins Schwitzen. Am 15.11. ließ sie im Osterholzer Kreisblatt verkünden, daß der Panzertransport vorerst über die vorhandene Infrastruktur auf den vorhandenen Straßen-und Eisenbahnstrecken durchgeführt wird. Sie stecken für eine gewisse Zeit die öffentliche Planung zurück, verkünden aber, daß die Arbeiter und Bauern die Truppen- und Waffentransporte auf den vorhandenen Straßen zu dulden haben. Der Kampf gegen die Operationen der Besatzer kann also nur geführt werden, wenn die geschmiedete Front aus Arbeitern und Bauern den generellen Abzug der US-Besatzer aus West-



deutschland fordert und mit der Forderung ,,Kein Bau der Panzertrasse'' verbindet. Nur so können die Spaltungsversuche der Bourgeoisie zurückgeschlagen werden.

Ivens Reisen durch die BRD

Auf der Suche nach weiteren Einsatzmöglichkeiten für Zivildienstpflichtige

z.bep. Letzten Mittwoch hat die CDU die Untätigkeit der Regierung bei der Reform des Zivildienstgesetzes attackiert. Die Regierung ist in Wirklichkeit alles andere als untätig. Im Juni haben die Regierungsparteien Thesen zur Novellierung des Zivildienstgesetzes vorgelegt, die den Ausbau des Zivildienstes zu einem kasernierten Arbeitsdienst mit verlängerter Dienstzeit vorsehen. Sie haben damit der Forderung des Verfassungsgerichts entsprochen, den Zivildienst so auszugestalten, daß er ,,eine Probe auf die Gewissensentscheidung'' werde. Die CDU fordert jetzt, zusätzlich zu dieser ,,Probe'' das Prüfungsverfahren beizubehalten. Dieser Streit gibt der SPD Anlaß, ihr Vorhaben als fortschrittlich zu verteidigen. Unterdes ist die Regierung dabei, die Voraussetzungen für eine gesetzliche Neuregelung des Arbeitsdienstes zu schaffen.

Vor vier Wochen hat der Zivildienstbeauftragte Ivens dem Bundesvorstand der Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft einen Besuch abgestattet, um mit ihm den Einsatz von Zivildienstpflichtigen in ,,Staatsforsten, im Wegebau'' und anderem zu beraten (HNA 20.10.). Schon vom Autobahnbau zu reden, wäre ungeschickt von ihm, aber bis

schon gediehen. ,,Auf Anregung von Arbeitsminister Ehrenberg kam am 2.11. der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, nach Friesland. Geplant ist ..., Zivildienstleistende in der individuellen Alten- und Behindertenbetreuung einzusetzen. Iven sagte: ,,Es sei in der nächsten Zeit mit einer ständig steigenden Zahl von Zivildienstleistenden zu rechnen. Um sie gezielter einzusetzen, ohne dabei herkömmliche Arbeitsplätze zu belegen, sei dieser Modellversuch, der überdies soziales Brachland abdecke, in Angriff genommen worden. Die Zivildienstleistenden sollen Hilfeleistung erbringen, die unterhalb der medizinischen Versorgung liegt und auch nicht in den Aufgabenbereich einer Sozialstation fällt'' (Wilhelmshavener Zeitung, 3.11.78).

Der Plan ist des Ehrenberg-Ministeriums würdig: diejenigen, denen medizinische Versorgung verweigert wird, dürftig durch Zwangsverpflichtete ,,versorgen'' zu lassen. Damit tun sich auch die Kirchen hervor, die ebenfalls nach den Dienstpflichtigen verlangen: ,,Diözese Würzburg fordert mehr Zivildienstleistende'' (Main-Post, 9.8.).

In einigen Bundesländern ist der Arbeitsdienst schon weiter ausgebaut.

desregierung vom 4.8. können jetzt Zivildienstleistende an Sonderschulen eingesetzt werden. Im Schulverwaltungsblatt (9/78) heißt es dazu: ,,Der Zivildienstleistende steht... wie der Soldat in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis... Bei Nichtbefolgen von Anordnungen drohen strafrechtliche Folgen... Die Schule kann den Zivildienstleistenden zu allen Arbeiten heranziehen, die in der Schule anfallen: Transportbegleitung, unterrichtsbegleitende Tätigkeiten, Hilfe bei der Selbstversorgung der Kinder, Versorgungsarbeiten''.

In seinem Quick-Interview letzte Woche (in dem er die Verlängerung der Dienstzeit auf 18 Monate propagiert), brüstet sich Ivens, die Disziplin im Zivildienst sei ,,im großen und ganzen gut... Allerdings gab es im Januar diesen Jahres auf einen Schlag 1500 Disziplinarfälle, weil die Herren ihren Dienst aus Protest verweigert hatten. Doch das war die Ausnahme und ist inzwischen auch weitgehend ausgestanden''. Er lügt. Gerade in den Einrichtungen, wo Zivildienstpflichtige in größerer Zahl konzentriert und z.T. kaserniert sind, haben sie an verschiedenen Punkten, wie z.B. gegen schikanöse Freizeitregelungen, ihren Widerstand

Die Heeresreform ist eine Umgruppierung und Straffung der Kräfte der imperialistischen Armee, eine Stufe der Mobilmachung der Kräfte der herrschenden Finanzbourgeoisie. Apel hebt hervor, daß die Bundeswehr nicht größer würde, wohl aber effektiver, die ,,Welt'' nennt sein Werk ein ,,Mäuslein, aus dem noch etwas werden könne.'' Die Lage ist im Augenblick für die westdeutsche Bourgeoisie nicht so, daß sie in großem Maßstab aufrüsten könnte, die Konkurrenz ist sehr empfindlich, bei den Volksmassen kämen sie damit schon gar nicht durch. Man muß aber angesichts dieses ,,Mäusleins'' sich doch in Erinnerung rufen, was die Bourgeoisie in dieser Frage von Schmidt bis Apel schon getan *hat*.

Nach der Verfeinerung der Unterdrückung in der Armee mit der Wehrdisziplinarordnung hat die Bourgeoisie zügig die Zahl der ausgebildeten Soldaten – und damit Reservisten – erhöht und mit dem Wehr- und Zivildienst ein Ausleseinstrument geschaffen, mit dem sie hoffte, die Armee von Zersetzung freizuhalten und gleichzeitig den Arbeitsdienst einzuführen. 1976 wurde die Verfügungsbereitschaft für Wehrpflichtige und Zeitsoldaten auf ein Jahr verlängert; dieses Jahr der Katastrophenschutz gestrafft, so daß sich die Armee den Zugriff auf die Versorgungskapazität der ganzen Gesellschaft gesichert hat. Die Katastrophenschutzverbände haben in diesem Herbst nicht weniger als die Armee ihre Großmanöver durchgeführt.

Apel hat seine Dienstzeit mit einem Stapel von Briefen aus den Kasernen, zum Hungersold, zu den Heimfahrten, gegen die Interventionsgelüste in Afrika, begonnen. Bei der Vorstellung seiner Reform vom ZDF gefragt, ob er denn nicht Ärger erwarte mit den Kapitalisten wegen der häufigeren Reservistenübungen, antwortet er: ,,Ärger wird es geben. Ich kann mir schon vorstellen, daß künftig mehr Menschen fragen werden, warum sie nun schon wieder zu Reserveübungen müssen. ... Man muß auch schon bereit sein, gewisse bescheidene Opfer hinzunehmen.''

In Hamburg erschienen im Frühjahr bei einer Mob-Übung von 100 Reservisten gerade 40. Es wäre aber eine Illusion, diese 40 kämen alle mit Apelscher Opferbereitschaft. Wiederum über die Hälfte wird vielmehr mit Abneigung gegen solche Opfer kommen. Blieben 16 Mann, immer noch zu viele.

z.bep. Letzten Mittwoch hat die CDU die Untätigkeit der Regierung bei der Reform des Zivildienstgesetzes attackiert. Die Regierung ist in Wirklichkeit alles andere als untätig. Im Juni haben die Regierungsparteien Thesen zur Novellierung des Zivildienstgesetzes vorgelegt, die den Ausbau des Zivildienstes zu einem kasernierten Arbeitsdienst mit verlängerter Dienstzeit vorsehen. Sie haben damit der Forderung des Verfassungsgerichts entsprochen, den Zivildienst so auszugestalten, daß er ,,eine Probe auf die Gewissensentscheidung'' werde. Die CDU fordert jetzt, zusätzlich zu dieser ,,Probe'' das Prüfungsverfahren beizubehalten. Dieser Streit gibt der SPD Anlaß, ihr Vorhaben als fortschrittlich zu verteidigen. Unterdes ist die Regierung dabei, die Voraussetzungen für eine gesetzliche Neuregelung des Arbeitsdienstes zu schaffen.

Vor vier Wochen hat der Zivildienstbeauftragte Ivens dem Bundesvorstand der Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft einen Besuch abgestattet, um mit ihm den Einsatz von Zivildienstpflichtigen in ,,Staatsforsten, im Wegebau'' und anderem zu beraten (HNA 20.10.). Schon vom Autobahnbau zu reden, wäre ungeschickt von ihm, aber bis zum Wegebau ist der Arbeitsdienst schon gediehen. ,,Auf Anregung von Arbeitsminister Ehrenberg kam am 2.11. der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, nach Friesland. Geplant ist ..., Zivildienstleistende in der individuellen Alten- und Behindertenbetreuung einzusetzen. Iven sagte: ,,Es sei in der nächsten Zeit mit einer ständig steigenden Zahl von Zivildienstleistenden zu rechnen. Um sie gezielter einzusetzen, ohne dabei herkömmliche Arbeitsplätze zu belegen, sei dieser Modellversuch, der überdies soziales Brachland abdecke, in Angriff genommen worden. Die Zivildienstleistenden sollen Hilfeleistung erbringen, die unterhalb der medizinischen Versorgung liegt und auch nicht in den Aufgabenbereich einer Sozialstation fällt'' (Wilhelmshavener Zeitung, 3.11.78).

Der Plan ist des Ehrenberg-Ministeriums würdig: diejenigen, denen medizinische Versorgung verweigert wird, dürftig durch Zwangsverpflichtete ,,versorgen'' zu lassen. Damit tun sich auch die Kirchen hervor, die ebenfalls nach den Dienstpflichtigen verlangen: ,,Diözese Würzburg fordert mehr Zivildienstleistende'' (Main-Post, 9.8.).

In einigen Bundesländern ist der Arbeitsdienst schon weiter ausgebaut. Laut Erlaß der niedersächsischen Landesregierung vom 4.8. können jetzt Zivildienstleistende an Sonderschulen eingesetzt werden. Im Schulverwaltungsblatt (9/78) heißt es dazu: ,,Der Zivildienstleistende steht... wie der Soldat in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis... Bei Nichtbefolgen von Anordnungen drohen strafrechtliche Folgen... Die Schule kann den Zivildienstleistenden zu allen Arbeiten heranziehen, die in der Schule anfallen: Transportbegleitung, unterrichtsbegleitende Tätigkeiten, Hilfe bei der Selbstversorgung der Kinder, Versorgungsarbeiten''.

In seinem Quick-Interview letzte Woche (in dem er die Verlängerung der Dienstzeit auf 18 Monate propagiert), brüstet sich Ivens, die Disziplin im Zivildienst sei ,,im großen und ganzen gut... Allerdings gab es im Januar diesen Jahres auf einen Schlag 1500 Disziplinarfälle, weil die Herren ihren Dienst aus Protest verweigert hatten. Doch das war die Ausnahme und ist inzwischen auch weitgehend ausgestanden''. Er lügt. Gerade in den Einrichtungen, wo Zivildienstpflichtige in größerer Zahl konzentriert und z.T. kaserniert sind, haben sie an verschiedenen Punkten, wie z.B. gegen schikanöse Freizeitregelungen, ihren Widerstand fortgesetzt.

Die westeuropäischen Imperialisten zum 60. Jahrestag des Waffenstillstandes

z.scc. Der 60. Jahrestag der Unterzeichnung des Waffenstillstandes 1918, der 11. November, kam den imperialistischen Bourgeoisien gerade recht. Der westdeutschen – zu einem bedeutungsvollen Schweigen. Man verzichtete auf Appelle jedweder Art, an die ,,Opferbereitschaft'', die ,,Einheit des Volkes'', das ,,Zusammenleben der Völker'' usw. Nicht etwa, weil die deutsche Monopolbourgeoisie im imperialistischen Konkurrenzkampf, auf den Schlachtfeldern des 1. Weltkrieges, eine Niederlage hatte einstecken müssen. Sondern, um vor allem Frankreich und Großbritannien, den damals siegreichen, heute ,,verbündeten'' Konkurrenten, arrogant zu verstehen zu geben, wer, trotz inzwischen zweier Niederlagen, die Nummer eins in Europa ist. Da das die westdeutsche Finanzbourgeoisie unbestritten, aber nicht unumstritten ist, bot der Jahrestag den Bourgeois der anderen westeuropäischen Länder, durchweg alten Kolonialmächten, Gelegenheit, mit Betrachtungen über vergangene Größe ,,ihre'' Arbeiterklasse für neue imperialistische Konkurrenzschlachten zu mobilisieren, sie davor zu warnen, die Waffen umzudrehen und den imperialistischen Krieg in die proletarische Revolution umzuwandeln, kurz: sie als internationales Proletariat zu spalten und ihre geschichtlichen Erfahrungen zu unterdrücken.

Giscard d'Estaing, Geschäftsführer der französischen Imperialisten, ließ es sich nicht nehmen, höchstpersönlich einen ,,Appell zur Einheit'' für ,,Frankreichs Gloire'' zu erlassen:

,,*Der Zwiespalt zwischen den Franzosen ist kein Schicksal. Alles beweist, daß es in unserem Volk einfache und tiefe Kräfte gibt, die alles hinwegfegen, wenn das Schicksal des Landes auf dem Spiel steht, und daß dann die Einheit über die Zwietracht siegt''. (TF1, Nachrichten 20.00 Uhr, 11.11.)*

Die britische ,,Times'' trug in ihren ,,Erinnerungen'' den Klassenkämpfen des englischen Proletariats Rechnung, das wenig Rücksicht auf die arg gebeutelten britischen Imperialisten und die Erfordernisse eines erfolgreichen Konkurrenzkampfes nimmt. Sie zieht gegen eine ,,grobe, insulare Unvernunft'' zu Felde:

,,*Der erste Weltkrieg war einmalig, teilweise aus technologischen Gründen, aber vor allem, weil es das einzige Mal in der Geschichte war, daß die britische Hauptarmee den Hauptkörper des Hauptfeindes in einem kontinentalen Krieg gestellt hat. Und noch mehr: Sie besiegte den Feind in einer Reihe siegreicher Schlachten, die in der Tat nicht ihresgleichen haben. Aber dies sind Dinge, als Legenden verloren, buchstäblich unbekannt, zu unserer Schande und zu unserer Scham''. (11.11.)*

Die italienischen Imperialisten waren die einzigen in der Schar der EG-Imperialisten, die wohlgemut ihr ,,Engagement, den europäischen Kontinent zu einigen'', betonten, wohl wissend, daß sie anders als im Bündnis der europäischen Imperialisten im Kampf um die Neuaufteilung der Welt schon ausgespielt hätten. Ihr Organ, der ,,Corriere della Sera'', bemüht den italienischen ,,Nationalstolz'':

,,*Solange es Italiener geben wird, die diese Erinnerungen zu bewahren wissen, wird Italien das Recht haben, sich zu den edelsten Nationen zu zählen. Diese Erinnerungen prägten sich unseren jungen Herzen ein und werden uns immer Gesellschaft leisten''.*

Die belgischen Bourgeois ,,erinnerten'' an die steten Annexions- und Eroberungsversuche der reichsdeutschen Imperialisten, besorgt, die Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer eigenen imperialistischen Rolle ins Feld zu führen:

,,*An diesem 11. November 1918 haben die Belgier es (Belgien – Red.) zusammen geschmiedet im blutroten Tiegel des Kampfes, in der langdauernden und steten Wachsamkeit des Schützengrabens. Zehnmal, zwanzigmal haben die Deutschen versucht, uns zu teilen... Wie war später das belgische Wunder möglich? Dank einer energischen Aktion des einheitlichen Staates bei der Mobilisierung namentlich der wallonischen Arbeiter durch den flämischen Minister A. van Acker''. (Libre Belgique, 11.11.)*

Die österreichische Finanzbourgeoisie schließlich gedenkt besonders wehmütig des Untergangs der Monarchie Österreich-Ungarn:

,,*...was hat das Ende der Monarchie schließlich bewirkt? Nationalstaaten auf der einen Seite und Länder mit Minderheiten auf der anderen, deren Probleme kaum geringer sind als jene, die Österreich-Ungarn hatte''. (Die Presse, 11.11.)*



1918 – in Rußland hat die Revolution gesiegt. Dem österreichischen Sozialdemokraten Kreisky bleibt es überlassen, das Hauptanliegen all dieser ,,Gedenkfeiern'' schlicht und einfach auszusprechen:

,,,*Wenn wir jenen, die nach uns kamen, eine Erfahrung unseres Lebens mitgeben müssen, dann ist es die, daß kein Bürger sich gegen den anderen, keine Partei und keine Gesinnungsgemeinschaft gegen eine andere bewaffnen dürfen'. Der Mahnruf ,Wehret den Anfängen!' müsse stets im Bereich drohender Verletzung der Grundpfeiler der Republik gelten''. (Arbeiter-Zeitung, 13.11.)*

UNO für Verständigung zwischen zypriotischen Volksgruppen

z.erb. Auf Antrag der Gruppe der blockfreien Länder hat die UNO-Generalversammlung Verhandlungen zwischen der griechisch-zypriotischen und türkisch-zypriotischen Volksgruppe vorgeschlagen. Die Sowjetunion mußte dieser Resolution zustimmen, obwohl ihre Hoffnung auf jederzeitige Einmischung, die sie sich mit einer internationalen Zypern-Konferenz unter ihrer Beteiligung ermöglichen will, damit schwindet. Gegen die Resolution haben die Türkei, die seit dem Putschversuch der griechischen Faschisten



30000 Soldaten auf Zypern hat, Iran, Pakistan und Saudi-Arabien gestimmt. Ausdrücklich tritt die UNO für die Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Blockfreiheit Zyperns ein und fordert den Abzug aller fremden Truppen. In einer getrennten Abstimmung wurde mit 80 zu 7 Stimmen bei 48 Enthaltungen der Weltsicherheitsrat beauftragt, einen Termin für den Abzug der fremden Truppen festzulegen und bei Nichteinhaltung Sanktionen zu verhängen. Mit der Resolution treten die blockfreien Staaten für eine Verständigung zwischen den zypriotischen Volksgruppen und gegen jede fremde Einmischung auf Zypern ein, wenn auch der Führer der türkischen Volksgruppe Denktasch den Beschluß abgelehnt hat. Die westlichen Imperialisten versuchen seit Jahren, eine solche Verständigung zu hintertreiben. Die frühere Kolonialmacht Großbritannien konnte bei den Unabhängigkeitsverhandlungen 1959 drei Militärstützpunkte mit zusammen 256qkm, fast 3% der Landesfläche, erpressen, von denen aus die US-Imperialisten den gesamten Luftraum über dem Nahen Osten kontrollieren. Auf dem Luftwaffenstützpunkt Akrotiri sind 8500 der über 10000 britischen Besatzer stationiert. Die nationale Einheit Zyperns ist die Bedingung, um die imperialistischen Militärstützpunkte wegzufegen. Daher haben sich die US- und die EG-Imperialisten bei der UNO-Abstimmung enthalten.

Kabinettsumbildung in Papua-Neuguinea stärkt den Kampf für nationale Unabhängigkeit

z.mat. Nachdem Anfang November die „Fortschrittliche Volkspartei“ aus der Regierungskoalition in Papua-Neuguinea ausgetreten war, konnte Premierminister Somare am 10.11. eine neue Koalition aus der Pangu-Partei und der bisherigen Opposition, der Vereinigten Partei, bilden. Monatelang hatte die „Fortschrittliche Volkspartei“ einen Gesetzentwurf Somares, wonach Politiker ihre Beteiligungen an Banken und Konzernen offenlegen mußten, bekämpft und schließlich zu Fall gebracht. Dadurch ermutigt, wollte sie sich größeren Einfluß in der Regierung sichern, um gegen Somares Politik der Unabhängigkeit vom australischen und US-Kapital vorzugehen. Als Somare stattdessen ihren Mitgliedern in der Regierung beschränktere Aufgaben zuwies, ließ sie die Koalition platzen. Das 2,5-Millionen-Volk von Papua-Neuguinea lebt weitgehend von der Produktion für den eigenen Bedarf und kennt, wie die Imperialisten erbittert feststellen, „keinen Mangel an den notwendigen Dingen“. Die Imperialisten und ihre knapp 40000 europäischen bzw. australischen Siedler läßt das nicht ruhen. Sie verlangen nach frei verfügbaren Lohnarbeitern. Von 1962 bis 1966 wurde die Anbaufläche für Kakao um 25%, die Produktion um 107% erhöht, die Anbaufläche bzw. Produktion von Kaffee um 43 und 95%, von Gummi um 14 und 37%. Seitdem ist die Kakaoproduktion nochmals verdoppelt worden, die Kaffeeproduktion wurde verdreifacht.

Kurz vor Erreichen der Unabhängigkeit und der Aufnahme in die UNO 1975 begannen die Imperialisten mit der Plünderung der mineralischen Bodenschätze des Landes: Die Kupferproduktion stieg von 1971 bis 1975 von 0 auf 172,5 Mio.t., die Goldproduktion von 727 auf 19574 Kilogramm. Australien, das Papua-Neuguinea vor der Unabhängigkeit wie eine Kolonie verwaltet hat, hat Millionenbeträge von als Wirtschaftshilfe getarntem Kapital ins Land gepumpt und sich dadurch horrende Profite aus dem Bergbau gesichert. Daneben sind US-amerikanische und westeuropäische Kapitalien beteiligt. Siemens ist in die Plünderung der Kupfervorkommen, die zu den größten der Welt zählen, eingestiegen. Die neue Koalitionsregierung will schärfere Vorschriften gegen ausländische Kapitalisten erlassen und die Unabhängigkeit des Landes stärken.

Der „Klub von Paris“ will Zaire in eine Halbkolonie zurückverwandeln

der Regierungskoalition in Papua-Neuguinea ausgetreten war, konnte Premierminister Somare am 10.11. eine neue Koalition aus der Pangu-Partei und der bisherigen Opposition, der Vereinigten Partei, bilden. Monatelang hatte die „Fortschrittliche Volkspartei“ einen Gesetzentwurf Somares, wonach Politiker ihre Beteiligungen an Banken und Konzernen offenlegen mußten, bekämpft und schließlich zu Fall gebracht. Dadurch ermutigt, wollte sie sich größeren Einfluß in der Regierung sichern, um gegen Somares Politik der Unabhängigkeit vom australischen und US-Kapital vorzugehen. Als Somare stattdessen ihren Mitgliedern in der Regierung beschränktere Aufgaben zuwies, ließ sie die Koalition platzen. Das 2,5-Millionen-Volk von Papua-Neuguinea lebt weitgehend von der Produktion für den eigenen Bedarf und kennt, wie die Imperialisten erbittert feststellen, „keinen Mangel an den notwendigen Dingen“. Die Imperialisten und ihre knapp 40000 europäischen bzw. australischen Siedler läßt das nicht ruhen. Sie verlangen nach frei verfügbaren Lohnarbeitern. Von 1962 bis 1966 wurhöht, die Anbaufläche bzw. Produktion von Kaffee um 43 und 95%, von Gummi um 14 und 37%. Seitdem ist die Kakaoproduktion nochmals verdoppelt worden, die Kaffeeproduktion wurde verdreifacht.

Kurz vor Erreichen der Unabhängigkeit und der Aufnahme in die UNO 1975 begannen die Imperialisten mit der Plünderung der mineralischen Bodenschätze des Landes: Die Kupferproduktion stieg von 1971 bis 1975 von 0 auf 172,5 Mio.t., die Goldproduktion von 727 auf 19574 Kilogramm. Australien, das Papua-Neuguinea vor der Unabhängigkeit wie eine Kolonie verwaltet hat, hat Millionenbeträge von als Wirtschaftshilfe getarntem Kapital ins Land gepumpt und sich dadurch horrende Profite aus dem Bergbau gesichert. Daneben sind US-amerikanische und westeuropäische Kapitalien beteiligt. Siemens ist in die Plünderung der Kupfervorkommen, die zu den größten der Welt zählen, eingestiegen. Die neue Koalitionsregierung will schärfere Vorschriften gegen ausländische Kapitalisten erlassen und die Unabhängigkeit des Landes stärken.

Der „Klub von Paris“ will Zaire in eine Halbkolonie zurückverwandeln

z.scc. Fünf Monate nach dem zurückgeschlagenen Einfall von den Sozialimperialisten geheuerter Söldner in die zairische Provinz Shaba triumphiert die belgische Finanzbourgeoisie über „Die Rückkehr des weißen Chefs“: „Und diesmal sind es keine Ratgeber schwarzer Minister mehr... Der Weiße kommt, um zu befehlen. Die Ausführungen zu kontrollieren. Und zu sanktionieren“. (De Standaard, 3.10.)



Der neue Vorsitzende der Staatsbank von Zaire

Zuerst war, geschickt vom Internationalen Währungsfonds, der westdeutsche Banker Blumenthal gekommen, um die Nationalbank von Zaire zu übernehmen. In den nächsten Wochen soll ihm ein „Kontrolleur des Finanzministeriums“ folgen. Dann „Kontrolleure für die öffentlichen Unternehmen“, vor allem für die staatliche Bergbaugesellschaft Gécamines, in deren Hand die Ausbeutung der zairischen Bodenschätze liegt. Und dann belgische „Experten“, die den Zolldienst Zaires „reorganisieren“: Man würde nämlich, beschweren sich die Imperialisten, durch den ausgedehnten Diamantenschmuggel großer Mengen dieses wertvollen Bodenschatzes verlustig gehen.

Das sind – zum Teil – die Maßnahmen, die die im „Klub von Paris“ zusammengerotteten Imperialisten, u.a. die USA, die BRD, Frankreich, Großbritannien, Belgien, auf der „Zaire-Konferenz“ am 9./10. November in Brüssel einmütig beschlossen. Auch Banker Blumenthal – er sprach für Zaire – war dafür. Mit 3,5Mrd.$ ist Zaire bei den Imperialisten verschuldet. Allein in diesem Jahr wird sein Zahlungsbilanzdefizit 570Mio$ ausmachen, Folge der ins Bodenlose gedrückten Kupferpreise und der sozialimperialistischen Aggression. Um sich die fälligen Tilgungen und Zinsen zahlen zu lassen, „bieten“ die Imperialisten Zaire einen neuen Kredit, zu weiteren brutalen Bedingungen: Neben allen anderen Kontrollen muß sich Zaire auch die vollständige imperialistische Kontrolle über seine Importe gefallen lassen. Dazu eine weitere Abwertung seiner Währung, nachdem Blumenthal das zairische Kupfer durch 20%ige Abwertung bereits gewaltig verbilligt hat. Auf einer Konferenz im März will der „Klub von Paris“ sich dann „endgültig“ über die Aufteilung Zaires verständigen.

Die Eurorevisionisten vor der Europawahl

Schwierige Gewissensprüfung: Mit wem sollen sie es halten?

z.ulg.Rom. Eine „gemeinsame Erklärung“ der eurorevisionistischen Parteien zu den Europawahlen hat das Politbüromitglied der französischen KP, Gremetz, am letzten Dienstag für diese Woche angekündigt. Man darf gespannt sein, worauf sie sich werden einigen können. Zu einem gemeinsamen Programm würde es jedenfalls nicht reichen, hat Gremetz bei gleicher Gelegenheit zugegeben. Allzu verschieden ist die schwierige Gewissensprüfung ausgefallen, mit wem es die verschiedenen „Eurokommunisten“ halten sollen: mit der eigenen imperialistischen Bourgeoisie oder mit der angestammten Bindung an den russischen Sozialimperialismus.

Ob die PCF mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der europäischen Einigung nicht in Frankreich und Westeuropa isoliert dastehen würde, hat der französische Staatsrundfunk



Berlinguer bei Breschnew: Zu „freundschaftlichen und kameradschaftlichen Gesprächen“, wie das Kommuniqué vermerkt.

Gremetz gefragt. „Wir sind nicht isoliert von den zahlreichen Patrioten, die es in Frankreich gibt“. Gegenwärtig betreiben die französischen Revisionisten eine wilde chauvinistische Kampagne gegen den EG-Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands. Die Bauern dieser Länder würden die französischen Bauern ruinieren, als ob es nicht die imperialistische Bourgeoisie wäre, die das Bauernlegen betreibt und ihm mit der EG-Erweiterung einen neuen kräftigen Anstoß gerade in den „Beitrittsländern“ geben will.

Die italienischen Revisionisten dagegen geben sich ganz „europäisch“. Nicht einmal Stimmverluste würden sie fürchten, wenn es um die hohe Sache der Direktwahlen zum Europäischen Parlament geht, hat der berüchtigte Amendola vom PCI-Vorstand vorletzte Woche zum Abschluß einer Europakonferenz der PCI im italienischen Fernsehen geäußert. Mit Recht fürchtet dieser Bourgeois, daß sich die rechte Begeisterung für den Europagedanken nur bei seinesgleichen einstellen will: „Man muß – und das wird nicht einfach sein – die Skepsis und Abneigung großer Arbeiter- und Volksmassen gegen den Aufbau eines vereinigten Europa besiegen und die Opposition der Mittelschichten, die noch von den alten Nationalismen beherrscht werden“. (Rinascita, 6.10.) Im Gegensatz zur französischen „Bruderpartei“ und auch zu den griechischen und portugiesischen Revisionisten ist die PCI für die EG-Erweiterung, die sie der italienischen Bourgeoisie als gute Gelegenheit anpreist, eine Änderung der EG-Agrarpolitik durchzusetzen. Eine Ausdehnung der bisher auf die mitteleuropäischen Agrarerzeugnisse angewandten Interventionspolitik auf die Mittelmeerprodukte sei aber unmöglich: „Es handelt sich im Gegenteil darum, die Agrarausgaben für die landwirtschaftlichen Überschußproduktionen drastisch zu senken und die finanziellen Ressourcen für die Entwicklung der am meisten zurückgebliebenen Gebiete zur Herstellung eines veränderten Nord-Süd-Gleichgewichts zu verwenden“

Ganz ähnlich hatte sich im Oktober bei seinem Italienbesuch Giscard d'Estaing geäußert und angeregt, die italienischen Imperialisten sollten sich dazu mit den französischen zusammentun, um dem westdeutschen Konkurrenten eins auszuwischen. Auch Marchais hatte noch im letzten Jahr von einer „Achse Paris-Rom“ geschwärmt. Jetzt, wo ihn die französische Bourgeoisie nicht an die Regierungsgeschäfte gelassen hat, ist die Begeisterung verstummt. Die italienischen Revisionisten haben unterdessen Fortschritte gemacht bei dem Versuch, in den bürgerlichen Staatsapparat einzudringen.

Daß das „veränderte Gleichgewicht“ im wesentlichen in der beschleunigten Unterwerfung der verbliebenen selbständigen Bauern unter das Kapital, womöglich noch unter ausländisches, bestehen soll, wüßte man auch, wenn die PCI sich nicht ausdrücklich ihrer Verdienste darum rühmen würde, Italien wieder zu einem lohnenden „Investitionsland“ gemacht zu haben. „Wenn, wie von verschiedener Seite gesagt worden ist, der Alarm wegen des ‚Risiko Italien‘ aufgehört hat, dann ist das in hohem Maße dem Beitrag der Kommunisten und Arbeiterbewegung zum Sanierungsprozeß in unserem Land und ...zur Verteidigung der republikanischen Institutionen geschuldet“. (Rinascita, 13.10.)

Aber daß sich die Schulden weiter türmen und Schmidt sich kürzlich in Siena „bereiterklärt“ hat, die „deutsche Industrie“ erneut zu Investitionen in Süditalien aufzurufen, reicht natürlich nicht. Die italienischen Imperialisten wollen selbst Kapital exportieren. Und um im Kampf um die Neuaufteilung der Welt gegen die beiden Supermächte mithalten zu können, müssen sich die europäischen Imperialisten zusammenschließen. Zum Beispiel auch, damit das italienische Ölmonopol ENI wieder zu ordentlichem Extraprofit kommt. Der PCI-Senator Veronesi hat sich auf der kürzlich stattgefundenen Konferenz darüber beschwert, es werde zuwenig zur Entwicklung der Kernenergie getan. „Bis heute haben die EWG-Länder nicht die nötige Einheit zu finden verstanden, um dieses dringende und lebenswichtige Problem zu lösen... Die EG ist noch nicht einmal bei der Entscheidung über die Verfahren zur Urananreicherung zu einer Einigung gelangt“. Was soll da aus den Ölpreisen werden! „Für uns Kommunisten stellt sich das Problem einer rigorosen Initiative in diesem Bereich, für eine Gemeinschaftspolitik, die die Energieversorgung der Gemeinschaft sichert“.

„Die EG ist ein wirtschaftlicher Riese, politisch aber ist sie ein Zwerg“, hat der PCI-„Experte für internationale Beziehungen“ Segre auf der Konferenz beklagt. Wer in dem geplanten „politischen Riesen“ die Vorherrschaft haben soll, darum gibt es heftigen Kampf. Die italienischen Revisionisten schlagen vor, gegen die Übermacht der westdeutschen Imperialisten die Befugnisse des neu zu wählenden Parlaments zu erweitern. Was daraus auch wird, der Vorschlag des auf der PCI-Liste ins Parlament gewählten ehemaligen EG-Kommissars Spinelli, die „Fiskalgewalt“ der Gemeinschaft auszuweiten, wird jedenfalls allerseits auf Aufmerksamkeit rechnen können. In der „harmonisierenden“ Steigerung der Ausplünderung der Volksmassen war die Gemeinschaft auch schon bisher Spitze.

So sehr sich die italienischen Eurorevisionisten für die Konkurrenzinteressen ihrer Bourgeois erhitzen, so wenig wollen auch sie von einigen Eckpfeilern der sowjetischen Außenpolitik lassen. So das „System der kollektiven Sicherheit in Europa“, mit dem sich die Sozialimperialisten den Vorwand für jederzeitige Einmischung von allen europäischen Ländern unterschreiben lassen wollen. „Fortsetzung der Entspannungspolitik“, „ausgewogene Truppenreduzierung“, „gegen den Rüstungswettlauf“, darüber hat sich Berlinguer bei seiner Reise im Oktober nach Paris, Moskau und Belgrad auch mit Breschnew und Marchais einigen können.



Berlinguer bei Breschnew: Zu „freundschaftlichen und kameradschaftlichen Gesprächen“, wie das Kommuniqué vermerkt.

Gremetz gefragt. „Wir sind nicht isoliert von den zahlreichen Patrioten, die es in Frankreich gibt“. Gegenwärtig betreiben die französischen Revisionisten eine wilde chauvinistische Kampagne gegen den EG-Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands. Die Bauern dieser Länder würden die französischen Bauern ruinieren, als ob es nicht die imperialistische Bourgeoisie wäre, die das Bauernlegen betreibt und ihm mit der EG-Erweiterung einen neuen kräftigen Anstoß gerade in den „Beitrittsländern“ geben will.

Die italienischen Revisionisten dagegen geben sich ganz „europäisch“. Nicht einmal Stimmverluste würden sie fürchten, wenn es um die hohe Sache der Direktwahlen zum Europäischen Parlament geht, hat der berüchtigte Amendola vom PCI-Vorstand vorletzte Woche zum Abschluß einer Europakonferenz der PCI im italienischen Fernsehen geäußert. Mit Recht fürch-

Ganz ähnlich hatte sich im Oktober bei seinem Italienbesuch Giscard d'Estaing geäußert und angeregt, die italienischen Imperialisten sollten sich dazu mit den französischen zusammentun, um dem westdeutschen Konkurrenten eins auszuwischen. Auch Marchais hatte noch im letzten Jahr von einer „Achse Paris-Rom“ geschwärmt. Jetzt, wo ihn die französische Bourgeoisie nicht an die Regierungsgeschäfte gelassen hat, ist die Begeisterung verstummt. Die italienischen Revisionisten haben unterdessen Fortschritte gemacht bei dem Versuch, in den bürgerlichen Staatsapparat einzudringen.

Daß das „veränderte Gleichgewicht“ im wesentlichen in der beschleunigten Unterwerfung der verbliebenen selbständigen Bauern unter das Kapital, womöglich noch unter ausländisches, bestehen soll, wüßte man

„Die EG ist ein wirtschaftlicher Riese, politisch aber ist sie ein Zwerg“, hat der PCI-„Experte für internationale Beziehungen“ Segre auf der Konferenz beklagt. Wer in dem geplanten „politischen Riesen“ die Vorherrschaft haben soll, darum gibt es heftigen Kampf. Die italienischen Revisionisten schlagen vor, gegen die Übermacht der westdeutschen Imperialisten die Befugnisse des neu zu wählenden Parlaments zu erweitern. Was daraus auch wird, der Vorschlag des auf der PCI-Liste ins Parlament gewählten ehemaligen EG-Kommissars Spinelli, die „Fiskalgewalt“ der Gemeinschaft auszuweiten, wird jedenfalls allerseits auf Aufmerksamkeit rechnen können. In der „harmonisierenden“ Steigerung der Ausplünderung der Volksmassen war die Gemeinschaft auch schon bisher Spitze.

So sehr sich die italienischen Eurorevisionisten für die Konkurrenzinteressen ihrer Bourgeois erhitzen, so wenig wollen auch sie von einigen Eckpfeilern der sowjetischen Außenpolitik lassen. So das „System der kollektiven Sicherheit in Europa“, mit dem sich die Sozialimperialisten den Vorwand für jederzeitige Einmischung von allen europäischen Ländern unterschreiben

Malta: Gegen EG-Erpressung Verbot britischer Textileinfuhr

z.mat. Die maltesische Regierung hat die Einfuhr britischer Textilien verboten und das Büro des British Council in der Hauptstadt La Valetta geschlossen. Den Soldaten des Flugzeugträgers Arc Royal, der vor La Valetta festgemacht hatte, hat sie den Landgang verboten. Das ist die Antwort auf den Beschluß Großbritanniens, einen vor 11 Monaten gefaßten Beschluß der EG über Importbeschränkungen für Textilien aus Mittelmeerländern gegenüber Malta einseitig durchzusetzen. 50% der maltesischen Exporteinnahmen stammen aus der Textilindustrie, 15% davon aus dem Verkauf nach Großbritannien, das einen großen Teil der Halbfabrikate liefert. Die Gewerkschaften haben die Hafenarbeiter aufgerufen, zur Unterstützung der Regierung keine britischen Autos und Fernseher zu entladen. Die Mitglieder, die in den britischen Militärstützpunkten arbeiten, sind benachrichtigt worden, sich für Aktionen bereitzuhalten. Am Donnerstag hat die britische Regierung verlauten lassen, daß sie wieder zu Verhandlungen bereit sei.

Rumänien verzichtet auf „Kooperation“ mit Steyr – Konzern

z.pek. Rumänien hat in den letzten Jahren große Anstrengungen in der Entwicklung der Maschinenbauindustrie unternommen. Die Produktion stieg seit 1970 um das Dreifache. 90% der Erzeugnisse können heute bereits aufgrund eigener Konstruktionen hergestellt werden. Bis 1980 werden 70% des Bedarfs an Maschinen und Anlagen aus der eigenen Produktion gedeckt. Angesichts solcher Fertigkeiten der rumänischen Arbeiterklasse fühlen sich die österreichischen Imperialisten in ihrer Profitgier angestachelt. Am 10. November machten sich Bundespräsident Kirchschläger und der Vorstand des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns auf den Weg nach Bukarest, um Rumänien ihre „Kooperation“ im LKW-Bau anzubieten. Danach sollte das rumänische LKW-Werk Brasow *Motoren* von den Steyr-Kapitalisten kaufen und *Führerhausteile* nach Österreich liefern. Mit diesem Angebot wurden Kirchschläger und seine Begleiter wieder nach Hause geschickt. Wütend mußten die Steyr-Kapitalisten anschließend berichten, daß Rumänien die Motoren selbst bauen und allenfalls über einen Lizenzvertrag verhandeln wird. Auf dem 1976 in der Hoffnung auf fette Profite gewährten 2 Mrd.-Schilling-Kredit sind die österreichischen Imperialisten bis heute weitgehend sitzengeblieben. Er wurde von Rumänien nur zu 20% in Anspruch genommen.

Dänemark: Kapitalisten fordern direkte Lohnsenkung

z.bag. Ermutigt durch die neue sozialdemokratisch-konservative Regierungskoalition ist der dänische Unternehmerverband mit dem frechsten Forderungskatalog seit 1932 in den Tarifkampf eingestiegen. Der automatische Inflationsausgleich sowie der Garantielohn sollen wegfallen, die letzten beiden Teuerungszuschläge sollen vorläufig nicht ausgezahlt werden, und ab 1. März 1979 soll der Lohn um zwei Teuerungszuschläge (das wären ca. 3%) direkt gesenkt werden. Die Laufzeit des Tarifvertrages soll zwecks Ausdehnung dieses Raubes von 2 auf 3 Jahre verlängert werden. Dazu kommen Forderungen in Richtung Streikverbot. Das bei

Organisationserfolge der Arbeiterklasse der USA

Unerfreuliche Wahlergebnisse für die Bourgeoisie / Gewerkschaften organisieren den Süden

z.gek. Wieder ist eine ,,Wahlschlacht'' in den USA beendet. Die Pappschilder mit den ewig grinsenden Kandidaten für die Gouverneurs-, Senats- und Parlamentsposten sind eingesammelt, die Stimmen ausgezählt. Ein ,,konservativer Trend'' habe sich erneut gezeigt, heißt es, ein Rückschlag auf die ,,Linksstimmung'' der 60er und frühen 70er Jahre. Die Republikaner haben ein paar Senats- und Gouverneursposten dazugewonnen. Die Demokraten sind durchweg ebenfalls stramm reaktionär aufgetreten. Schluß mit der ,,Verschwendung'' der Gelder der Arbeitslosen- und Krankenkassen und staatlichen Wohlfahrt! Steuersenkung für die Industrie, damit sie wettbewerbsfähig bleibt! Lohnsenkung, Schluß mit dem ,,Mißbrauch'' des Streikrechts, damit das Sternenbanner über Meeren und Kontinenten wehen kann! Gott segne Amerika!

Das eigentliche Stimmresultat wird unter der herrschenden Klasse eher diskret, aber mit deutlicher Beunruhigung verhandelt. ,,Wenn wir in die 30er Jahre zurücksinken, dann ist es Zeit, unruhig zu werden'', hat der Sekretär der Demokratischen Partei, Brown, vor der Wahl schon erklärt. Tatsächlich war die Wahlbeteiligung seit den 30er Jahren die niedrigste. 63% aller Wahlberechtigten, die große Masse der Arbeiter und Werktätigen, hat an diesen Wahlen *nicht* teilgenommen. In einigen Südstaaten lag die Beteiligung bei 20-25%. Stellenweise ging dies in direkten Wahlboykott über. Bei den Vorwahlen im August, die über die Kandidatenaufstellung entscheiden, war im Bundesstaat Nevada die am meisten angekreuzte Rubrik auf den Wahlzetteln: ,,Keiner der oben aufgeführten Kandidaten''.

Zwei Wahlen, an denen die Volksmassen sich beteiligt haben, sind ganz anders ausgegangen. Durch ein Referendum wollte der Bürgermeister Rizzo von Philadelphia sich eine dritte Wahlperiode sichern. Rizzo ist ein früherer Polizist und Erz-Faschist, der in der Unterdrückung der schwarzen Arbeiter von Philadelphia sein Hauptgeschäft sieht. In früheren Wahlen war es immer gelungen, über die schikanösen Registrierungs-Verfahren und durch direkte Einschüchterung plus Wahlfälschung die nötige ,,Mehrheit'' zu bekommen. Diesmal ging Rizzo mit über 100000 Stimmen Rückstand baden. Vor einigen Wochen hatte Rizzo die Miglieder der schwarzen, religiösen Sekte ,,Move'', die er seit Jahren hat terrorisieren lassen, in eine bewaffnete Auseinandersetzung verwickelt. Ein weißer Cop blieb tot liegen, und Rizzo schwor, die schwarzen Jugendlichen ,,persönlich auf den elektrischen Stuhl zu bringen''. Gegen diese faschistischen Angriffe hat sich eine breite demokratische Koalition, in der die ,,Schwarze Vereinigte Front'' das Rückgrat ist, gebildet. Die schwarzen Arbeiter haben sich zahlreich zu den Wahlen registrieren lassen. Am Wahltag klemmten dann in den meisten Wahllokalen in den schwarzen Vierteln die Nein-Knöpfe an den Wahlmaschinen. Es kam sofort zu Demonstrationen und Unruhen, ein Gericht mußte eilends den Druck von Stimmzetteln anordnen, und am Abend war Rizzo zu Fall gebracht.

Ein anderes wichtiges Referendum fand in Missouri statt, einem der hochindustrialisierten Mittel-West-Staaten. Es ging um die Einführung eines ,,Recht-auf-Arbeit''-Paragraphen in die Landesgesetze. Diese Paragraphen, die sich in der Gesetzgebung der meisten Südstaaten befinden, erschweren die gewerkschaftliche Organisierung der Belegschaften und verhindern, daß einmal organisierte Betriebe, wie es erkämpftes Recht ist, zu 100% organisiert werden. Missouri war der erste nördliche Industriestaat, in dem das ,,Recht auf Arbeit'' eingeführt werden sollte. Eine ,,Nationale Kampagne für das Recht auf Arbeit'', hinter der die Kapitalistenverbände stecken, hatte in Missouri einen bedeutenden Rummel veranstaltet. Mit anderem Ergebnis als erwartet: die Arbeiter nahmen an der Abstimmung teil und sorgten für Ablehnung mit 60%, im Industriegebiet von St. Louis mit 80% der Stimmen.

In diesen Ergebnissen spiegelt sich die fortschrittliche Entwicklung der Klassenkämpfe selbst wider. Vor allem im Süden, wo seit der niedergeschlagenen demokratischen Revolution während und nach dem Sezessionskrieg die weiße Reaktion uneingeschränkt herrschen konnte, haben sich die Verhältnisse seit den Aufständen der Schwarzen in den 60er Jahren geändert. Die letzten Statistiken haben, zur kompletten Überraschung der herrschenden Klasse, einen regelrechten Sprung in den Mitgliedszahlen der wichtigsten Gewerkschaften der USA gebracht. Annähernd dreiviertel Million haben sich 1978 neu organisiert. Die größte Gewerkschaft im öffentlichen Dienst verzeichnet von Januar bis Juni 1978 einen Mitgliederschub von 26%, die Maschinisten 14%, die Automobilarbeiter und eine Reihe anderer Gewerkschaften an die 5%. Die Hauptgewinne liegen bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst, sowie in den Fabriken im Süden. Die Masse der neuen Mitglieder ist jung, ein großer Teil sind Afro-Amerikaner oder Angehörige anderer unterdrückter Nationalitäten, ein hoher Prozentsatz sind Frauen. Die Organisationsbewegung erfaßt Bereiche, die bisher unorganisiert waren und wo die Löhne weit unter dem Durchschnitt lagen.

Beispielhaft dafür ist die Entwicklung in Nord-Karolina, einem der früheren Sklavenhalterstaaten. In den 20er und 30er Jahren schon hatten sich hier in einem ersten Schwung große Textil- und Möbelfabriken aus dem Norden angesiedelt, um die Arbeitskraft der landlosen, ruinierten schwarzen und weißen Farmer und Pächter, ihrer Frauen und Töchter, auszubeuten. In den letzten 10 Jahren sind in einem zweiten Schwung weitere Industriebetriebe aus dem Norden hierhin ,,ausgewandert'', um nicht die gewerkschaftlichen Tariflöhne zu zahlen. Bis heute hat Nord-Karolina den niedrigsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad und die niedrigsten Löhne (4,53$ pro Std. im Schnitt) in den USA, gesichert durch ein Gestrüpp reaktionärer Gesetze. ,,Agitatoren'' der Gewerkschaften führen in den oft von einzelnen Industriekönigen beherrschten Orten und Landkreisen wie eh und je ein gefährliches Leben. Aber in diesem Jahr haben die Arbeiter in einer Reihe von Schlüsselbetrieben Durchbrüche erzielt. 5000 Arbeiter der Möbelindustrie, tausende Arbeiter aus Glasfiber-, Batterie- und Bauteile-Fabriken, von Molkereien, Brauereien und in Kaufhäusern wurden allein von den Teamstern in einer konzentrierten Kampagne organisiert. Die Landkarte wird neugeschrieben. Lexington, eine Gemeinde von 20000, hat sich nach Organisierung aller seiner Betriebe plötzlich in eine Gewerkschaftshochburg verwandelt. Diese Siege geben den Arbeitern und Arbeiterinnen der Textilfabriken von J.P. Stevens, Burlington und Cannon Mills Unterstützung, die seit mehr als fünf Jahren erbittert um die Anerkennung der Textilarbeitergewerkschaft kämpfen.

Auch General Motors, das größte einzelne Monopol der USA überhaupt, hat in seiner ,,südlichen Strategie'', der Auslagerung von Fabriken in Südstaaten und der Anheuerung unorganisierter Arbeiter weit unter Tarif, einen Teilrückzug antreten müssen. Im letzten Dezember haben die Arbeiter des Werks in Monroe, Louisiana, nach zweijährigem Ringen Wahlen für die Anerkennung der Gewerkschaft und ihrer Tarifverträge durch die Kapitalisten erzwungen und gewonnen. In zwei neuen südlichen Fabriken hat GM jetzt die Gewerkschaft gleich zulassen und die Zahlung gewerkschaftlicher Löhne ankündigen müssen.



berechtigten, die große Masse der Arbeiter und Werktätigen, hat an diesen Wahlen *nicht* teilgenommen. In einigen Südstaaten lag die Beteiligung bei 20-25%. Stellenweise ging dies in direkten Wahlboykott über. Bei den Vorwahlen im August, die über die Kandidatenaufstellung entscheiden, war im Bundesstaat Nevada die am meisten angekreuzte Rubrik auf den Wahlzetteln: ,,Keiner der oben aufgeführten Kandidaten''.

Zwei Wahlen, an denen die Volksmassen sich beteiligt haben, sind ganz anders ausgegangen. Durch ein Referendum wollte der Bürgermeister Rizzo von Philadelphia sich eine dritte Wahl-

zu Fall gebracht.

Ein anderes wichtiges Referendum fand in Missouri statt, einem der hochindustrialisierten Mittel-West-Staaten. Es ging um die Einführung eines ,,Recht-auf-Arbeit''-Paragraphen in die Landesgesetze. Diese Paragraphen, die sich in der Gesetzgebung der meisten Südstaaten befinden, erschweren die gewerkschaftliche Organisierung der Belegschaften und verhindern, daß einmal organisierte Betriebe, wie es erkämpftes Recht ist, zu 100% organisiert werden. Missouri war der erste nördliche Industriestaat, in dem das ,,Recht auf Arbeit'' eingeführt werden sollte. Eine ,,Nationale Kampagne für

sowie in den Fabriken im Süden. Die Masse der neuen Mitglieder ist jung, ein großer Teil sind Afro-Amerikaner oder Angehörige anderer unterdrückter Nationalitäten, ein hoher Prozentsatz sind Frauen. Die Organisationsbewegung erfaßt Bereiche, die bisher unorganisiert waren und wo die Löhne weit unter dem Durchschnitt lagen.

Beispielhaft dafür ist die Entwicklung in Nord-Karolina, einem der früheren Sklavenhalterstaaten. In den 20er und 30er Jahren schon hatten sich hier in einem ersten Schwung große Textil- und Möbelfabriken aus dem Norden angesiedelt, um die Arbeitskraft der landlosen, ruinierten schwar-



Die unterdrückten Völker in den USA – ein mächtiger Verbündeter für die Arbeiterbewegung. Demonstration in Philadelphia gegen den Polizeiüberfall auf ,,Move''. (Photo: The Call, 6.11.)

Elsässische Kalibergleute verteidigen Bergarbeiterstatut

z.jon.Paris. Die 6300 Beschäftigten des elsässischen Kalibergbaus führen seit dem 27. September ,,rollende Streiks'' durch, d.h. jeweils eine der fünf Gruben streikt und wird nach einigen Tagen von einer anderen abgelöst. Anlaß des Streiks ist die Weigerung der staatseigenen Gesellschaft der Elsässischen Kalibergwerke (MDPA), den Vertrag über die Zahlung einer Heizungsprämie zu verlängern, den sich die Kalibergleute nach dem Vorbild der Kohlebergwerke erkämpft haben. Die Streikbewegung wird von allen fünf in dem Revier vertretenen Gewerkschaften unterstützt und von den Belegschaften geschlossen getragen. Die Gewerkschaften begründen die Taktik damit, daß durch die ,,rollenden Streiks'', das häufige Wechseln des Streikschwerpunktes und die daraus folgende Desorganisierung der Produktion eine größere langfristige Wirkung auf das staatliche Monopol zu erreichen sei. Bisher wurde zweimal ohne Ergebnis verhandelt. Die Bergarbeiter haben den Streik von Anfang an durch Straßendemonstrationen unterstützt. Am 3. November demonstrierten 1000 von ihnen in Mühlhausen gegen den Versuch, durch Aussperrung in einer Grube den Streik zu spalten.

Kalisalze (Pottasche) sind ein wichtiger Rohstoff vor allem für die Düngemittelindustrie, und die Weltproduktion steigt – mit Ausnahme der Jahre 1974/75 – beständig. 1960 wurden 9,1 Mio.t. produziert, 1977 waren es 25,6 Mio.t. Frankreich, dessen einzige Vorkommen im Elsaß liegen, war 1977 nach der UdSSR, Kanada, der DDR, der BRD und den USA mit 1,58 Mio.t. der sechstgrößte Kaliproduzent der Welt. Es exportierte mehr als ein Viertel seiner Produktion. Nach Auskunft der Gewerkschaften besteht aber der Plan, die Produktion bis Ende des Jahrhunderts einzustellen und sie durch billigere Importe aus Ländern der Dritten Welt zu ersetzen. Um die Beherrschung des Weltmarkts kämpfen zur Zeit die beiden Supermächte. Die sozialimperialistische Sowjetunion ist mit 8,7 Mio.t. im Jahr 1977 der größte Produzent, die US-Imperialisten kontrollieren außer ihrer eigenen Produktion von 2,2 Mio.t. die Produktion Kanadas mit 6,1 Mio.t. Die Imperialisten Westeuropas rechnen vor allem auf die Ausplünderung Palästinas, wo die zionistischen Siedler die Kalivorkommen am Toten Meer ausbeuten, weiter die Jordaniens und Brasiliens, die die Kaliförderung in den letzten Jahren aufgenommen haben.

Während sie die Kaliförderung seit Anfang der siebziger Jahre langsam senken, steigern die französischen Kapitalisten die Ausbeutung der Bergarbeiter. 1960 förderten 5505 Untertagearbeiter in den elsässischen Gruben 1,53 Mio.t. Kalisalz. 1977 förderten nur noch 2630 Arbeiter 1,58 Mio.t. Mit der Schließungsdrohung versuchen die Kapitalisten Lohnsenkungen und weitere Steigerung der Arbeitshetze zu erzwingen. Die Streichung der Heizungszulage bedeutet für die Kalibergleute einen Lohnverlust von 500 Francs im Jahr. Gleichzeitig sollen sie damit aus dem Bergarbeiterstatut, dem Rahmentarifvertrag für den gesamten Bergbau, herausgebrochen werden. Jacques Billet, der Generaldirektor der MDPA, hat gedroht, der Streik würde die Pläne zur Schließung der Gruben beschleunigen. Die Bergarbeiter haben geantwortet, indem sie neben der Verteidigung des Bergarbeiterstatuts die Forderung nach Abschaffung der Samstagsarbeit, Verbesserung der Arbeits- und Sicherheitsbedingungen, und nach einer einheitlichen Lohnerhöhung von 400 Francs aufgestellt haben.

des elsässischen Kalibergbaus führen seit dem 27. September ,,rollende Streiks'' durch, d.h. jeweils eine der fünf Gruben streikt und wird nach einigen Tagen von einer anderen abgelöst. Anlaß des Streiks ist die Weigerung der staatseigenen Gesellschaft der Elsässischen Kalibergwerke (MDPA), den Vertrag über die Zahlung einer Heizungsprämie zu verlängern, den sich die Kalibergleute nach dem Vorbild der Kohlebergwerke erkämpft haben. Die Streikbewegung wird von allen fünf in dem Revier vertretenen Gewerkschaften unterstützt und von den Belegschaften geschlossen getragen. Die Gewerkschaften begründen die Taktik damit, daß durch die ,,rollenden Streiks'', das häufige Wechseln des Streikschwerpunktes und die daraus folgende Desorganisierung der Produktion eine größere langfristige Wirkung auf das staatliche Monopol zu erreichen sei. Bisher wurde zweimal ohne Ergebnis verhandelt. Die Bergarbeiter haben den Streik von Anfang an durch Straßendemonstrationen unterstützt. Am 3. November demonstrierten 1000 von ihnen in Mühlhausen gegen den Versuch, durch Aussperrung in einer Grube den Streik zu spalten.

Kalisalze (Pottasche) sind ein wichtiger Rohstoff vor allem für die Düngemittelindustrie, und die Weltproduktion steigt – mit Ausnahme der Jahre 1974/75 – beständig. 1960 wurden 9,1

Beherrschung des Weltmarkts kämpfen zur Zeit die beiden Supermächte. Die sozialimperialistische Sowjetunion ist mit 8,7 Mio.t. im Jahr 1977 der größte Produzent, die US-Imperialisten kontrollieren außer ihrer eigenen Produktion von 2,2 Mio.t. die Produktion Kanadas mit 6,1 Mio.t. Die Imperialisten Westeuropas rechnen vor allem auf die Ausplünderung Palästinas, wo die zionistischen Siedler die Kalivorkommen am Toten Meer ausbeuten, weiter die Jordaniens und Brasiliens, die die Kaliförderung in den letzten Jahren aufgenommen haben.

Während sie die Kaliförderung seit Anfang der siebziger Jahre langsam senken, steigern die französischen Kapitalisten die Ausbeutung der Bergarbeiter. 1960 förderten 5505 Untertagearbeiter in den elsässischen Gruben 1,53 Mio.t. Kalisalz. 1977 förderten nur noch 2630 Arbeiter 1,58 Mio.t. Mit der Schließungsdrohung versuchen die Kapitalisten Lohnsenkungen und weitere Steigerung der Arbeitshetze zu erzwingen. Die Streichung der Heizungszulage bedeutet für die Kalibergleute einen Lohnverlust von 500 Francs im Jahr. Gleichzeitig sollen sie damit aus dem Bergarbeiterstatut, dem Rahmentarifvertrag für den gesamten Bergbau, herausgebrochen werden. Jacques Billet, der Generaldirektor der

einer Inflationsrate von 11%, bei einem Sinken des Reallohns in den letzten beiden Jahren um 2,3 und 1,1% (Statistik der EG-Kommission), bei der kürzlichen Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18% auf 20,25% und einer für 1979 geplanten Erhöhung der Lohnsteuer um 1,2 Milliarden Kronen. Der Gewerkschaftsverband (LO) hat seine zentralen Forderungen bisher nicht veröffentlicht. Aber sie scheinen mit dem dreisten Programm der Kapitalisten nicht vereinbar zu sein: die erste Verhandlung zwischen dem Kapitalistenverband und dem Gewerkschaftsverband brach nach 5 Stunden zusammen. Man wird sich voraussichtlich erst Mitte Dezember wieder treffen.

Schweden: Höhere Beamte sind heilige Kühe

z.bag. Die neue schwedische Regierung unter Ullsten hat geschafft, was weder Palme noch Fälldin ganz gelungen war: die Heiligsprechung des höheren Beamtenapparates zum Schutz vor den Angriffen der Volksmassen. Der Reichstag bekräftigte ein umstrittenes Gesetz, demzufolge die etwa 5000 Beamten des höheren Dienstes in Schweden nicht mehr per Klagerecht zur Rechenschaft gezogen werden können. Damit versucht die neue Regierung, der Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen freie Bahn zu schaffen und das angeschlagene Finanzkapital so gesunden zu lassen. Nach Staatsgeldern giert momentan vor allem die Stahl- und Werftindustrie. Die Großwerft Kockums in Malmö z.B., ein Privatkonzern, steht vor dem Konkurs und hat staatliche Subventionen angefordert. Da wird der Beamtenapparat Steuererhöhungen durchsetzen müssen, soll auch das System der Zwangsarbeit für Arbeitslose ausweiten. Ist nur fraglich, ob er dabei tatsächlich unangetastet bleibt.

Belgien: Neuwahlen im Dezember

z.gek.Brüssel. Für den 17. Dezember hat die belgische Bourgeoisie ,,Neuwahlen'' ausgeschrieben. Es geht um zweierlei: Die bürgerlichen Parteien wollen sich durch Stimmzettel ein *Mandat* für die schweren Angriffe auf die Arbeiterbewegung verschaffen, die sie vor allem durch das sogenannte Anti-Krisen-Gesetz eingeleitet, aber noch längst nicht durchgesetzt haben. Bis dahin will die Regierung Vanden Boeynants, vom Lärm der Wahlkampagne gedeckt, in einer ,,Kampagne der 32 Tage'' eine Serie von Maßnahmen durchgesetzt haben, die ,,den Weg zu einschneidenden Änderungen unseres nationalen Lebens öffnen werden''. Es handelt sich speziell um die Einfädelung eines sogenannten ,,Medizinisch-Sozialen Pakts'' zwischen Krankenkassen, Ärzteverbänden, Kapitalisten und Gewerkschaften, auf deutsch: Kostendämpfung im Gesundheitswesen, darüber die Sanierung der Rentenkassen. Weiter um die Einschießung von Milliarden in die Stahlindustrie zur forcierten Durchsetzung des Rationalisierungsprogramms. Schließlich, vornehmste Verpflichtung, um die pünktliche Zahlung von Tilgung und Zinsen aus der Staatsschuld an das Finanzkapital, 120 Mrd. Fb pro Jahr, ca. 7,5 Mrd. DM. – Die belgische Arbeiterklasse steht vor entscheidenden Klassenkämpfen. Die ,,Kommunistische Arbeiterpartei im Aufbau – Alle Macht den Arbeitern'' wird in allen Wahlkreisen in Belgien den bürgerlichen Parteien entgegentreten. Forderungen des Wahlprogramms sind: Aufhebung der Sondervollmachten der Regierung (im Rahmen des Anti-Krisen-Gesetzes, d.Verf.)! 36-Stunden-Woche sofort und 10% Neueinstellungen! Gegen die Erpressung der Arbeitslosen! Nationale Unabhängigkeit gegen amerikanische Einmischung und russische Aggressionsdrohungen!

UdSSR: Energieprogramm gegen die Massen

z.krk. Der 10. Fünfjahresplan der Sowjetunion sieht vor, 13 bis 15 Milliarden kWh elektrischer Energie mittels Kernkraftwerken zu erzeugen. Während die gesamte Energieerzeugung während des 9. Fünfjahresplans um 40% stieg, betrug die Steigerungsrate der nuklearen Energieerzeugung 400%. In dem jetzigen 10. Fünfjahresplan hat die Entwicklung der Kernenergie Priorität, obwohl das Land über große natürliche Energiequellen verfügt. – ,,Wir müssen immer östlicher und nördlicher vorrücken für das Öl, Erdgas und Kohle ... Über 350 Millionen Tonnen Heizmaterial werden jährlich von den östlichen in die westlichen Gebiete transportiert. Das kostet natürlich eine ganze Menge. Allein die Transportkosten machen mehrere Milliarden Rubel aus ...'' (Prawda, 4.8.78) Nicht nur, daß der Transport teuer ist. Lange Transportwege sind im Kriegsfall sehr verletzlich. Der Krieg auf den sich die Sozialimperialisten rüsten, wird um und in Europa geführt werden, also weit ab von den natürlichen Energiereserven. Heute werden 80% der elektrischen Energie der Sowjetunion im europäischen Teil des Landes verbraucht, jedoch nur 1/4 der natürlichen Reserven befindet sich hier. ,,Das Atom wird die Energieerzeugung von der Schwäche des Transports befreien,'' – so wird das Ziel des Kernenergieprogramms in der ,,Prawda'' formuliert. Dabei können die wertvollen Ölreserven des Landes geschont und gehortet werden. Über 60% der heute verbrauchten Heizstoffe werden aus Rohöl hergestellt. Das soll in Zukunft anders werden. – Die Bevölkerung hat die Gefährlichkeit des Atoms nicht vergessen, stellt die ,,Prawda'' fest. Mal ganz abgesehen davon, daß nicht das Atom, sondern die Kapitalistenklasse gefährlich ist, gibt es also Widerstand gegen das sozialimperialistische Energieprogramm, der mit den gigantischen, bevorstehenden Abenteuern nur wachsen wird.

Die Völker Afrikas beseitigen die kolonialen Hinterlassenschaften im Straßenbau

z.ere. Ganz bestimmt wird es nicht der ,,Schlüssel zur Welt'' gewesen sein, mit dessen Hilfe der Bremer Kaufmann Lüderitz dem deutschen Imperialismus eines der ,,letzten Gebiete der Erde'', das heutige Namibia ,,erschloß''. Mit Schutz- und Expeditionstruppe versuchte die deutsche Reichsbourgeoisie die Völker West- und Ostafrikas niederzuhalten. Bei ihren kolonialistischen Raubzügen stießen die Imperialisten auf den erbitterten Widerstand der afrikanischen Völker. Niederlage um Niederlage mußten sie einstecken. Der Ausbruch eines bewaffneten Aufstandes in Uganda 1892 führte zum endgültigen Zusammenbruch der berüchtigten British East Africa Company. Gezwungen durch den hartnäckigen bewaffneten Kampf der Nandi, der die 1901 fertiggestellte Bahnlinie westlich von Nakuru immer wieder lahmlegte, mußte die britische Kolonialmacht ausgediente Soldaten ihrer Kolonialarmee entlang der Bahnstrecke ansiedeln. Für den im Dezember 1895 begonnenen und sechs Jahre später abgeschlossenen Bau der einspurigen, steile Gebirgszüge überwindenden ,,Uganda-Bahn'' sehen sich die Kolonialisten gezwungen, 35000 Inder ins Land zu verschleppen, da sich die einheimische Bevölkerung nicht beugte, unter der Knute der Söldner zu arbeiten. Diese Bahn, zu deren ,,Schutz'' ebenfalls ganze Söldnerheere entlang ihrer Trasse angesiedelt werden mußten, diente der Ausplünderung der hochentwickelten ugandischen Königreiche. Durch Anschluß an die ,,Zentralbahn'' zum Tanganyika-See gelang den Imperialisten der Raubbau dieser fruchtbaren Agrarkulturen.

Vor der kolonialen Unterwerfung verbanden ,,Wirtschaftswege'' die benachbarten Wirtschaftsräume. Sie ermöglichten einen ausgedehnten Fernhandel, der vor allem hochwertige Güter umfasste, wie Salz, Kolanüsse, Elfenbein und Gold. Außer diesen Landverbindungen wurden auch Flüsse und Seen benutzt.

Die von den europäischen Imperialisten aufgebaute Infrastruktur, Eisenbahnlinien und Straßen, dienten einzig dem Zweck des schnellen Abtransports der geraubten Reichtümer des Landes. Die Imperialisten hinterließen ein einziges Chaos. Ein zusammenhängendes Eisenbahnnetz gab es nicht. In den meisten Staaten existieren nur ,,Stichbahnen'', die oft verschiedene Spurweiten aufweisen. Bis zur Befreiung gab es in Kenia keine befestigten Zugangsstraßen zu den Gebieten mit kleinbäuerlicher afrikanischer Landwirtschaft. Ebenso hatten die Imperialisten kein Interesse am Bau von Querverbindungen entsprechend den Routen der alten Handelswege, wenn sie nicht dem raschen Abtransport von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten zu den Häfen dienten.

Die Eisenbahn diente den Kolonialisten als Rückgrat des Transportwesens. Bis zum 2. Weltkrieg bauten sie Straßen nur als Zubringer für landwirtschaftliche Exportprodukte zu den Eisenbahnlinien. Parallel zu den Eisenbahnlinien verlaufende Straßen wurden nicht gebaut. Dieser kolonialistische ,,Nachlaß'', in den Schulbüchern gern als segensreiche Spende des ,,weißen Mannes'' dargestellt, kann nur unter Aufbietung gemeinsamer Anstrengungen der afrikanischen Völker beseitigt werden.

Staatliche Organisation und wirtschaftliche Entwicklung sind ohne leistungsfähiges Transport- und Nachrichtenwesen undenkbar. Für die arabischen und afrikanischen Länder hat ein solches Netz eine lebensnotwendige Bedeutung im Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus. Als Verbindung der afrikanischen Staaten untereinander, um den innerafrikanischen Warenaustausch, den Geldverkehr, die technische, wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit sowie die gemeinsamen Verwaltungsarbeiten zu ermöglichen, ist dieses Verbindungssystem unerläßlich. Modernste Teilkommunikations-



methoden sind erforderlich und befinden sich bereits im Aufbau. Uganda baut augenblicklich die erste Satellitenempfangsstation in Ostafrika, in Tansania befindet sich eine derartige Station in Planung. Der Generaldirektor des Post- und Fernmeldewesens Tansanias erklärte, daß die Station das Land im Fernmeldeverkehr nach außen unabhängig machen werde.

Mit fortschreitender landwirtschaftlicher und industrieller Entwicklung der einzelnen Länder wird der innerafrikanische Warenaustausch erheblich wachsen und damit auch die Notwendigkeit eines transafrikanischen Fernstraßennetzes. Die Fernstraßenverbindung hat sich als eine der wirtschaftlichsten herausgestellt, sowohl was die Aufwendung für Bau und Unterhaltung als auch den Transport anbelangt. Zum Beispiel verkehren täglich auf der Hauptstrecke Mombasa-Nairobi 2 Personen- und 10 Güterzugpaare. Das installierte und rollende Material ist damit bis an die oberste Leistungsgrenze ausgelastet. Für die 540 km lange Strecke benötigen die Züge immerhin 14 Stunden, während LKW's und Busse die Strecke in der halben Zeit bewältigen. Trotz unterschiedlicher Bodenbeschaffenheit in den einzelnen Regionen gestaltet sich der Straßenbau erheblich wirtschaftlicher als der Bau von Eisenbahnlinien. Auf dem westafrikanischen Plateau, das aus Laterit besteht, ist es ohne kostspieligen Aufwand möglich, Autobahnen ersten Ranges zu bauen. Die Elfenbeinküste baut bereits Tausende von Kilometern solcher Straßen.

Mit allen Anstrengungen arbeiten die Länder der Ostafrikanischen Gemeinschaft an der Fertigstellung der rund 1500 km langen Fernverbindung zwischen Nairobi und Addis Abeba. Bereits 1972 wurde der Neubau einer Asphaltstraße von Mombasa entlang der Küste bis zur tansanischen Grenze abgeschlossen. Ziemlich langsam, aber sicher, wird der alte ,,Traum'' der afrikanischen Länder von einer transafrikanischen Autostraße, die Kairo im Norden mit der Hauptstadt Botswanas, Gaborone im Süden verbinden soll, Wirklichkeit. Das wurde im Mai dieses Jahres vom Koordinierungsausschuß der Wirtschafts-Kommission der UNO für Afrika, der für die Koordinierung der Bauarbeiten der nationalen und der gemeinsamen Strecken zuständig ist, mitgeteilt. Die Arbeiten schritten gut voran, hieß es. Fast die Hälfte der gesamten Strecke von 9150 km, die Ägypten, den Sudan, Äthiopien, Kenia, Tansania, Sambia und Botswana durchqueren wird, ist bereits fertig.

Aufbau der afrikanischen Landwirtschaft

ebenfalls ganze Söldnerheere entlang ihrer Trasse angesiedelt werden mußten, diente der Ausplünderung der hochentwickelten ugandischen Königreiche. Durch Anschluß an die ,,Zentralbahn'' zum Tanganyika-See gelang den Imperialisten der Raubbau dieser fruchtbaren Agrarkulturen.

Vor der kolonialen Unterwerfung verbanden ,,Wirtschaftswege'' die benachbarten Wirtschaftsräume. Sie ermöglichten einen ausgedehnten Fernhandel, der vor allem hochwertige Güter umfasste, wie Salz, Kolanüsse, Elfenbein und Gold. Außer diesen Landverbindungen wurden auch Flüsse und Seen benutzt.

Die von den europäischen Imperialisten aufgebaute Infrastruktur, Eisenbahnlinien und Straßen, dienten einzig dem Zweck des schnellen Abtransports der geraubten Reichtümer des Landes. Die Imperialisten hinterließen ein einziges Chaos. Ein zusammenhängendes Eisenbahnnetz gab es nicht. In den meisten Staaten existieren nur ,,Stichbahnen'', die oft verschiedene Spurweiten aufweisen. Bis zur Befreiung gab es in Kenia keine befestigten Zugangsstraßen zu den Gebieten mit kleinbäuerlicher afrikanischer Landwirtschaft. Ebenso hatten die Imperialisten kein Interesse am Bau von Querverbindungen entsprechend den Routen der alten Handelswege, wenn sie nicht dem raschen Abtransport von Rohstoffen und landwirtschaftlichen

methoden sind erforderlich und befinden sich bereits im Aufbau. Uganda baut augenblicklich die erste Satellitenempfangsstation in Ostafrika, in Tansania befindet sich eine derartige Station in Planung. Der Generaldirektor des Post- und Fernmeldewesens Tansanias erklärte, daß die Station das Land im Fernmeldeverkehr nach außen unabhängig machen werde.

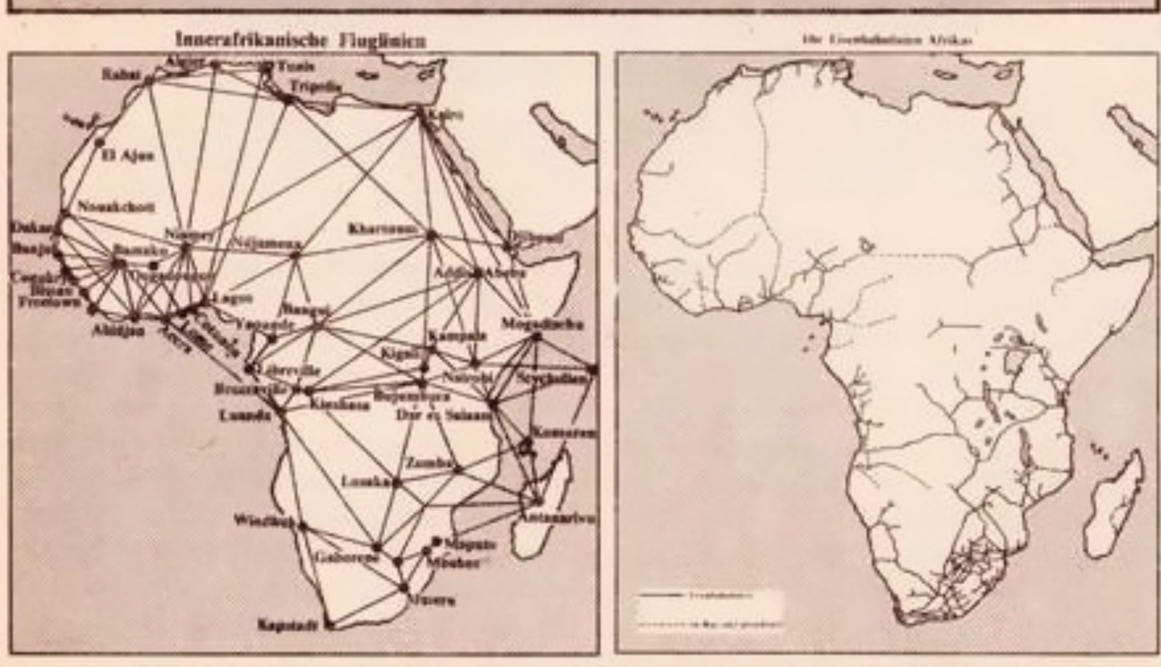
Mit fortschreitender landwirtschaftlicher und industrieller Entwicklung der einzelnen Länder wird der innerafrikanische Warenaustausch erheblich wachsen und damit auch die Notwendigkeit eines transafrikanischen Fernstraßennetzes. Die Fernstraßen-

abgeschlossen. Ziemlich langsam, aber sicher, wird der alte ,,Traum'' der afrikanischen Länder von einer transafrikanischen Autostraße, die Kairo im Norden mit der Hauptstadt Botswanas, Gaborone im Süden verbinden soll, Wirklichkeit. Das wurde im Mai dieses Jahres vom Koordinierungsausschuß der Wirtschafts-Kommission der UNO für Afrika, der für die Koordinierung der Bauarbeiten der nationalen und der gemeinsamen Strecken zuständig ist, mitgeteilt. Die Arbeiten schritten gut voran, hieß es. Fast die Hälfte der gesamten Strecke von 9150 km, die Ägypten, den Sudan, Äthiopien, Kenia, Tansania, Sambia und Botswana durchqueren wird, ist bereits fertig.

Das Fernstraßennetz Afrikas

Fernstraßen

Innerafrikanische Fluglinien



Am deutlichsten bei den Eisenbahnlinien, aber immer noch auffallend beim Fernstraßennetz ist die Handschrift der Imperialisten, die die afrikanischen Staaten Zug um Zug liquidieren. Die Eisenbahnlinien laufen vom Landesinnern schnurstracks an die Küste, typische Ausplünderungswege, auf denen die Imperialisten die Reichtümer Afrikas in die Metropolen Europas und Nordamerikas abtransportierten. Innerafrikanische Querverbindungen sind daher vollkommen unentwickelt. Ein erheblicher Teil des innerafrikanischen Transports und des Passagierverkehrs wird deshalb über die Fluglinien abgewickelt, was den Transport verteuert und den Handel untereinander hemmt. Daß die Imperialisten an der Aufrechterhaltung dieses Zustandes interessiert sind, zeigen ihre immer wieder neuen Anläufe, die Bedeutung der TanSam-Bahn herunterzuspielen. Ihren Interessen entsprechen Rollbahnen zur Küste, schnell und billig, um ihre Raffgier nach afrikanischen Rohstoffen eben schnell und billig befriedigen zu können.

Produktion von Benzin
in Mio. t

	1960	1965	1970	1975	Wachstumsrate 1965-75 % jährl.
Welt	273,7	355,9	487,1	602,6	5,41
Afrika	1,0	3,9	5,6	9,1	8,84
Nordamerika	178,0	208,5	264,0	305,8	3,90
Südamerika	17,2	25,6	37,4	45,9	6,01

Am deutlichsten bei den Eisenbahnlinien, aber immer noch auffallend beim Fernstraßennetz ist die Handschrift der Imperialisten, die die afrikanischen Staaten Zug um Zug liquidieren. Die Eisenbahnlinien laufen vom Landesinnern schnurstracks an die Küste, typische Ausplünderungswege, auf denen die Imperialisten die Reichtümer Afrikas in die Metropolen Europas und Nordamerikas abtransportierten. Innerafrikanische Querverbindungen sind daher vollkommen unentwickelt. Ein erheblicher Teil des innerafrikanischen Transports und des Passagierverkehrs wird deshalb über die Fluglinien abgewickelt, was den Transport verteuert und den Handel untereinander hemmt. Daß die Imperialisten an der Aufrechterhaltung dieses Zustandes interessiert sind, zeigen ihre immer wieder neuen Anläufe, die Bedeutung der TanSam-Bahn herunterzuspielen. Ihren Interessen entsprechen Rollbahnen zur Küste, schnell und billig, um ihre Raffgier nach afrikanischen Rohstoffen eben schnell und billig befriedigen zu können.

Produktion von Benzin
in Mio. t

	1960	1965	1970	1975	Wachstumsrate 1965-75 % jährl.
Welt	273,7	355,9	487,1	602,6	5,41
Afrika	1,0	3,9	5,6	9,1	8,84
Nordamerika	178,0	208,5	264,0	305,8	3,90
Südamerika	17,2	25,6	37,4	45,9	6,01
Asien (ohne UdSSR)	15,9	23,2	38,0	53,1	8,63
Europa	34,6	52,7	80,4	101,4	6,76
Australien	3,7	5,9	8,6	10,4	5,83

Bestand an Nutzfahrzeugen
in Mio.

	1960	1965	1970	1975	Wachstumsrate 1965-75 % jährl.
Welt	28,1	37,5	49,0	65,1	5,65
Afrika	0,7	1,0	1,4	2,2	7,18
Nordamerika	13,1	16,2	20,6	28,6	5,62
Südamerika	1,5	1,7	2,2	3,0	5,84
Asien	2,2	5,6	10,6	13,1	8,79
Europa	6,3	8,4	11,1	12,1	3,63
Australien	1,0	1,1	1,2	1,5	0,95

* ohne China, Nordkorea, Vietnam und UdSSR

Eisenbahnfrachtraten
1000 Mio. Nettotonnenkilometer

	1960	1965	1970	1975	Wachstumsrate 1965-75 % jährl.
Welt	3338	4195	5019	5992	3,62
Afrika	56	77	100	110	3,63
Nordamerika	947	1177	1302	1381	1,61
Südamerika	32	38	36	72	6,60
Asien (ohne UdSSR)	386	458	500	575	2,30
Europa	397	474	558	583	2,09
Australien	15	21	28	33	4,62

Quelle: Vereinte Nationen 1977, World Statistics in Brief

Mit unglaublicher Anstrengung und hohen Wachstumsraten auf noch niedrigem Niveau versuchen die afrikanischen Staaten, aus dem Elend des imperialistischen Erbes herauszukommen. Schon diese Statistiken beweisen den räuberischen Charakter des Imperialismus. Es gibt Bereiche der Produktion, wo auf dem ganzen Kontinent von den Imperialisten nicht eine einzige Fabrik erstellt wurde.

Aufbau der afrikanischen Landwirtschaft – Entwicklung durch eigene Anstrengung

z.ere. Afrika ist ein Agrarland, besagt die Schulbuchweisheit, denn als ,,Ganzes ist es *nur* für *kurze Zeit* von den Europäern beherrscht gewesen'', weshalb ,,es vorwiegend bäuerlich blieb –. Die Menschen leben in Dörfern ohne Strom und ohne Eisenbahn – die großen Leiden: Hunger, Bevölkerungsexplosion, niedrige Einkommen.'' Wie denn, Hunger und Elend in Ländern mit überwiegender Agrarwirtschaft? Den ,,Informationen zur politischen Bildung'' entnimmt der Leser: ,,Mangel an Leistungswillen, Passivität und Lethargie sind die zahlreichen Ursachen für das unzureichende Wirtschaftswachstum in der Dritten Welt.''

Fruchtbare und gepflegte Landschaften und eine keineswegs ,,so arme Regentschaft'', wie sie gewöhnlich immer ausgegeben ward, so fand Heinrich Barth 1849 die Tripolitanische Küstenebene vor und beflügelte mit seinem Bericht die Herzen der europäischen Kolonialisten. Der Schulbuchautor schiebt es gern unter den Tisch. Tatsächlich aber war Libyen im 19. Jahrhundert unter der Karamanli-Dynastie nicht nur politische Macht, die erfolgreich Kriege gegen Überfälle der USA im Mittelmeer (Barbary Wars 1801 – 1815)führte, sondern auch als wirtschaftlich starkes Exportland für Vieh und Getreide geachtet. Die italienische Invasion Libyens im Oktober 1911 hat die blühende Landwirtschaft des Landes gänzlich ruiniert. Die Folgen des kolonialen Raubbaus konnten erst in den letzten Jahren überwunden werden. Mehr als 9/10 des Staatsgebietes werden von Wüsten eingenommen. Sehr ungleichmäßig ist zudem das landwirtschaftliche Potential verteilt, auf drei historisch gewachsene Teilräume, wodurch es zu räumlichen Disparitäten kommt, die einen gleichmäßigen standardisierten Aufbau äußerst schwierig gestalteten.

Erst der nach der ,,Grünen Revolution'' von 1969 eingeleitete Zehnjahresplan für landwirtschaftliche Entwicklung ermöglichte es Libyen, die ,,Hinterlassenschaft'' der kolonialistischen Räuber erfolgreich zu bekämpfen: Durch Bereitstellung von reichlichen finanziellen Mitteln für Großprojekte; Darlehen und Subventionen an die einzelnen Bauern für Investitionen in Bauten, Maschinen und Betriebsmittel, zinsfrei; Gründung von Genossenschaften für landwirtschaftliche Produktion und Vermarktung; Durchführung von Forschungsarbeiten zur besseren Kenntnis der Wasserreserven; Subventionierung der einheimischen landwirtschaftlichen Produkte als Schutz gegenüber dem ,,Eindringen ausländischer'' Erzeugnisse. Um die drei landwirtschaftlichen Gebiete miteinander und mit den industriellen Zentren zu verbinden, sieht der laufende Zehnjahresplan rund 1,8 Mill. DM für landwirtschaftliche Straßenbauten vor.

Auch wenn die landwirtschaftlichen Entwicklungspläne in den arabischen und afrikanischen Ländern den größten Posten in den Entwicklungshaushalten einnehmen, so sind die Resultate in erster Linie, wie es Tansanias Präsident Nyerere erklärte, der harten Arbeit und der richtigen Führung der Menschen und nicht des Einsatzes bedeutender finanzieller Mittel geschuldet.

Auf der Bandung-Konferenz 1955 legten die Länder der Dritten Welt zum ersten Mal fest, daß sie, gestützt auf gegenseitige Hilfe, die neokoloniale Politik der Imperialisten bekämpfen könnten. Entscheidende Niederlagen mußten die Imperialisten und die beiden Supermächte hinnehmen. Der Erfahrungsaustausch und kooperative Ausbildungsprojekte helfen die eigenständige Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft zu beschleunigen. Erst im letzten September vereinbarten die Demokratische Volksrepublik Korea und Nigeria, ein großes Reisanbauprojekt, im nigerianischen River State zu verwirklichen. Unabhängigkeit bedeutet, daß man auf sich selbst gestellt leben kann, stellt die Erklärung von Arusha/Tansania von 1967 fest. ,,Es gibt keine echte Unabhängigkeit, wenn die Entwicklung eines Landes von Geschenken und Krediten anderer Staaten abhängt. Geschenke, die uns zu eigenen Bemühungen anspornen, sind nützliche Geschenke. Doch Geschenke, die unsere eigenen Bemühungen hemmen, sollten nicht angenommen werden.''

Transportmonopol der Imperialisten gebrochen

Staatliche Speditionen, Einfuhrkontrollen bei Pkws, gemeinsame Schiffahrt

z.brp. Die europäischen Großmächte streben seit jeher danach, Afrika in eine frei zugängliche Schatzkammer zu verwandeln. Das ist nie gänzlich gelungen. Die Imperialisten geben vor, daß die „Ungunstfaktoren" – worunter sie „steile Küsten, kaum natürliche Häfen, unwegsame Gegenden" verstehen – kurz eine „Verkehrsfeindlichkeit" die koloniale Erschließung ganz Afrikas verhindert habe. Sie führen als Beweis König Leopold II. von Belgien an, der die Stämme am Kongo unterworfen hat, aber nicht weiter ins Landesinnere eindringen konnte. Dieser König soll gesagt haben: „Coloniser, c' est transporter". In die Schulbücher schreiben die Kultusminister: „Die Erschließung der großen Reichtümer Afrikas hängt aufs engste mit der Entwicklung des Verkehrswesens ab" (Informationen für politische Bildung, Afrika II). Vorgespiegelt wird, es sei der Widerspruch zwischen Mensch und Natur ursächlich für die Erschließung des afrikanischen Kontinents, es ging jedoch um die *Unterwerfung* der afrikanischen Völker, und *diese* gelang nie gänzlich.

Der Entwicklungs- und Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Nachfolger von Marie Schlei, Offergeld, hat in Reaktion auf die Forderung der Länder der Dritten Welt nach einem neuen Weltwirtschaftssystem, wie es in den zur Zeit stattfindenden UNO-Konferenzen, der UNCTAD in Genf und der UNESCO in Paris, erneut verlangt wird, vor dem Entwicklungsausschuß des Bundestages dargelegt: „Eine ‚Grundbedürfnisstrategie' soll den Mindestbedarf an Ernährung, Unterkunft und Kleidung in den Entwicklungsländern decken und wichtige öffentliche Dienstleistungen wie Trinkwasser, sanitäre Anlagen sowie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen bereitstellen. Die wichtigsten Grundsätze einer verstärkten Grundbedürfnisstrategie lauten: Die Industrienationen seien verpflichtet, in der Dritten Welt die Armut zu bekämpfen und das Wachstum zu beschleunigen. Die Entwicklungsländer müßten ihre Eigenverantwortung bei der Deckung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung stärken. Die Entwicklungsländer hätten Rahmenbedingungen zu verbessern, damit die Armut systematisch verringert werden könne" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.11.78).

Was Offergeld will, ist hinterlistig. Bodenschätze, Kupfer, Gold, Erdöl, Erze, Phophate usw., natürliche Reichtümer und Spezialprodukte sind ja keine „Grundbedürfnisse". Der

beit, der Nachfolger von Marie Schlei, Offergeld, hat in Reaktion auf die Forderung der Länder der Dritten Welt nach einem neuen Weltwirtschaftssystem, wie es in den zur Zeit stattfindenden UNO-Konferenzen, der UNCTAD in Genf und der UNESCO in Paris, erneut verlangt wird, vor dem Entwicklungsausschuß des Bundestages dargelegt: „Eine ‚Grundbedürfnisstrategie' soll den Mindestbedarf an Ernährung, Unterkunft und Kleidung in den Entwicklungsländern decken und wichtige öffentliche Dienstleistungen wie Trinkwasser, sanitäre Anlagen sowie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen bereitstellen. Die wichtigsten Grundsätze einer verstärkten Grundbedürfnisstrategie lauten: Die Industrienationen seien verpflichtet, in der Dritten Welt die Armut zu bekämpfen und das Wachstum zu beschleunigen. Die Entwicklungsländer müßten ihre Eigenverantwortung bei der Deckung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung stärken. Die Entwicklungsländer hätten Rahmenbedingungen zu verbessern, damit die Armut systematisch verringert werden könne" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.11.78).

Was Offergeld will, ist hinterlistig. Bodenschätze, Kupfer, Gold, Erdöl, Erze, Phophate usw., natürliche Reichtümer und Spezialprodukte sind ja keine „Grundbedürfnisse". Der

Raub dieser Reichtümer soll beschleunigt werden. Der Raub ist doppelt, denn für „Ernährung, Unterkunft und Kleidung" wollen die Imperialisten die Länder der Dritten Welt „eigenverantwortlich" machen. – Für die Wiederherstellung der von den Imperialisten ausgebeuteten Arbeitskraft wollen die Imperialisten jedenfalls nicht zahlen.

Die Imperialisten, die 1968 noch „zweifelten", „ob die einzelnen Eisenbahnsysteme (in Afrika, d. Verf.) jemals zusammenwachsen werden", sind von den afrikanischen Völkern ihres Zweifels enthoben worden. Die Bundesregierung behauptet nun, mit ihrer „Entwicklungshilfe" der „Armut" in den Ländern der Dritten Welt abzuhelfen. Die Entwicklungshilfe würde die Infrastruktur der Länder verbessern.

An Kenia hat die Bundesregierung von 1963 bis 1977 345 Mio. DM „Entwicklungshilfe" gegeben. Damit solle das „Konfliktpotential" abgebaut werden, das sich aus der unterschiedlichen sektoralen und regionalen Entwicklung ergebe und damit solle die Entwicklung moderner Sektoren abgesichert werden, behauptet die Bundesregierung. Die Projekte, die sie dieses Jahr unterstützt, sind: der Ausbau von „Touristenstraßen" (40 Mio. DM Kredit), Infrastrukturmaßnahmen für Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung, vorgesehen sind Lieferungen von Geräteeinheiten für den allgemeinen Straßenunterhalt und von technischem Material für die kenianische Eisenbahn. Japan gibt Kenia einen 140 Mio. KSh-Kredit für Straßenbaumaschinen und schwere Lkws, die die kenianische Regierung in Japan kaufen muß.

Die Terms of Trade verschlechtern sich für Kenia ständig, der Außenhandel geht seit 1970 beständig zurück, die Weltmarktpreise für Kaffee sind innerhalb der letzten 8 Monate um 36% gedrückt worden. Für die Importe von nicht-elektrischen Maschinen, Transportausrüstungen, Eisen und Stahl aus Großbritannien, der BRD, Japan, dem Iran, der USA und Italien muß die kenianische Regierung immer mehr zahlen, was die wirtschaftliche Abhängigkeit Kenias erhöht.

Die reichhaltigen Rohstoffvorkommen in Kenia, sämtliche Natursteine, Kalke, Kies für die Zementherstellung; Kupfer; Gold; Eisenerze können nicht zum Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft eingesetzt werden, solange die Imperialisten wichtige kenianische Wirtschaftszweige beherrschen. Die einheimische Stahlindustrie befindet sich in Händen von sieben italienischen Kapitalisten, in der Petrochemie beuten Unilever, Shell, BP und Texaco die Arbeiter aus, der Fahrzeugbau wird beherrscht von British Leyland, Ford und General Motors über eine Tochter des berüchtigten Lonrho-Konzerns.

In Kooperation mit anderen Entwicklungsländern versucht Kenia, sich von dieser Aussaugung zu befreien.

Die kenianische Regierung hat in der Vergangenheit das Transportmonopol der westlichen Imperialisten weitgehend durchbrochen, das durch die westdeutschen Kapitale Kühne und Nagel und das Bundesunternehmen Schenker gebildet wurde. Die Transportgesellschaft Kenatco, eine Holding-Gesellschaft, ist seit 1964/65 im Besitz der kenianischen Regierung. Sie führt den Transport mit Schwertransportern in Koordination mit kleinen privaten kenianischen Unternehmen in die Nachbarländer Rwanda, Uganda, Sudan, Somalia, Zaire, Burundi und Ägypten durch. Mit Uganda ist gerade ein Luftfrachtabkommen abgeschlossen worden. Der ständige Sekretär im ugandischen Ministerium für Luftfahrt und Verkehr erklärte, die Menschen in Uganda und Kenia seien Brüder, und sie kämen nicht darum herum, ihre gemeinsame Grenze auf dem Luft-, Seeoder Landweg zu überschreiten. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit für Verhandlungen über bilaterale Luftverkehrsabkommen (Monitor-Dienst, 25.10.78). Ugandas Staatspräsident Amin hat im Juli zu einem Treffen von

eine Tochter des berüchtigten Lonrho-Konzerns.

In Kooperation mit anderen Entwicklungsländern versucht Kenia, sich von dieser Aussaugung zu befreien.

Die kenianische Regierung hat in der Vergangenheit das Transportmonopol der westlichen Imperialisten weitgehend durchbrochen, das durch die westdeutschen Kapitale Kühne und Nagel und das Bundesunternehmen Schenker gebildet wurde. Die Transportgesellschaft Kenatco, eine Holding-Gesellschaft, ist seit 1964/65 im Besitz der kenianischen Regierung. Sie führt den Transport mit Schwertransportern in Koordination mit kleinen privaten kenianischen Unternehmen in die Nachbarländer Rwanda, Uganda, Sudan, Somalia, Zaire, Burundi und Ägypten durch. Mit Uganda ist gerade ein Luftfrachtabkommen abgeschlossen worden. Der ständige Sekretär im ugandischen Ministerium für Luftfahrt und Verkehr erklärte, die Menschen in Uganda und Kenia seien Brüder, und sie kämen nicht darum herum, ihre gemeinsame Grenze auf dem Luft-, Seeoder Landweg zu überschreiten. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit für Verhandlungen über bilaterale Luftverkehrsabkommen (Monitor-Dienst, 25.10.78). Ugandas Staatspräsident Amin hat im Juli zu einem Treffen von

Ministern aufgerufen, die für Verkehr, Transport und Zivilluftfahrt in Burundi, Kenia, Rwanda, Sudan, Tansania, Uganda und Zaire zuständig sind. Auf diese Weise könne man zur Lösung der Verkehrsprobleme in der Region beitragen, meinte Staatspräsident Amin. (Radio Kampala, 14.7.1978).

Der kenianische Finanzminister Kibaki hat Anfang des Jahres auf einer mehrtägigen Konferenz aller leitenden Angestellten der Regierung, der staatlichen Unternehmen und der KANU, der kenianischen Einheitspartei, erörtert, daß die „weitere Kenianisierung des privatwirtschaftlichen Sektors, die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität und die Urbarmachung des unfruchtbaren Landes, die Diversifizierung der Industrie und ihre engere Verflechtung mit der Landwirtschaft, sowie die Schaffung weiterer Arbeitsplätze und die Ausrichtung des Erziehungswesen auf die künftigen Bedürfnisse des Landes" notwendig seien. (Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, September 1978)

Die Auflösung der gemeinsamen Verwaltung der Ostafrikanischen Eisenbahn, die von Kenia, Uganda und Tansania gemeinsam betrieben wurde und die 1977 in regionalen Verwaltungen weitergeführt wurde, nutzten die britischen Imperialisten, um Tansania einen Liefervertrag von 510 Güterzügen und 50 Passagierzügen aufzuzwingen. Die Transportschwierigkeiten Tansanias – z.B. verfaulte ein Großteil der tansanischen Zuckerernte, weil die Lkws kein Benzin herangeschafft werden konnte – verschärften sie noch dadurch, daß sie im Hafen von Dar es Salaam ein großes Chaos anrichteten, weil sie ihre Waren nicht zügig löschten.

Das Transportwesen auf der Straße ist in Tansania genossenschaftlich organisiert. 225 LKWs sind in den Hauptanbaugebieten von Baumwolle, Cashewnüssen, Mais und Reis stationiert und werden in der Erntezeit auf Anweisung der Genossenschaft an die unteren Ebenen verliehen.

Die UNCTAD-Konferenz in Genf fordert Handelsflotten für die Länder der Dritten Welt: In den Häfen werde 90% des Erdöls, ein Drittel der Massengüter Kohle, Getreide, Phosphate und Bauxit verladen, aber nur mit 6% seien sie mit eigenen Schiffen am Transport beteiligt. Die ostafrikanischen Staaten wollen die von Kenia, Uganda und Tansania betriebene Schiffahrtslinie East African Shipping Line, die zwei hochseetaugliche Frachtschiffe besitzt, in die neu zu gründende Wirtschaftsgemeinschaft einbeziehen und sie gemeinsam nutzen. Tansania will mit Unterstützung anderer afrikanischer Staaten den Hafen Dar es Salaam bis 1983 ausbauen. Die arabischen Staaten beraten ebenfalls den Aufbau einer gemeinsamen Handelsflotte. Libyen will für den Seetransport bis 1982 373 Mio. DL aufwenden.

Im September dieses Jahres schlossen die Regierungen von Libyen und Tansania einen Kooperationsvertrag über den Ausbau der gegenseitigen Unterstützung. „Im Bereich der Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern betonten die beiden Seiten die Bedeutung der arabischen und afrikanischen Zusammenarbeit bei der Unterstützung des Kampfes der Völker der Dritten Welt zur Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Befreiung und Verstärkung ihrer Kontrolle über ihre Bodenschätze. Sie bekräftigten, daß diese Zusammenarbeit die Wirksamkeit dieses Kampfes erhöhen und auch die Fähigkeiten dieser Länder, sich auf sich selbst zu verlassen, verbessern wird. Aus diesem Grunde appellierten sie an die arabischen und afrikanischen Länder, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Programme der arabisch-afrikanischen Zusammenarbeit für die Erfüllung der Bedürfnisse ihrer Völker einzusetzen." (JANA, 16.9.78)

Die Bauwirtschaft ist in beiden Ländern inzwischen verstaatlicht. In Libyen war das erste bedeutende Industrieprojekt nach der libyschen Revolution 1970 der Aufbau der Zementfabrik

delsflotte. Libyen will für den Seetransport bis 1982 373 Mio. DL aufwenden.

Im September dieses Jahres schlossen die Regierungen von Libyen und Tansania einen Kooperationsvertrag über den Ausbau der gegenseitigen Unterstützung. „Im Bereich der Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern betonten die beiden Seiten die Bedeutung der arabischen und afrikanischen Zusammenarbeit bei der Unterstützung des Kampfes der Völker der Dritten Welt zur Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Befreiung und Verstärkung ihrer Kontrolle über ihre Bodenschätze. Sie bekräftigten, daß diese Zusammenarbeit die Wirksamkeit dieses Kampfes erhöhen und auch die Fähigkeiten dieser Länder, sich auf sich selbst zu verlassen, verbessern wird. Aus diesem Grunde appellierten sie an die arabischen und afrikanischen Länder, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Programme der arabisch-afrikanischen Zusammenarbeit für die Erfüllung der Bedürfnisse ihrer Völker einzusetzen." (JANA, 16.9.78)

Die Bauwirtschaft ist in beiden Ländern inzwischen verstaatlicht. In Libyen war das erste bedeutende Industrieprojekt nach der libyschen Revolution 1970 der Aufbau der Zementfabrik

von Hums; im Entwicklungsplan 1972 bis 1975 gehörte die Zementindustrie, die Metallerzeugung, das Ingenieurswesen und die Elektronik zu den Schwerpunktprogrammen. 1978 ist eine neue Zementfabrik fertiggestellt worden, die eine Kapazität von 4 Mio. t/Jahr hat. Im September haben libysche Arbeiter ausländische Baufirmen besetzt und die Kapitalisten enteignet und die Leitung selber übernommen.

In Tansania gibt es staatliche Baustahlfabriken mit einer Leistung von 1000 t/Schicht, Eisengießereien und Fabriken zur Herstellung von Sprengstoff für den zivilen Bereich (Straßen-, Brückenbau etc.). Die ersten Studenten beschließen in diesem Jahr ihr Studium für Ingenieurswesen.

Seit 1977 haben Tansania und Libyen ein absolutes staatliches Einfuhrmonopol für PKWs errichtet. Die tansanische Regierung erteilt nur noch für 2 verschiedene PKW-Typen, nämlich VW und Volvo, die Einfuhrerlaubnis. Die Nutzfahrzeugmontage wurde 1973 aufgenommen, inzwischen werden Ersatzteile für importierte Fahrzeuge und andere Maschinen selbst hergestellt.

In Uganda sind am 25.8.78 neue steuerliche Abgaben und Gebühren festgesetzt worden. Von der 10%igen Verkaufssteuer werden unter anderem alle Range- und Land-Rover-Einfuhren befreit. Alle Kleinbusse mit weniger als 30 Sitzplätzen unterliegen hingegen in Zukunft einheitlich einem Einfuhrzoll von 50% und zusätzlich einer Verkaufssteuer von 25%. Algerien und Libyen planen jetzt, eine gemeinsame Auto- und Lastwagenindustrie aufzubauen.

Dokumente und Daten zur Entwicklung des afrikanischen Verkehrswesens

z.hev. Die Konferenz beschloß eine ganze Reihe von Empfehlungen zur Organisierung der technischen Zusammenarbeit, darunter die Empfehlung Nr. 30 „Die Stärkung von Transport und Kommunikation zwischen Entwicklungsländern": „Der Tatsache bewußt, daß die Stärkung von Transport und Kommunikation unter den Entwicklungsländern eine notwendige Bedingung dafür ist, daß die technische Kooperation zwischen den Entwicklungsländern ein Hauptfaktor im Entwicklungsprozess wird, sollten die Regierungen der Entwicklungsländer auf der Basis von Studien, die sie und, falls gewünscht, die Organisationen der Vereinten Nationen anfertigen, ganz besonders große Anstrengungen unternehmen, um alle Transport- und Kommunikationsmittel zwischen ihren Ländern zu verbessern und zu erhalten. In diesem Zusammenhang sollten alle Länder, die Organisationen der Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen die Ausführung von Programmen des Jahrzehnts des Transports und der Kommunikation in Afrika wirkungsvoll unterstützen."



Nachdem Libyen 1971 BP total verstaatlichte und 1973 51% der übrigen Gesellschaften übernahm, ist der Aufbau von Raffinerien, Äthylen- und Ammoniakfabriken und Gasverflüssigungsanlagen zielstrebig vorangetrieben worden. Das Bild zeigt eine petrochemische Fabrik in Libyen.

Afrikanische Entwicklungsbank

Seit ihrem Bestehen 1966 bis zum 31. Dezember 1977 hat die Afrikanische Entwicklungsbank rund 980 Mio. Dollar Kredite vergeben, die meisten für den Bereich des Transports (30,1%), womit 43 Projekte gefördert wurden, z.B.:

– Flughafen von Douala (Kamerun) 1972 bis 1977
– Teerung der Straße von Diosmone nach Ndangane in Senegal 1973
– Brückenbau auf der Route Ziguinchor – Cap Skirring in Senegal 1977
– Eisenbahnbau in Togo 1976
– Multinationale Unterstützung für die Afrikanischen Fluglinien und Eisenbahnlinien von 1972 bis 1976

Seit Juli 1978 vergebene Projekte verschiedener afrikanischer und arabischer Banken und Organisationen

Der Saudi-Arabische Entwicklungsfonds vergibt an den Sudan einen langfristigen Kredit von 35 Mio. Rial für den Ausbau einer Fernstraße im Westen des Sudan.

Die Afrikanische Entwicklungsbank vergibt an Burundi einen Kredit über 950000 Dollar für eine Studie, die das Projekt einer Straßenverbindung von

men sieht vor, daß Kenia den gesamten Passagiertransport, Ägypten den gesamten Frachtverkehr übernimmt, was auch der jetzt vorhandenen Kapazität an entsprechenden Flugzeugtypen nahekommt.

Das größte Projekt zur Entwicklung der Industrie in Nordafrika und der Sahelzone ist die Trans-Sahara-Straße



Dezember 1977 hat die Afrikanische Entwicklungsbank rund 980 Mio. Dollar Kredite vergeben, die meisten für den Bereich des Transports (30,1%), womit 43 Projekte gefördert wurden, z.B.:
– Flughafen von Douala (Kamerun) 1972 bis 1977
nach Ndangane in Senegal 1973
– Brückenbau auf der Route Ziguinchor – Cap Skirring in Senegal 1977
– Eisenbahnbau in Togo 1976
– Multinationale Unterstützung für die Afrikanischen Fluglinien und Eisenbahnlinien von 1972 bis 1976

Seit Juli 1978 vergebene Projekte verschiedener afrikanischer und arabischer Banken und Organisationen

Der Saudi-Arabische Entwicklungsfonds vergibt an den Sudan einen langfristigen Kredit von 35 Mio. Rial für den Ausbau einer Fernstraße im Westen des Sudan.

Die Afrikanische Entwicklungsbank vergibt an Burundi einen Kredit über 950000 Dollar für eine Studie, die das Projekt einer Straßenverbindung von

men sieht vor, daß Kenia den gesamten Passagiertransport, Ägypten den gesamten Frachtverkehr übernimmt, was auch der jetzt vorhandenen Kapazität an entsprechenden Flugzeugtypen nahekommt.

Das größte Projekt zur Entwicklung der Industrie in Nordafrika und der Sahelzone ist die Trans-Sahara-Straße



Die Präsidenten von Sambia und Tansania, Kaunda und Nyerere, bei der Eröffnung der Tan-Sam-Bahn: „Diese Bahn ist ein Sieg für Afrika."

N'Gozi über Muyenga nach Kobero untersuchen soll.

Libyen und Uganda gründen eine Holdinggesellschaft mit 50 Mio. Dollar Einlagekapital. Ihre Projekte betreffen den Aufbau von Zement- und Stahlwerken und den Straßenbau. Den Hauptanteil hat Libyen zur Verfügung gestellt und die gesamte Leitung und Projektplanung übernommen.

Trotz wüster Spaltungsversuche der Imperialisten haben die ostafrikanischen Staaten im Juni einen neuen Anlauf zur Verstärkung der Zusammenarbeit unternommen: die 1977 gegründete gemeinsame Fluggesellschaft East African Airlines vereinbarte Flüge zwischen Rwanda und Kenia, zwischen Ägypten und Kenia. Letzteres Abkom-

von Algerien nach Nigeria (Algier – Lagos). Der Bau wurde 1971 begonnen, jährlich wurden 370 km Straße fertiggestellt, 1980 soll die 3500 km lange Strecke fertiggestellt sein. Derzeit fehlt nur noch das letzte Teilstück bis zur Grenze Nigerias. Zur Zeit braucht man von Algier nach Lagos noch 8 – 11 Tage, nach Fertigstellung der Straße werden es nur noch 6 Tage sein, so daß der Transport mit dem LKW erheblich billiger sein wird, als der derzeitige noch notwendige Lufttransport. Die LKWs werden schon jetzt von speziell ausgebildeten Fahrern gefahren, die ein besonderes Trainingsprogramm für die langen Fahrten durch die Wüste erhalten. Die Soldaten der Armee Algeriens haben intensiv an dem Projekt mitgearbeitet.

Erste Konferenz der AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) über Kooperation in Bangui vom 28. Juni bis 1. Juli 1978

Bangui ist die Hauptstadt des Zentralafrikanischen Kaiserreichs. Die Delegierten waren sich über die Notwendigkeit des Ausbaus der Verkehrsverbindungen voll im Klaren. Einige Delegierte brauchten vier Tage, um nach Bangui zu gelangen. So berichtete der Delegierte von Botswana, daß er, endlich in Kinshasa (Zaire) angelangt, feststellen mußte, daß die kürzeste Verbindung von Kinshasa nach Bangui über Paris und London führte.

Die Delegierten von 27 AKP-Staaten beschlossen den Bau neuer Straßen zwischen ihren Ländern nach einer regionalen Schwerpunktplanung, den Ausbau des Fernsehnetzes und spezielle Frachttarife für die vom Meer abgeschlossenen Länder.

6000 DM Kredit zur Spaltung des Lohnkampfes

r.brb. Rechtzeitig zu den Lohnkäm pfen und den Landtagswahlen '79 hat die schleswig-holsteinische CDU-Frak tion beschlossen: Ab 1.1.79 soll jede Familie 6000 DM Kredit für das zweite Kind erhalten, zwei Jahre zins- und tilgungsfrei. Innerhalb der nächsten fünf Jahre hat die Abtragung zu erfolgen.

Beim dritten Kind sollen 1500 DM des Kredits erlassen,die Restschuld bei Geburt eines vierten Kindes gestrichen werden. Den Lohnkampf wollen die Bourgeoispolitiker spalten. Die eh schon eingeschränkten Gelder zur Aufzucht von Kindern kann sich die Arbeiterklasse nur im zähen Lohnkampf gegen die Kapitalisten verschaffen. 6000 DM bar auf die Hand – eine Alternative dazu? Rechnet man die Abzahlung in den fünf Jahren um, kommt man auf 100 DM monatliche Rate, nach Geburt eines dritten Kindes auf 75 DM. Lange Arbeitslosigkeit wird sich der Arbeiter nicht leisten können. Die Verschuldung soll der Bourgeoisie das Geschäft der Durchsetzung der „Mobilität" und Herunterstufung der Arbeiter auf niedrigen Lohn erleichtern.

Was leisten Sie für 12000 DM monatlich?

r. söh. Westberlin. Einen von dem Veranstalter TU Präsident Berger nicht gewünschten Verlauf nahm eine Podiumsdiskussion unter dem Thema „Öffentlicher Dienst – Parasit oder Produktivkraft?". Auf dem Podium befanden sich unter anderen der Vorsitzende der ÖTV Heinz Kluncker und der Westberliner Senator für Finanzen Riebschläger. Kluncker wehrte sich gegen den Begriff Parasit und zählte „notwendige gesellschaftliche Aufgaben", die der öffentliche Dienst zu erfüllen hätte, wie Volksbildung, Gesundheitsversorgung, Müllabfuhr usw., auf. Sein Fazit war, daß einige nicht die Wandlung vom „Feudalstaat zum Versorgungsstaat" begriffen hätten. Der Senator Riebschläger glaubte daran ansetzen zu können, indem er sagte, daß, wer mehr Dienstleistung fordere, auch bereit sein muß, mehr zu zahlen und sich zumindest dafür aussprechen muß, den öffentlichen Dienst unter „Leistungsgesichtspunkten zu betrachten": Es gab sofort die ersten Zwischenrufe: Was leisten Sie für 12000 DM monatlich? Dem Diskussionsleiter Chefredakteur des „Abend" Engert gelang es daraufhin nicht mehr, die Diskussion auf das Podium zu beschränken. Als in Reden von Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst und von einem Betriebsrat der Firma Reinz die Versammlung mehrfach aufgefordert wurde, sich gegen die Überprüfungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst auszusprechen, wurde die Veranstaltung ohne Schlußwort des Veranstalters für

Veranstalter TU Präsident Berger nicht gewünschten Verlauf nahm eine Podiumsdiskussion unter dem Thema „Öffentlicher Dienst – Parasit oder Produktivkraft?". Auf dem Podium befanden sich unter anderen der Vorsitzende der ÖTV Heinz Kluncker und der Westberliner Senator für Finanzen Riebschläger. Kluncker wehrte sich gegen den Begriff Parasit und zählte „notwendige gesellschaftliche Aufgaben", die der öffentliche Dienst zu erfüllen hätte, wie Volksbildung, Gesundheitsversorgung, Müllabfuhr usw., auf. Sein Fazit war, daß einige nicht die Wandlung vom „Feudalstaat zum Versorgungsstaat" begriffen hätten. Der Senator Riebschläger glaubte daran ansetzen zu können, indem er sagte, daß, wer mehr Dienstleistung fordere, auch bereit sein muß, mehr zu zahlen und sich zumindest dafür aussprechen muß, den öffentlichen Dienst unter „Leistungsgesichtspunkten zu betrachten": Es gab sofort die ersten Zwischenrufe: Was leisten Sie für 12000 DM monatlich? Dem Diskussionsleiter Chefredakteur des „Abend" Engert gelang es daraufhin nicht mehr, die Diskussion auf das Podium zu beschränken. Als in Reden von Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst und von einem Betriebsrat der Firma Reinz die Versammlung mehrfach aufgefordert wurde, sich gegen die Überprüfungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst auszusprechen, wurde die Veranstaltung ohne Schlußwort des Veranstalters für
beendet erklärt.

Urabstimmung bei den Bremer Schornsteinfegergesellen

r.bab. Am Donnerstag fand bei den Bremer Schornsteinfegergesellen die Urabstimmung für Streikmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen statt.

Durchgesetzt werden sollte eine Erhöhung des Wochenlohnes von 508,- auf 537,- DM. Die Innung hat als höchstes 531,- DM geboten. Das ist die Summe, die sie hofft, gegenüber dem Senat durchsetzen zu können, der über jede Lohnerhöhung entscheiden muß.

Die nötige Mehrheit für einen Streik konnte nicht erreicht werden. Von 87 Mitgliedern stimmten 54 für den Streik, 60 wären nötig gewesen, um den Streik durchzuführen. Der Hauptgrund für dieses Abstimmungsergebnis liegt zum einen darin, daß die Gesellen zum Teil nicht davon überzeugt werden konnten, daß ein Streik für 24,- DM im Monat notwendig ist und zum anderen daran, daß das Argument nicht gebrochen werden konnte, daß es den Meistern im Moment nur recht sein könne, wenn die Gesellen streiken, da in den meisten Bezirken die Jahres arbeit erledigt sei und für die Gesellen keine Arbeit da sei.

Der Vorstand des Bremer Bezirks des Zentralverbandes der Schornsteinfegergesellen, der Interessenvertretung der Gesellen, ist aufgrund dieses Abstimmungsergebnis zurückgetreten.

„Europa der Arbeitnehmer"

Neuerliche Ausrichtung der SPD für die Unterstützung imperialistischer Expansion

r.kaq. „Europa der Arbeitnehmer" ist die Parole, unter der die SPD die Wahl des Europa-Parlaments vorbereitet. „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit" sind „in Europa ... in Gefahr". (Beschlüsse zur Europapolitik) Die SPD will dem abhelfen mit dem Ziel, „daß die Völker Europas eine wirtschaftliche Einheit bilden und Ausbeutung und Unterdrückung gemeinsam überwinden". Führende Gewerkschaftssozialdemokraten wie Loderer und Vetter werden als Kandidaten für die Europawahl mit diesem Programm auf Stimmenfang gehen.

Der schleswig-holsteinische Spitzenkandidat und zweiter Landesvorsitzender der SPD Gerd Walter reiht sich dort ein. Warum soll es den„Brüsselern und Hamburgern fünfmal besser gehen als den Sizilianern und den Iren", fragt er. Das Europa-Pro gramm der SPD gibt die Antwort darauf. Die „Ungerechtigkeit" zwischen verschiedenen Regionen Europas soll aufgehoben werden mit der „Unterstützung einer an den Prinzipien der Solidarität orientierten Tarifpolitik der Gewerkschaften". Den „armen Ländern" soll geholfen werden mit einer „Regionalpolitik..., die keine neuen Randgruppen in den einzelnen Ländern entstehen läßt", und die Maßnahmen dafür sind die „Öffnung der Märkte" und die„Verlagerung und Ansiedlung von Produktion".

Öffnung der Märkte für das westdeutsche Finanzkapital und Bereitstellung von billiger Arbeitskraft zwecks Ausbeutung überall in Europa, das ist das Programm des Ausgleichs. Die Ungerechtigkeit, daß es Millionen ohne Ausbeuter gibt, soll aufgehoben werden. Damit die Profite dann auch in die Hände des westdeutschen Finanzkapitals fließen, soll die westdeutsche Arbeiterklasse mit der Verschärfung ihrer eigenen Ausbeutung das nötige Startkapital bereitstellen. Das nennt man dann „an den Prinzipien der Solidarität orientierte Tarifpolitik".

Neu sind diese Töne in der SPD Schleswig-Holsteins nicht, bereits auf ihrem Parteitag in Bad Bramstedt 1977 zur „Arbeitsmarktpolitik" wurden die Methoden der Lohnsenkung festgeschrieben. Was das Ehrenbergministerium jetzt zum Gesetz erheben will, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, ward damals schon beschlossen. „Arbeit bedeutet für Sozialdemokraten mehr als Vollbeschäftigung und Geldverdienen. Das heißt, daß der Mensch sich durch seine Arbeit verwirklichen kann." Unter diesem Motto fordert die SPD die „Ausweitung der Teilzeitarbeit in der Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst". Den Lohn sollen sich diejenigen, die Arbeit haben und die keine haben, teilen, um dann in einer kürzeren Arbeitszeit umso intensiver ausgebeutet zu werden. Ehrenberg und die SPD Schleswig-Holsteins sind sich einig: die „Mobilität" und die „Zumutbarkeit" der Arbeit muß ausgeweitet werden. So heißt es weiter im letzteren Beschluß: „Die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung ist an die Bereitschaft, sich umschulen oder fortbilden zu lassen, zu koppeln, und die von den Arbeitslosen anzunehmenden Arbeiten sind auf alle zumutbaren Arbeiten, für die der Arbeitslose aufgrund seiner allgemeinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten generell geeignet ist, auszudehnen." (Beschluß des Landesparteitages Bad Bramstedt, 10.9.77) Verwirklichung des Menschen in seiner Arbeit heißt für den Sozialdemokraten, daß er überhaupt arbeitet und „generell geeignet aufgrund seiner allgemeinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten" ist, zu jeder niederen Arbeit. Da spielt es dann auch keine Rolle mehr, ob es nun Zwangsarbeit ist, die da verrichtet wird, oder ob der Lohn eben nur für ein Elendsdasein ausreichend ist.

In der Vorbereitung des Landtagwahlkampfes 1979 will die SPD die Schiffbaukrise lösen. Eine Kieler Schiffbaukonferenz wurde veranstaltet, um die Werftarbeiter auf ein zwischen SPD und Gewerkschaftssozialdemokratie ausgeklügeltes Programm festzulegen. Die Errichtung eines Werftkontors und die finanzielle Hilfe aus Bonn sollen das „Beschäftigungs problem überwinden helfen, Subventionen im Spezialschiffbau anzuwenden und Produktionsumstellungen zu erleichtern." (Landtagswahlprogramm der SPD)

Norbert Gansel versuchte, auf der Kundgebung der IGM am 14.11. in Kiel vor HDW-Arbeitern diese Linie der Subventionierung der verschärften Ausbeutung fortzusetzen. An der „schlechten Konkurrenzlage seien doch nicht nur die höheren Löhne schuld, die uns in Schwierigkeiten bringen. Es gibt doch Bereiche auf den Werften, so der Sonderschiffbau (Kriegsschiffbau), wo die Konkurrenzfähigkeit da ist"! Entlassungen soll es nicht geben, die Arbeitsplätze sollen durch „weiterbilden" und „mehr Chancen für die Moblilität der Arbeitswelt" erhalten bleiben. Zu seinem Schaden waren dem Kundgebungsaufruf nur 450 der 8000 Werftarbeiter gefolgt.

Verschärfung der Ausbeutung, Lohnsenkung und Förderung der Mobilität der Arbeiterklasse, das ist das Programm der SPD Schleswig-Hol steins für die Landtags- und die Europawahl, ganz im Dienst des Finanzkapitals, um zum Vorreiter der Ausbeutung über ganz Europa zu werden. Wenn die Klassenwidersprüche sich verschärfen, dann müssen bürgerliche Parteien, wie die SPD sich wieder besinnen auf Sozialismus und die Überwindung der Ausbeutung, um die wahren Absichten ihres imperialistischen Programms zu verdecken.

Märkte" und die„Verlagerung und Ansiedlung von Produktion".

Öffnung der Märkte für das westdeutsche Finanzkapital und Bereitstellung von billiger Arbeitskraft zwecks Ausbeutung überall in Europa, das ist das Programm des Ausgleichs. Die Ungerechtigkeit, daß es Millionen ohne Ausbeuter gibt, soll aufgehoben werden. Damit die Profite dann auch in die Hände des westdeutschen Finanzkapitals fließen, soll die westdeutsche Arbeiterklasse mit der Verschärfung ihrer eigenen Ausbeutung das nötige Startkapital bereitstellen. Das nennt man dann „an den Prinzipien der Solidarität orientierte Tarifpolitik".

Neu sind diese Töne in der SPD Schleswig-Holsteins nicht, bereits auf ihrem Parteitag in Bad Bramstedt 1977 zur „Arbeitsmarktpolitik" wurden die Methoden der Lohnsenkung festgeschrieben. Was das Ehrenbergministerium jetzt zum Gesetz erheben will, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, ward damals schon beschlossen. „Arbeit bedeutet für Sozialdemokraten mehr als Vollbeschäftigung und Geldverdienen. Das heißt, daß der Mensch sich durch seine Arbeit verwirklichen kann." Unter diesem Motto fordert die SPD die „Ausweitung der Teilzeitarbeit in der



r.pes. „Die Krise können wir Arbeitnehmer nur gemeinsam bewältigen ... unsere Losung heißt, wir müssen schnell handeln, sonst ist ein gesamter Industriezweig gefährdet", leitete Otto vom Steeg, Bezirksleiter der IGM die Kundgebung der IGM „gegen Arbeitsplatzvernichtung ein". Nur 400 Arbeiter hörten sich die chauvinistische Hetze von ihm, dem Kieler Stadtpräsidenten Johannig – „Damals (vor 30 Jahren) wurden eure Arbeitsplätze von den Siegermächten bedroht, heute von der weltweiten Konjunktur und einer brutalen Konkurrenz", und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Gansel – „Die Unternehmer, die durchgehalten haben, dürfen nicht durch das Gießkannensystem der Subventionen gezwungen werden, die Kranken durchzuschleppen" – an. Als Ausweg aus der Krise lancierte der Otto vom Steeg neben den sattsam bekannten Forderungen nach Subventionen und „internationalen Abkommen gegen den Subventionswettlauf" den „Ausbau der nationalen Handelsflotte": – „Im nationalen Interesse muß die Handelsflotte ausgeweitet werden. Deutschland ist eines der größten Exportländer und hat nur eine kleine Handelsflotte. Der Ausbau der Handelsflotte würde viele Arbeitsplätze retten." Als weitere Maßnahme schlug er die politische Erpressung der Länder der 3. Welt vor: „Den Entwicklungsländern solle Entwicklungshilfe gewährt werden mit der Auflage, daß diese ihre Schiffbauaufträge an deutsche Werften verteilen." – Für dieses Programm der imperialistischen Expansion konnte er keinen Arbeiter gewinnen. Viele waren mit eigenen selbstgefertigten Transparenten gekommen unter den Forderungen „Keine Entlassungen bei HDW, Dietrichsdorf muß erhalten bleiben, 35-Stundenwoche, 7-Stundentag, Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, im Lohnkampf Festgeld 135 Mark". – Gansel: „Um als Politiker in Bonn was zu erreichen, muß man seinen Wahlkreis hinter sich haben". Die Kundgebung belehrte ihn, daß dem nicht so ist.

Hamburger Feuerwehrleute fordern 40-Stunden-Woche

Maßlose Intensivierung und Ausdehnung der Arbeitszeit wird nicht mehr hingenommen

r.hos. Seit Jahren kämpfen die Feuerwehrmänner der Hamburger Berufs- druck, von Ihnen zu fordern, die Dienstzeit der Feuerwehrbeamten auf schränkt dienstfähig sind und die Zahl der langfristig Erkrankten wächst. Im 12- und später 16-Mann-Zügen, der Bereitstellung von Urlaubs- und Aus-



r.pes. „Die Krise können wir Arbeitnehmer nur gemeinsam bewältigen ... unsere Losung heißt, wir müssen schnell handeln, sonst ist ein gesamter Industriezweig gefährdet", leitete Otto vom Steeg, Bezirksleiter der IGM die Kundgebung der IGM „gegen Arbeitsplatzvernichtung ein". Nur 400 Arbeiter hörten sich die chauvinistische Hetze von ihm, dem Kieler Stadtpräsidenten Johannig – „Damals (vor 30 Jahren) wurden eure Arbeitsplätze von den Siegermächten bedroht, heute von der weltweiten Konjunktur und einer brutalen Konkurrenz", und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Gansel – „Die Unternehmer, die durchgehalten haben, dürfen nicht durch das Gießkannensystem der Subventionen gezwungen werden, die Kranken durchzuschleppen" – an. Als Ausweg aus der Krise lancierte der Otto vom Steeg neben den sattsam bekannten Forderungen nach Subventionen und „internationalen Abkommen gegen den Subventionswettlauf" den „Ausbau der nationalen Handelsflotte": – „Im nationalen Interesse muß die Handelsflotte ausgeweitet werden. Deutschland ist eines der größten Exportländer und hat nur eine kleine Handelsflotte. Der Ausbau der Handelsflotte würde viele Arbeitsplätze retten." Als weitere Maßnahme schlug er die politische Erpressung der Länder der 3. Welt vor: „Den Entwicklungsländern solle Entwicklungshilfe gewährt werden mit der Auflage, daß diese ihre Schiffbauaufträge an deutsche Werften verteilen." – Für dieses Programm der imperialistischen Expansion konnte er keinen Arbeiter gewinnen. Viele waren mit eigenen selbstgefertigten Transparenten gekommen unter den Forderungen „Keine Entlassungen bei HDW, Dietrichsdorf muß erhalten bleiben, 35-Stundenwoche, 7-Stundentag, Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, im Lohnkampf Festgeld 135 Mark". – Gansel: „Um als Politiker in Bonn was zu erreichen, muß man seinen Wahlkreis hinter sich haben". Die Kundgebung belehrte ihn, daß dem nicht so ist.

Hamburger Feuerwehrleute fordern 40-Stunden-Woche

Maßlose Intensivierung und Ausdehnung der Arbeitszeit wird nicht mehr hingenommen

r.hos. Seit Jahren kämpfen die Feuerwehrmänner der Hamburger Berufsfeuerwehr um die 40-Stundenwoche. Derzeit beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 56 Stunden pro Woche in Wechselschicht. Im drei Schichtenturnus wird an den Wachen gearbeitet. Für einen Feuerwehrmann sieht das dann so aus: 1. Woche; montags bis donnerstags 8-Stundenschicht von 7.30 bis 15.30, Freitag von 7.30 bis Samstagfrüh 7.30 eine 24-Stundenschicht. 2. Woche; montags 15.30 bis Dienstagfrüh 16-Stundenschicht, von Mittwoch 15.30 auf Donnerstagfrüh nochmal 16 Stunden und die 24-Stundenschicht von Sonntag 7.30 auf Montag. 3. Woche; von Dienstag 15.30 auf Mittwoch 16-Stundenschicht, von Donnerstag 15.30 auf Freitag das gleiche, ab Samstagfrüh 7.30 beginnt die 24-Stunden schicht. 56-Stundenwoche, mal am Tag, mal nachts, mal beides zusammen.

Über 70% der Feuerwehrmänner sind in der ÖTV organisiert, das sind ca. 1300 Gewerkschaftsmitglieder. Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung am 24.10.1978 haben die Kollegen von den verschiedensten Wachen die unerträglichen Verhältnisse angegriffen. Einstimmig wurde ein Brief an die Senatorin Elstner und den Hamburger Senat beschlossen: „Nachdem die wöchentliche Dienstzeit bei der Berufsfeuerwehr ... auf 54 Stunden verkürzt wurde, wobei die wöchentliche Arbeitszeit bei 56 Stunden blieb (Abgeltung der zwei Stunden je Woche einmal jährlich in Freizeit), sind seither in Hamburg keine weiteren Dienstzeitverkürzungen erfolgt. Wie wir feststellen, gibt es auch heute noch keine ernsthaften Bemühungen... Diese Tatsachen ... veranlassen uns erneut und mit Nachdruck, von Ihnen zu fordern, die Dienstzeit der Feuerwehrbeamten auf 40 Wochenstunden herabzusetzen." Woche für Woche vereinnahmt der Staatsapperat 14, in Wirklichkeit 16 Überstunden von der Arbeitskraft der Feuerwehrmänner, ohne einen einzigen Pfennig mehr zu bezahlen. Ständig erhöht sich die Zahl der Einsätze. Mit der Einrichtung der computergeschalteten Einsatzzentrale hat sich die Zeit der Weitergabe des Einsatzbefehls an die Feuerwachen und Rettungswagen auf 30 Sekunden gesenkt und die Zeit bis zum Ausrücken auf weitere 40 Sekunden. Am schlimmsten ist es für die Besatzungen der Rettungswagen. 24-Stundenschicht. Pausenlose Einsätze. Häufig werden sie von der Fahrt vom Krankenhaus an die Wache zurück gleich zur nächsten Einsatzstelle gejagt. Dann vier Stock hoch, Verletzten behandeln, auf die Trage und 80 Kilo die Treppen herunterschleppen. Das Fahren mit Blaulicht verlangt erhöhte Konzentration. Nach so einer Schicht kann man sich die Schnürsenkel im Stehen zusammenbinden. Das dauert nicht lange, dann sind zumindest die Bandscheiben hin. Von 10 Bewerbern bei der Berufsfeuerwehr fallen 9 durch entweder bei der Einstellungsprüfung oder bei der gesundheitlichen Untersuchung. Kerngesund muß man sein, damit man innerhalb kürzester Zeit seine Arbeitskraft ruinieren lassen soll

Rückt der Zug aus, dann sitzen statt der an sich benötigten 16 Mann in der Regel etwa 9 Feuerwehrmänner gleichmäßig verteilt auf drei Fahrzeugen. Da soll dann einer für bald zwei arbeiten. Bei diesen Verhältnissen ist es klar, daß die Zahl der Frühpensionierungen steigt, ständig erhöht sich die Zahl derjenigen Kollegen, die nur eingeschränkt dienstfähig sind und die Zahl der langfristig Erkrankten wächst. Im April letzten Jahres beschloß die Hamburger Bürgerschaft, 55 neue Planstellen einzurichten. Das kennt man schon, wie die Sache läuft. Damals mußte selbst das Hamburger Abendblatt schreiben: „doch zugleich sollen an anderen Plätzen 54 Stellen – in der Regel nach Pensionierungen – eingespart werden."

Der Hamburger Senat und das Feuerwehramt gedenken überhaupt nicht, den Forderungen nach Schaffung von 12- und später 16-Mann-Zügen, der Bereitstellung von Urlaubs- und Ausbildungsreserven, der Herabsetzung der Pensionsaltersgrenze auf das 55. Lebensjahr und insbesondere der 40-Stundenwoche freiwillig nachzukommen. Die Überarbeit der beschäftigten Feuerwehrmänner bei gleichzeitiger Lohnsenkung ist ihre Absicht. Als der Hamburger Senat ebenfalls im letzten April die Anwärterbezüge bei den Feuerwehrmännern von A5 bei 1376 DM brutto auf 754 DM senken wollte, wurde diese Unverschämtheit zurückgekämpft.

„Selbstlosigkeit" durch Feuerwehrgesetz kleinlichst geregelt

„Wenn sichtbar wird, wie die Männer der Berufsfeuerwehr und oft genug auch die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren ihr Leben wagen, um Menschen aus der Gefahr zu retten und Sachwerte zu schützen, dann sollte das uns allen Anlaß sein, ihnen für ihre selbstlose Pflichterfüllung zu danken." (Ruhnau, ehemaliger Hamburger Senator für Inneres) – Feuerwehrgesetz von 1972 §2 Rechtsstellung der Feuerwehren: Berufsfeuerwehr und freiwillige Feuerwehren sind Einrichtung der Freien und Hansestadt Hamburg.

§19 Verletzung der Geheimhaltungspflicht. (1) Wer ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, das ihm in seiner Eigenschaft als Angehöriger oder Beauftragter einer mit Aufgaben aufgrund dieses Gesetzes betrauten Behörde bekanntgeworden ist, unbefugt offenbart, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Feuerwehrdienstvorschrift (FwDV) 4: Die Gruppe im Löscheinsatz.
Fahrzeugaufstellung
– Beim Anfahren und Aufstellen der Fahrzeuge ist darauf zu achten, daß die Fahrzeuge einsatzfähig und ungefährdet bleiben. Die Aufstellung hat so zu erfolgen, daß der Zugang zur Einsatzstelle ... nicht behindert wird.
– Retten. Retten ist das Abwenden einer Lebensgefahr von Menschen oder Tieren durch 1. lebensrettende Sofortmaßnahmen, die sich auf Erhaltung bzw. Wiederherstellung von Atmung, Kreislauf und Herztätigkeit richten und/oder 2. Befreiung aus einer lebensbedrohenden Zwangslage durch technische Rettungsmaßnahmen.

Landesschülervertretung wird neu gewählt

b.ols. Nur gegen den heftigen Widerstand des Volkes, insbesondere der Schüler und Lehrlinge, hat die Landesregierung im Juli ihr Landesschulgesetz verabschiedet. Die Möglichkeit, sich jetzt bei öffentlichen Auftritten dafür feiern zu lassen, hat ihr nichts gebracht. In Neumünster, wo der Kultusminister Braun auf einem Schülerkongreß im Mai von 800 Schülern ausgepfiffen worden ist, und wo 1300 Schüler aktiv gestreikt haben, hat Braun einen solchen Versuch unternommen. Vorsichtshalber hat er seinen Auftritt in die Herbstferien gelegt. Gekommen sind außer dem Neumünsteraner Bürgermeister, der dafür einen Scheck für den Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres überreicht bekam, nur die 30 Mitglieder der Jungen Union, die bei dem genannten Schülerkongreß gleich mit unter die Räder gekommen waren. – Stoltenberg auf dem CDU-Bildungskongreß vor fünf Wochen: „Trotz bemerkenswerter Fortschritte in vielen Einzelbereichen ist die Gesamtbilanz heute zwiespältig." Und er bedauert: „Die Fähigkeit, sinnvolle Kompromisse im Interesse der Sache zu finden, die in den 60er Jahren zu guten Resultaten führten, ist schwächer geworden." – Die SPD, die durch die Spaltung und Lähmung des Kampfes der Arbeiterbewegung gegen dies Schulgesetz in den Gewerkschaften dessen Verabschiedung überhaupt erst ermöglicht hat, macht ihm diese Sorgen nicht. Sorgen machen ihm die im Kampf gegen das Schulgesetz erreichten Fortschritte der Schüler- und Lehrlingsbewegung. Von denen konnte sich der Direktor der Berufsschule II/III in Kiel inzwischen mehrfach überzeugen. So mußte er hinnehmen, daß entgegen allen Bestimmungen des Schulgesetzes eine große Kundgebung zur Unterstützung des Kampfes der Lehrlinge im Ausbildungszentrum Ahrensbök in der Pause durchgeführt wurde. Eine Woche später, am letzten Donnerstag, durfte er erleben, wie eine Klasse es begrüßte, daß der Schülersprecher eine Unterrichtsinspektion durchführte bei einem Lehrer, der z.B. Lehrlinge wegen einmaligen Versäumnisses des Unterrichts von der Schule verwiesen und zu deren Kapitalisten geschickt hat. – Daß die Schüler und Lehrlinge anstatt der „Fähigkeit, Kompromisse zu finden", die Fähigkeit zum selbständigen Kampf erhöhen, und dazu die Schülervertretung nutzen, kann die Landesregierung nicht dulden. Wenn am 25./26.11. die neue Landesschülervertretung gewählt wird, hat die Landesregierung größtes Interesse daran, daß nicht erneut eine Vertretung gewählt wird, die den selbständigen Kampf der Schüler und Lehrlinge unterstützt. Allein mit offener Unterdrückung, zur Zeit der Geldsperre für die Streikflugblätter der Landesschülervertretung, kann sie dies nicht erreichen. Sie muß auf Spaltung und Verwirrung in der Schüler- und Lehrlingsbewegung setzen. Am kommenden Samstag wird sie sich dabei

Schulgesetz erreichten Fortschritte der Schüler- und Lehrlingsbewegung. Von denen konnte sich der Direktor der Berufsschule II/III in Kiel inzwischen mehrfach überzeugen. So mußte er hinnehmen, daß entgegen allen Bestimmungen des Schulgesetzes eine große Kundgebung zur Unterstützung des Kampfes der Lehrlinge im Ausbildungszentrum Ahrensbök in der Pause durchgeführt wurde. Eine Woche später, am letzten Donnerstag, durfte er erleben, wie eine Klasse es begrüßte, daß der Schülersprecher eine Unterrichtsinspektion durchführte bei einem Lehrer, der z.B. Lehrlinge wegen einmaligen Versäumnisses des Unterrichts von der Schule verwiesen und zu deren Kapitalisten geschickt hat. – Daß die Schüler und Lehrlinge anstatt der „Fähigkeit, Kompromisse zu finden", die Fähigkeit zum selbständigen Kampf erhöhen, und dazu die Schülervertretung nutzen, kann die Landesregierung nicht dulden. Wenn am 25./26.11. die neue Landesschülervertretung gewählt wird, hat die Landesregierung größtes Interesse daran, daß nicht erneut eine Vertretung gewählt wird, die den selbständigen Kampf der Schüler und Lehrlinge unterstützt. Allein mit offener Unterdrückung, zur Zeit der Geldsperre für die Streikflugblätter der Landesschülervertretung, kann sie dies nicht erreichen. Sie muß auf Spaltung und Verwirrung in der Schüler- und Lehrlingsbewegung setzen. Am kommenden Samstag wird sie sich dabei

vor allem auch auf jene Kräfte von und um den KB-Nord stützen können, die jetzt wegen „Passivität" der Schüler die Forderungen aus dem letzten Streik gestrichen wissen wollen. Die Schüler und Lehrlinge in diesem Land haben allen Grund, am kommenden Samstag gegen solche Pläne für die Durchsetzung ihrer Interessen zu sorgen.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27 – 29, 5000 Köln1, Telefon 0221/720876/77

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstr. 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäftsstelle Mannheim: J 7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergerstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Die Kollegen bei Pneutron in Itzehoe setzen Wahl eines Betriebsrates durch

b.cae. Pneutron ist ein metallverarbeitender Kleinbetrieb mit 60 Beschäftigten, wo im wesentlichen für Ford verschiedene Relais und Schalteinrichtungen hergestellt werden. Mit der Erstellung einer neuen Werkhalle sollen Aufträge von VW dazukommen. Dazu soll ein Computer zur Lohnabrechnung aufgestellt werden.

Da gibt es bislang nicht viel abzurechnen: 5,78 DM brutto pro Stunde bekommen die Frauen in der Fertigung mit 42 Stunden pro Woche bei ständig verschärfter Arbeitshetze. Für einige wenige kommt 300 DM im Monat mehr heraus mit Akkord, für viele Arbeiten liegt der Akkordsatz so hoch, daß er nur selten überschritten werden kann, oftmals gar nicht erreicht wird. Mit geringem Weihnachts- und Urlaubsgeld kommen die Frauen auf 750 bis 800 DM netto im Monat. Wen wundert es da, daß der Kapitalist von Pneutron, Priesemuth, der mit zwei Heimarbeiterinnen angefangen haben soll, seit zwanzig Jahren sein Auftragsvolumen ständig steigern konnte. Alle Versuche der Kollegen, den Kampf für ihre Interessen zu organisieren, scheiterten bisher an Unterdrückungsmaßnahmen und Entlassungsdrohungen.

Als es Anfang dieses Jahres darum ging, die streikenden Metallarbeiter in Nordwürtemberg-Nordbaden durch eine Resolution zu unterstützen, entfaltete sich die Debatte um die eigene Lage erneut heftig. 13 Arbeiterinnen und ein Lehrling unterstützten die Resolution, einige traten spontan der IG Metall bei. Es fanden unter den Kolleginnen Beratungen statt, die dazu führten, daß man zunächst des öfteren im Personalbüro aufkreuzte und die Bezahlung des inzwischen erhöhten Metalltarifes forderte und schließlich dazu ein Brief an die IG Metall geschickt wurde, in dem die Kollegen um die Unterstützung baten bei der Durchsetzung einer Betriebsratswahl und der Eingliederung in die Metalltarifverträge.

Mit der Kündigung einer Kollegin vor Erreichen der gesetzlichen Kündigungsfrist meinte die Geschäftsleitung, die Front für einen Betriebsrat wieder einreißen zu können – was ihr mißlang. Es fanden zwei Beratungen mit der IGM statt, an denen sich jeweils 15 Kollegen beteiligten, ihre Interessen darlegten und ihre Betriebsratskandidaten festlegten. Inzwischen ist auf einer ersten Betriebsversammlung der Wahlvorstand gewählt worden, der seine Arbeit aufgenommen hat. Dies ist ein großer Erfolg der Kollegen von Pneutron, den sie gegen die Geschäftsleitung und gegen die sozialdemokratischen Manöver des IGM-Sekretärs Ladehoff erzielt haben.

Ladehoff trat auf den Versammlungen immer sehr wortradikal auf, redete viel von „frühkapitalistischen Methoden", versuchte aber ständig, die Forderungen der Kollegen abzubiegen, indem er anstelle der Anerkennung der Metalltarifverträge innerbetriebliche Abmachungen vorschlug. Das hat er aber schon auf der zweiten Versammlung nicht mehr angeschnitten. Auch mit seiner Ansicht, daß man möglichst nur Facharbeiter zur Wahl aufstellen sollte, da diese aufgrund ihres gesicherten Arbeitsplatzes die „kleinen moralischen Nadelstiche" besser verkraften könnten, ist er nicht durchgekommen.

Es kommt jetzt darauf an, die Front um die richtigen Forderungen bis zur Wahl des Betriebsrates am 22. Dezember zu vergrößern, denn nur so kann die Absicht Priesemuths verhindert werden, durch eigens vom Meister angeworbene Betriebsratskandidaten zu spalten und Einfluß auf den Betriebsrat zu bekommen. Die Forderungen dazu sind die Eingliederung in die Tarife der IGM, dabei die Einstufung der Kolleginnen in die Lohngruppe II und III, Zahlung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes nach Metalltarif, Einhaltung der 40 Stunden Woche, 35 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich, Einhaltung der Ausbildungspläne für die Lehrlinge, geeignete Sicherheitsvorkehrungen in der Galvanik und ordentliche Lötabzüge in der Fertigung.

Die gegenwärtigen Forderungen nach Einstufung in Lohngruppe II und III wird von den Kollegen aufgestellt, weil bei dem bisherigen niedrigen Lohn von 5,78 DM die Stunde bei Lohngruppe II allein schon eine Erhöhung von 98 DM netto (St.kl.I) bzw. 88 DM (St.kl.V) und in Lohngruppe III eine Erhöhung um 144 DM netto (St.kl.I) bzw. 116 DM (St.kl.V) herauskommt.

Die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen und Erhöhung des Metalltarifs um einen Festbetrag von 135 DM wird im anstehenden Lohnkampf von den Metallarbeitern insgesamt durchgesetzt werden müssen. Der Kampf der Kollegen bei Pneutron um die Anerkennung des Metalltarifs wird den Zusammenschluß um diese Aufgaben und die Kampfkraft aller Metallarbeiter stärken.



Eine Demonstration gegen die Wehrkraftzersetzungsprozesse vor der Staatsschutzkammer Flensburg führten die Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein und Flensburg-Westküste mit Unterstützung des KBW am vergangenen Samstag in Flensburg durch. 150 Menschen beteiligten sich an der Aktion, 30 Broschüren der SRKs gegen die Prozesse wurden verkauft, 73,86 DM für eine Druckausrüstung der ZANU gesammelt. Die Flensburger Staatsschutzkammer gerät inzwischen immer mehr in Schwierigkeiten. So erregt eine offene Erklärung des Richters Sauer Aufsehen, die inzwischen in mehreren Städten als Plakat aufgetaucht ist. Dazu soll er jetzt am nächsten Prozeßtag gegen C.-U. Monica am 28.11. vernommen werden von den Rechtsanwälten. Er selber will an diesem Tag die „Kampfsau" Schmidt vernehmen.

Als es Anfang dieses Jahres darum ging, die streikenden Metallarbeiter in Nordwürtemberg-Nordbaden durch eine Resolution zu unterstützen, entfaltete sich die Debatte um die eigene Lage erneut heftig. 13 Arbeiterinnen und ein Lehrling unterstützten die Resolution, einige traten spontan der IG Metall bei. Es fanden unter den Kolleginnen Beratungen statt, die dazu führten, daß man zunächst des öfteren im Personalbüro aufkreuzte und die Bezahlung des inzwischen erhöhten Metalltarifes forderte und schließlich dazu ein Brief an die IG Metall geschickt wurde, in dem die Kollegen um die Unterstützung baten bei der Durchsetzung einer Betriebsratswahl und der Eingliederung in die Metalltarifverträge.

Mit der Kündigung einer Kollegin vor Erreichen der gesetzlichen Kündigungsfrist meinte die Geschäftsleitung, die Front für einen Betriebsrat wieder einreißen zu können – was ihr mißlang. Es fanden zwei Beratungen mit der IGM statt, an denen sich jeweils 15 Kollegen beteiligten, ihre Interessen darlegten und ihre Betriebsratskandidaten festlegten. Inzwischen ist auf einer ersten Betriebsversammlung der Wahlvorstand gewählt worden, der seine Arbeit aufgenommen hat. Dies ist ein großer Erfolg der Kollegen von



Eine Demonstration gegen die Wehrkraftzersetzungsprozesse vor der Staatsschutzkammer Flensburg führten die Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein und Flensburg-Westküste mit Unterstützung des KBW am vergangenen Samstag in Flensburg durch. 150 Menschen beteiligten sich an der Aktion, 30 Broschüren der SRKs gegen die Prozesse wurden verkauft, 73,86 DM für eine Druckausrüstung der ZANU gesammelt. Die Flensburger Staatsschutzkammer gerät inzwischen immer mehr in Schwierigkeiten. So erregt eine offene Erklärung des Richters Sauer Aufsehen, die inzwischen in mehreren Städten als Plakat aufgetaucht ist. Dazu soll er jetzt am nächsten Prozeßtag gegen C.-U. Monica am 28.11. vernommen werden von den Rechtsanwälten. Er selber will an diesem Tag die „Kampfsau" Schmidt vernehmen.

Bürofa-Kiel: 1600 Anschläge pro Minute

b.mag. „Rund 250 Firmen zeigen von simplen Bürogeräten bis zu aufwendigen Computern, was heute in der modernen Verwaltung an Arbeitserleichterungen und Organisationsmitteln zur Verfügung steht", schwärmt die KN am 4. November von der sechsten Fachausstellung für das „moderne Büro", die „Bürofa 78".

Arbeitslose Angestellte in Kiel

	Anfang 74	Ende 74	Ende 75	Ende 76	August 77
Männer:	ca. 700	ca. 900	ca. 1100	ca. 1200	ca. 1300
Frauen:	ca. 200	ca. 1800	ca. 2000	ca. 2800	ca. 3100

Vom „vollkommenen Anrufbeantworter" „mit den Funktionen einer Telefonistin, Stenotypistin, Sekretärin" über „geräuschgedämmte" Schreibmaschinen mit Korrektureinrichtung, schreibmaschinengroßen Computern („erledigt blitzschnell die tägliche Korrespondenz, schreibt automatisch Angebote, füllt Formulare, Schecks und Überweisungsträger punktgenau aus"), bis zum Computer, der „Lohnabrechnung, Zahlungsverkehr, Restrechnung, usw. erledigt" (aus Werbeschriften der Kapitalisten), wurde alles vorgeführt. „Der Computer befreit von nervenaufreibender Bürotätigkeit zugunsten anderer wichtigerer Aufgaben", heißt es in einer Werbebroschüre. Tatsächlich wurden zahlreiche Arbeiter und Angestellte von ihrem Arbeitsplatz „befreit" (s. Tabelle), was allein schon die Arbeitslosenzahlen zeigen. Mit der Einführung dieser Maschinerie wurden gleichzeitig die Tätigkeiten immer mehr vereinfacht, immer weniger Fachkräfte werden gebraucht, nur noch einige, die den Überblick haben müssen über die Funktion des Computers. Durch den umfangreichen Einsatz dieser Anlagen ist, so preist die Firma Kienzle, „von den umfangreichen manuellen Rechen- und Schreibarbeiten (bei einer Stromabrechnung) ...nur das Tasten der Zählerstände übriggeblieben." Rechnen braucht man nicht mehr zu können, und buchen schon gar nicht, aber schnell tippen. Der Großteil der Verwaltungstätigkeit reduziert sich auf reine Schreibtätigkeit, die billig entlohnt wird. Immer mehr Arbeitskraft preßt der Kapitalist aus den Schreibkräften heraus, sind doch die ganzen Kosten der Verwaltung für ihn unproduktiv, insofern sie keinen Mehrwert schaffen. Dazu lassen sie sich allerlei Tricks einfallen. Bei der Stadt Kiel z.B. gibt es in den einzelnen Abteilungen keine Sekretärinnen mehr, sondern ein „Schreibbüro", wo die Frauen dann den ganzen Tag nur vom Diktiergerät abzutippen haben. Oder auch durch Teilzeitarbeit. Um die Ausbeutung noch weiter zu steigern, haben die Kapitalisten großes Interesse an Erfindungen in diesem Bereich, wie sie jetzt auf der „Bürofa" vorgestellt wurden: die „intelligente Schreibmaschine". Damit ist es möglich, ohne nochmaliges Ausdrucken, sofort im Erstsatz eine fehlerfreie Vorlage zu tippen, was Zeitersparnis bei der Korrektur und durch den Wegfall des Ausspielens für den Kapitalisten bringt. Die eingetippte Zeile erscheint auf einem Monitor, wird kurz gelesen und korrigiert, dann durch einen Tastendruck ausgespielt und gleichzeitig abgespeichert. Der Kugelkopf ist ersetzt durch eine Plastikscheibe. Durch die Leichtigkeit der Scheibe und die Drehbewegung, statt Dreh-Kipp beim Kugelkopf, erfunden von Olivetti, schafft diese Maschine 1600, statt wie die Kugelkopfmaschine 900 Anschläge in der Minute.

Flugs ist da aus der „Befreiung von nervenaufreibender Bürotätigkeit" fast eine Verdoppelung des Arbeitstempos geworden. „...bedeuten innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Mittel zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung" (Programm des KBW). Die Kollegen in den Ämtern und Verwaltungen haben große Kämpfe vorzubereiten.

Termine und Veranstaltungen

Montag, den 20.11.
bis Freitag, den 24.11.

Veranstaltungsreihe des KBW:
Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition

Kiel, den 20.11., 20.00 Uhr, Humboldt-Schule
Notstandsgesetze, Polizeigesetze, Bundesgrenzschutz, Innere Sicherheit. Die Bourgeoisie rüstet gegen den bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse.

Kiel, den 21.11., 20.00 Uhr, Humboldt-Schule
Mit Beamtengesetz, Dienstrechts- und Verwaltungsreform soll der Öffentliche Dienst zum einheitlichen Spitzelapparat ausgebaut werden. Die kapitalistische Rationalisierung wird vorangetrieben.

Kiel, den 22.11., 20.00 Uhr, Humboldt-Schule
Investitionsgesetze und Haushalt. Krisenbewältigung für die Profite der Kapitalisten. Ausbau des Unterdrückungsapparates.

Kiel, den 23.11., 20.00 Uhr, Humboldt-Schule
Steuergesetzgebung. Planmäßig wird die Plünderung der Volksmassen betrieben.

Kiel, den 24.11., 20 Uhr, Humboldtschule
Wehrpflichtgesetze, Wehrstruktur und Ausbau des Militärapparates. Umrüstung der Armee, um für die Neuaufteilung der Welt gerüstet zu sein.

Donnerstag, den 23.11.
Prozeß gegen J.Steinborn, u.a. wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Beleidigung während der SRK--Kundgebung gegen den Reservistentag in Nordoe 1977. **Itzehoe, 9.00 Uhr,** Amtsgericht, Zi. 15

Freitag, den 24.11.
Prozeß gegen U.v.Appen wegen Verkaufs der KVZ vor der Berufsschule Kiel. **Kiel, 12.00 Uhr,** Amtsgericht, Schützenwall 31/33

Sonntag, den 26.11.
GDCF und Filmclub zeigen den chinesischen Film „Gold und Sand" **Kiel, 19.00 Uhr,** Druckerei, Eintritt 3 DM (1,50 DM)

Mittwoch, den 29.11.
Prozeß gegen R.Lötzer wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des KKW-Brokdorf. **Itzehoe, 13.30 Uhr,** Amtsgericht

Donnerstag, den 30.11.
Prozeß gegen B.Balzer wegen Beleidigung des Norderstedter Bürgermeisters Embacher. **Kiel, 10.30 Uhr,** Amtsgericht, Schützenwall 31/33, Zi. 106

Freitag, den 1.12.
Prozeß gegen F.Kontny wegen Beleidigung Ehrenbergs. **Lübeck, 11.00 Uhr Uhr,** Amtsgericht, Burgfeld 7, Zi. 252

Mittwoch, den 6.12.
Prozeß gegen F.Kontny wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz". **Lübeck, 12.00 Uhr,** Amtsgericht, Burgfeld 7, Zi 252

Zusammenschluß gegen politische Entlassung

und Beleidigung während der SRK--Kundgebung gegen den Reservistentag in Nordoe 1977. **Itzehoe, 9.00 Uhr,** Amtsgericht, Zi. 15

Freitag, den 24.11.
Prozeß gegen U.v.Appen wegen Verkaufs der KVZ vor der Berufsschule Kiel. **Kiel, 12.00 Uhr,** Amtsgericht, Schützenwall 31/33

Sonntag, den 26.11.
GDCF und Filmclub zeigen den chinesischen Film „Gold und Sand" **Kiel, 19.00 Uhr,** Druckerei, Eintritt 3 DM (1,50 DM)

Mittwoch, den 29.11.
Prozeß gegen R.Lötzer wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des KKW-Brokdorf. **Itzehoe, 13.30 Uhr,** Amtsgericht

Donnerstag, den 30.11.
Prozeß gegen B.Balzer wegen Beleidigung des Norderstedter Bürgermeisters Embacher. **Kiel, 10.30 Uhr,** Amtsgericht, Schützenwall 31/33, Zi. 106

Freitag, den 1.12.
Prozeß gegen F.Kontny wegen Beleidigung Ehrenbergs. **Lübeck, 11.00 Uhr Uhr,** Amtsgericht, Burgfeld 7, Zi. 252

Mittwoch, den 6.12.
Prozeß gegen F.Kontny wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz". **Lübeck, 12.00 Uhr,** Amtsgericht, Burgfeld 7, Zi 252

Zusammenschluß gegen politische Entlassung

b.Bad Segeberg. Mit der während der Probezeit gegen den Assistenzarzt M.Lohnstein ausgesprochenen Kündigung hat sich die Betriebsführung den Zusammenschluß der Assistenzärzte eingehandelt. Dadurch konnte erreicht werden, daß der Chefarzt mit den Gründen der Kündigung auf den Tisch mußte. Die politische Tätigkeit des Arztes für den KBW ist für die Betriebsführung der Kündigungsgrund. – Herausgekommen ist auch, daß der Chefarzt der Gynäkologie am Kreiskrankenhaus Bad Segeberg, Dr. Moll, ebenfalls die Kündigung mit betrieben hat. Ihm steckte noch in den Knochen, daß Lohnstein sich am Zusammenschluß am Barmbecker Krankenhaus gegen den §218 beteiligt hat. Dort war Moll früher Oberarzt. Eine vom Betriebsrat auf Antrag der Assistenzärzte beschlossene Betriebsversammlung konnte von der Betriebsführung in der letzten Woche abgebogen werden, weil sie zu dem genannten Termin nicht zur Verfügung stehe. Eine Abteilungsversammlung der Ärzte und Psychologen hat aber am 17.1. doch stattgefunden. Zahlreiche Anklagen mußte sich der Geschäftsführer Herr Pahl anhören, daß z.B. mit einem Schlüssel von einem Arzt auf 39 Patienten keine ausreichende Versorgung und Betreuung der Patienten möglich ist. Auf der Versammlung wurde eine Unterschriftensammlung für eine außerordentliche Personalvesammlung beschlossen. Als Thema sollen neben den Kündigungen und Verweisen die Zahlung der Bereitschaftsdienste und Forderungen zu den Tarifkämpfen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Kampf um Aktionsprogramm gegen die Reaktion

Auseinandersetzungen am Fachbereich Pharmazie der Universität Kiel

b.klm. An den Fachbereichen der Universität laufen in diesen ersten Semesterwochen Auseinandersetzungen um politische Rechte und Forderungen. Am Pharmazeutischen Institut ist es um die Frage eines Aktionsprogramms, das die Aufgaben am Fachbereich für die Studentenbewegung festhält, und die notwendigen Forderungen gegenüber der Professorenreaktion formuliert, in der Institutsgruppe, einem Zusammenschluß der Studenten am Fachbereich, zum Bruch gekommen. Einige Mitglieder haben den Sachverhalt, daß das Aktionsprogramm vor einer Diskussion mit allen Mitgliedern veröffentlicht wurde, genutzt, um eine Austrittsbewegung einzuleiten und damit die offene Debatte und Beschlußfassung über das Aktionsprogramm zu verhindern. Selbsthilfe und Zusammenarbeit mit den Professoren statt Kampf um die Durchsetzung der Interessen der besitzlosen Studenten gegen den staatlichen Ausbildungsherrn, war schon lange ihr erklärtes Ziel.

Politische Spaltung ist immer schädlich. Die Professoren haben diese Situation sofort genutzt, um in einem Semester zwei zusätzliche mündliche Prüfungen einzuführen und planen eine neue Aufnahmeklausur. Die Arbeitszeit soll nach den Richtlinien des Wissenschaftsrates, der im Aufrag der Bundesregierung arbeitet, ausgedehnt werden. Wie weit dies gelungen ist, wird am ersten Schaubild deutlich: Die Richtwerte der Kapazitätsverordnung von 1974 und die des Wissenschaftsrates vom 25.5.1977 legen 0,33 Stunden Vor- und Nachbereitungszeit pro Praktikumsstunde fest. Bei Vorlesungen gilt das Verhältnis 1:1. Die so ermittelten Wochenstundenzahlen liegen höher, als die Werte, die sich aufgrund der Aussagen der Studenten (laut bundesweite Umfrage) für die individuelle Arbeitszeit ergeben.

Deutlich wird daran, daß das Ziel der Bourgeoisie, den Arbeitstag zu verlängern, und die Studenten zu zwingen, sich den gesamten Anforderungen zu unterwerfen, nicht vollständig erreicht ist.

Daß kein Grund zum Jubeln für die Professoren besteht, sieht man daran, daß trotz Spaltung der Studenten durch die Opportunisten, in zwei Semestern ein Brief verabschiedet worden ist, in dem die Institutsleitung aufgefordert wird, nur noch zwei Wiederholungsanalysen höchstens zu fordern, und alle weiteren zu streichen. In einem Vergleich der Analysenhefte stellte sich heraus, daß im zweiten und vierten Semester mehr als doppelt soviele Analysen gekocht werden mußten, als vorgeschrieben. Willkürliche Ausdehnung der Arbeitszeit in den Laboren ist die Folge.

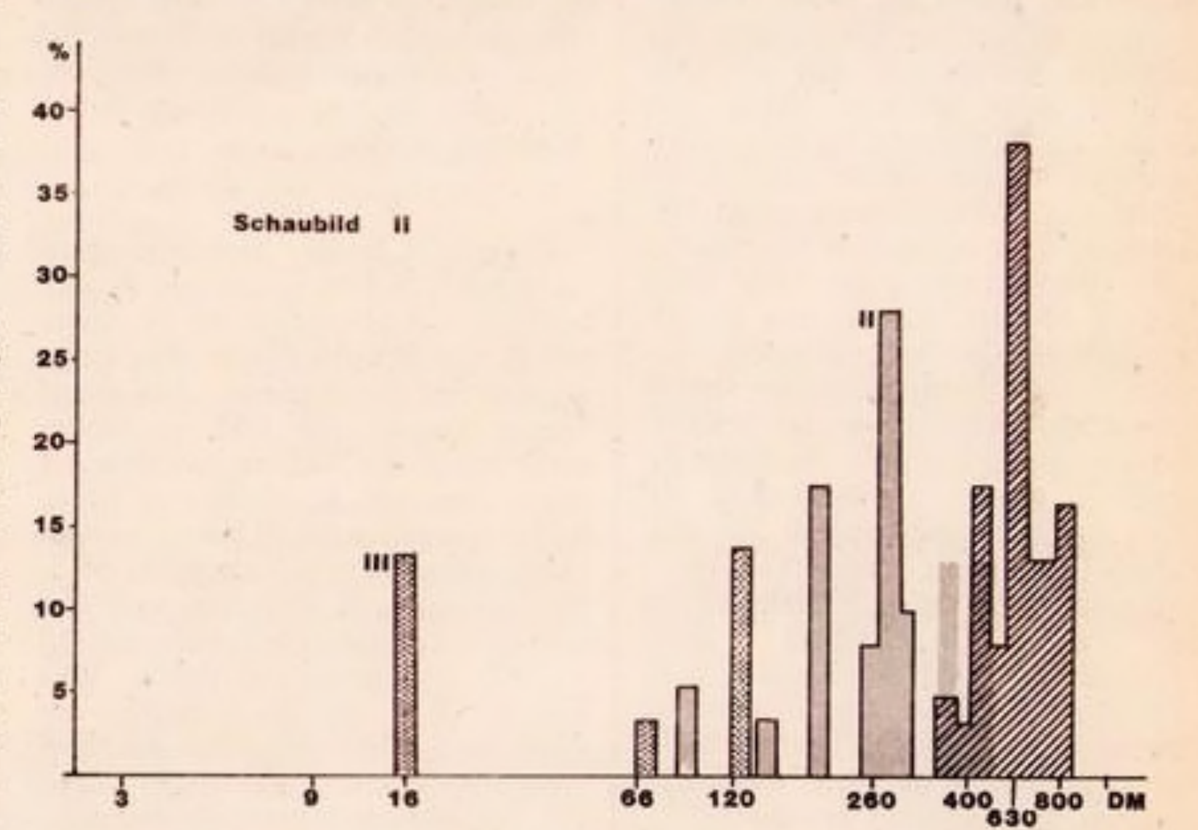
Im Verbund mit diesen Studienbedingungen kommen die Reproduktionsbedingungen voll zum Tragen. Schlüsselt man die Vorbereitungszeit zum Staatsexamen auf, ergibt sich:

Diejenigen, die in den Ferien arbeiten mußten, hatten 6,6 Wochen bei 42 Std./Woche zum Lernen zur Verfügung, was knapp sieben Wochen bei 40 Std./Woche entspricht. Die, die nicht arbeiten mußten, hatten über 8,2 Wochen bei 41 Std./Woche Zeit. Das entspricht 8,3 Wochen bei 40 Std./Woche. Den Besitzlosen stand also nicht nur weniger Zeit zur Verfügung (1,3 Wochen bei 40 Std./Woche), sondern sie mußten durchschnittlich zwei Stunden pro Woche mehr lernen und konnten doch nicht den ganzen Stoff bewältigen.

Da über 50% der Studenten angaben, auf Eigenverdienst im Semester angewiesen zu sein, kann man ermessen, welcher maßlosen Ausdehnung des Arbeitstages die Masse der Studenten unterworfen ist. Daß damit jedoch noch keineswegs die Reproduktion gesichert ist, wird am zweiten Schaubild deutlich: Hier sind wiederum die Ergebnisse der bundesweiten Umfrage zugrunde gelegt. Vom Gesamthaushalt (Kurve I) haben wir die Ausgaben abgezogen, die das Deutsche Studentenwerk für das Sommersemester 1976 als Zentralwert angegeben hat, und zwar die festen, d.h. für Miete, Lehrmittel und Verschiedenes (Versicherung, Studentenwerk, AStA-Beitrag und Haushaltsmittel) insgesamt 312 DM, wobei die Lehrmittel 37,40 DM im Durchschnitt betragen. (Kurve II). In der Kurve III, die erstellt ist nach weiterem Abzug der variablen Ausgaben: Kleidung. Lebensmittel, Fahrtkosten und „Genuß" (Zigaretten u.ä.) mit insgesamt 372 DM, erscheinen 70,7% der Pharmaziestudenten nicht mehr. Um sich nicht bis zu 284 DM zu verschulden, würden sie das ausgeben, was das Studentenwerk vor zwei Jahren angegeben hat, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich in ihrer Reproduktion erheblich einzuschränken.

100 DM mehr für jeden BAföG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag wird von den Pharmaziestudenten bundesweit gefordert, um der schrankenlosen Vernutzung der Arbeitskraft einen Riegel vorzuschieben.

Die vollständige Lehrmittelfreiheit, 40-Stundenwoche und das Recht, in allen Studienbedingungen Einspruch zu erheben, sind Forderungen, die den Interessen der besitzlosen Studenten entsprechen. Durch Zusammenschluß können sie gegenüber den Professoren im Kampf durchgesetzt werden.



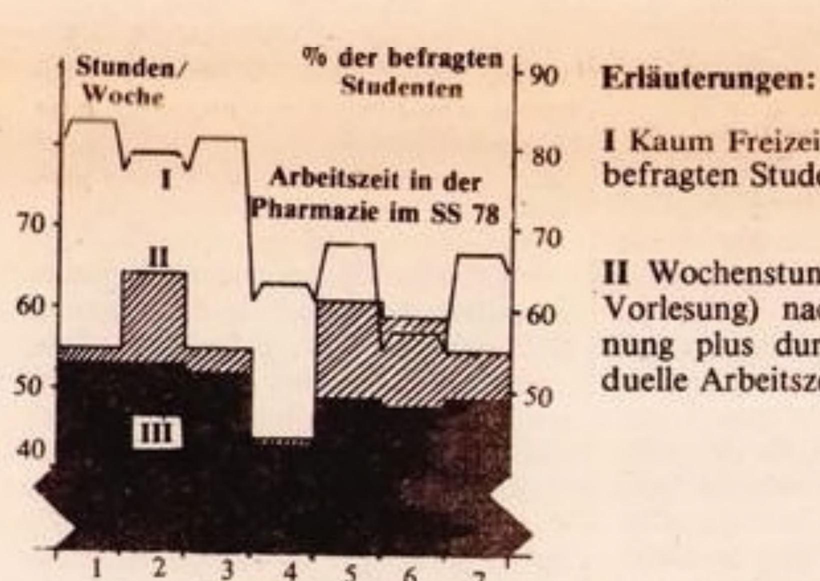
I Gesamthaushalt der befragten Studenten in %
II Gesamthaushalt der Studenten nach Abzug der festen Kosten für
Miete 196,00 DM
Lehrmittel 37,40 DM
Verschiedenes (Beitrag Studentenwerk, Versicherungen, AStA, Haushaltsmittel) 76,60 DM

312,00 DM

III Kurve II nach Abzug der ‚variablen' Ausgaben
Kleidung/Schuhe62,00 DM
Ernährung231,00 DM
Fahrtkosten 36,00 DM
„Genuß"(Zigaretten, Kino, Bier) 45,00 DM

372,00 DM

Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks für 1976



Erläuterungen:

I Kaum Freizeit im Studium (% der befragten Studenten)

II Wochenstunden (Praktikum und Vorlesung) nach Approbationsordnung plus durchschnittliche individuelle Arbeitszeit (Fragebogen)

Vollversammlung der Krankenpflegeschüler in Neumünster

b.Neumünster. Am 15.11.1978 fand im Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster eine Vollversammlung der Auszubildenden statt, nachdem sich seit Ende August einige Krankenpflegeschüler getroffen hatten, um über ihre Ausbildung zu beraten. Die Lage der Auszubildenden ist die, daß sie voll als Arbeitskräfte auf den Stationen eingesetzt werden. Für die wirkliche Ausbildung bleibt kaum Zeit, da die Schüler auf die Planstellen angerechnet werden. Zusätzlich ist das examinierte Personal selbst solcher Arbeitshetze unterworfen, daß den Schülern meist nur das Nötigste beigebracht werden kann. Die Auszubildenden fordern dazu in ihrer auf der Vollversammlung verabschiedeten Resolution, daß die Schüler nicht auf den Planstellenplan angerechnet werden sollen. Dazu soll auf jeder Station eine examinierte Schwester oder ein Pfleger für die Ausbildung der Schüler zuständig sein, damit eine gezielte Ausbildung möglich ist. Weiter werden die alten Beurteilungsbögen abgelehnt und Tätigkeitsnachweise verlangt, bei denen angekreuzt wird, was auf der Station gezeigt und gemacht worden ist. Auch gehört zur Ausbildung die Teilnahme an der Übergabe, denn es kann nicht angehen, daß die Patienten selbst gefragt werden müssen, was sie haben. Einen Stationswechselplan brauchen die Schüler, damit sie nicht nach Bedarf der Stationen an Schülern, sondern nach den Gesichtspunkten ihrer Ausbildung eingesetzt werden. Für den theoretischen Unterricht fordern sie einen Stoffverteilungsplan, der für jeden Kurs angibt, wieviele Stunden er in welchen Fächern in den drei Jahren Ausbildungszeit hat. Der Urlaub ist für die Auszubildenden oft in eine schlechte Zeit gelegt worden. So geht z.B. der zweite Kurs im November/Dezember in Urlaub und nächstes Jahr im September. Dazu wird gefordert, daß die Auszubildenden auch im Sommer Urlaub kriegen. Weiterhin wird die Zurücknahme der Lohnkürzung von 1977 für die Auszubildenden, die ca. 100 DM betrug, gefordert. Es soll jetzt eine gewerkschaftliche Jugendgruppe gegründet werden, die für die Durchsetzung der Forderungen arbeitet. Außerdem wird es nötig, eine Schülervertretung aufzubauen, die sich aus Vertretern der einzelnen Kurse zusammensetzt, damit die Verständigung und Zusammenarbeit der einzelnen Kurse besser klappt.

Rücknahme der Kündigungen gefordert

b.Kiel. Fünf Bauarbeiter der Baufirma H.Bracker in Kiel unterstützen die von Lehrlingen im überbetrieblichen Ausbildungszentrum Ahrensbök verabschiedete Resolution gegen die Kündigung der Lehrlinge W.Tank, R.Braungard und M.Tizstan durch die Baufirma Gebrüder Claussen und Max Giese. Sie fordern die sofortige Wiedereinstellung der Lehrlinge in ihr altes Ausbil-

Ausbildung eingesetzt werden. Für den theoretischen Unterricht fordern sie einen Stoffverteilungsplan, der für jeden Kurs angibt, wieviele Stunden er in welchen Fächern in den drei Jahren Ausbildungszeit hat. Der Urlaub ist für die Auszubildenden oft in eine schlechte Zeit gelegt worden. So geht z.B. der zweite Kurs im November/Dezember in Urlaub und nächstes Jahr im September. Dazu wird gefordert, daß die Auszubildenden auch im Sommer Urlaub kriegen. Weiterhin wird die Zurücknahme der Lohnkürzung von 1977 für die Auszubildenden, die ca. 100 DM betrug, gefordert. Es soll jetzt eine gewerkschaftliche Jugendgruppe gegründet werden, die für die Durchsetzung der Forderungen arbeitet. Außerdem wird es nötig, eine Schülervertretung aufzubauen, die sich aus Vertretern der einzelnen Kurse zusammensetzt, damit die Verständigung und Zusammenarbeit der einzelnen Kurse besser klappt.

Rücknahme der Kündigungen gefordert

b.Kiel. Fünf Bauarbeiter der Baufirma H.Bracker in Kiel unterstützen die von Lehrlingen im überbetrieblichen Ausbildungszentrum Ahrensbök verabschiedete Resolution gegen die Kündigung der Lehrlinge W.Tank, R.Braungard und M.Tizstan durch die Baufirma Gebrüder Claussen und Max Giese. Sie fordern die sofortige Wiedereinstellung der Lehrlinge in ihr altes Ausbil-dungsverhältnis.

Personalversammlung am Kreiskrankenhaus Preetz

b.Preetz. Der stellvertretende Landrat Borchert und Verwaltungsleiter Konopka wollten die Personalversammlung benutzen, um die Informanten der Betriebszeitung des KBW zu isolieren und entlassen zu können. Anlaß waren dazu die letzten Enthüllungen über die Zustände im Krankenhaus gewesen. – Deshalb hatten sie selber die Personalversammlung einberufen. Nur auf Antrag der Kollegen stand auch der Personalplan 79 zur Debattte. Hier wurde angegriffen, daß 1 ½ Gymnasiastinnenstellen zu wenig sind und daß die geplante ½ Stelle mehr bei gleichzeitiger Einbeziehung des Kreisalten- und Pflegeheims eine Mehrbelastung bedeutet. Die Besetzung der Intensivstation vor allem nachts reiche nicht aus, und die Umwandlung der Medizinalassistentenstellen in Assistentenstellen im Verhältnis 2:1 sei eine unzumutbare Mehrbelastung. Stellvertretender Landrat und Verwaltungsleiter stellten sich dumm. Dafür griffen sie die Betriebszeitung an: sie sei verlogen und würde das Personal von der Bevölkerung isolieren, jeder täte gut daran, sich davon zu distanzieren. Zum Inhalt nahmen die Reaktionäre keine Stellung. Ca. 5 von 50 bis 60 Anwesenden und natürlich die Chefärzte hauten in die gleich Bresche. Von anderen wurden die von Borchert durchgeführten Verhöre und verlangten Spitzeldienste zur Preisgabe des „Informanten" der Betriebszeitung angegriffen.

zeit soll nach den Richtlinien des Wissenschaftsrates, der im Aufrag der Bundesregierung arbeitet, ausgedehnt werden. Wie weit dies gelungen ist, wird am ersten Schaubild deutlich: Die Richtwerte der Kapazitätsverordnung von 1974 und die des Wissenschaftsrates vom 25.5.1977 legen 0,33 Stunden Vor- und Nachbereitungszeit pro Praktikumsstunde fest. Bei Vorlesungen gilt das Verhältnis 1:1. Die so ermittelten Wochenstundenzahlen liegen höher, als die Werte, die sich aufgrund der Aussagen der Studenten (laut bundesweite Umfrage) für die individuelle Arbeitszeit ergeben.

Deutlich wird daran, daß das Ziel der Bourgeoisie, den Arbeitstag zu verlängern, und die Studenten zu zwingen, sich den gesamten Anforderungen zu unterwerfen, nicht vollständig erreicht ist.

Daß kein Grund zum Jubeln für die Professoren besteht, sieht man daran, daß trotz Spaltung der Studenten durch die Opportunisten, in zwei Semestern ein Brief verabschiedet worden ist, in dem die Institutsleitung aufgefordert wird, nur noch zwei Wiederholungsanalysen höchstens zu fordern, und alle weiteren zu streichen. In einem Vergleich der Analysenhefte stell-

ten unterworfen ist. Daß damit jedoch noch keineswegs die Reproduktion gesichert ist, wird am zweiten Schaubild deutlich: Hier sind wiederum die Ergebnisse der bundesweiten Umfrage zugrunde gelegt. Vom Gesamthaushalt (Kurve I) haben wir die Ausgaben abgezogen, die das Deutsche Studentenwerk für das Sommersemester 1976 als Zentralwert angegeben hat, und zwar die festen, d.h. für Miete, Lehrmittel und Verschiedenes (Versicherung, Studentenwerk, AStA-Beitrag und Haushaltsmittel) insgesamt 312 DM, wobei die Lehrmittel 37,40 DM im Durchschnitt betragen. (Kurve II). In der Kurve III, die erstellt ist nach weiterem Abzug der variablen Ausgaben: Kleidung. Lebensmittel, Fahrtkosten und „Genuß" (Zigaretten u.ä.) mit insgesamt 372 DM, erscheinen 70,7% der Pharmaziestudenten nicht mehr. Um sich nicht bis zu 284 DM zu verschulden, würden sie das ausgeben, was das Studentenwerk vor zwei Jahren angegeben hat, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich in ihrer Reproduktion erheblich einzuschränken.

100 DM mehr für jeden BAföG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag wird von den Pharmaziestudenten bundesweit gefordert, um der schrankenlosen Vernutzung der Arbeitskraft einen Riegel vorzuschieben.

haltsmittel) 76,60 DM

312,00 DM

III Kurve II nach Abzug der ‚variablen' Ausgaben
Kleidung/Schuhe62,00 DM
Ernährung231,00 DM
Fahrtkosten 36,00 DM
„Genuß"(Zigaretten, Kino, Bier) 45,00 DM

372,00 DM

Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks für 1976



Erläuterungen:

I Kaum Freizeit im Studium (% der befragten Studenten)

II Wochenstunden (Praktikum und Vorlesung) nach Approbationsordnung plus durchschnittliche individuelle Arbeitszeit (Fragebogen)

KBW-Studienprogramm

20. bis 24.November 1978

– Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien –
– seit Beginn der Großen Koalition, Teil I –

I.
a) Notstandsgesetze, Polizeigesetze, Bundesgrenzschutz, Innere Sicherheit. Die Bundesregierung rüstet gegen den bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse
b) Mit Beamtengesetz, Dienstrecht- und Verwaltungsreform soll der öffentliche Dienst zum einheitlichen Spitzelapparat ausgebaut werden. Die kapitalistische Rationalisierung wird vorangetrieben
c) Investitionsgesetze und Haushalt. Krisenbewältigung für die Profite der Kapitalisten. Ausbau des Unterdrückungsapparates
d) Steuergesetzgebung. Planmäßig wird die Plünderung der Volksmassen betrieben
e) Wehrpflichtgesetze, Wehrstruktur und Ausbau des Militärapparates. Umrüstung der Armee, um für die Neuaufteilung der Welt gerüstet zu sein

Kiel, Humboldtschule 20.00 Uhr

27.November bis 1.Dezember

– Schulung: Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei –
Preetz, Gaststätte Schellhorner Berg, Plöner Landstraße, 20.00 Uhr
Neumünster, Gaststätte „Mühlenhof" (Montag bis Donnerstag), Schützenstraße 34, Freitag Gaststätte „Winterhuder Eck", Rendsburger Straße/Ecke Victoriastraße, täglich 20.00 Uhr
Itzehoe, Gaststätte „Zum Kulmbacher", Große Paaschburg 55, 20.00 Uhr
Segeberg, Gaststätte „Zum Schultheiss", Hamburger Str. 41, 20.00 Uhr
Norderstedt, „Bazar-Hotel", im Herold-Center, 20.00 Uhr
Pinneberg, Karl-Sörensen-Schule, Lindenstraße, 20.00 Uhr
Kiel, Max-Planck-Schule, Winterbeker Weg, 20.00 Uhr
Ahrensburg

4. bis 8.Dezember 1978

– Schulung: Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei –
Kiel, Humboldt-Schule, Knooper Weg, 20.00 Uhr
Rendsburg, Gaststätte „Am Rotenhof", Rotenhöfer Weg 75 (Montag, Dienstag, Donnerstag), „Kleine Kneipe", Fockbeker Chaussee 108 (Mittwoch, Freitag), täglich 20.00 Uhr
Eutin
Mölln, „Eulenspiegelklause", 20.00 Uhr

– Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein –
Segeberg, Gaststätte „Zum Schultheiss", Hamburger Str. 41, 20.00 Uhr

11. bis 15.Dezember 1978

– Lohnsummen und Lohnsummenverteilung –
Kiel, Max-Planck-Schule, Winterbeker Weg, 20.00 Uhr

– Schulung: Lenin, Staat und Revolution –
Pinneberg, Karl-Sörensen-Schule, 20.00 Uhr
Ahrensburg

– Schulung: Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei –
Lübeck, Pizzeria Rimini, Breite Straße 21, 20.00 Uhr

18. bis 22.Dezember 1978

– Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien –
– seit Beginn der Großen Koalition, Teil II –
Kiel, Humboldtschule, 20.00 Uhr

2. bis 5.Januar 1979

– Schulung: Lenin, Staat und Revolution –
Kiel

– Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre –
Lübeck

8. bis 12.Januar 1979

– Schulung: Lenin, Staat und Revolution –
Kiel, Rendsburg, Preetz, Segeberg, Norderstedt, Lübeck, Eutin, Mölln

– Reihe zur Kritik am Reformismus –
Neumünster

– Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre –
Kiel, Itzehoe

– Schulung: Stalin, Grundlagen des Leninismus –
Ahrensburg

Entstehung des „größten geschlossenen Baumschulengebiets der Welt" im Kreis Pinneberg

b.bea. Im Kreis Pinneberg existiert heute das größte geschlossene Baumschulengebiet der Welt. Halstenbek ist die Wiege des Waldes. Darauf weisen die Baumschulkapitalisten immer wieder mit Stolz hin. Aber wie konnte der Kreis Pinneberg das größte Baumschulgebiet werden?

Angefangen hat es um ca. 1800 in Halstenbek und in Elbdorf-Flottbek, dem heutigen Altona. Vor 100 Jahren war Halstenbek noch ein Bauernhof. Da die Böden für Getreideanbau nicht so gut geeignet waren, lebten dort ziemlich arme Bauern, die, um sich ihr Brot zu verdienen, hart arbeiten mußten.

Aus dieser Not heraus fingen sie an, auf kleinen Landstrichen als Nebenerwerb Bäume zu züchten, denn dafür war der Boden gut geeignet. Ein Geestboden, der steinarm ist, außerdem hohe Luftfeuchtigkeit und hohe Niederschlagszahlen. Aufgrund dieser günstigen Bodenbedingungen sind Hamburger Handelskapitalisten auf diesen Produktionszweig aufmerksam geworden. Sie konnten sich ein Beispiel nehmen an Booth, einem Schotten, der schon 1800 den ersten Baumschulbetrieb gegründet hatte. Da sich daraufhin die Baumschulbetriebe z.B. Pein & Pein ausdehnten, mußten sich die armen Bauern dort als Landarbeiter verdingen. Andere Erwerbs- oder Nebenerwerbsstellen gab es nicht, weil es im Kreis Pinneberg eigentlich kaum Industrie gab. Vorher lebten hier ja fast nur Bauern. Die Vergrößerung der Baumschulbetriebe ging mit großer Schnelligkeit voran, als in Halstenbek die erste Eisenbahnstation gebaut wurde. Nun konnten größere Mengen der Waren woandershin gebracht werden, z.B. nach Hamburg. Von dort aus ist es ein Leichtes, die Waren so ziemlich überall hin zu transportieren. Zu den ersten Abnehmern der Baumschulerzeugnisse gehörten die Herrschaftsgärten an der Elbe.

Nach dem Bau der Eisenbahn stieg die Produktion ständig. Bald wurde die Menge von 17 Wagenladungen pro Jahr erreicht. Die Baumschule Pein hatte sich bis 1888 auf 18 ha vergrößert. Für einen solchen Betrieb ist das gar nicht wenig, denn bei der Baumschulproduktion wird der Boden viel intensiver genutzt als in der Landwirtschaft. Das nächste Gebiet, was beliefert wurde, war Ostelbien. In diese Gebiete gingen später über 60% der Erzeugnisse. Also einer der wichtigsten Abnehmer. Insgesamt bedeutete das eine gewaltige Steigerung der Produktion. Für die Kapitalisten war auch besonders günstig, daß die Löhne so niedrig waren. Um 1948-49 hat ein Baumschularbeiter einen Lohn von 1,30 DM gehabt. Das ist im Vergleich zur Industrie denkbar wenig.

Heute können die Baumschulkapitalisten nicht mehr nach Ostelbien liefern, dieser Weg ist ihnen versperrt, was ihnen sehr zu Herzen geht. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick, wie sich die Baumschulen seit Beginn vermehrt haben.

Man kann deutlich sehen, daß die damalige Investition sich für die Kapitalisten gelohnt hat, obwohl durch den Krieg einiges an Boden verloren gegangen ist. 1936 waren es 2423,73 ha Baumschulfläche, 1942 2348,76 ha und 1947 nur noch 1598,71 ha. Daß die Baumschulproduktion doch wieder so in die Höhe gekommen ist, liegt wohl daran, daß die Arbeiter nach dem Krieg und auch sonst wenig andere Arbeitsmöglichkeiten fanden. Deshalb konnten sie auch niedrig bezahlt werden. So eine Baumschule braucht viele Arbeitskräfte. In einer Chronik des Kreises Pinneberg heißt es: „Intensive Bodennutzung schließt einen Maschineneinsatz weitgehend aus und verlangt viele fleißige Arbeitskräfte. Nicht nur ortsgebundene Arbeitskräfte (vor allem Frauen), sondern auch Wanderarbeiter aus allen Teilen des Landes, finden hier ihre lohnende Beschäftigung." Die Frauen mußten wohl oder übel mitarbeiten, wenn die Männer nicht genügend verdienten, um eine Familie zu ernähren.

Forstbaumschulen 1948

	1 ha	1-5 ha	5-20 ha	über 20 ha	gesamt
Pinneberg	8	18	9	1	56
Prisdorf	4	3	2	-	9
Quickborn	-	1	3	-	4
Rellingen	20	25	6	4	55
Elmshorn	4	2	2	1	9

Hochbaumschulen 1948

	1 ha	1-5 ha	5-20 ha	über 20 ha	gesamt
Elmshorn	2	15	13	4	34
Pinneberg	1	10	5	2	18
Quickborn	1	2	-	-	3
Rellingen	2	17	14	5	38
Schenefeld	-	1	1	-	2

Die Beschäftigungszahlen waren hoch. 1928 waren es bei 480 Betrieben 3500 Arbeiter. Davon 369 Hauptbetriebe mit insgesamt 2600 ha. 1860 waren es 3 ha, 1902 schon 500 ha Baumschulfläche. Um 1928 betrug die Lohnsumme 3,5 Mio. Schon zu dieser Zeit hatten die Baumschulkapitalisten einen Umsatz ihrer Waren in fast ganz Europa: England, Österreich, Tschechoslowakei und Skandinavien. Die versendeten Mengen betrugen ungefähr:

Orte: versendet von 1. Okt. 1926 – 15.Mai 1927

Halstenbek	14-15000 t	Pflanzen
Pinneberg	3400 t	Pflanzen
Elmshorn	1400 t	Pflanzen
Tornesch	750 t	Pflanzen
Wedel	200 t	Pflanzen
Prisdorf	100 t	Pflanzen

Bis ca. 1949 wurde fast ausschließlich ohne Maschinen gearbeitet. In einer Reklame von Pein & Pein heißt es dazu: „Die deutschen Forstbaumschulen dürfen heute mit Sicherheit die modernsten und bestrationalisiertesten Betriebe dieser Art sein. Zahlreiche Besucher aus aller Welt bestätigen diese Tatsache immer wieder aufs neue. Die Mechanisierung wurde vorwiegend in den Jahren 1949 bis 1959 durchgeführt, als es gelang, die Zahl der Arbeitskräfte um fast ¾ zu reduzieren. Heute wird in den bestgeführten Betrieben noch eine halbe Arbeitskraft je ha/Jahr beschäftigt."

Pein & Pein rühmt außerdem noch: Seit 1949 sind die Löhne um 500% gestiegen. Diese 500% sind für einen Arbeiter:

ungelernt:	15 bis 17 J.	– 5,15 DM
	18 bis 20 J.	– 6,20 DM
	21 u. älter	– 6,60 DM
gelernt:	1. Jahr	– 7,75 DM
	2. Jahr	– 8,20 DM
	3. Jahr	– 8,90 DM

Das ist einiges unter dem Industrielohn. Nun wird völlig klar, wie die Baumschulkapitalisten nach den Kriegsverlusten wieder so hochkommen konnten. Nach den 50iger Jahren ist die Produktion ständig gestiegen, trotzdem der ostelbische Markt völlig verschlossen ist. Die Pflanzen werden jetzt zu 90% in der BRD verkauft. Die Exportanteile sind wieder größer denn je (Skandinavien, Österreich, Frankreich), übersteigen aber nie 10% des Gesamtumsatzes. Der Gesamtpflanzenbestand in den gewerblichen Forstbaumschulen der BRD liegt bei ca. zwei Mrd. Stück, jährlicher Verkauf hiervon ca. 700 Millionen. Die Reste haben nichts zu sagen. Die können wieder angepflanzt und das nächste Jahr verkauft werden.

Etwa die Hälfte des Gesamtbestandes steht in Halstenbek und Umgebung. Die Landesregierung hat auch eigens für das Halstenbeker Baumschulgebiet ein eigenes Pflanzenschutzamt eingerichtet, so daß die regelmäßige Kontrolle der Kulturen wie auch eine schnelle Abfertigung der Exporte gewährleistet sind. Man darf wohl annehmen, daß die ständige Kontrolle und die schnelle Abfertigung der Exporte aus Steuergeldern finanziert wird.

Die heutige Baumschulfläche ist 3000 ha groß. Davon ⅔ Baumschulen und ⅓ Forstbaumschulen. Das sind im Gegensatz zu 1928 nur 400 ha mehr. Das hat aber wenig zu sagen. Denn heute gibt es viel mehr Jungpflanzenbetriebe, außerdem noch Containerbaumschulen. In solchen Betrieben werden eben kleine und junge Pflanzen gezogen. Das bedeutet, daß man viel mehr Pflanzen auf weniger Fläche bringen kann. Auf diese Produktionsweise sind viele Baumschulen aber umgestiegen. Es gibt nur wenige große Versandbetriebe, bis zu 200 ha. Das meiste sind Kleinbetriebe von eins bis fünf ha. Etliche Züchter gibt es auch noch. Hier sieht es so aus, daß die Züchter und die kleinsten Betriebe meistens nur an einen bestimmten Baumschulkapitalisten liefern. Er verpflichtet sich nicht, ihnen die Pflanzen abzunehmen, aber wenn er sie nimmt, dann unter dem gängigen Marktpreis. Er verkauft sie zum gängigen Preis weiter und kann einen schönen Extraprofit einstreichen. Ein großer Baumschulkapitalist hat oft etliche solche Züchter, die an ihn verkaufen. Eine weitere Profitquelle sind die billigen Arbeitskräfte. Z.B. Mohr in Elmshorn beschäftigt Iren, Türken, Spanier und 26 Lehrlinge (ein paar Meister und Gesellen), sonst Arbeiter. Die ausländischen Arbeiter werden besonders niedrig bezahlt. Sie können sich auch meistens keine andere Stelle suchen, da ihre Aufenthaltsgenehmigung verlangt, daß sie nur in Baumschulen arbeiten dürfen. Sie arbeiten meist 77 Stunden in der Woche.

Man sieht, daß die ausländischen Arbeiter die gedrücktesten Teile der Baumschularbeiter sind. Trotzdem oder gerade deshalb ergreifen sie zur Zeit die stärksten Kampfmaßnahmen gegen die Kapitalisten. Vor kurzem haben sich 25 Arbeiter in der Gewerkschaft organisiert.

men Bauern dort als Landarbeiter verdingen. Andere Erwerbs- oder Nebenerwerbsstellen gab es nicht, weil es im Kreis Pinneberg eigentlich kaum Industrie gab. Vorher lebten hier ja fast nur Bauern. Die Vergrößerung der Baumschulbetriebe ging mit großer Schnelligkeit voran, als in Halstenbek die erste Eisenbahnstation gebaut wurde. Nun konnten größere Mengen der Waren woandershin gebracht werden, z.B. nach Hamburg. Von dort aus ist es ein Leichtes, die Waren so ziemlich überall hin zu transportieren. Zu den ersten Abnehmern der Baumschulerzeugnisse gehörten die Herrschaftsgärten an der Elbe.

Nach dem Bau der Eisenbahn stieg die Produktion ständig. Bald wurde die Menge von 17 Wagenladungen pro Jahr erreicht. Die Baumschule Pein hatte sich bis 1888 auf 18 ha vergrößert. Für einen solchen Betrieb ist das gar nicht wenig, denn bei der Baumschulproduktion wird der Boden viel intensiver genutzt als in der Landwirtschaft. Das nächste Gebiet, was beliefert wurde, war Ostelbien. In diese Gebiete gingen später über 60% der Erzeugnisse. Also einer der wichtigsten Abnehmer. Insgesamt bedeutete das eine gewaltige Steigerung der Produk-

Quickborn	-	1	3	-	4
Rellingen	20	25	6	4	55
Elmshorn	4	2	2	1	9

konnten sie auch niedrig bezahlt werden. So eine Baumschule braucht viele Arbeitskräfte. In einer Chronik des Kreises Pinneberg heißt es: „Intensive Bodennutzung schließt einen Maschineneinsatz weitgehend aus und verlangt viele fleißige Arbeitskräfte. Nicht nur ortsgebundene Arbeitskräfte (vor allem Frauen), sondern auch Wanderarbeiter aus allen Teilen des Landes, finden hier ihre lohnende Beschäftigung." Die Frauen mußten wohl oder übel mitarbeiten, wenn die Männer nicht genügend verdienten, um eine Familie zu ernähren.

Die Beschäftigungszahlen waren hoch. 1928 waren es bei 480 Betrieben 3500 Arbeiter. Davon 369 Hauptbetriebe mit insgesamt 2600 ha. 1860 waren es 3 ha, 1902 schon 500 ha Baumschulfläche. Um 1928 betrug die Lohnsumme 3,5 Mio. Schon zu dieser Zeit hatten die Baumschulkapitalisten einen Umsatz ihrer Waren in fast ganz Europa: England, Österreich, Tschechoslowakei und Skandinavien. Die versen-

Quickborn	1	2	-	-	3
Rellingen	2	17	14	5	38
Schenefeld	-	1	1	-	2

Pein & Pein rühmt außerdem noch: Seit 1949 sind die Löhne um 500% gestiegen. Diese 500% sind für einen Arbeiter:

ungelernt:	15 bis 17 J.	– 5,15 DM
	18 bis 20 J.	– 6,20 DM
	21 u. älter	– 6,60 DM
gelernt:	1. Jahr	– 7,75 DM
	2. Jahr	– 8,20 DM
	3. Jahr	– 8,90 DM

Das ist einiges unter dem Industrielohn. Nun wird völlig klar, wie die Baumschulkapitalisten nach den Kriegsverlusten wieder so hochkommen konnten. Nach den 50iger Jahren ist die Produktion ständig gestiegen, trotzdem der ostelbische Markt völlig verschlossen ist. Die Pflanzen werden jetzt zu 90% in der BRD verkauft. Die Exportanteile sind wieder größer denn je (Skandinavien, Österreich, Frankreich), übersteigen aber nie 10% des Gesamtumsatzes. Der Gesamtpflanzenbestand in den gewerblichen Forstbaumschulen der BRD liegt bei ca. zwei Mrd. Stück, jährlicher Verkauf

noch. Hier sieht es so aus, daß die Züchter und die kleinsten Betriebe meistens nur an einen bestimmten Baumschulkapitalisten liefern. Er verpflichtet sich nicht, ihnen die Pflanzen abzunehmen, aber wenn er sie nimmt, dann unter dem gängigen Marktpreis. Er verkauft sie zum gängigen Preis weiter und kann einen schönen Extraprofit einstreichen. Ein großer Baumschulkapitalist hat oft etliche solche Züchter, die an ihn verkaufen. Eine weitere Profitquelle sind die billigen Arbeitskräfte. Z.B. Mohr in Elmshorn beschäftigt Iren, Türken, Spanier und 26 Lehrlinge (ein paar Meister und Gesellen), sonst Arbeiter. Die ausländischen Arbeiter werden besonders niedrig bezahlt. Sie können sich auch meistens keine andere Stelle suchen, da ihre Aufenthaltsgenehmigung verlangt, daß sie nur in Baumschulen arbeiten dürfen. Sie arbeiten meist 77 Stunden in der Woche.

Man sieht, daß die ausländischen Arbeiter die gedrücktesten Teile der Baumschularbeiter sind. Trotzdem oder gerade deshalb ergreifen sie zur Zeit die stärksten Kampfmaßnahmen gegen die Kapitalisten. Vor kurzem haben sich 25 Arbeiter in der Gewerkschaft organisiert.

Winterhalbjahr 78/79

22. bis 26.Januar 1979

– Die SPD an der Regierung, Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien –
– seit Beginn der Großen Koalition, Teil III –

Kiel

29.Januar bis 2.Februar 1979

– Schulung: Lenin, Staat und Revolution –

Neumünster, Itzehoe

– Schulung: Stalin, Grundlagen des Leninismus –

Preetz, Eutin

– Revolutionen sind der Motor der Geschichte –

Ahrensburg

5. bis 9.Februar 1979

– Schulung: Stalin, Grundlagen des Leninismus –

Kiel (2 mal), Rendsburg, Lübeck, Pinneberg

– Der Aufbau des Sozialismus schafft Freiraum für den Kampf –
– der Völker der Welt –

Preetz

– Lohnsumme und Lohnsummenverteilung –

Itzehoe

12. bis 16.Februar 1979

– Schulung: Stalin, Grundlagen des Leninismus –

Segeberg, Norderstedt, Itzehoe,

– Der Aufbau des Sozialismus schafft Freiraum für den Kampf –
– der Völker der Welt –

Mölln,

– Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein –

Eutin,

19. bis 23.Februar 1979

– Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien –
seit Beginn der Großen Koalition, Teil IV

Kiel,

26.Februar bis 2.März 1979

– Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre –

Rendsburg,

– Die Geschäfte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales –

Lübeck,

– Schulung: Stalin, Grundlagen des Leninismus –

Mölln,

Schulung: Mao Tse-Tung, Fünf Philosophische Monographien –

Ahrensburg,

5. bis 9.März 1979

– Schulung: Mao Tse-Tung, Fünf Philosophische Monographien –

Kiel (2 mal), Rendsburg, Itzehoe, Eutin,

– Schulung: Stalin, Grundlagen des Leninismus –

Neumünster,

– Der Aufbau des Sozialismus schafft Freiraum für den Kampf –
– der Völker der Welt –

Pinneberg,

12. bis 16.März 1979

– Reihe Geschichte Preussens –

Kiel,

– Schulung: Mao Tse-Tung, Fünf Philosophische Monographien –

Segeberg, Norderstedt, Preetz, Pinneberg, Lübeck, Mölln,

26. bis 30.März 1979

– Schulung: Mao Tse-Tung, Fünf Philosophische Monographien –

Neumünster,

Kosten für den Stillstand des KKW Brunsbüttel

b. Durch den Stillstand des KKW Brunsbüttel entstehen für die HEW Brennstoffverlagerungskosten in Höhe von 9 Mio. DM pro Monat. Kosten, die die HEW dafür zahlen muß, daß sie ihren Strom nicht aus dem kostengünstig arbeitenden Kernkraftwerk Brunsbüttel, sondern mit anderen Brennstoffen erzeugen muß. Das sind bis Ende 1978 rd. 22,5 Mio. DM. Davon gehen die 2,5 Mio. DM ab, welche die Betriebsunterbrechungsversicherung zahlt. Die HEW jammert, daß die „Versicherungen nicht viel bringen" (NR, 7.11.); denn die Betriebsunterbrechungsversicherung zahlt erst nach zwei Wochen Unterbrechung und dann nur für die Zeit der Reperaturarbeiten. Darüber hinaus gehende Stillstandszeiten fallen nicht unter die Versicherung. Der fehlende Profit soll nach Auskunft der HEW „nicht automatisch" bedeuten, daß sie dem Stromabnehmer aufs Auge gedrückt werden. Drohung mit den nächsten Strompreiserhöhungen für die Massen ist der Zweck.

„Katastrophenschutz unter verschärften Bedingungen"

b.Ratzeburg. Unter der oben genannten Überschrift berichteten die Lauenburger Nachrichten am 14.11. von einer zweitägigen Großübung im Raum Segeberg. 130 DRK- und Feuerwehrleute waren mit 50 Fahrzeugen in das 50 bis 80 km entfernte Gebiet marschiert, weil im Ort Wankendorf eine chemische Fabrik durch Explosionen zerstört wurde und hochgiftige Gase (Dimethylan) die Umgebung verseucht hatten. So war die Übungslage, und sie war nicht unrealistisch. In Wankendorf befindet sich ein chemisches Werk, in dem Feuerwerkskörper hergestellt werden. In den vergangenen Jahren hatte es dort mehrere Explosionen gegeben, bei denen mehrere Kollegen ums Leben kamen. Der Leiter des Katastrophenschutzes in Lauenburg Kostowski äußerte sich zur Bedeutung der Übung: „Wir können diese Aufgabe in unserer Region nicht ernst genug nehmen. Schließlich müssen wir hier mit einem Kernreaktor (Geesthacht) und mehreren chemisch produzierenden Betrieben leben." Unter der Regie Koslowskis wird in Lauenburg, direkt an der DDR-Grenze gelegen, ein paramilitärisches Katastrophenschutzzentrum für mehrere Millionen DM gebaut. Vor drei Wochen fand in Ratzeburg eine Übung statt, in der ein Erdbeben angenommen wurde.

Schornsteinfeger sollen Spitzeldienste verrichten

b.lom. Mit der Errichtung eines Landesenergiebeitats und den Richtlinien zur Heizkosteneinsparung und mit dem Energieeinsparungsgesetz, soll die Arbeiterklasse noch mehr ausgeplündert werden und den Kapitalisten sollen noch mehr Geschenke gemacht werden. Nach dem neuen Gesetz werden Bürgschaften und Subventionen für die Kapitalisten bereit gestellt. Gefördert wird nur, wer mindestens 4000

dorf befindet sich ein chemisches Werk, in dem Feuerwerkskörper hergestellt werden. In den vergangenen Jahren hatte es dort mehrere Explosionen gegeben, bei denen mehrere Kollegen ums Leben kamen. Der Leiter des Katastrophenschutzes in Lauenburg Kostowski äußerte sich zur Bedeutung der Übung: „Wir können diese Aufgabe in unserer Region nicht ernst genug nehmen. Schließlich müssen wir hier mit einem Kernreaktor (Geesthacht) und mehreren chemisch produzierenden Betrieben leben." Unter der Regie Koslowskis wird in Lauenburg, direkt an der DDR-Grenze gelegen, ein paramilitärisches Katastrophenschutzzentrum für mehrere Millionen DM gebaut. Vor drei Wochen fand in Ratzeburg eine Übung statt, in der ein Erdbeben angenommen wurde.

Schornsteinfeger sollen Spitzeldienste verrichten

b.lom. Mit der Errichtung eines Landesenergiebeitats und den Richtlinien zur Heizkosteneinsparung und mit dem Energieeinsparungsgesetz, soll die Arbeiterklasse noch mehr ausgeplündert werden und den Kapitalisten sollen noch mehr Geschenke gemacht werden. Nach dem neuen Gesetz werden Bürgschaften und Subventionen für die Kapitalisten bereit gestellt. Gefördert wird nur, wer mindestens 4000

DM zur Energieeinsparung einsetzt, höchstens aber 12000 DM je Wohnung. Die Zuschüsse betragen 25%. Wer von den Arbeitern kann es sich schon leisten 4000 DM bzw. 12000 DM einzusetzen? Auch wenn er ein Haus hat, hat er bei den dauernden Lohnsenkungen keine Mark mehr übrig. Meistens muß er noch das Haus sein Leben lang bezahlen. Man sieht, dieses Gesetz wurde nur für die Kapitalisten gemacht. Für Betriebe werden noch extra Subventionen gegeben, so daß für die Kapitalisten fast keine Kosten entstehen. Wenn solche Wohnungskapitalisten, wie die Neue Heimat, aufgrund dieses Gesetzes z.B. neue Fenster einbauen, können sie bis 500000 DM pro Jahr an Förderungsmitteln einstreichen. Für die Mieter bedeutet dies, wenn die Fenster eingebaut sind, zum Teil beträchtliche Mieterhöhungen. 11 Prozent der Gesamtsumme können die Wohnungskapitalisten auf die Jahresmiete aufschlagen. Werden z.B. 12000 DM investiert, so bedeutet das 1320 DM auf die Jahresmiete, macht 110 DM mehr Monatsmiete. Auf Grund dieses Gesetzes sollen die Schornsteinfeger die Arbeiterklasse und das Volk bespitzeln. Nach dem Gesetz muß die Feuerungsanlage 7% Kohlendioxyd enthalten. Anlagen, die nach 1975 gebaut wurden, müssen 15% enthalten. Jede Brennstelle muß vorgezeigt werden, der Schornsteinfeger muß darüber einen Bericht fertigen, damit die westdeutsche Bourgeoisie Bescheid weiß, wer das ist und was für Energie verbraucht wird, damit sie notfalls für ihre „höheren Ziele" – den Profit und den Kriegsvorbereitungen – die Energie für die Arbeiterklasse und das Volk abstellen können.

Mexiko – Indianische Nation

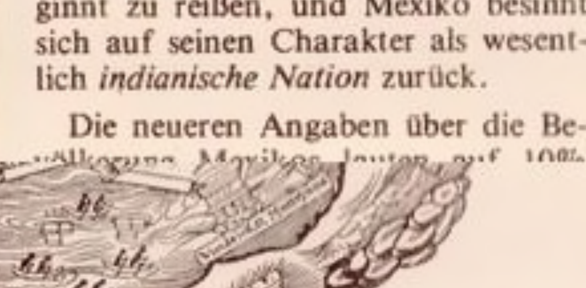
Unter Mexiko-Stadt liegt das alte Tenochtitlan

z.gek. Am 13. August 1521 fiel Tenochtitlan, die Hauptstadt des Reichs der Azteken, oder „Mexikaner", wie sie sich nach einem Helden ihres Stammes bereits nannten, an die spanischen Ko-



Tenochtitlan, von einem Teilnehmer der ersten Expedition Cortes' aus der Erinnerung gezeichnet, in einem Nürnberger Druck von 1524

lonialisten, die an der Spitze einer indianischen Gegenarmee an den Ufern des Texcoco-Sees erschienen waren. Tenochtitlan lag auf einer – großteils künstlichen – Insel in dem (heute ausgetrockneten) See, durch Dämme und Brücken mit dem Festland verbunden, versorgt durch eine gemauerte Wasserleitung aus den Bergen und durch künstliche, schwimmende Gärten im See. Die Schlacht dauerte 85 Tage, obwohl Tenochtitlan unbefestigt und die Belagerer weit überlegen waren. An ihrem Ende waren die Verteidiger, bis auf 30000 Greise, ältere Frauen und Kinder, niedergemacht, nach einer Gegenwehr bis zum letzten. Die Stadt, die zuvor 100000 oder mehr Einwohner gehabt hatte, dieses vielleicht bedeutendste Zentrum der alten indianischen Kultur, wurde geplündert und mit sei-



Tenochtitlan, von einem Teilnehmer der ersten Expedition Cortes' aus der Erinnerung gezeichnet, in einem Nürnberger Druck von 1524

lonialisten, die an der Spitze einer indianischen Gegenarmee an den Ufern des Texcoco-Sees erschienen waren. Tenochtitlan lag auf einer – großteils künstlichen – Insel in dem (heute ausgetrockneten) See, durch Dämme und Brücken mit dem Festland verbunden, versorgt durch eine gemauerte Wasserleitung aus den Bergen und durch künstliche, schwimmende Gärten im See. Die Schlacht dauerte 85 Tage, obwohl Tenochtitlan unbefestigt und die Belagerer weit überlegen waren. An ihrem Ende waren die Verteidiger, bis auf 30000 Greise, ältere Frauen und Kinder, niedergemacht, nach einer Gegenwehr bis zum letzten. Die Stadt, die zuvor 100000 oder mehr Einwohner gehabt hatte, dieses vielleicht bedeutendste Zentrum der alten indianischen Kultur, wurde geplündert und mit sei-



nen Pyramiden, Tempeln, Palästen, Markt- und Verwaltungsgebäuden, Werkstätten und zahllosen Häusern dem Erdboden gleichgemacht. Keine zwei Jahre vorher hatte Bernal Diaz, einer von Cortes' Spießgesellen, beim ersten Anblick Tenochtitlans voller Staunen geschrieben: „Einige Soldaten unter uns, die schon in vielen Teilen der Welt gewesen waren, in Konstantinopel, überall in Italien und in Rom, sagten, sie hätten einen so großen Marktplatz, so voller Leute, so wohl reguliert und angeordnet, noch nirgendwo angetroffen."

In diesem Sommer 1978 sind Tiefbauarbeiter in Mexiko-Stadt, in unmittelbarer Nähe des Präsidentenpalastes, auf Grundmauern und eine Fülle kunstvollster Plastiken und Kultgegenstände gestoßen, darunter ein zehn Tonnen schwerer Monolith mit einer gemeißelten Abbildung der Mondgöttin. „Das ist nicht weniger als das religiöse, politische und militärische Zentrum des großen Tenochtitlan", konnte schon nach kurzer Dauer der Ausgrabungen Eduardo Matos Moctezuma, der mit den Ausgrabungen beauftragte mexikanische Archäologe, feststellen. Der Präsident Mexikos, Portillo, überzeugt sich fortlaufend vom Stand der Ausgrabung. Die Regierung hat beschlossen, einen ganzen Straßenzug kolonialer Gebäude abzureißen, unter großem Ächzen der „spanischen Kulturvereine" des Landes. „Es geht hier nicht um irgendeine große Pyramide, sondern wir wollen mehr über das Aztekenreich erfahren", hat Moctezuma dazu erklärt.

Der Vorgang ist nur oberflächlich ein archäologischer Zufall. Das alte Mexiko liegt unter den Füßen des neuen, wo anders. Der koloniale Firnis beginnt zu reißen, und Mexiko besinnt sich auf seinen Charakter als wesentlich *indianische Nation* zurück.

Die neueren Angaben über die Be-

stände gestoßen, darunter ein zehn Tonnen schwerer Monolith mit einer gemeißelten Abbildung der Mondgöttin. „Das ist nicht weniger als das religiöse, politische und militärische Zentrum des großen Tenochtitlan", konnte schon nach kurzer Dauer der Ausgrabungen Eduardo Matos Moctezuma, der mit den Ausgrabungen beauftragte mexikanische Archäologe, feststellen. Der Präsident Mexikos, Portillo, überzeugt sich fortlaufend vom Stand der Ausgrabung. Die Regierung hat beschlossen, einen ganzen Straßenzug kolonialer Gebäude abzureißen, unter großem Ächzen der „spanischen Kulturvereine" des Landes. „Es geht hier nicht um irgendeine große Pyramide, sondern wir wollen mehr über das Aztekenreich erfahren", hat Moctezuma dazu erklärt.

Der Vorgang ist nur oberflächlich ein archäologischer Zufall. Das alte Mexiko liegt unter den Füßen des neuen, wo anders. Der koloniale Firnis beginnt zu reißen, und Mexiko besinnt sich auf seinen Charakter als wesentlich *indianische Nation* zurück.

Die neueren Angaben über die Be-

völkerung Mexikos lauten auf 10% Europäer, 60% „Mestizen" und 30% Indianer. Frühere Angaben sprachen immer von 10% Indianerbevölkerung. Dies aber sind nur die, die noch bis heute in geschlossenen Stammesverbänden leben und die Sprache, oft noch die Produktionsweise (nur viel elender) der alten indianischen Kulturen bewahrt haben. Auf 60 – 70 Millionen werden alle Indianervölker Nord-, Mittel- und Südamerikas heute geschätzt, soviel, wie sie zur Zeit ihrer „Entdeckung" durch die europäischen Kolonialisten gezählt haben mögen. Sie sind alles andere als sterbende Völker. Mit den „Mestizen" der Statistik bilden sie die große Masse der Bauernbevölkerung, oft auch der Arbeiter.

Die soziale Revolution in „Latein"-Amerika wird vor allem auch ein Befreiungskampf der indianischen Völker des Kontinents sein.

Das große Reich der Azteken, das etwa 7 – 10 Millionen Einwohner gezählt haben dürfte – zum Vergleich: Spanien hatte zu dieser Zeit 4 Mio. Einwohner –, erhob sich auf Grundlage weit älterer Kulturen, die bis in die früheste Stufe der Menschheitsentwicklung zurückreichen. Schon im Jahre 3000 vor unserer Zeitrechnung („vor Christi Geburt") haben Indianerstämme im Gebiet des heutigen Südwestens der USA, in trockenem, wüstenartigem Land, durch künstliche Bewässerung, mit Kanalsystemen, die hunderte von Kilometern lang waren, eine hochentwickelte Landwirtschaft getrieben. Hier scheint zuerst der Mais in ertragreichen Arten gezüchtet worden zu sein, der die Grundnahrung aller indianischen Gesellschaften gebildet hat. Erste stadtähnliche Siedlungen, die Pueblos, und monumentale Pyramidenbauten als Mittelpunkte des religiös gefärbten gesellschaftlichen Lebens und der ursprünglichen Demo-



Der junge Maisgott – Aztekische Plastik

kratie, wurden errichtet. Danach sind, immer dichter nebeneinander und nacheinander, eine ganze Reihe immer höher entwickelter Kulturen entstanden, von vorwiegend agrarischem Charakter, aber mit großen, stadtähnlichen Zentren. In Mexiko waren die bedeutendsten, bevor das Aztekenreich im 14. Jahrhundert emporkam, die Stadtstaaten der Olmeken, Mayas und der Tolteken. Handelsbeziehungen existierten bereits über fast den ganzen



Der junge Maisgott – Aztekische Plastik

kratie, wurden errichtet. Danach sind, immer dichter nebeneinander und nacheinander, eine ganze Reihe immer höher entwickelter Kulturen entstanden, von vorwiegend agrarischem Charakter, aber mit großen, stadtähnlichen Zentren. In Mexiko waren die bedeutendsten, bevor das Aztekenreich im 14. Jahrhundert emporkam, die Stadtstaaten der Olmeken, Mayas und der Tolteken. Handelsbeziehungen existierten bereits über fast den ganzen

Kontinent hinweg, über den Golf von Mexiko zu den Indianern an der Missisipi-Mündung und in Florida, aber womöglich auch über den Pazifik hinweg zu den polynesischen Völkern und bis nach Asien.

Diese alten Kulturen haben landwirtschaftliche Leistungen vollbracht, die Entscheidendes zur Entwicklung der ganzen Menschheit beigetragen haben. Mehr als 20 der gebräuchlichsten Nahrungs- und Industriepflanzen von heute sind Ergebnis der indianischen Ackerbaukunst, mehr als Europa auf diesem Gebiet hervorgebracht hat. Dazu zählen: Mais und Kartoffeln, neben Reis und Weizen die verbreitetsten Nahrungsmittel überhaupt, gefolgt vom Manioc, der amerikanischen Süßkartoffel, und verschiedenen Bohnenarten. Tabak und Kakao waren ebenfalls Beutegut der Kolonisatoren, von den versklavten Indiobauern plantagenförmig angebaut. Noch bedeutender ist die langfaserige Baumwolle, die von Amerika aus nach Ägypten und Afrika verpflanzt wurde. Möglich waren diese Errungenschaften nur durch eine hohe Stufe der Naturbeobachtung und -wissenschaft. Eine ausgedehnte Priesterkaste beschäftigte sich, in mythisch verkleideten Formen, mit der Beobachtung der Jahreszeiten, des Wetters und der Naturerscheinungen. In Kalendern und Chroniken entwickelte sich, vor allem bei den Mayas, ein eigenes Zahlen- und Schriftsystem.

Das Handwerk war, was die Fertigkeiten betraf, ebenfalls hochentwickelt. Wolle- und Baumwolle-Spinnerei und -Weberei, Töpferei und Malerei, Schmiedearbeit und Baumeisterei erreichten ein glänzendes Niveau. Gerade beim Handwerk treten aber auch die eigentümlichen Schranken dieser alten indianischen Gesellschaften hervor. So wurde die Eisengewinnung kaum beherrscht, nur weiche Metalle wie Kupfer, Silber und Gold oder Bronzelegierungen wurden als Material verwendet, wodurch die Produktion von Werkzeugen für Ackerbau und Handwerk beschränkt blieb. Ebenso wurden, auch im Aztekenreich, das doch eine große Fläche und einen weitgespannten Handel beherrschte, keine entwickelten Transportgefährte hervorgebracht. Es gab keine Wagen auf Rädern! Teilweise war das im Mangel an geeigneten Zugtieren begründet (es gab weder Pferd noch Ochse), aber erklärt dies alles?

Der wesentliche Grund könnte darin gelegen haben, daß die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Aufspaltung der Gesellschaft in arbeitende und besitzende Klassen, und die Warenproduktion nicht zu einer vollentwickelten feudalen Klassengesellschaft, in deren Schoß sich erst Bourgeoisie und Proletariat entwickeln konnten, fortgetrieben war. Das Aztekenreich hatte wohl eine kaiserliche Dynastie, einen großen religiösen und weltlichen Adel mit Großgrundbesitz, hörigen Bauern und Sklaven, es gab Ansätze einer stehenden Armee, Ritterorden (die Jaguar und die Adler) und einen Beamtenapparat. Aber die große Masse der Bauern und Handwerker war persönlich frei, nicht feudal hörig und an die Scholle gefesselt. Auch die unterworfenen Völker blieben frei, nur ein Teil wurde auf kaiserlichen Gütern hörig oder als Sklave weggeführt. Die Ausbeutung beschränkte sich für die Masse der Bauern auf begrenzte Steuern und Abgaben. Es scheint, daß sich der ganze feudale Apparat, ganz ähnlich wie

wie Kupfer, Silber und Gold oder Bronzelegierungen wurden als Material verwendet, wodurch die Produktion von Werkzeugen für Ackerbau und Handwerk beschränkt blieb. Ebenso wurden, auch im Aztekenreich, das doch eine große Fläche und einen weitgespannten Handel beherrschte, keine entwickelten Transportgefährte hervorgebracht. Es gab keine Wagen auf Rädern! Teilweise war das im Mangel an geeigneten Zugtieren begründet (es gab weder Pferd noch Ochse), aber erklärt dies alles?

Der wesentliche Grund könnte darin gelegen haben, daß die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Aufspaltung der Gesellschaft in arbeitende und besitzende Klassen, und die Warenproduktion nicht zu einer vollentwickelten feudalen Klassengesellschaft, in deren Schoß sich erst Bourgeoisie und Proletariat entwickeln konnten, fortgetrieben war. Das Aztekenreich hatte wohl eine kaiserliche Dynastie, einen großen religiösen und weltlichen Adel mit Großgrundbesitz, hörigen Bauern und Sklaven, es gab Ansätze einer stehenden Armee, Ritterorden (die Jaguar und die Adler) und einen Beamtenapparat. Aber die große Masse der Bauern und Handwerker war persönlich frei, nicht feudal hörig und an die Scholle gefesselt. Auch die unterworfenen Völker blieben frei, nur ein Teil wurde auf kaiserlichen Gütern hörig oder als Sklave weggeführt. Die Ausbeutung beschränkte sich für die Masse der Bauern auf begrenzte Steuern und Abgaben. Es scheint, daß sich der ganze feudale Apparat, ganz ähnlich wie

in den slawischen und baltischen Stammeskönigtümern vor der deutschen Ost-Kolonisation, eher *neben* den Bauerndörfern als *über* sie erhob. Mit der kollektiven Nutzung des Landes, der Produktionsinstrumente und der Vorräte der Gesellschaft hatte sich eine ursprüngliche Demokratie erhalten. 12 große Sippenverbände bildeten das Volk der Azteken, ihr großer Rat wählte den Kaiser und entschied über Krieg und Frieden. Wie wenig es den Feudalen gelungen war, sich über die arbeitenden Massen zu erheben, zeigt sich am deutlichsten darin, daß es weder um die Städte noch um die Adelssitze bedeutendere Befestigungen gegeben hat. Wo die Volksmassen nicht expropriiert waren, konnte sich auch keine Bourgeoisie entwickeln. Es gab große Gilden von Kaufleuten, aber dies waren wandernde Händler, keine Bourgeois. So spielte auch das Geld nur eine untergeordnete, keine beherrschende Rolle.

Und so war das große, sehr mächtige Reich der Azteken fassungslos gegenüber dem Expansionismus der europäischen Handelsbourgeoisie und der von ihr dirigierten Kreuzzüge über den Atlantik. Die Gier nach dem Gold, dem „einen Gott", der ganze Fanatismus des Expandierens und Geldmachens, war den indianischen Völkern fremd und wurde erst verstanden, als es zu spät war. Allerdings, siegen konnten die Konquistadoren nur, weil es ihnen immerhin gelang, einen Teil des feudalen Adels, vor allem aus den den Azteken unterworfenen Stämmen, für ihre Ziele einzuspannen. Eine teils mestizische, teils spanische Klasse kolonialer Großgrundbesitzer entstand, die für Rechnung der Geldsäcke in Genua, Sevilla oder Nürnberg die arbeitsfähigen Indianer auf Bergwerken und Plantagen im Takt weniger Jahre zu Tode arbeiteten. Die sich nicht unterwerfen wollten, starben. Das Werk der Eroberung Mittelamerikas dauerte allein 100 – 150 Jahre. Ganze Völker wurden auf schwer beschreibbare, viehische Weise ausgelöscht. Selbst dann rissen die Aufstände nicht ab. Viele Stämme zogen sich in Urwälder und Berge zurück, wurden um mehrere Kulturstufen zurückgeworfen, aber ließen sich niemals wirklich unterwerfen.



„...da sie nichts als Aberglauben und Lügen des Teufels enthielten, verbrannten wir sie alle, was bei den Indianern erstaunlichen Kummer und Schmerz hervorrief", schrieb der zuständige Bischof Landa über die systematische Vernichtung des gesamten Schrifttums der Mayas. Nur 3 Schriftrollen sind erhalten geblieben, dies ist ein Auszug aus einer davon.

In allen revolutionären Geburtswehen des modernen mexikanischen Staates haben die Indianer eine hervorragende Rolle gespielt. Der allgemeine

wollten, starben. Das Werk der Eroberung Mittelamerikas dauerte allein 100 – 150 Jahre. Ganze Völker wurden auf schwer beschreibbare, viehische Weise ausgelöscht. Selbst dann rissen die Aufstände nicht ab. Viele Stämme zogen sich in Urwälder und Berge zurück, wurden um mehrere Kulturstufen zurückgeworfen, aber ließen sich niemals wirklich unterwerfen.



„...da sie nichts als Aberglauben und Lügen des Teufels enthielten, verbrannten wir sie alle, was bei den Indianern erstaunlichen Kummer und Schmerz hervorrief", schrieb der zuständige Bischof Landa über die systematische Vernichtung des gesamten Schrifttums der Mayas. Nur 3 Schriftrollen sind erhalten geblieben, dies ist ein Auszug aus einer davon.

In allen revolutionären Geburtswehen des modernen mexikanischen Staates haben die Indianer eine hervorragende Rolle gespielt. Der allgemeine

Aufstand von 1812 gegen die spanische Kolonialmacht wurde von jahrelangen Erhebungen der Indianerstämme vorbereitet. Der große Patriot Benito Juarez, der Mitte des Jahrhunderts den Kampf für den Erhalt der mexikanischen Nation gegen die vollständige Annexion des Landes durch den US-Imperialismus leitete und als Präsident erste Landreformen durchführte, war selbst indianischer Abkunft. In der mexikanischen Revolution 1911 – 1917, die ebenfalls ein nationalrevolutionärer Verteidigungskrieg gegen den US-Imperialismus war, bildeten Indianer und Mestizen, landlose Bauern, die revolutionären Armeen Villas und Zapatas. Wer hätte sie auch sonst bilden sollen?

Kommunistische Volkszeitung